

Strategien vorrangig darauf ab, die Lagerhaltung auf allen Stufen des Fertigungsprozesses zu reduzieren. Diesen Kostenkalkül widerspricht eine Strategie der transnationalen Dezentralisierung der Fertigung, die zwar durch billige "distance costs" ermöglicht wird, jedoch nur um den Preis einer hohen Lagerhaltung erkaufte werden kann.

Aus diesen veränderten Kostenkalkülen der Unternehmen folgt, daß auf der einen Seite Standorte in Entwicklungsländern insgesamt an Attraktivität verlieren, auf der anderen Seite, daß ihre selektive Einbeziehung in zahlreichen Industrien dem Gebot einer logistischen Optimierung entsprechen muß. Dies bedeutet - und hier trifft sich unser Argument mit dem von Ohmae -, daß in der globalen Internationalisierungsstrategie von Unternehmen der Auf- und Ausbau eines regionalisierten Fertigungsverbundes an Bedeutung gewinnt (z. B. Fertigungsverbund zwischen nordamerikanischen und ausgewählten lateinamerikanischen Produktionsstätten). Das multinationale Unternehmen, das sich auf die entscheidenden Wachstums- und Innovationsmärkte konzentriert, bei selektiver Einbeziehung nahegelegener Standorte in ausgewählten Entwicklungsländern.

"Ungebrochene" Fortsetzung der Tendenz zu einer "neuen" internationalen Arbeitsteilung
versus
sinkende Attraktivität von Standorten in Entwicklungsländern für laufende Investitionsvorhaben bei gleichzeitigen regionalen Akzentverschiebungen

- diese drei widerstreitenden Argumentationsmuster sind zwar auf Basis der verfügbaren Direktinvestitionsstatistiken nicht erschöpfend überprüfbar; gleichwohl dürften die mit diesen Entwicklungsszenarien verbundenen empirischen Effekte auch an Direktinvestitionsstatistiken nicht spurlos vorübergehen.

Die "ungebrochene" Fortsetzung der Tendenz zu einer "neuen" internationalen Arbeitsteilung, soweit sie mit Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen verknüpft ist, müßte sich in einem anhaltend hohen, wenn nicht sogar wachsenden Anteil der Entwicklungsländer an den gesamten Auslandsdirektinvestitionen in der verarbeitenden Industrie niederschlagen. Umgekehrt müßte mit dem Szenario "sinkende Attraktivität von Standorten in Entwicklungsländern für laufende Investitionsvorhaben..." ein nennenswert rückläufiger Anteil der Entwicklungsländer an den gesamten Auslandsdirektinvestitionen einhergehen; wobei sich das relative Gewicht einzelner - alter und neuer Standorte - durchaus erheblich erhöhen kann. Ins Gewicht fallende Rückverlagerungen bereits bestehender Auslandsfertigungen in Entwicklungsländern müßten ihrerseits in erhöhten Rückflüssen von Investitionskapital ihren Ausdruck finden.

BESCHÄFTIGUNGSKONSEQUENZEN
DER DEUTSCHEN DIREKT-
INVESTITIONEN FÜR DIE
BUNDESREPUBLIK
UND ÜBERSEE

(JOHN GYASI)

BESCHÄFTIGUNGSKONSEQUENZEN DER DEUTSCHEN DIREKT- INVESTITIONEN FÜR DIE BUNDESREPUBLIK UND ÜBERSEE

Dieser Beitrag ist ein Teil (Auszug einer Studie "Die Auswirkungen deutscher Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland - ein Überblick über den Forschungsstand"), die im Rahmen des Projektes als eine Vorstudie von dem Autor angefertigt wurde.

Ausschlaggebend für diese Studie waren die vielleicht bereits bekannten Diskussionen, ob die Verlagerung von deutschen Unternehmen in die sog. Billiglohnländer bzw. Schwellenländer wie Brasilien, Singapore, Taiwan, Südkorea, Malaysia etc. auf unsere eigenen Beschäftigungsprobleme verschärft werden.

Parolen wie:

- * Ausverkauf deutscher Arbeitsplätze,
- * Investitionen in der Dritten Welt nur kleine "Job-Killer",
- * gehen die Arbeitsplätze in die Dritte Welt?
- * Gehen die Unternehmer der "Ersten Welt" in die "Dritte Welt", nur weil dort ein niedrigeres Lohnniveau herrscht und es keine Gewerkschaften gibt?
- * Kehren die Arbeitsplätze zurück oder nicht?

Diese Diskussionen werden nicht nur von Unternehmen und Gewerkschaften diskutiert, sondern mit Sorge verfolgen auch die Kirchen hier und in Übersee dieses. Hier, weil man glaubt, daß die deutschen Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern auf Kosten der deutschen Arbeitsplätze geschehen.

Die Partner in Übersee fragen sich, ob durch die Direktinvestitionen Arbeitslosigkeit und Armut sich wirklich verringert haben? Ob die Einkommensverteilung in ihren Abständen kleiner geworden ist? Ob durch die Direktinvestitionen die Mindestbedürfnisse gedeckt sind? Ob die Investitionen bzw. Industrieverlagerungen ausländischer Unternehmen unter Beachtung kultureller/gesellschaftlicher Werte erfolgt? Ob die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Löhne, Arbeitsschutz, Urlaubsregelungen, Interessenvertretung durch die Gewerkschaften, soziale Sicherheit etc. sich verbessert haben? Viele Arbeitnehmer in den Entwicklungsländern glauben, daß die Investitionen ausländischer Unternehmen eher negative als positive Effekte hervorrufen.

Die Auswirkungen deutscher Direktinvestitionen auf Umfang und Struktur der Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland sind in der wissenschaftlichen und wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion ein umstrittenes Thema. Die zahlreichen Versuche, die Beschäftigungswirkungen zu quantifizieren, sind meistens unbefriedigend.

Bei Diskussionen hier in der Bundesrepublik, insbesondere über die Beschäftigungseffekte, werden häufig normative Wertvorstellungen vorgetragen. Die Diskussionen werden meistens emotional geführt. Es fehlen empirische Daten, so daß kaum eine zeit- und raumbezogene Beurteilung der Beschäftigungseffekte möglich war, und wir glaubten, daß nur eine konkrete Untersuchung der bisherigen Studien eine Versachlichung der Diskussion herbeiführen könnte.

Diese Studie ist eine Analyse der sämtlichen Untersuchungen, die in diesem Zusammenhang erstellt wurden, und versucht darüberhinaus, eine langfristige Prognose des Einflusses von deutschen Direktinvestitionen auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik und in den Entwicklungsländern darzustellen. Sicherlich ist die methodische Arbeitsweise für einen Nichtökonom vielleicht nicht einfach zu verstehen. Die Ursache dafür liegt in der Komplexität der Fragestellung.

Die Problematik der Auswirkung der ausländischen Direktinvestition auf die Beschäftigung konzentriert sich im wesentlichen auf die Fertigungsindustrie. In Dienstleistungsindustrien müssen die Leistungen vor Ort erbracht werden, und es ist schwer vorstellbar, daß solche Leistungen jenen im betreffenden Ausland substituiert werden könnten. Ähnlich sind solche Industrien, die Rohstoffe fördern oder auf natürlichen Ressourcen basieren (wie Plantagen) wegen geologischer oder klimatologischer Ortsgebundenheiten im allgemeinen international nicht beweglich.

Aus diesem Grund konzentrieren sich die meisten Studien auf die Beschäftigungseffekte der Auslandsinvestitionen in der Fertigungsindustrie.

Das Interesse für den Einfluß der ausländischen Direktinvestitionen auf die Beschäftigung im Herkunftsland hat sich auf zwei Fragestellungen konzentriert: erstens die Auswirkung der Direktinvestitionen auf die Gesamtbeschäftigung, zweitens die Art der im Herkunftsland erzeugten oder vernichteten Beschäftigung. Der Hauptteil der empirischen Forschung in diesem Bereich hat sich mit den ausländischen Direktinvestitionen der USA beschäftigt, aber die Ergebnisse sind gleichwohl allgemein relevant. Der Großteil dieser Forschung wurde Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre geleistet, als die Sorge über die Konsequenzen der Direktinvestitionen im Hinblick auf die Inlandsinvestitionen einen Höhepunkt erreichte.

Die Bedeutung der Beschäftigungseffekte von Direktinvestitionen multinationaler Firmen hat wegen der seit Mitte der 70er Jahre herrschenden Rezession und der zunehmenden Arbeitslosigkeit in den Industrieländern zugenommen. Bei den Gewerkschaften hat dies die Besorgnis geweckt, daß die multinationalen Unternehmen durch die Direktinvestitionen in den Entwicklungs- und Schwellenländern (z. B. Südkorea und Brasilien) möglicherweise Arbeitsplätze exportieren. Und dies wiederum hat Arbeitnehmervertreter der westlichen Industrieländer dazu bewogen, Einfluß auf internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen (International Labour Organisation, OECD, Internationaler Bund Freier Gewerkschaften usw.) auszuüben, damit neuerliche Trends bei den ausländischen Direktinvestitionen und deren Auswirkungen auf die Inlandsbeschäftigung beobachtet und kontrolliert werden.

Eine Kernfrage in der Debatte über die Auswirkungen von Direktinvestitionen im Ausland auf Beschäftigung bildet die alternative Position, d. h. die Frage, was eingetreten wäre, hätten die Direktinvestitionen nicht stattgefunden. Besteht zwischen Direktinvestition im Ausland und Beschäftigung im Inland ein Substitutionsverhältnis? Dieses Problem hängt von der Praktikabilität einer Reihe von Alternativen ab.

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit dem wirtschaftspolitischen Hintergrund und dem gesamtwirtschaftlichen Rahmen sowie den einzelnen Argumenten und Stellungnahmen seitens der Gewerkschaften, Unternehmer, Regierung sowie wissenschaftlicher Autoren. Ferner wird ein Überblick über den Forschungsstand der Diskussion in den USA, Schweden, Belgien und Frankreich dargelegt.

Die Kontroverse: Wirtschaftspolitischer Hintergrund und gesamtwirtschaftlicher Rahmen

Während der langanhaltenden Voll- oder Überbeschäftigung der 60er und frühen 70er Jahre herrschte in der Bundesrepublik die Meinung vor, daß Direktinvestitionen eine wesentliche Voraussetzung für ein weiteres Wachstum wären. Das Beschäftigungsproblem trat dabei in den Hintergrund. So weit es überhaupt diskutiert wurde, konzentrierte man sich auf die Darstellung von Vorurteilen, die entweder in einer kurzfristigen, durchaus erwünschten Entlastung des Arbeitsmarktes durch Verlagerung von Unternehmen gesehen wurden oder in der langfristigen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen mit höherer Produktivität.

Erst mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit Mitte der siebziger Jahre wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik die Frage nach den heimischen Beschäftigungswirkungen deutscher Auslandsinvestitionen in den Vordergrund gerückt. Die Sorge um die angeblich negativen Beschäftigungswirkungen deutscher Investitionen im Ausland hat im wesentlichen zwei Wurzeln:

- Erstens verharret die Arbeitslosenquote auf hohem Niveau, und allen vorliegenden Prognosen zufolge wird sich die Lage am Arbeitsmarkt kaum verbessern.
- Zweitens ist in der Bundesrepublik, anders als beispielsweise in den Vereinigten Staaten oder Großbritannien, der langfristige private Kapitalexport bis vor wenigen Jahren deutlich hinter dem Kapitalimport zurückgeblieben.

Als sich Mitte der siebziger Jahre ein grundlegender Umschwung im Verhältnis von Kapitalexporten zu -importen abzeichnete, war es daher nicht überraschend, daß die multinationalen Unternehmen und die von ihnen vorgenommenen Auslandsinvestitionen im Kreuzfeuer der Kritik standen.

Die einzelnen Argumente und Stellungnahmen in der Diskussion in der Bundesrepublik

Vor dem Hintergrund der erheblichen Arbeitslosigkeit wird vielfach befürchtet, daß Auslandsinvestitionen sowohl heimische (Erweiterungs-) Investitionen als auch traditionelle Exporte ersetzen und damit deutsche Arbeitsplätze vernichten oder doch gefährden. Diese These der Arbeitsplatzvernichtung wird mit Einschränkung von den Gewerkschaften (insbesondere der Gewerkschaft Textil und Bekleidung) vertreten. Wissenschaftliche Unterstützung findet diese These, mit Einschränkung, bei den Gewerkschaften nahestehenden Autoren (Breidenstein 1975, Briefs-Ulrich 1976, Olle/Schoeller 1977, Fröbel/Heinrichs 1977, Fikentscher und Moritz 1980, Kisker 1982, Olle 1983, Babson Steve 1984).

Die plausible Überlegung lautet, daß mit der Errichtung von Produktionsstätten im Ausland geschaffene Arbeitsplätze dem Inland verlorengehen, weil entweder die Inlandsproduktion zugunsten der Auslandsproduktion eingeschränkt wird (Produktionsverlagerung) oder eine mögliche Ausdehnung der Inlandsproduktion zugunsten der Auslandsproduktion unterbleibt. Die weitere Sorge der Vertreter der 'job export'-These sind:

- Minderung der Exporte ins Zielland, weil die Auslandstochter die Marktbeflieferung übernimmt;
- Minderung der Exporte in Drittländer, weil die Auslandstochter auch Drittlandsmärkte beliefert;
- Zunahme der Importe, weil die Auslandstochter die Mutter beliefert;
- Zunahme der Importe, weil die Auslandstochter den Inlandsmarkt beliefert.

In der Summe ergäbe sich daher für das Anlegerland eine eindeutige Arbeitsplatzvernichtung, die sich durch industrielle Verflechtung (Zuliefererindustrien) noch potenzierte.

Diese These wird von Unternehmen, ihren Organisationen, der Regierung sowie anderen Wissenschaftlern (Donges und Juhl 1980, Jungnickel u. a. 1980, Kiera 1975) teilweise auch mit Einschränkungen bestritten. Die Befürworter von Direktinvestitionen preisen die Auslandsaktivitäten als Motor des wirtschaftlichen Wachstums, als Mittel zur Sicherung der Vollbeschäftigung und als Voraussetzung zur Verbesserung der Zahlungsbilanz.

Sie sehen eine Fülle von positiven Auswirkungen im Inland die - so wird vermutet - die negativen Rückwirkungen zumindest ausgleichen, wenn nicht sogar überkompensieren. Als Beispiele werden u. a. genannt:

- Exportzunahme durch Lieferung von Investitionsgütern und/oder von Vor- und Zwischenprodukten der Mutter an die Auslandstochter;
- Exportzunahme durch Kaufkrafterhöhung im Zielland;
- Beschäftigung von Inländern bei der Auslandstochter;
- der mit der unmittelbaren Auslandspräsenz verknüpfte Werbeeffect für deutsche Produkte;
- die mit der Inlandspräsenz verbundenen Vorteile bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des betroffenen Anlagelandes.

Entscheidend für die Kontroverse und unterschiedliche Argumente und Gegenargumente ist die unzulässige Vermischung von Modellrechnungen und Plausibilitätsüberlegungen mit recht unterschiedlichen Annahmen, die mit den Ergebnissen empirisch-wissenschaftlicher Analysen keineswegs übereinstimmen. Gerade bei der Veröffentlichung von Zahlen über die Beschäftigungseffekte bleibt häufig unerwähnt, mit welchen Annahmen gearbeitet wurde.

Maßgeblich für das Resultat ist nämlich von welcher "Alternativposition" der Betrachter ausgeht. Er kann unterstellen, daß

- die Investition im Ausland vollkommen zusätzlich zu den Inlandsinvestitionen erfolgt, oder daß
- die Auslandsanlage an die Stelle einer Inlandsinvestition tritt.
- Zwischen diesen beiden Extremen sind zusätzliche Mischformen möglich.

Ein weiterer Grund besteht in der Schwierigkeit eines einheitlichen Urteils über verschiedene gegenläufige Wirkungen, da positive und negative Beschäftigungsimpulse oft sektoral, qualifikationsmäßig und zeitlich ungleich verteilt sind.

Die Auswirkungen internationaler Direktinvestitionen auf Umfang und Struktur der Beschäftigung in dem Ursprungsland sind, wie bereits erwähnt, in der wissenschaftlichen und wirtschafts- und gesellschafts-politischen Diskussion ein umstrittenes Thema. Die zahlreichen Versuche, die Beschäftigungswirkungen zu quantifizieren, sind meistens unbefriedigend.

Für die Diskussion in der Bundesrepublik konstatieren viele Autoren einen noch unbefriedigenden Stand der empirischen Forschung. Da es u. a. an zulänglichen Daten, insbesondere auf Unternehmensebene, und genügend entwickelten methodischen und statistischen Verfahren mangelt, konnten die zahlreichen theoretisch ableitbaren Beschäftigungseffekte bisher weder auf Branchenebene noch für die Gesamtwirtschaft quantifiziert werden.

Finkentscher und Moritz sprechen von einer sehr weitreichenden und allgemein anerkannten Unkenntnis über das quantitative Ausmaß und die Struktur der tatsächlichen Arbeitsplatzeffekte deutscher Direktinvestitionen.

Festzuhalten ist, daß die tatsächlichen Wirkungen durch eine so große Zahl von möglichen Einflußfaktoren geprägt werden können, daß sie zumindest mit einfachen Modellüberlegungen nicht zu fassen sind.

Verlässliche Antworten können nur auf empirischem Wege gefunden werden, wobei die ermittelten Ergebnisse nur für die jeweiligen Untersuchungsräume Gültigkeit beanspruchen können, es sei denn Umfang und Struktur der Direktinvestitionen bleiben unverändert.

Empirische Untersuchungen über die Rückwirkungen von Direktinvestitionen auf die kapitalexportierenden Länder liegen vor allem für die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik vor. Sie arbeiten jedoch mit sehr unterschiedlichen Methoden, und in den meisten Fällen ist die zugrundeliegende Datenbasis unzureichend.

Rückwirkungen ausländischer Direktinvestitionen auf die Beschäftigung im Inland wurden in der amerikanischen Öffentlichkeit heftiger diskutiert als irgendwo in den Industriestaaten, dementsprechend ist auch der Forschungsstand.

Die Analyse der dort gemachten Forschungsergebnisse und von den beteiligten Organisationen und Institutionen vorgebrachten Argumente sowie der hierzu gegebenen Begründungen liefert wertvolle Erkenntnisse für die Diskussion in der Bundesrepublik, und die wesentlichen Untersuchungsergebnisse sollen zumindest dargestellt werden.

Außerhalb der Bundesrepublik wurden vornehmlich in den USA die Beschäftigungseffekte von Direktinvestitionen untersucht. Die bisherigen Untersuchungen über die Beschäftigungseffekte von Direktinvestitionen in den USA haben keine eindeutige Aussage gebracht. Je nach Berechnungsmethode und den getroffenen Annahmen wurden völlig unterschiedliche Ergebnisse ermittelt.

Die Ergebnisvergleiche der von Gewerkschaften und von Unternehmerseite sowie von neutralen Institutionen erstellten Studien zeigen deutlich die uneinheitliche und oft völlig konträre Beurteilung der Beschäftigungseffekte von US-Direktinvestitionen für die Vereinigten Staaten. Die sich zum Teil völlig widersprechenden Aussagen sind dabei überraschenderweise nicht nur bei einer Gegenüberstellung der von Interessenvertretern von Arbeit und Kapital erstellten Studien vorzufinden, sondern tauchen mit ebenso großer Deutlichkeit in den zahlreichen von neutralen Institutionen und Wissenschaftlern angefertigten Analysen auf.

Insofern bleibt im Grunde nur die etwas resignierende Feststellung, daß der Vergleich aller dieser Studien beim gegenwärtigen Wissensstand und bei den getroffenen Annahmen es unmöglich macht zu sagen, ob amerikanische Direktinvestitionen das Beschäftigungsniveau der Vereinigten Staaten tendenziell gesenkt haben oder nicht.

In einer Untersuchung über die Wirtschaftsaktivitäten schwedischer multinationaler Unternehmen ging Brigita Swedenborg der Beziehung zwischen schwedischer Auslandsinvestition und schwedischer Ausfuhr (deshalb schwedischer Inlandsbeschäftigung) nach.

Aufgrund einer Regressionsanalyse zur Ermittlung des Zusammenhangs zwischen Auslandsproduktion und Exporten stellt Swedensborg einen geringen positiven Effekt auf den schwedischen Export als wahrscheinlichstes Ergebnis der schwedischen Direktinvestitionen im Ausland fest.

Die belgischen Gewerkschaften haben ebenfalls behauptet, daß die belgischen Auslandsinvestitionen auf Kosten der einheimischen Arbeitsplätze erfolgen. In seiner Analyse von 1984 kommt Van den Bulcke schließlich zu der Schätzung zwischen 9.350 und 33.000 Arbeitsstellen, die, je nach berücksichtigten Prämissen, durch die Auslandsinvestitionen in Belgien vernichtet wurden. Allerdings weist er selbst darauf hin, daß eine solche Analyse rein statisch ist und die dynamischen Effekte außer acht läßt.

In einer Untersuchung über 67 französische multinationale Unternehmen stellt Savary (1981 und 1984) fest, daß deren Belegschaft zwischen 1974 und 1977 in Frankreich um 9,4 % im Ausland um 26,4 % anstieg. Es wurde damit begründet, daß die Rezession in Frankreich einherging mit einer verstärkten Multinationalisierung französischer Industriebetriebe.

Forschungsstand der Diskussion in der Bundesrepublik

Überblick über die empirischen Untersuchungen der Rückwirkungen von Direktinvestitionen.

- a) Über die Wirkungen der deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik liegt eine empirische Untersuchung von Finkentscher und Moritz vor, die von vielen Wissenschaftlern anerkannt wird. Gegenstand der Untersuchung sind die in ausgewählten Entwicklungsländern getätigten Direktinvestitionen der fünf im deutschen Kapitalexport dominierenden Branchen (Chemie, Elektrotechnik, Maschinenbau, Eisen- und Stahl).

Danach hat die Produktion der deutschen Tochterunternehmen in den Entwicklungsländern eine erhebliche Bedeutung erlangt (siehe Tab. 3). So war 1976 besonders im Straßenfahrzeugbau, aber auch in der Elektronik und der Chemie der Wert der Eigenleistung in der Auslandsproduktion wesentlich höher als der Wert der sektorspezifischen Gesamtausfuhr aus der Bundesrepublik in die jeweiligen Anlageländer.

Nicht unerheblich waren aber auch die Lieferungen der Mutterunternehmen an die Tochterfirmen, die bei der Elektrotechnik und beim Fahrzeugbau rund 1/4 bzw. 1/5 der gesamten deutschen Exporte ausmachten und in allen Branchen die Einfuhr aus der Produktion der Tochterunternehmen weit übertrafen.

Die Lieferungen der Tochterunternehmen in die Bundesrepublik gingen nahezu ausschließlich an die Muttergesellschaften, wobei es sich nach den Ergebnissen der Unternehmensbefragung sowohl um Vorleistungen als auch um Endprodukte handelte. Der Anteil dieser Lieferungen aus den gesamten branchenspezifischen Importen der Bundesrepublik aus den jeweiligen Anlageländern war vor allem beim Straßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnik mit mehr als der Hälfte sehr hoch. Hier ging die Einfuhr von Produkten dieser beiden Wirtschaftszweige mithin zu einem großen Teil auf deutsche Direktinvestitionen zurück.

Auf die jeweilige Einfuhr aus allen Entwicklungsländern bezogen reduzieren sich die Anteile allerdings erheblich. Jedenfalls deuten die Umfrageergebnisse darauf hin, daß die unternehmensinterne Arbeitsteilung zwischen Produktionsstätten in Entwicklungsländern und in der Bundesrepublik einen nicht unerheblichen Umfang angenommen hat.

Die deutschen Direktinvestitionen haben eine negative Wirkung auf den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik, soweit die Produktion der Auslandsniederlassungen Exporte substituiert oder (konkurrierende) Erzeugnisse dieser Produktionsstätten importiert werden. Dem stehen positive Effekte durch induzierte Exporte gegenüber, einmal durch die Lieferungen von Investitionsgütern und Vorleistungen an die Auslandsniederlassungen und zum anderen in Folge einer durch die Produktionstätigkeit der Tochterfirmen hervorgerufenen Kaufkrafterhöhung im Anlageland. Zur Quantifizierung der Effekte der Direktinvestitionen werden in der Untersuchung die tatsächlichen Außenhandelsströme im Zusammenhang mit den Direktinvestitionen bestimmt und um die entsprechenden Werte in einer hypothetischen Situation ohne diesen Kapitalexport vermindert. Die so errechneten Wirkungen deutscher Engagements in der Dritten Welt auf die Exporte und Importe der Bundesrepublik sind in Tabelle 3 zusammengestellt.

Danach haben 1975 die in die Untersuchung einbezogenen Direktinvestitionen die Nachfrage nach Gütern aus deutscher Produktion per Saldo um fast 1,6 Milliarden DM verringert.

Nach Wirtschaftszweig und Anlageland waren die Wirkungen allerdings sehr unterschiedlich. Bei den Beteiligungen der Chemie zeigten sich die stärksten negativen Auswirkungen. Der negative Effekt ergab sich im wesentlichen aus dem Verlust von Exportmöglichkeiten im Anlageland, in weit geringerem Maße auch auf Drittmärkten. Dem standen nur geringe Lieferungen von Vor- und Zwischenprodukten zur weiteren Bearbeitung sowie von Gütern zum Weiterverkauf gegenüber.

Auch die Direktinvestitionen des Fahrzeugbaus hatten einen großen negativen Nettoeffekt. Dies lag allerdings allein an der hohen Exportsubstitution durch die Niederlassungen in Brasilien, die sich ziemlich gleichmäßig auf fertige Kraftwagen und Kraftfahrzeugteile verteilte. Demgegenüber wiesen die Beteiligungen in anderen Ländern ein positives Gesamtergebnis auf. Hier überwogen die Zulieferungen von Vorprodukten aus der Bundesrepublik, deutsche Ausfuhren in das jeweilige Anlageland wurden nicht substituiert, dagegen traten verstärkte Einfuhren auf. Diese Anlagen dienen mithin zum Teil der Auslagerung von Teilen des Produktionsprozesses. Die zu- und Rücklieferungen bestanden fast ausschließlich aus Kraftfahrzeugteilen und Zubehör, d. h. der Verarbeitung zugelieferter Vorprodukte mit anschließendem Reimport.

Im Unterschied zur Chemie und zum Straßenfahrzeugbau haben sich die Direktinvestitionen der Elektrotechnik in fast allen untersuchten Anlageländern positiv auf die Produktion in der Bundesrepublik ausgewirkt.

Die Substitution von Exporten war sehr gering, die Zulieferungen der Mutterunternehmen für die Weiterverarbeitung oder den Weiterverkauf dagegen sehr groß. Dazu trugen vor allem die Niederlassungen in Brasilien bei. Dabei handelt es sich um den typischen Fall der Auslagerung einer Produktionsstufe, hier vor allem im Bereich der Fertigung von Rundfunk- und Fernsehgeräten mit Reimport nach der Weiterverarbeitung im Ausland.

Die Direktinvestitionen des Maschinenbaus ersetzen zwar vor allem Exporte in die Anlageländer und Drittländer, führten aber im selben Umfang zu Zulieferungen der Muttergesellschaften, so daß sich ein Gesamteffekt von nahezu Null ergab. Die Anlagen der Eisen-, Stahl- und NE-Metallerzeugung hatten nur geringe Wirkungen auf den deutschen Außenhandel. Per Saldo war ihr Effekt negativ, da die von ihnen ausgehende Exportsubstitution den induzierten Export von Vorprodukten übertraf.

Die ermittelten Wirkungen der Direktinvestitionen auf die inländische Produktion der fünf Wirtschaftszweige wurden mit Hilfe durchschnittlicher Arbeitskoeffizienten in Beschäftigungseinheiten transformiert. Danach belief sich die direkt mit den Produktionseinbußen verbundene Verminderung der Beschäftigung in der Bundesrepublik abzüglich der in den Auslandsniederlassungen selbst tätigen Deutschen auf fast 13.000 Personen, einschließlich der über Vorleistungsverflechtung induzierten indirekten Wirkungen auf knapp 27.000 Personen.

Die Autoren der Studie weisen darüber hinaus auf die einkommensmultiplikativen Wirkungen hin, die in Folge geringerer Konsumausgaben eine weitere Beschäftigungsverminderung von rund 18.000 Personen ausmachen.

Zusammengefaßt zeigt die sehr gründliche Studie, daß insgesamt durch deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern nur ein geringfügiger Arbeitsplatzverlust in der Bundesrepublik eintritt. In manchen Wirtschaftszweigen ergeben sich Verluste, in anderen jedoch sogar zusätzliche Arbeitsplätze. Ebenso wenig werden Exportsubstitutionswirkungen auf die deutsche Wirtschaft wegen des geringen Volumens der Direktinvestitionswirkungen verneint.

Jedenfalls machen die Ergebnisse deutlich, daß die Rückwirkungen von Direktinvestitionen sehr unterschiedlich sind und vom jeweiligen Einzelfall abhängen. Generelle Aussagen sind mithin nicht möglich, so daß sich auch eine Hochschätzung der Wirkungen auf der Basis der vorliegenden Untersuchungen verbietet.

- b) Zu den wenigen empirischen Arbeiten, die den Zusammenhang von Auslandsproduktion und inländischer Beschäftigung untersucht haben, zählt die Arbeit von FRÖBEL/HEINRICHS/KREYE über 'Die neue internationale Arbeitsteilung', in der am Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie nachgewiesen wird, daß der Beschäftigungsrückgang in der Bekleidungsindustrie zwischen 1967 und 1975 in Höhe von 153.000 Beschäftigten etwa zur Hälfte (78.000) auf die erhöhten Einfuhrüberschüsse und damit auf Auslandsproduktion zurückzuführen ist.

In der Textilindustrie ist der Anteil etwas geringer; der Beschäftigungsrückgang zwischen 1967 und 1975 in Höhe von 143.000 Beschäftigten wird nur zu einem Drittel (35.000) den erhöhten Einfuhrüberschüssen zugerechnet. Die verbleibenden Rückgänge werden auf verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen in den beiden Industriebereichen zurückgeführt. Insgesamt wird die Zahl der Auslandsbeschäftigten in dieser Arbeit auf 1,5 bis 1,6 Millionen für 1975 geschätzt. Da es in dieser Studie hauptsächlich darum ging, die Durchsetzung der 'neuen internationalen Arbeitsteilung' über das schon bestehende Ausmaß der Auslandsproduktion aufzuzeigen, können auf der Grundlage dieser Zahl keine Rückschlüsse auf die damit zusammenhängenden inländischen Beschäftigungswirkungen gezogen werden.

Darüber hinaus ist an diesem Vorgehen zu bemängeln, daß hier echte Produktionsverlagerungen zum großen Teil aus Kostengründen betrachtet werden, die nur einen geringen Teil der deutschen Direktinvestitionen ausmachen (ca. an zehnter Stelle). Zweitens fehlt der Hinweis, daß diese Unternehmen in der Bundesrepublik ohnehin nicht mehr konkurrenzfähig wären. Insofern tritt nämlich keine Arbeitsplatzvernichtung auf Grund der Vornahme von Direktinvestitionen ein. Außerdem ist es sehr gewagt, das Beispiel einer einzigen Branche zu verallgemeinern.

Auch die Prognose des Kieler Weltwirtschaftsinstituts sieht vornehmlich relativ arbeitsintensive und wenige konzentrierte Industriezweige von den Auswirkungen einer verstärkten Auslandsproduktion als Hauptbetroffene dieser Entwicklung an (DICKE 1976). Von daher erscheint es sinnvoll, die Auswirkungen der verstärkten Auslandsproduktion am Beispiel eines hochkonzentrierten und kapitalintensiven Industriezweigs zu untersuchen, um so klären zu können, ob es sich bei den festgestellten negativen Beschäftigungswirkungen am Beispiel der Textil-

und Bekleidungsindustrie um eine Ausnahmeerscheinung handelt, die nur für diesen oder ähnlich strukturierte Industriezweige zutrifft, oder ob hier generelle Tendenzen vorliegen.

- c) Mit Hilfe einer empirischen Untersuchung an der Universität Hamburg (1978) am Beispiel des VW-Konzerns wurde versucht, die oben genannte These entweder zu unterstützen oder abzulehnen. Auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse lassen sich die Beschäftigungseffekte von Auslandsproduktionen folgendermaßen differenzieren:

1. Positive Beschäftigungseffekte im geringen Umfang für die Inlandsbeschäftigung ergaben sich überall dort, wo der VW-Konzern mit Hilfe von Montagewerken an dem Entstehen bisher unerschlossener Märkte partizipiert. Auf Grund der ökonomischen Rahmenbedingungen auf diesen neuen Märkten, insbesondere in Folge des chronischen Devisenmangels, kann eine sehr starke Tendenz zum Aufbau möglichst eigenständiger Produktionen festgestellt werden, so daß sich die zu Montagebeginn zu registrierenden positiven Beschäftigungseffekte langfristig verringern werden.

2. Negative Beschäftigungseffekte konnten überall dort festgestellt werden, wo durch den Aufbau von Auslandsproduktionen bisherige Exporte aus der Bundesrepublik substituiert werden. Diese exportsubstituierenden Effekte konnten bei Montagen in Brüssel und in den USA eindeutig auf 7.500 Arbeitsplätze beziffert werden.

3. Negative Beschäftigungseffekte in Form von Importkonkurrenz spielten quantitativ noch keine nennenswerte Rolle.

4. Weitere negative Beschäftigungseffekte in erheblichem Umfang ergaben sich auf Grund der relativ hohen Exportquoten der Tochtergesellschaften in Brasilien und Mexiko, die damit als 'Konkurrenten' zur exportbestimmten Produktion der Bundesrepublik-Fertigung auftraten und auch bei der

5. Belieferung mit Teilsätzen und Ersatzteilen für andere ausländische Tochtergesellschaften eine zunehmende Rolle spielten. Diese negativen Beschäftigungseffekte können einerseits einen direkten exportsubstituierenden oder potentiell exportsubstituierenden Charakter haben.

6. Aber auch über die eigentliche Teilfertigung hinaus ergaben sich potentiell negative Auswirkungen, Wenn z. B. die von Tochtergesellschaften in Brasilien entwickelten 'Brasilia' allein für den Weltmarkt produziert werden.

Auf Grund der negativen Beschäftigungseffekte der Montagewerke in Brüssel und in den USA sowie der eher negativ einzuschätzenden Effekte der anderen Auslandsproduktionen ist man von insgesamt negativen Beschäftigungseffekten ausgegangen.

Grundsätzlich muß die Hypothese jedoch differenziert werden, wenn sie in verallgemeinerter Form Gültigkeit besitzen soll, da sowohl positive als auch negative Beschäftigungseffekte zu verzeichnen sind. Ob bei anderen Untersuchungsobjekten insgesamt die positiven oder negativen Effekte überwiegen, hängt in entscheidender Weise davon ab, ob zuvor der Bestand an inländischen Arbeitsplätzen durch Exporte aufgebaut wurde.

Liegen vorherige Exporte vor, so besteht die Möglichkeit, daß durch die neu aufgebauten Auslandsproduktionen die bisherigen Exporte substituiert werden und entsprechende negative Beschäftigungseffekte auftreten.

Eine Verallgemeinerung der am Beispiel des VW-Konzerns herausgefundenen Auswirkungen auf die Inlandsbeschäftigung ist in folgender Weise möglich:

1. Die Expansion des Auslandsabsatzes deutscher multinationaler Konzerne erfolgt immer dann mit negativen inländischen Beschäftigungseffekten, wenn durch die Auslandsproduktionen, Exportsubstitutionen, Importkonkurrenz oder potentielle Exportsubstitution vorliegt.

2. Mit positiven inländischen Beschäftigungseffekten, die jedoch wesentlich niedriger anzusetzen sind als die frühere Expansion des Auslandsabsatzes über Exporte, ist immer dann zu rechnen, wenn durch Auslandsproduktionen an der Entstehung neuer Märkte mit partizipiert wird. Die niedrigeren inländischen Beschäftigungseffekte ergeben sich dadurch, daß auf diesen Märkten Montagewerke errichtet werden, die tendenziell zu selbständigen Produktionen neigen.

- d) KIERA untersucht deutsche Direktinvestitionen in 24 ausgewählten Branchen und Ländern. Wichtiges Kriterium für die Erfassung der Wirkungen ist die Einteilung in absatz- und beschäftigungsorientierte Investitionen. Auf Grund der Regionalverteilung und der Branchenstruktur folgert er, daß es sich bei den deutschen Direktinvestitionen in erster Linie um absatzorientierte Unternehmen handelt.

Dieses Ergebnis entspricht den einschlägigen Motivanalysen und statistischen Untersuchungen. Zur Beantwortung der Frage, in welcher Beziehung Direktinvestitionen zum deutschen Außenhandel stehen, werden die Außenhandels- und Direktinvestitionsstrukturen der Bundesrepublik verglichen. Auf Grund einer deutlichen Kongruenz, die auch durch Querschnittanalysen der Branchenverteilung bestätigt wird, schließt Kiera auf einen positiven Zusammenhang zwischen Direktinvestition und Außenhandel. Die Ergebnisse Kieras müssen jedoch angesichts des hohen Aggregationsniveaus vorsichtig interpretiert werden. Die Branchenanalyse besagt nur, daß Branchen, die viel ins Ausland exportieren, zugleich auch im Ausland viel investieren. Sie sagt jedoch nichts darüber aus, ob die Exporte und Direktinvestitionen in die gleichen oder in verschiedene Länder fließen.

Im Hinblick auf die Diskussion über die Arbeitsmarkteffekte der deutschen Direktinvestitionen folgert er, daß auf der Mikroebene der Branche oder gar der Volkswirtschaft ein partieller Exportverlust durch den vermehrten Export anderer Güter ersetzt bzw. überkompensiert wird. Ange- sichts der Quellenlage ist jedoch eine vertretbare Quantifizierung der einzelnen Arbeitsplatzeffekte weder auf Branchenebene noch für die gesamte Volkswirtschaft möglich.

- e) Über die Exportentwicklung versucht JACOBI sowohl die Handelsbilanz als auch die Beschäftigungswirkungen zu erfassen. Auf der Basis einer relativ breiten empirischen Unternehmensbefragung - erfaßt sind 115 Niederlassungen von 61 deutschen Stammfirmen - analysiert er die typischen Bedingungskonstellationen, die zu Auslagerung von Produktionsformen führen. Dabei werden insbesondere die verschiedenen Verflechtungsformen, die Auswirkungen auf die Exportströme im Zeitablauf und die Beeinflussung des Gesamtexportvolumens betrachtet. Die Haupt- ergebnisse sind:
- Die Motive für deutsche Direktinvestitionen liegen vor allem in der Marktsicherung und -erschließung, Kosten und Preise sowie internationales Unternehmenswachstum sind nur sekundäre Faktoren.
 - Anschlußexporte in Anlagegütern, Betriebsmitteln und Halbfertigwaren fallen umso mehr ins Gewicht, je niedriger das Industrialisierungsniveau in den Anlageländern ist.
 - Exporte von Fertigungserzeugnissen zum Weiterverkauf finden bei einer großen Anzahl von Firmen zusätzlich statt.
 - In der Alternativberechnung zeigt sich, daß Direktinvestitionen und Exporte tatsächlich positiv miteinander korreliert sind. Ohne Vornahme der Direktinvestitionen wären die Ausfuhren nicht nur auf Grund der Importrestriktionen zurückgegangen, sondern zusätzlich durch alternativ errichtete und/oder aus dem Anlageland selbst.

Dieses Ergebnis entspricht den durchgeführten Arbeiten von HUFBAUER/ADLER für die USA und von REDDAWAY für Großbritannien.

Diese Untersuchungen arbeiten stärker mit einfachen alternativen Modellannahmen, während JACOBIS Arbeit insgesamt am ehesten der deskriptiv-analytischen Methode entspricht. Zwangsläufig müßte seine Interpretation zu positiv ausfallen. Dies stellt jedoch die grundsätzliche Tendenz nicht zwangs- läufig in Frage.

- f) In einem umfassenden Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft kommt HANS-ECKART SCHARRER zu dem Ergebnis, daß zuverlässige Aussagen über die Beschäftigungs- und Wachstumswirkungen von Direktinvestitionen..... auf der Basis theoretischer Überlegungen allein nicht möglich sind. So läßt sich weder die Notwendigkeit einer generellen Förderung von Direktinvestitionen noch der Diskriminierung gegenüber Investitio- nen im Inland von der wachstumspolitischen Zielsetzung her

fundiert begründen. Er führt folgende positiven Wirkungen deutscher Direktinvestitionen im Ausland auf:

- Auslandsinvestitionen als Beitrag zur internationalen Arbeitsteilung verhindern eine Blockbildung und nationale Abkapselung. Gerade die deutsche Industrie mit ihrem hohen Exportanteil ist auf offene Märkte angewiesen.
- Die Kaufkraft der Länder der Dritten Welt kann durch die Errichtung von Produktionsstätten gesteigert werden. Dies ermöglicht einen erweiterten Export deutscher Erzeugnisse.
- Die Geschäftsausweitung schafft neue Arbeitsplätze im Inland, die eventuelle Arbeitsplätze sogar kompensieren können.
- Die Teilzulieferung zu Zweigbetrieben im Ausland erlaubt im Stammbetrieb größere Stückzahlen und damit wirtschaftlichere Produktionsverfahren.
- Die Konstruktion, die Forschung und Entwicklung, die Arbeitsvorbereitung, der Werkzeugbau und das weltweite Marketing verbleiben meist im Stammhaus. Dadurch werden im Inland die höherwertigen Arbeitsplätze erhalten und möglicherweise erweitert.
- Zweigbetriebe erleichtern Markterschließung im Ausland für das gesamte Vertriebsprogramm des Unternehmens. Der bessere Verkaufsapparat und Service durch den Zweigbetrieb wirkt absatzfördernd.
- Bei der Niederlassung im Ausland bringt der Unternehmer meist die Erstausrüstung mit deutschen Maschinen ein. Der spätere Ersatzbedarf wird dadurch auf deutsche Maschinen gelenkt.
- Die kostengünstige Produktion im Ausland erlaubt den Unternehmen eine Mischkalkulation, die die inländische Fertigung unter Umständen subventionieren kann; das bedeutet eine Erhaltung inländischer Arbeitsplätze.
- Gesamtwirtschaftlich werden mit Direktinvestitionen Kompensationsgeschäfte in Gang gebracht, die der Sicherung der inländischen Rohstoffversorgung dienen.
- Die Auslagerung arbeitsintensiver, d. h. meist produktivitätsschwacher Zweige, führt zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität.

Außerdem gibt es eine Reihe von Arbeiten, in denen versucht wird, Prognosen darüber aufzustellen, in welchem Umfang negative Beschäftigungswirkungen aus der verstärkten Industrialisierung der Entwicklungsländer zu erwarten sind. Hierzu zählt die Studie des Kieler Weltwirtschaftsinstituts über die Beschäftigungswirkungen einer verstärkten Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Entwicklungsländern, in denen auf der Grundlage von Trendextrapolationen je nach Berechnungsmethode ein Verlust bis zu

400.000 Arbeitsplätzen in der verarbeitenden Industrie für die Zeit zwischen 1973 und 1985 prognostiziert wurde.
Während Bereiche wie der Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und die chemische Industrie nach dieser Studie sogar noch expandieren sollen, wird für die Bereiche Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Lederverarbeitung und Textil- und Bekleidung eine negative Beschäftigungsentwicklung vorausgesagt.

(DICKE, GLISMAN, HORN, NEU, 1976).

Tabelle 6: Aufstellung aller empirisch quantifizierbaren Primäreffekte P_1 bis P_{11} für das Anlagerland¹

Effekt Nr.	Bezeichnung der Direktinvestitionseffekte	Erwartete Effekt- richtung	Effekt- ablauf	Außenhandels- abhängig?
P_1	Exportsubstitution: Wegfall von Exporten des Anlagerlandes ins Anlagerland	negativ	direkt	ja
P_2	Exportsubstitution: Wegfall von Exporten des Anlagerlandes in Drittländer	negativ	direkt	ja
P_3	Zunahme der Importe des Mutterunternehmens von den PB	negativ	direkt	ja
P_4	Generelle Zunahme der Importe des Anlagerlandes (ohne Mutterunternehmen) von den PB	negativ	direkt oder indirekt	ja
P_5	Exportzunahme durch Lieferung von Investitionsgütern aus Eigenfertigung der Mutterunternehmen zur Eigenverwendung in den PB	positiv	direkt	ja
P_6	Exportzunahme durch Lieferung von Vor- und Zwischenprodukten aus Eigenfertigung der Mutterunternehmen zur Eigenverwendung in den PB	positiv	direkt	ja
P_7	Exportzunahme durch Lieferung von Produkten aus Eigenfertigung der Mutterunternehmen zum Weiterverkauf durch die PB an Dritte	positiv	direkt oder indirekt	ja
P_8	Exportzunahme durch branchenspezifisch wirkende Kaufkraftsteigerung im Anlagerland	positiv	direkt	ja
P_9	Exportzunahme durch generell wirkende Kaufkraftsteigerung im Anlagerland	positiv	indirekt	ja
P_{10}	Exportzunahme durch Lieferungen über eigene Vertriebsorganisation an Dritte	positiv	direkt oder indirekt	ja
P_{11}	Beschäftigung von Inländern (Deutschen) bei den PB oder Vertriebsorganisationen im Ausland	positiv	direkt oder indirekt	

1) Die in der Tabelle benutzte Abkürzung PB bedeutet "Produzierende Beteiligungsgesellschaft"

Zusammenfassung der Ergebnisse

Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland wurden vornehmlich in den USA die Beschäftigungseffekte von Direktinvestitionen untersucht, ohne daß es allerdings zu eindeutigen Aussagen kam. Je nach Berechnungsmethode und den getroffenen Annahmen wurden völlig unterschiedliche Ergebnisse ermittelt. Die sich zum Teil völlig widersprechenden Aussagen sind dabei überraschenderweise nicht nur bei der Gegenüberstellung der von Interessenvertretern von Arbeit und Kapital erstellten Studien vorzufinden, sondern tauchen mit ebenso großer Deutlichkeit in den zahlreichen, von neutralen Institutionen und Wissenschaftlern angefertigten Analysen auf.

Für die Diskussion in der Bundesrepublik konstatieren viele Autoren einen noch unbefriedigenderen Stand der empirischen Forschung. Es mangelt u. a. an hinreichenden Daten, insbesondere auf Unternehmensebene und genügend entwickelten methodischen und statistisch ableitbaren Beschäftigungseffekten, die bisher weder auf Branchenebene noch für die Gesamtwirtschaft quantifiziert werden. Man spricht von einer sehr weitreichenden und allgemein anerkannten Unkenntnis über das quantitative Ausmaß und die Struktur der tatsächlichen Arbeitsplatzeffekte deutscher ausländischer Direktinvestitionen, woraus u. a. folgt, daß nicht alle vorfindbaren Stellungnahmen hierzu wissenschaftlich einwandfrei begründet sind.

Weder die theoretischen Überlegungen noch die Betrachtung der Ergebnisse der empirischen Analysen haben zu einer eindeutigen Aussage über die Rückwirkungen von deutschen Direktinvestitionen geführt. Die vorliegende Untersuchung zeigt, daß, wenn überhaupt, insgesamt durch deutsche Direktinvestitionen nur ein geringfügiger Arbeitsplatzverlust in der Bundesrepublik Deutschland eintritt. In manchen Zweigen ergeben sich Verluste, in anderen jedoch sogar zusätzliche Arbeitsplätze. Ebenso wenig können Exportsubstitutionswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, etwa wegen des geringen Volumens der Direktinvestitionen, verneint werden.

Jedenfalls sind nach den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung die Rückwirkungen von Direktinvestitionen sehr unterschiedlich und hängen vom jeweiligen Einzelfall ab. Generelle Aussagen sind mithin nicht möglich, so daß sich eine Hochschätzung der Wirkungen auf der Basis der vorliegenden Untersuchungen auf aktuellere Angaben über den Bestand an deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern verbietet.

Insofern bleibt im Grunde nur die etwas resignierende Feststellung übrig, daß der Vergleich aller Studien beim gegenwärtigen Wissensstand und bei den getroffenen Annahmen oft völlig konträre Ergebnisse zeigt, weshalb selbst eine eindeutige Aussage über die Richtung (positiv oder negativ) nicht möglich erscheint.

BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER DEUTSCHER UNTER-
NEHMEN IM INLAND UND IN BRASILIEN 1980 - 1984

	1980	1981	1982	1983	1984	Änd. in %
AEG	108.400	99.400	76.200	62.250	60.560	- 44,1
Telefunken Radio & Televisa o SA, BR	2.176	1.234	791	856	--	- 60,7
BASF	87.373	87.835	87.553	86.093	87.292	- 0,1
BASF Brasilien	3.354	3.138	3.259	3.065	3.210	- 4,2
Glasurit do Brasil	2.338	2.171	2.223	2.182	2.155	- 7,8
BOSCH	76.292	73.232	71.047	69.758	89.230	+ 17,0
R.Bosch do Brasil	9.550	8.020	7.180	6.910	8.210	- 14,0
DAIMLER-BENZ	146.323	149.096	149.118	151.273	158.043	+ 8
Mercedes Benz do Brazil	20.194	15.082	14.647	10.856	13.398	- 34
Sociedade Technica de Fundicoes	3.487	2.222	1.769	1.397	1.941	- 44
MANNESMANN AG	74.731	78.505	83.545	78.211	75.554	+ 1
Mannesmann, S.A.	12.427	11.195	10.825	9.216	10.177	- 18
BAYER	101.400	101.100	99.300	95.700	94.800	- 6,5
Bayer do Brasil	3.897	3.792	3.728	3.751	3.846	- 1,3
HOECHST AG	100.904	100.404	99.463	98.044	99.015	- 1,9
Hoechst do Brasil	4.460	4.351	4.373	4.217	4.212	- 5,6
HENKEL KGaA	18.532	17.736	17.339	16.747	16.306	- 12
Henkel S.A. Ind. Quimicas	1.750	1.765	1.761	1.716	905	- 48,3
VARTA AG	7.096	6.890	6.672	6.518	6.596	- 7,0
Microlite S.A.	8.069	6.657	6.705	5.537	5.760	- 28,6
ROSENTHAL AG	7.142	6.987	6.745	6.532	6.401	- 10,4
Porcelanas Ronner	433	394	330	330	368	- 15,0
FRIED. KRUPP	77.614	75.075	71.381	62.893	59.194	- 23,7
Krupp Metalurgica Campo Limgo Ltd.	4.311	4.600	--	2.300	3.136	- 27,3
SIEMENS AG	235.000	230.000	220.000	212.000	216.000	- 8
Siemens Sao Paulo	10.900	10.967	13.400	13.650	14.400	+ 32
E. MERCK	8.587	8.676	8.730	8.696	8.915	+ 3,8
Quimitra S.A.	1.732	1.675	1.659	1.589	1.589	+ 8,3

	1980	1981	1982	1983	1984	Änd. in %
TRIUMPF	3.890	3.770	3.409	2.975	2.980	- 23,4
Filo	3.200	2.550	--	--	--	
ZF. FRIEDRICHSH.	19.799	19.269	19.221	18.835	21.548	8,8
ZF do Brasil	3.034	2.910	1.876	1.711	--	- 43,6 *
CONTINENTAL AG	17.965	16.675	15.905	15.333	15.511	- 13,7
Laborten Ltd.						
Sao Paulo	630	395	453	448	--	- 28,9 *
STIHL GRUPPE	4.132	4.225	3.791	3.497	3.535	- 14,4
Andras Stihl Motor	470	460	427	453	538	+ 14,5
Servas LTDA						
VOLKSWAGEN AG	158.870	160.286	158.013	156.280	160.650	+ 1,1
VW do Brasil	46.671	33.573	36.298	32.620	34.367	- 26,4
FLACHGLAS AG	9.593	9.137	8.812	8.817	8.790	- 8,4
St. Lucia Ltda.	1.218	865	841	857	884	- 27,4
ALFRED TEVES	9.480	9.380	8.981	9.080	9.168	- 3,2
AT do Brasil	750	703	791	760	805	+ 7,3
PWH AG	3.628	3.670	3.692	3.491	3.214	- 11,4
Pohlig Heckel do Br.	1.172	853	710	529	-	- 54,9 *
VOITH GMBH	7.700	7.470	7.264	6.937	6.605	- 14,2
Voith S.A.	3.500	3.495	3.488	3.319	3.320	- 5,1

* 1980 : 1983

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach FSA-Unternehmensdaten (vormals
Forschungsstelle für Sozialökonomik der Arbeit, Berlin).

Auch wenn die bisherigen empirischen Studien bei vorsichtiger Einschätzung belegen, daß Produktionsverlagerungen bzw. die deutschen Direktinvestitionen keine zentrale Ursache für die anhaltende Beschäftigungskrise in der Bundesrepublik sein können und nur leicht negative Rückwirkungen für die Arbeitsmarktentwicklung haben: für die jeweils von Arbeitsverlusten Betroffenen ist diese Relativierung kein Trost.

Wenn man die Beschäftigungsentwicklung der wichtigsten deutschen multinationalen Unternehmen und ihrer Tochtergesellschaften am Beispiel Brasiliens in den letzten 5 Jahren analysiert, stellt man folgendes fest: Aufgrund des Internationalisierungsprozesses der Unternehmen sind eindeutige Rückgänge bei den Beschäftigungszahlen sowohl bei den Muttergesellschaften in der Bundesrepublik als auch bei den Tochtergesellschaften zu verzeichnen, wobei die Beschäftigten bei den Tochtergesellschaften am meisten betroffen waren.

Die AEG, einer der großen deutschen Investoren in Brasilien, verlor zwischen 1980 und 1984 mehr als 44 % ihrer Belegschaft in der Bundesrepublik und über 61 % in Brasilien.

Bei Henkel war ein Rückgang von 12 % im Inland und 48,3 % in Brasilien festzustellen.

Krupp baute über 23 % seiner Belegschaft in Brasilien ab.

Bei Siemens war ein eindeutiger Belegschaftszuwachs von über 32 % in Brasilien im Gegensatz zu einem Belegschaftsabbau von 8 % im Inland festzustellen, was sicherlich auf eine verstärkte Erweiterungsinvestition in Brasilien und Ersatzinvestitionen (Rationalisierungsmaßnahmen) in der Bundesrepublik zurückzuführen sein dürfte.

Daimler Benz verzeichnete einen Belegschaftszugang von 8 % im Inland im Gegensatz zu über 44 % Rückgang in Brasilien, und diese Entwicklung läßt sich anhand vorliegender Daten beliebig fortsetzen (siehe Tab. 12). Fazit: Weltweit werden die Beschäftigtenzahlen sowohl in der Bundesrepublik als auch in den Entwicklungsländern insgesamt gesenkt.

Folgerungen und Perspektiven hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen

Perspektiven hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung

Zwei jüngere Entwicklungen sind für die derzeitige Debatte über Direktinvestitionen und Beschäftigung wesentlich. Die eine Entwicklung ist theoretischer Natur, die andere betrifft eine Verschiebung in der Weltwirtschaft.

Neuere Arbeiten über Standorttheorie betonen, daß die Faktorsubstitution, d. h. die Wechselbewegung zwischen kapital- und arbeitsintensiven Technologien, nur eine sehr untergeordnete Rolle für die Standortbestimmungen der Produktion spielt. Daraus folgt, daß den komparativen Arbeitskosten große Bedeutung zukommt. Wenn das Kapital beweglich ist, dann ist der neuralgische Punkt der Allokationsentscheidung die Allokation des Faktors Arbeit auf die einzelnen Industrien. Da dieser Faktor je nach Standort variiert, wird er zu einem primären Bestimmungsfaktor der internationalen Produktionsstruktur.

Zweitens hat wegen des technischen Fortschritts in der Reduktion der Transportkosten, in der Erhöhung des Potentials zur Erzielung von Vorteilen aus der Massenproduktion und der Ausdehnung der Arbeitsverteilung verstärkte Spezialisierung eine größere Bedeutung gewonnen als die Vorteile der Faktorersparnisse in der Produktion. Damit wächst das Potential für internationale Standortwechsel und vertikale Integration.

Eine wichtige Änderung in der Weltwirtschaft besteht darin, daß Produktionsprozesse, die Routinearbeiten verlangen, nach Süden abwandern. Diese Entwicklung wird durch die zunehmende Offshore-Produktion und durch die Politik der freien Produktionszonen vieler Entwicklungsländer stimuliert. Niedrige Lohnkosten, zusammen mit einem Minimum an Interventionen von Regierungsseite (niedrige Steuern oder steuerfreie Aktivitäten, keine Gewerkschaften, keine Streikvereinbarungen, zollfreie Importe, Zuschüsse usw.) sind in Ländern wie Südkorea etc. vorgesehen. Die örtlichen Inputleistungen beschränken sich auf Arbeitskräfte und einen geringen Materialbeitrag, während der Löwenanteil des Outputs exportiert wird. Verlagerungen in solche Zonen sowie die konsequente Rationalisierung der Produktion in der Bundesrepublik oder in anderen Industrieländern werden zur Erklärung (eines Teils) der zur Zeit in der Bundesrepublik herrschenden Arbeitslosigkeit angeführt.

Die Skepsis, die man gegenüber langfristigem hegen muß, läßt es ratsam erscheinen, sich bei einer Skizzierung des weltwirtschaftlichen Strukturwandels bis zum Jahre 2.000 nicht allzu weit vorzuwagen. Aber es läßt sich wenigstens das Muster beschreiben, dem die Entwicklung voraussichtlich folgen wird. Thesenartig kann man folgendes sagen:

- Erstens: Die Weltwirtschaft wird bis zum Ende dieses Jahrhunderts wieder rascher wachsen als in den letzten 15 Jahren, aber ihr Wachstumszentrum wird sich in den pazifischen Raum verlagern. Die asiatischen Schwellenländer werden die Lokomotive sein, die andere mitziehen wird, wobei die Vereinigten Staaten bessere Perspektiven als die europäischen Industrieländer haben.
- Zweitens: Sinkende reale Rohstoffpreise werden dazu beitragen, daß in Industrieländern die Inflation unter Kontrolle bleibt und das Wachstum angeregt wird. Dies zwingt die rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer, zum Teil in Kooperation mit Unternehmen aus den Industrieländern, in die Industrialisierung.
- Drittens: Die Schwellenländer werden die traditionellen Produzenten von Industriegütern noch mehr als bisher bedrängen, aber sie werden deren dominante Rolle m. E. nicht verdrängen. Für die populäre Deindustrialisierungsthese, wonach den Industrieländern ein Ausverkauf industrieller Arbeitsplätze droht, gibt es kein überzeugendes Argument.
- Viertens: Das Hineinwachsen der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung wird zu einer fortschreitenden Spezialisierung in den Industrieländern führen. Dabei zeichnet sich ein doppeltes Muster ab. Eine Entwicklungslinie ist die horizontale Spezialisierung. Ihr sind bisher vor allem die Industrieländer gefolgt, in jüngerer Zeit aber auch einige Schwellenländer. Ihr Kennzeichen ist die Verlagerung der Produktion auf Güter und Dienstleistungen mit einem höheren Wertschöpfungsanteil.

Eine andere Entwicklungslinie ist die vertikale Spezialisierung. Sie läuft auf eine weitere internationale Teilung des Produktionsprozesses hinaus, und das gibt es auch teilweise schon. Bislang bezogen aber die Industrieländer, wie die Bundesrepublik, aus den Entwicklungsländern vor allem arbeitsintensiv hergestellte Bauteile, die in hochwertige Produkte Eingang fanden. In jüngerer Zeit ist wieder eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Die Entwicklungsländer kaufen in den Industrieländern technisch hochentwickelte und häufig kapitalintensiv hergestellte Komponenten, die sie zu Endprodukten montieren. Nicht selten werden diese Geräte anschließend wieder in die Industrieländer exportiert. Die Beschäftigungswirkungen in den Industrieländern kann man hier nicht übersehen.

Fünftens: Die Vorteile der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern liegen eher bei der Entwicklung neuer Produkte als bei der Anwendung neuer Produktionstechniken. Produktinnovationen erfordern vor allem Investitionen in Humankapital, insbesondere in hochqualifizierte Arbeitskräfte in der Forschung und Entwicklung, Prozeßinnovationen vor allem Investitionen in Sachkapital. Über dies verfügt ein Land wie die Bundesrepublik zwar vergleichsweise reichlich, aber Sachkapital ist (im Gegensatz zu Humankapital) recht mobil, d. h., es kann leicht in die Entwicklungsländer transferiert und dort zum Aufbau neuer Produktionen eingesetzt werden.

Sechstens: Das rasche Wachstum im pazifischen Raum wird sich, anders als in den sechziger Jahren, vor allem auf der Basis neuer Technologien entfalten. Es geht dort inzwischen längst nicht mehr nur um die Produktion von Baumwolloberhemden oder von gläsernem Modeschmuck. Länder wie Südkorea produzieren gegenwärtig schon eine ganze Palette sog. Produktzyklusgüter, insbesondere solche, bei denen die Industrieländer zum Teil wegen ihres Lohnniveaus keine komparativen Kostenvorteile mehr haben. Dazu gehören computergesteuerte Werkzeugmaschinen, Videorecorder oder Handelsschiffe. Der Technologievorsprung, den die führenden Industrieländer gegenüber den führenden Schwellenländern auf vielen Gebieten noch haben, wird kleiner, und die daraus resultierende Beschäftigungswirkung hier im Inland sollte man nicht unterschätzen.

Folgerungen und Perspektiven hinsichtlich der Beschäftigungswirkungen in der Bundesrepublik

Trotz deutlicher Zeichen einer konjunkturellen Belebung in der Bundesrepublik ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt unverändert trist. Die lange Periode der Unterbeschäftigung und die im Zeitablauf durchgeführten Umschichtungs- bzw. Selektionsprozesse haben dazu geführt, daß die Arbeitslosenbestände im 10-Jahreszeitraum von 557.000 auf 2.143.000 gestiegen sind. Auch die künftigen Perspektiven sind alles andere als rosig: Es besteht die Gefahr hoher Arbeitslosigkeit noch bis weit in die 90er Jahre hinein. Die "Beschreibung" der zukünftigen ökonomischen Entwicklung erfolgt anhand von kürzlich vorgelegten Prognosen, die gemeinsam von Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), der Bundesanstalt für Arbeit sowie von der PROGNOSE AG erarbeitet wurden.

Aus der vorherigen Analyse kann man m. E. über die Struktur und Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik folgende vorläufige Schlußfolgerungen ziehen:

1. Das Ausmaß der Schaffung oder Umschichtung von Arbeitsplätzen ist nur ein Aspekt des Problems. Ein anderer Aspekt besteht in der Art der geschaffenen oder vernichteten Arbeitsplätze. Die auch für die Bundesrepublik ermittelten Werte legen nahe, daß die im Inland zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze eine höhere Qualifikation bedingen als die vernichteten Arbeitsplätze. Da ungelernte Arbeiter nicht sofort an die Stelle von Facharbeitern treten können, werden sich im Herkunftsland erhebliche Anpassungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt ergeben.

Dies wird zu großen sozialen Spannungen besonders dann führen, wenn sich der Verlust von Arbeitsplätzen sektoral oder regional konzentriert.

2. Die zu erwartenden sektoralen Strukturverschiebungen sind mit einem strukturellen Wandel bei den Arbeitsplätzen verbunden, der erhebliche Anforderung an die berufliche Qualifikation der Erwerbspersonen und an Flexibilität und Mobilität der Unternehmen stellen wird.
3. Alle in Erwägung zu ziehenden Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten müssen die regional-, branchen- und betriebsspezifischen Gegebenheiten in Rechnung stellen.
4. Arbeitslose mit fortgeschrittenem Alter, mit gesundheitlichen Einschränkungen, ohne Ausbildung usw. tragen zwar noch immer ein großes Risiko, langfristig arbeitslos zu bleiben, ihr relativer Anteil an der Arbeitslosigkeit ging jedoch von 1981 bis 1984 zurück. Es belegt zugleich: diese Faktoren üben nicht den ausschließlichen Einfluß auf die Dauer der Arbeitslosigkeit aus, sondern es gewinnen strukturelle Gründe auf der Arbeitgeberseite, z. B. Arbeitsplatzverluste auf Grund von Rationalisierung oder Betriebsstilllegungen sowie Betriebsumstellungen und Verlagerungen ins Ausland usw., an Gewicht.
5. Langfristige Arbeitslosigkeit fügt Arbeitslosen neue "nicht marktkonforme" Merkmale, wie z. B. Dequalifizierung, soziale Verhaltensstörungen usw., hinzu. Im Umkehrschluß bedeutet es aber zugleich, daß nur eine Wiedereingliederung in das Beschäftigungssystem diesen Prozeß aufhalten bzw. sogar umkehren kann. Hierzu ist eine verstärkte Mitwirkung aller beteiligten gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Kirchen gefragt.

BUNDESDEUTSCHE
DIREKTINVESTITIONEN
IN BRASILIEN
- EINE PROBLEMSKIZZE -
(JOHN GYASI)

DER STELLENWERT BRASILIENS ALS INVESTITIONSSTANDORT DER DEUTSCHEN TRANSNATIONALEN UNTERNEHMEN

Freunde und Förderer der Gossner Mission werden sich sicherlich fragen, warum wir uns nicht für die Untersuchung von Ländern wie Nepal, Indien oder Sambia entschieden haben, da die Gossner Mission ohnehin seit Jahren dort tätig ist, sondern für Brasilien. Diese zunächst einmal einleuchtende Frage mußte jedoch im Blick auf die Arbeitsfelder in Indien, Nepal und Sambia von der inhaltlichen Erwartung des Projektes her negativ entschieden werden. Nepal und Sambia erreichen minimale deutsche Investitionen. Für Indien wäre die Fragestellung schon relevanter gewesen. Doch ist das Problem deutscher Direktinvestitionen für die Gossner-Kirche in Nordindien kein vorrangiges Problem.

Brasilien mit seinen über 130 Mio. Einwohnern bietet zwei Besonderheiten, die man aus ökumenischer Perspektive untersuchen sollte. Einerseits sind alle Firmen, die Rang und Namen in der deutschen Wirtschaft haben, in Brasilien vertreten.

- Brasilien bleibt mit großem Abstand das größte Investitionsland der Bundesrepublik von allen Entwicklungsländern. In Brasilien konzentriert sich die größte Anzahl der deutschen Gesellschaften außerhalb der Industrieländer. Über 63 % der Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern befinden sich in Brasilien. Die Bundesrepublik ist damit der zweitgrößte Investor. Über 50 % (196.000) der Auslandsbeschäftigten deutscher Unternehmen befinden sich in Brasilien.
- Dem Grundkapital nach sind Mercedes und VW do Brasil die größten Firmen der Automobilbranche. VW ist mit seinen über 32.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber.

- Bayer do Brasil steht an fünfter Stelle der Chemiefirmen. Bayer do Brasil produziert z. B. in Belford Roxo Agrargifte, von denen viele in den reichen Ländern verboten sind (DDT, Parathionäthyl und Trichlorphos). Diese Produkte sind hochgiftig und verursachen schwere Wirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit der Menschen, Tiere und Pflanzen. Technischer, wirtschaftlicher Fortschritt und ökologisches Gleichgewicht werden langsam als einander bedingende Faktoren gesehen, in der Bundesrepublik Deutschland vielleicht stärker als in Brasilien. Aber gerade in Brasilien gewinnt die Stimme der Betroffenheit größeres Gewicht.

Auf der anderen Seite ist Brasilien das am höchsten verschuldete Land in den Entwicklungsländern und, bezogen auf die ganze Welt, wird es nur von den USA übertroffen. Diese Entwicklung hat eine tiefe soziale Krise hervorgerufen. Die Verschuldungslage Brasiliens führte in den letzten Jahren dazu, daß sich die Massenentlassungen auch in den deutschen Firmen häuften, vor allem in den Industrie-
revieren der Großstädte.

Uns interessiert u. a.:

- der Beitrag der deutschen Firmen für eine wachsende industrielle Autonomie Brasiliens,
- die Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse in der vom deutschen Kapital kontrollierten Transnationalen Konzerne (TNK), auch im Vergleich zu den anderen TNKs aus USA und Japan etc.,
- ihre Haltung in Sachen Gewerkschaften und Arbeitsrecht, Umfang der sozialen Sicherheit (falls überhaupt vorhanden),
- Ausbildung und Bildungsmöglichkeit der Beschäftigten,
- angesagte Technologie,
- Arbeitsleben und Lohnverhältnisse.

Entwicklungen dieser Art versuchen wir, im Rahmen des Projektes durch eine Befragung am Ort über die tatsächlichen Wirkungen zu erfahren, denn uns erreichen regelmäßig Berichte und Informationen von den Gewerkschaften und Beschäftigten, die unserer Ansicht nach sehr differenziert sind. In Brasilien wird diese Untersuchung von CEDA (ökumenisches Zentrum für Dokumentation und Information) durchgeführt.

Sozialdaten

Der Mindestlohn soll laut Gesetz, das Bestandteil der brasilianischen Verfassung ist, ausreichen, einen Arbeiter und seine Familie zu ernähren. Wie lange muß ein Mindestlohnempfänger für die Mindestration arbeiten, die der Mindestlohnberechnung zugrundeliegt? DIEESE, das aufgrund der brasilianischen Gewerkschaftsgesetzgebung staatliche Institut der Gewerkschaften für Statistik und sozioökonomische Studien nennt für den Monat Februar 1985 folgende Arbeitszeiten eines Mindestlohnempfängers:

Wie lange muß ein Mindestlohnempfänger arbeiten, um zu essen? São Paulo

Produkt/Menge	Feb. 1984	Feb. 1985
Fleisch 6 kg (1)	71h 06min	64h 34min
Milch 7,5 Ltr.	07h 53min	08h 19min
Bohnen 4,5kg	23h 08min	15h 11min
Reis 3kg	07h 14min	09h 20min
Weizenmehl 1,5kg	02h 09min	02h 53min
Kartoffeln 6 kg	09h 40min	07h 05min
Tomaten 9 kg	14h 29min	14h 00min
Brot 6 kg	16h 22min	21h 11min
Kaffee 600g	06h 09min	14h 51min
Bananen 90 Stück	12h 21min	12h 45min
Zucker 3 kg	03h 49min	05h 16min
Bratfett 750 g	08h 06min	06h 00min
Butter 750 g	08h 33min	11h 49min
gesamt	190h 59min	193h 14min

ÜBERWIEGEND IM ELEND

Zur sozialen Situation der Mehrheit des brasilianischen Volkes

BRASILIEN IN LATEINAMERIKA UNTER DEN LÄNDERN MIT DEN NIEDRIGSTEN MINDESTLÖHNEN

Innerhalb Lateinamerikas steht Brasilien recht ungünstig da, was die Mindestlöhne angeht. DIEESE ermittelte für den März 1981 die Werte für 10 lateinamerikanische Länder. Brasilien schneidet zusammen mit Peru am schlechtesten ab. (20)

NAHRUNGSMITTELPREISE IN ARBEITSSTUNDEN

Land	1 kg Brot	1 Ltr Milch	1 kg Fleisch
Argentinien	1:54	0:37	6:41
Brasilien	2:12	1:07	9:49
Chile	1:12	0:38	10:35
Ecuador	0:51	0:29	4:33
Kolumbien	2:46	0:49	5:31
Panamá	0:50	0:40	6:47
Paraguay	1:12	0:45	3:24
Peru	1:43	1:27	12:13
Uruguay	0:57	0:35	3:41
Venezuela	0:48	0:40	6:56

3:41 hies: 3 Stunden, 41 Minuten.

Bis in die 50er Jahre waren ausländische Direktinvestitionen, insbesondere solche aus der Bundesrepublik Deutschland, unbedeutend. Die eigentliche Investitionstätigkeit begann in den 60er Jahren. Wegen seiner reichen Bodenschätze wurde Brasilien als Investitionsland interessant. Die immer bedeutender werdende industrielle Produktion führte zu sozialen Problemen in den Städten Rio, Sao Paulo und Belo Horizonte. Zudem führte die katastrophale Lage der Landbevölkerung zu bürgerkriegsähnlichen Situationen, besonders im Nordosten Brasiliens. 1964 riß das Militär durch einen Putsch die Macht an sich. Das war das Signal für ausländische Investitionen im großen Stil. Es wurden Wachstumsraten von jährlich über 10 % erzielt. In dieser Zeit verdiente besonders die brasilianische Mittel- und Oberschicht gut. Der soziale Frieden wurde durch die Garantie von Mindestlöhnen und die Errichtung eines öffentlichen Gesundheitswesens gekittet. Die politische Opposition wurde unterdrückt und auf das schärfste verfolgt.

Die brasilianische Regierung versuchte durch immense Investitionen in Form von Großprojekten wie Itaipu, das Alkoholprogramm als Ersatz für Benzin als Treibstoff und das Atomprogramm, die Industrialisierung des Landes zu beschleunigen. Die immensen Summen hierfür kamen von ausländischen Banken, die versuchten, die Flut der Petrodollars aus den arabischen Ländern zu investieren. Die Verschuldung wuchs, aber immer hatte Brasilien Wachstumsquoten von über 5 %, bis 1979 in den USA die Hochzinspolitik einsetzte. Die Folge war eine Steigerung der Auslandsschulden allein im Zeitraum von 1978 bis 1982 auf 40 Mrd. Dollar. Dies wirkte sich auf die Investitionstätigkeit der ausländischen Unternehmen aus. 1981/1982 verminderten sich die Direktinvestitionen um 50 %, lediglich die Kredite aus dem Ausland nahmen um 42 % zu.

Wirkungen der Auslandsdirektinvestitionen in Brasilien

Bis zum Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 galt Brasilien als eine kapitalistische Erfolgsstory und als ein Paradebeispiel für eine beschleunigte, nachholende Industrialisierung. Zwischen 1950 und 1980 lagen die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes (BIP) bei über 7 %, der verarbeitenden Industrie bei fast 9 % und der Landwirtschaft bei über 4 %. Brasilien konnte dabei auch beim Pro-Kopf-Einkommen als eines der wenigen Länder der Dritten Welt den Abstand zu den kapitalistischen Industrieländern in der Nachkriegszeit verringern (der Anteil am Vergleichswert der USA stieg von 15 auf 27 %).

Brasilien, mit 132 Millionen Einwohnern das sechstgrößte Land der Welt, verfügte 1980 bereits über ein Industrialisierungsniveau, das eher mit dem der Industrieländer als mit der Mehrheit der Entwicklungsländer vergleichbar war. Mit 237 Mrd. Dollar wies Brasilien 1980 das zweitgrößte Bruttoinlandprodukt aller Entwicklungsländer auf und wurde dabei nur von China mit einer Mrd. Einwohnern geringfügig übertroffen. Als zehntgrößte Ökonomie der Welt entfiel 1981 23 % der Industrieproduktion der außereuropäischen Entwicklungsländer auf Brasilien und bei der industriellen Wertschöpfung lag es

bereits auf dem 7. Platz der Weltrangliste kurz hinter Italien, aber deutlich vor Großbritannien. Der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt erreichte mit 37 % den Durchschnittswert der OECD. Der Anteil der Produktion von Maschinen und Transportausrüstungen am Industrieprodukt lag mit 28 % über den Werten Italiens. Die brasilianische Kapitalgüterindustrie deckt bereits mit mehr als 85 % die interne Nachfrage und erweist sich als international konkurrenzfähig. Mit 20 Millionen Tonnen hat Brasilien 1985 Frankreich bei der Stahlproduktion überrundet.

Obwohl Brasilien im Großraum von Sao Paulo - Rio de Janeiro - Belo Horizonte über den leistungsfähigsten und integriertesten Industriekomplex der Dritten Welt verfügt, der mehr Industriegüter als alle skandinavischen Länder zusammengekommen produziert, lassen sich die Kehrseiten der industriellen Erfolgsbilanz schnell ausmachen:

- Die dynamischen Wachstumsindustrien vor allem der dauerhaften Konsumgüter werden weitgehend durch internationale Konzerne kontrolliert.
- Das hohe Industrialisierungsniveau ist mit einer ungenügenden einheimischen Technologieproduktion und einer extrem rückständigen landwirtschaftlichen Produktion von Grundnahrungsmitteln verbunden.
- Die mit der hohen industriellen Wachstumsdynamik verbundenen extrem günstigen Kapitalverwertungsbedingungen (Unterdrückung der Gewerkschaften, Senkung der Mindestlöhne, Aufhebung des Kündigungsschutzes, hoher Profitraten) wurden durch die autoritäre Militärdiktatur seit 1964 mit einem hohen Grad an Repression durchgesetzt und aufrecht erhalten.
- Bei der Ungleichheit der Einkommensverteilung gehört Brasilien zu den Spitzenreitern, die Lohndifferenzen liegen bei 1 zu 12 und die regionalen Unterschiede bei 1 zu 3.
- Der Nordosten Brasilien gehört zu den größten Armutsgebieten der Dritten Welt, und der Anteil der Slumbevölkerung an der Einwohnerzahl der Großstädte liegt bei über 30 %.
- Die zur Finanzierung der nachholenden Industrialisierung im Kapitalgüter-, Grundstoff- und Infrastrukturbereich in den 70er Jahren aufgetürmte Auslandsverschuldung von 106 Mrd. Dollar führte seit dem Abbruch der Nettokapitalzuflüsse 1982 zu einer nur mit der Weltwirtschaftskrise 1929/1932 vergleichbaren tiefen Rezession und zu einem die internen Investitionsmöglichkeiten einschränkenden hohen Nettokapitaltransfer in die Industrieländer.

Die tiefe Verschuldungskrise schien dabei die kapitalistische Erfolgsstory des Schwellenlandes Brasilien jäh zu beenden. Ende 1983 belief sich der Bestand ausländischer Direktinvestitionen auf insgesamt fast 22,3 Mrd. Dollar, und Brasilien hat damit mehr ausländische Direktinvestitionen erhalten als jedes andere Entwicklungsland.

Etwa zwei Drittel dieser Direktinvestitionen waren Neuanlagen, der Rest stammt aus reinvestierten Gewinnen. Zwar expandieren die Direktinvestitionen bei weitem nicht so rasch wie andere Formen des Kapitalimports, doch entwickelten sie sich wesentlich stetiger.

Die Vereinigten Staaten sind mit einem Anteil von etwa 1/3 der gesamten Aktiva das bedeutendste einzelne Herkunftsland der Auslandsinvestitionen in Brasilien.

Die Bundesrepublik Deutschland liegt mit etwa 13 % auf dem zweiten Platz, gefolgt von Japan mit 9 %.. Die Bundesrepublik Deutschland ist damit der zweitgrößte Investor in Brasilien.

Der brasilianischen Zentralbank zufolge beliefen sich bis Ende September 1983 die direkten Investitionen und Reinvestitionen deutschen Ursprungs auf annähernd 2,9 Mrd. Dollar oder auf 13,1 % der direkten Investitionen aus dem Ausland. Allerdings beziffert die deutsch-brasilianische Handelskammer den deutschen Anteil an den Nachkriegsinvestitionen auf 20 %. Der Unterschied erklärt sich dadurch, das bestimmte Gesellschaften über Drittländer (Kanada, niederländische Antillen, Bahamas, Schweiz, Luxemburg und Panama) operieren und das deutschstämmige transnationale Kapital verwalten.

Verteilung der ausländischen Investitionen nach Herkunftsländern (in %)

	1860-1902	1903-1913	1930	1950	1959	1972	1985
Nordamerika	4,6	31,0	25	71	56	46	37
USA	2,3	19,9	21	48	38	37	32
Kanada	2,3	11,1	4	23	18	9	5
Europa	95	66	72	25	36	42	43
England	77,5	53	53	17	7	8	6
Frankreich	5,8	7	8	3	5	5	4
Deutschland	4,2	3,2	-	-	9	11	14
Schweiz	-	-	-	-	-	-	8
Italien	1,7	-	-	-	15	18	4
Andere Länder	0,1	3,1	2	4	8	12	20
Japan	-	-	1	-	2	6	9

Quelle: 1860-1913: London Stock Exchange Yearbook nach Ana Castro, As empresas estrangeiras no Brasil 1860-1913, Rio de Janeiro; 1930-1959 nach P. Evans: Dependent Development, Princeton 1979, S. 82; 1972 und 1985 nach Banco Central

1980 waren in Brasilien 24,9 % der transnationalen Konzerne deutschen Ursprungs (bezogen auf Lateinamerika) angesiedelt.

Von den 2.899 transnationalen Konzernen (TK) in Brasilien waren 11,9 % deutscher Herkunft (an zweiter Stelle nach den USA).

In Brasilien konzentriert sich die größte Anzahl deutscher Tochtergesellschaften außerhalb der Industriestaaten: 26,5 % von den 683 Niederlassungen deutscher TK in Lateinamerika im Jahre 1980 operierten 50 % in Brasilien.

Fast 75 % aller Direktinvestitionen in Brasilien entfallen auf die verarbeitende Industrie, deren ausländische Firmen in der Gesamtwirtschaft ein großes Gewicht haben. Fast 45 % aller auf dem Binnenmarkt verkauften Industrieprodukte stammen von auslandsbeherrschten Gesellschaften.

Angaben der brasilianischen Zentralbank zufolge verteilten sich Mitte 1983 die deutschen Direktinvestitionen in Brasilien wie folgt: 26,75 % im Fahrzeugsektor, 16,22 % im mechanischen Bereich, 9,48 % in der Metallindustrie, 9 % im Bereich Automobilzubehör und 6,95 % in der Chemieindustrie.

Anteil des deutschen Kapitals an den verschiedenen Bereichen der brasilianischen Wirtschaft

Angaben der brasilianischen Zentralbank zufolge verteilten sich die aus Deutschland stammenden Investitionen am 30.9.1983 wie folgt:

Fahrzeugsektor	26,75 %
Mechanischer Bereich	16,22 %
Metallindustrie	9,48 %
Bereich Automobilzubehör	9,0 %
Chemie	6,95 %
Elektroindustrie	6,05 %
Pharmazeutische Industrie	4,16 %
Dienstleistungen	8,12 %

Zum gleichen Zeitpunkt belief sich der Anteil des deutschen Kapitals am Gesamtumfang der ausländischen Investitionen in Brasilien - nach Sektoren - wie folgt:

Fahrzeugsektor	35,9 %
Mechanischer Bereich	22,1 %
Metallindustrie	23,1 %
Bereich Automobilzubehör	50,1 %
Chemie	8,9 %
Elektroindustrie	10,7 %
Pharmazeutische Industrie	12,8 %
Dienstleistungen	5,1 %

FAHRZEUGINDUSTRIE

Der Sektor der Fahrzeugindustrie liegt nahezu vollständig in der Hand von Filialen der TK. Vom Gesamtvolumen ausländischer Investitionen in die brasilianische Automobil-Fahrzeug-Industrie waren am 30.9.1983 35,9 % deutschen Ursprungs (allerdings kaschiert diese Prozentzahl die Tatsache, daß das von Holdings, die in Drittländern wie Schweiz und Luxemburg registriert sind, investierte deutsche Kapital in den Statistiken der brasilianischen Zentralbank ausgewiesen wird, als stammte es aus diesen Ländern und nicht aus der BR. Das gleiche gilt von den Angaben zu den anderen Bereichen).

Die beiden dem Grundkapital nach größten Firmen dieses Sektors, Mercedes-Benz do Brasil und Volkswagen do Brasil, sind deutschen Ursprungs. Mercedes war 1982 nach dem Grundkapital (151,9 Milliarden Cruzeiros) das größte Unternehmen und der viertgrößte Arbeitgeber (15.000 Beschäftigte, bzw. 7,9 % der Weltbelegschaft der Daimler-Benz-Gruppe); Volkswagen stand, bezogen auf das Grundkapital (66,9 Milliarden Cruzeiros), an zweiter Stelle und bezogen auf das Beschäftigungsniveau (32.877 Beschäftigte bzw. 15% der Weltbelegschaft der Volkswagen-Gruppe), an erster. Hinsichtlich des Umsatzes lag Volkswagen an neunter Stelle aller Unternehmen in Brasilien und an erster Stelle im Fahrzeugsektor; Mercedes rangiert auf Platz 23 aller Firmen im Land und auf Platz 4 im Automobilbereich. Der Jahresumsatz pro Beschäftigtem lag mit 10,9 Millionen Cruzeiros bei Mercedes höher als bei Volkswagen, wo sich der Wert auf 8,2 Millionen belief.

Volkswagen do Brasil mit Sitz in Sao Bernardo do Campo - Staat Sao Paulo - ist weltweit die größte Tochtergesellschaft der deutschstämmigen transnationalen Gruppe Volkswagen A.G. mit Sitz in Wolfsburg, BRD.

Die Mercedes-Benz do Brasil S.A. wird vollständig von ihrem Stammhaus in Stuttgart kontrolliert. Obwohl sie im Fahrzeugsektor 1982, was das Grundkapital anlangt, an erster Stelle stand, rangierte sie im Umsatz erst auf Platz vier - nach VW, Ford und GM.

MASCHINEN- UND ELEKTROINDUSTRIE

Vom Gesamtvolumen der ausländischen Investitionen in Brasilien stammten am 30.09.1983 in der Automobilzubehörindustrie 50,1 % in der mechanischen Industrie 22,1 % und in der Elektro-, Elektronik- und Kommunikationsindustrie 10,7 % aus Deutschland. Von den deutschstämmigen Direktinvestitionen in Brasilien entfallen 9 % auf die Herstellung von Automobilzubehör, 16,22 % auf die mechanische Produktion und 6,05 % auf die Fertigung von Elektro- und Kommunikationsmaterial.

Zu den dem Umsatz nach größten deutschen TK in der Maschinenbauindustrie gehören:

- Voith S.A., Aáquinas e Equipamentos, Sao Paulo. Die Firma Voith S.A. ist dem Reingewinn nach das zweitgrößte und Verkauf und Belegschaft (3.320) nach das siebtgrößte Unternehmen der Branche.

- AEG-Telefunken do Brasil S.A.

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft AEG

Dies ist einer der größten transnationalen Hersteller von technischen Geräten.

CHEMISCHE UND PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE

Vom Gesamtumfang der Direktinvestitionen waren in der Industrie für chemische Grundprodukte 8,9 % und in der medizinischen, pharmazeutischen und veterinärmedizinischen Industrie 12,8 % deutscher Herkunft. Dabei konzentriert sich das deutsche Kapital im Subsektor Chemie zu 6,9 % und im Subsektor Pharmaherstellung zu 4,15 %, bezogen auf das Gesamtvolumen der deutschstämmigen Investitionen in Brasilien. Diese Branchen gehören zu den dynamischsten und rentabelsten Subsektoren der brasilianischen Industrie. Von den größten deutschen TK begegnen wir folgenden Konzernen:

- BASF

In Brasilien ist die BASF Brasileira S.A. Industrias Químicas, Sao Paulo, die 1982 dem Verkauf (41,9 % Milliarden Cruzeiros) nach das elftgrößte und dem Reingewinn (4,8 Milliarden Cruzeiros) nach das achtgrößte Unternehmen war.

- Bayer AG

In Brasilien kontrolliert das Unternehmen die Bayer do Brasil S.A., Santo Amaro - Staat Sao Paulo, die 1982 dem Verkauf nach (60,5 Milliarden Cruzeiros) die viertgrößte Firma des Subsektors war. Bayer do Brasil kontrolliert (oder ist beteiligt an) 8 Firmen, einschließlich dreier im Bergbau.

- Hoechst A.G.

In Brasilien kontrolliert die Firma Hoechst do Brasil - Quimica e Farmacêutica Sao Paulo. Hoechst do Brasil war 1982 dem Verkauf nach das achtgrößte Industrieunternehmen.

TEXTIL- UND SCHUHINDUSTRIE

Die deutschen Investitionen in der Textilindustrie machten im September 1983 lediglich 0,14 % des Gesamtvolumens der Investitionen in Brasilien aus und beliefen sich, bezogen auf die gesamten ausländischen Direktinvestitionen in Brasilien in dieser Sparte, auch nur auf 1,1 %. Trotzdem verdienen wenigstens zwei der 17 deutschstämmigen Firmen erwähnt zu werden:

- Adidas Sportschuhfabriken

- Triumph International Holding GmbH

ERZBERGBAU, EISEN- UND METALLINDUSTRIE

Vom Gesamt der deutschen Investitionen in Brasilien waren im September 1983 9,48 % in die metallverarbeitende Industrie, 1,94 % in den Erzbergbau und 0,52 % in die Eisenindustrie gegangen. 23 % der direkten ausländischen Investitionen in der metallverarbeitenden Industrie, 8,8 % im Erzbergbau und 3,2 % in der brasilianischen Eisenindustrie stammen von deutschen Konten. Unter den wichtigsten Firmen sind zu nennen:

- Estel-Hoesch Werke A.G.
- Flick Industrieverwaltung K.G.
- Gutehoffnungshütte Aktienverein
- Krupp GmbH
- Mannesmann A.G.

In Brasilien kontrolliert die Gruppe folgende Firmen: Mannesmann S.A.; Belo Horizonte (1982 im Verkauf mit 70,2 Milliarden Cruzeiros die drittgrößte Hüttengruppe in Brasilien, viertgrößter Arbeitgeber, dem Gewinn nach mit 13,4 Milliarden die erste deutsche Tochtergesellschaft und das 31. Unternehmen in Brasilien).

- Metallgesellschaft A.G.
- Thyssen A.G.

In Brasilien kontrolliert Thyssen folgende Betriebe bzw. ist beteiligt an ihnen: Ferteco Mineracao, Rio de Janeiro (das Unternehmen war mit einem Verkauf von 30,8 Milliarden Cruzeiros 1982 der drittgrößte Produzent metallischer Mineralien und elftgrößter Exporteur in Brasilien).

BANKEN, VERSICHERUNGEN UND FINANZEN

Am meisten ist deutsches Finanzkapital an Investitionsbanken (14,6 %) und Handelsbanken (2,6 %) beteiligt. Dagegen berechnet sich die Außenschuld Brasiliens gegenüber dem internationalen Finanzsystem Ende 1983 auf rund 100 Milliarden Dollar. Wenn man die kurzfristigen Schulden hinzunimmt, dürfte der Betrag noch weit größer sein. Als einer der größten Gläubiger Brasiliens koordiniert die Deutsche Bank die Geschäfte bezüglich der brasilianischen Außenschulden in Europa.

Um die sozioökonomischen Auswirkungen, die das deutschstämmige Kapital mit seinem Engagement in Brasilien zeigt, sachgerecht werten zu können, mußten wir die positiven und negativen Aspekte dieser Aktivitäten im Gesamtrahmen der Tochtergesellschaften der deutschen TNK eingehend untersuchen, wie etwa:

- den Beitrag der Firmen für eine wachsende industrielle Autonomie Brasiliens,
- die Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse in den von deutschem Kapital kontrollierten TNK auch im Vergleich zu den anderen TNK aus USA und Japan etc.,
- ihre Haltung in Sachen Gewerkschaften und Arbeitsrecht, Umfang der sozialen Sicherheit (falls überhaupt vorhanden),
- Ausbildung und Bildungsmöglichkeit der Beschäftigten,
- Umweltschutz und Umweltbelastung,
- angepaßte Technologie,
- Arbeitsleben und Wohnverhältnisse etc..

Fragen dieser Art versuchen wir im Rahmen des Projekts durch eine Befragung am Ort zu erfahren. In Brasilien wird diese Untersuchung von CEDA (Ökumenisches Zentrum für Information und Dokumentation) durchgeführt (siehe Fragebogen).

F R A G E B O G E N

ZUM STUDIENPROJEKT

DEUTSCHE DIREKTINVESTITIONEN

IN BRASIL IEN

DEUTSCHE DIREKTINVESTITIONEN IN BRASILien

INHALT: A: Wirtschaftsdaten

- I. Allgemeine Daten
- II. Übereinstimmung der Produktions- und Investitionspolitik mit den Entwicklungsprioritäten des Landes
- III. Wirtschaftlicher Kontakt mit der lokalen Wirtschaft
- IV. Entwicklung des einheimischen Managements und der Technikfertigkeiten
- V. Beteiligung an der Entwicklung des Gemeinwesens (Beitrag zur sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes)
- VI. Errichtung lokaler Forschungs- und Entwicklungsstätten angepaßte Technologie und Technologietransfer
- VII. Umweltschutz und Umweltbelastung

B: Mitarbeiter Soziale Daten

- I. Einkommen und soziale Sicherheit
- II. Beschäftigung, Arbeitsleben und Arbeitszeit
- III. Ausbildung und Bildung

FRAGENKATALOG ZUM STUDIENPROJEKT

"HERAUSFORDERUNG FÜR EINE MISSIONARISCHE KIRCHE DURCH SOZIALE
FOLGEN DEUTSCHER INVESTITIONEN IM AUSLAND"

A

I. Allgemeine Daten

- a) Anschrift des Unternehmens
- b) Produktionsbereich
- c) Jahr der Produktionsaufnahme
- d) Höhe der gesamten Investition
 - davon _____ % Eigenkapital
- e) Beteiligungsverhältnisse (in%)
 - einheimisches Unternehmen
 - ausländisches Unternehmen
 - Koreanische/Brasilianische Regierung
 - Non-Government Organisation

II. Übereinstimmung der Produktions- und Investitionspolitik
mit den Entwicklungsprioritäten des Landes

- 1. War für die lokale Standortentscheidung einschließlich die vorhandene Infrastruktur entscheidend oder gab es auch regionalpolitische Überlegungen und ist der Standort der Investition einer gleichmäßigen regionalen Entwicklung förderlich?
- 2. Welche Faktoren waren ausschlaggebend für Ihre Entscheidung, in Korea/Brasilien zu investieren (Mehrfachnennung möglich)?
 - niedrige Löhne
 - Förderungsmaßnahmen der Regierung
 - Förderungsmaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland (DEG)
 - hohes Wirtschaftswachstum in dem Land
 - Markterschließung in dem Land
 - Markterschließung in Lateinamerika/Asien
 - Erhaltung bzw. der Erweiterung der Absatzmärkte
 - sonstige Motive

Welche Art von Schutz oder Förderung seitens des Landes kam der Investition zugute?

- a) Erhebung von Zöllen, Importquoten etc. um den Import von Produkten zu verhindern, die im Unternehmen hergestellt werden.
- b) Importzollermäßigung auf
 - Ausrüstung von % normal auf %
 - Halbfabrikate
 - Grundstoffe

- c) Steuernachlässe für Exporte
 - d) Steuerermäßigung von % auf % für Jahre
 - e) erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten
 - f) Infrastrukturleistungen (Beschreibung, Kosten)
 - g) Garantien in Bezug auf die Konvertierbarkeit der Währung und auf die Enteignung der Investition
 - h) andere
3. Entsprechen die hergestellten Produkte den materiellen Grundbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Kleidung, Gesundheit) der Bevölkerung?
- Kommen dahingehende Wünsche der Regierung im Entwicklungsplan des Landes zum Ausdruck (Priorität)?
4. Trifft das Projekt eigene Entscheidungen auf folgenden Gebieten? Wenn ja, in welcher Größenordnung?
- a) Produktionsvolumen
 - b) Erschließung des inländischen Marktes
 - c) Erschließung von Exportmärkten
 - d) zusätzliche Investitionen (welchen Mindest-Finanzaufwand zieht eine solche Entscheidung nach sich?)
5. Wieviel Prozent der Führungskräfte sind Einheimische?

III. Wirtschaftlicher Kontakt mit der lokalen Wirtschaft - indirekte Beschäftigungseffekte

- 1. Wieviel Prozent der Produktion wird auf dem inländischen Markt abgesetzt?
- 2. Wieviel Prozent des Gesamtbedarfs an Material und Dienstleistungen wurde geliefert von:
 - a) inländischen Firmen
 - b) ausländischen Firmen, davon Muttergesellschaft?
 - Während der - Investitionsphase
 - Produktionsphase
- 3. Wenn Importe wesentlich sind, ist dies weil:
 - a) inländische Güter nicht verfügbar?
 - b) inländische Güter nicht wettbewerbsfähig sind?
 - c) inländische Güter den Qualitätsansprüchen nicht genügen?
 - d) andere Gründe

4. Sind örtliche Lieferanten entstanden als direktes oder indirektes Resultat der Wirtschaftsaktivitäten?
 - a) Anzahl
 - b) Schätzung ihres Umsatzes
5. Sind örtliche Distributions- und Verkaufsorganisationen entstanden?
 - a) Anzahl
 - b) geschätzter Umsatz

IV. Entwicklung des einheimischen Managements und der Technikfertigkeiten

1. Werden Ausbildungs- oder Beratungsprogramme für Zulieferfirmen durchgeführt?
 - a) Beschreibung der Aktivität
 - b) Kosten
2. Wird Marktentwicklung betrieben? Wenn ja, wie wird die Marktentwicklung betrieben?
 - a) Einrichtung und Ausbildung unabhängiger Verteiler
 - b) Betrieb einer eigenen Verkaufsabteilung
 - c) Unterstützung, Ausbildung und Beratung der Benutzer ihrer Produkte

V. Beteiligung an der Entwicklung des Gemeinwesens

1. Welche und wieviel Abgaben werden an die öffentliche Hand bezahlt?
 - a) vom Unternehmen direkt (Steuer vom Einkommen)
 - b) von im Unternehmen tätigen Mitarbeitern
2. Welche Hilfeleistung wird geleistet bei der Verbesserung des/r (außerbetrieblichen)
 - a) Gesundheitswesens
 - b) Freizeitmöglichkeiten
 - c) Infrastruktur
 - d) Wohnwesens
 - e) gemeinnütziger Institutionen

VI. Errichtung lokaler Forschungs- und Entwicklungsstätten, angepasste Technologie oder Technologietransfer

1. Wurden technologische Anpassungen an die besonderen Verhältnisse des Landes vorgenommen (welche Art)?
 - a) Produktionsdesign
 - b) Produktionsanlagen
 - c) Produktionstechnik
 - d) Managementmethoden
2. Aus welchen Gründen erfolgte die Anpassung?
 - a) kleines Produktionsvolumen
 - b) geringe Arbeitskosten
 - c) Fehlen ausgebildeter örtlicher Arbeiter
 - d) lokale Beschränkungen und gesetzliche Regelungen
3. Wie hoch ist die Investition pro Arbeitsplatz im Vergleich zu der Bundesrepublik Deutschland?
4. Wieviel Prozent des Umsatzes wird für die lokale Forschungs- und Entwicklungsarbeiten geleistet, oder ist die Entwicklungsabteilung im Mutterkonzern konzentriert?

VII. Umweltschutz und Umweltbelastung

1. Produktionsprozess
 - a) Luft
 - Welche Stoffe werden täglich in welchem Umfang in die Atmosphäre abgegeben?
 - Welche Einrichtungen, die die Belastung der Umwelt begrenzen, gehören zum Unternehmen
 - b) Wasser

Maßnahmen, um die Abwasserqualität zu verbessern (Kläranlagen, Filter etc.)
 - c) Feste Abfälle
 - In welcher Menge und in welcher Zusammensetzung fallen feste Abfallstoffe an?
 - Beseitigung dieser Abfälle
 - d) Welche Rohstoffquellen werden in Anspruch genommen, wie knapp sind diese Rohstoffe?
 - e) Werden Recycling-Methoden verwandt, um Rohstoffe zu sparen?
 - f) Welche positiven Demonstrationseffekte in Bezug auf den Umweltschutz gehen vom Unternehmen aus?

2. Produkte

- a) Welche positive Auswirkung hat der Gebrauch der hergestellten Produkte auf Landschaft, Bodenqualität, Erosion und Flora?
- b) Welche negativen Effekte werden wirksam und welche Maßnahmen zu deren Vermeidung werden ergriffen?

B

I. Einkommen und soziale Sicherheit

1. Aktive Mitarbeiter

a) Löhne und Gehälter

Weihnachtszulagen, Gratifikationen, Urlaubsgeld, Jubiläumsgaben, Abschiedsentschädigungen etc.

b) Sozialleistungen

b1 direkt zufließende

- Mietzuschüsse pro Monat
- Kinderzulagen pro Monat
- Arbeitskleidung
- Transport zur Arbeit etc. pro Tag

b2 indirekt zufließende

2. Welche Sozialversicherungsleistungen werden den Arbeitnehmern angeboten?

- a) Leistungen der ärztlichen Betreuung
- b) Leistungen bei Mutterschaft
- c) Leistungen bei Invalidität
- d) Leistungen im Ruhestand
- e) Leistungen an Hinterbliebene
- f) Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

II. Beschäftigung, Arbeitsleben und Arbeitszeit

1. Welcher Prozentsatz der Beschäftigten sind Einheimische?

Hilfsarbeiter % Anzahl
Qualifizierte Arbeiter % Anzahl
Vorarbeiter % Anzahl

Verwaltung/Verkauf % Anzahl
Mittleres Kader % Anzahl
Oberes Kader % Anzahl

2. Wie lange gehören die Mitarbeiter schon durchschnittlich zum Unternehmen?
3. Wie wird die wöchentliche Arbeitszeit festgelegt?
 - a) Nach den Richtlinien des Arbeitsministeriums
 - b) Je nach den Erfordernissen der betrieblichen Gegebenheiten
 - c) Im Rahmen eines Gesamtarbeitsvertrages
4. Wie hoch ist die durchschnittliche Wochen-/Monats- und Jahresarbeitszeit?

III. Ausbildung, Bildung

1. Welche Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme werden für die im Betrieb Beschäftigten abgehalten?
2. Wird über den Eigenbedarf hinaus ausgebildet?
3. Anzahl und Ausbildungsstand der Arbeiter, die jährlich im Unternehmen neue Beschäftigung finden
 - a) nie die Schule besucht
 - b) Schule in der Vergangenheit besucht
 - Grundschule
 - Abiturienten
 - c) berufliche Ausbildung
4. Anzahl und Ausbildungsstand der Mitarbeiter, die das Unternehmen jährlich verlassen
5. Beziehungen zwischen den Sozialpartnern

Wie werden Beschwerden im Rahmen der Gesamtarbeitsverträge behandelt?

 - a) Durch freiwillige Einigungs- und Schiedsverfahren
 - b) Durch eine ständige Tarifkommission
 - c) Durch örtliche Regierungsvertreter
 - d) Durch örtliche Gewerkschafts- und Arbeitsvertreter

Allgemeiner Überblick - Staat und Regierung

Staatsname

Vollform: Föderative Republik Brasilien

Kurzform: Brasilien

Staatsgründung/Unabhängigkeit

Unabhängiges Kaiserreich seit 1822

Republik seit 1889

Verfassung: Vom Oktober 1969 (mit verschiedenen Änderungen zuletzt im April 1985)

Staats- und Regierungsform

Präsidiale Bundesrepublik seit Oktober 1969

Staatsoberhaupt und Regierungschef Staatspräsident

Dr. José Sarney (seit April 1985; Amtszeit 4 Jahre).

Der im Januar 1985 gewählte Staatspräsident Tancredeo de Almeida Neves starb im April 1985 vor der Amtseinführung. Die Verfassungsänderung vom April 1985 sieht in Zukunft eine Direktwahl des Staatspräsidenten vor.

Volksvertretung/Legislative

Nationalkongreß, bestehend aus Abgeordnetenhaus (Camara dos Deputados) mit 479 auf 4 Jahre gewählten Mitgliedern und Senat (Senado Federal) mit 69 Mitgliedern (3 Senatoren je Bundesstaat).

Parteien/Wahlen

Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus (Senat)

nach den letzten Wahlen vom November 1982:

Partido Democrático Social/PDS 234 (46), Partido do Movimento Democrático Brasileiro/PMDB 201 (21), Partido Democrático Trabalhista Brasileiro/PTB 13 (1).

Partido dos Trabalhadores/PT 8 (-).

Verwaltungsgliederung

23 Bundesstaaten (einschl. Bundesdistrikt),

4 Bundesterritorien, Distrikte (Distritos), Amts- oder Gemeindebezirke (Municipios).

Internationale Mitgliedschaften

Vereinte Nationen und UN-Sonderorganisationen;

Organisation der Amerikanischen Staaten/OAS;

Lateinamerikanische Integrationsvereinigung/

ALADI; Lateinamerikanisches Wirtschaftssystem/SELA;

Mitglied des "Amazonas-Vertrages".

Grunddaten

Gebiet

Gesamtfläche (km ²)	1985	8.511.965
Ackerfläche und Dauerkulturen (km ²)	1983	747.000

Bevölkerung

Gesamtbevölkerung (Volkszählungsergebnisse, 1.000)	1970	93.139		
	1980	119.003		
(Jahresmitte, 1.000)	1985	135.564		
Bevölkerungswachstum (%)	1970-1980	27,8		
	1980-1985	13,9		
Bevölkerungsdichte (Einwohner je km ²)	1985	15,9		
Geborene (je 1.000 Einwohner)	1980/85 D	30,6		
Gestorbene (je 1.000 Einwohner)		8,4		
Gestorbene im 1. Lebensjahr (je 1.000 Lebensgeborene)		71,0		
Lebenserwartung bei Geburt (Jahre)				
Männer	1965	55	1983	61
Frauen		59		66

Gesundheitswesen

Betten in medizinischen Einrichtungen	1982	530.501		
Einwohner je Bett		242		
Nur in medizinischen Ein- richtungen Tätige				
Ärzte	1977	116.460	1982	171.585
Einwohner je Arzt		958		747
Zahnärzte		12.794		22.201
Einwohner je Zahnarzt		8.721		5.776

Bildungswesen

Analphabeten (15 Jahre und mehr in %)	1983	21,9		
Grundschüler	1976	17.322	1983	24.556
Schüler an weiterführenden Schulen (1.000)		1.879		2.944
Hochschüler (1.000)		1.097		1.439

Erwerbstätigkeit

Erwerbspersonen (1.000)	1970	29.557	1983	50.941
Anteil an der Gesamtbevölkerung		44,9		54,8

Statistisches Bundesamt
Länderbericht Brasilien 1986

Seminar
für Kirchlichen Dienst
in der
Industriegesellschaft
Gossner-Mission Mainz am Rhein

Aus der Mainzer Arbeit

"WERKSTATTBERICHT NR. 5"

"NEUE ARMUT
IN MAINZ"

15. Juni 1986



Albert-Schweitzer-Str. 113 – 115 · 6500 Mainz 1
Tel. 06131/232031-32

Moritat:

„Wie schnell biste obdachlos ...“

1. Peter Müller schafft uff de Baustell,
is 21 Jahr,
sei Freundin, die Sabine,
die findet ihn gonz glor.
Sie wolle demnächst heirate
un hawwe e Wohnung gesucht,
sie hawwe aach oi gefunne
und die is eine Wucht
2. Die Wohnung kost 700,-,
das stört se awwer nit,
die Möbel, die se brauche,
kriige se üwwer Kredit.
Das ist zwar ganz schee deier
awwer was macht des schon,
sie gohn jo beide schaffe
und ham en ganz gute Lohn
3. Bald nach de große Hochzeit,
da war's auch schon soweit,
da ist Klein-Egon gekomme,
was hawwe se sich gefreut
Sabine konnt nit mehr schaffe
das Geld hat schon gefehlt
Sie wollte es erst nit raffe,
un hawwe dann Grosche gezahlt
4. Die Miet- und die Heizungskoschte,
die hawwe se widder erhöht,
De Peter bangt um soln Poschte,
ihr Leit, mer werd jo fast-blöd.
Wo solle se sich hlewende,
die Banke wolle ihr Geld.
Do ham se en Kredithai gefunne,
in Ordnung schien widder die Welt
5. E paar Woche später vorm Mauern,
do hot de Chef gesacht:
Herr Müller, ich du's jo bedauern,
mir ham Bankrott gemacht.
Nun steht er uff de Straß,
des ging jo gonz schee schnell
Awwer, so denkt sich dor Peter,
wer sucht, der findet e Stell
6. Donn is er rumgeloffte,
und hot in die Zeitung geguckt,
und hot Kollesche getroffen,
die aach e Stell gesucht.
Donn hat er schließlich beschlosse,
uffs Awwesamt zu gehn,
soi Fran, die sitzt ihm im Nacke
sie will ihr Haushalt-geld seh'n
7. E Stell konnt er net kri'e,
dos Stempelgeld hot net gereicht,
die Schulde sin ständig gestie'e,
uffs Biertrinke war er geeicht.
Des geht doch so net welter,
hot do soi Fraa gesacht,
wenn mer die Miet net bezahle,
flie'e mer raus üwwer Nacht
8. Erst nach de zweite Mahnung
hawwe se sich uffgerafft,
un sin uffs Sozialamt gungene,
des hot se gonz schoe geschafft
Die Miet wurd' uwwernomme,
nach langem hin und her
Awwer die onnern Schulde,
die drücke se immer noch schwer
9. Zu all dem ganze Schlamassel
kommt noch es zweite Kind,
un immer noch koa Awwelt in Aussicht,
es geht abwärts gonz geschwind.
Un üwwerall klebt de Kuckuck,
bezahlt werd net mehr die Miet,
die Wohnung is net mehr zu halte,
vom Sozialamt nix mehr geschieht
10. Es hot net long mehr gedauert,
do stande se vor'm Gericht.
Die Räumung wurde beschlosse,
en Uffschub gab es nicht
E paar Woche später am Moiend,
stand en Möbelwaache vor de Tur,
unn brachte Familie samt Möbel
ins Obdachlosequartier
11. Un die Moral, ihr Leute,
von der schrecklich Geschicht,
woll'n wir jetzt Euch singen,
vergeßt sie bitte nicht
In diesem unserm Lande,
trifft's kleme Leute blos
Kinner, viel Miet un koa Awwelt
wie schnell biste obdachlos

Text: Karin Axel Jürgen

Nach der Melodie: Marielien saß weinend im Garten

VORWORT

"NEUE ARMUT IN MAINZ" - ZUR ENTSTEHUNG DIESES WERKSTATTBERICHTS

Während des 26. Halbjahresseminars vom Oktober 1985 bis März 1986 machten drei Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine besondere Erfahrung: In der 11-wöchigen Betriebsphase fanden sie keinen Arbeitsplatz! Sie mußten damit nachvollziehen, was - nach offizieller Statistik - knapp 10 % der sog. erwerbstätigen Bevölkerung spätestens seit Beginn der 80er Jahre erleidet: Sie wurden als Arbeitslose Opfer der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges größten Wirtschaftskrise unserer Gesellschaft.

Über die Auswirkungen dieser Fehlentwicklung ist die Literatur mittlerweile "Legion"! Ihr provozierendstes Ergebnis ist die Entstehung der sog. "Neuen Armut" in Industrieländern, die sich - gemäß unserem Selbstverständnis - eigentlich von dieser Menschheitsgeißel befreit hatten. Weil unter uns etwas aufgebrochen ist, was eigentlich nicht mehr entstehen durfte, deshalb ist der politische und ideologische Streit um die sog. "Neuen Armen" zwischen Parteien und Verbänden in äußerster Schärfe entbrannt. Der Vorwurf der Dramatisierung ist noch das Geringste, was denen entgegengetrieben wird, die auf die stetig steigende Zahl derer hinweisen, die durch unser bewährtes soziales Netz fallen und zu Sozialhilfeempfängern werden. Daß die Armen der Dritten Welten sich mit Heißhunger auf unsere Sozialhilfe stürzen würden, ist eine jener Beschwichtigungen, die immer wieder begegnet, um die "Krise des Sozialstaates" zu beschönigen. Aber ist dies ein Beitrag zur Klärung und Hilfe, wenn Betroffenen von abgesicherten Mandatsträgern des Volkes vorgerechnet wird, sie sollten schon deshalb Frieden geben, weil es ja Anderen noch viel schlimmer ergehe?

Sabine Bäuerle, Kristian Fechtner und Peter Lahmann sind als Betroffene von dieser Entwicklung der Frage nachgegangen, in welcher Weise in der Region Mainz, also in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, "Neue Armut" um sich greift. In wochenlanger Kleinarbeit haben sie sich durch das Dickicht der Statistiken gequält, haben an die Türen der Ämter geklopft und zahllose Gespräche mit Menschen geführt, die aufopfernd, aber oft resigniert sich gegen diese Entwicklung zu stemmen versuchen.

Die am Ende des 26. Halbjahresseminars abgeschlossene Arbeit über "Neue Armut in Mainz" (Teil A) verstehen wir als einen Beitrag zur immer aktuellen Herausforderung an eine missionarische Kirche: herauszufinden, in welchen konkreten Auseinandersetzungen und Kämpfen die Gemeinde Jesu Christi zur Solidarität mit jenen Schwestern und Brüdern gerufen ist, die nicht nur zu Opfern einer Fehlentwicklung geworden sind, sondern auch meist noch als Schuldige ihres Geschickes verurteilt werden. Wir hoffen, daß diese Arbeit unseren Kirchengemeinden als Grundlage dienen wird, um sich dieser Herausforderung zu stellen.

Im Teil B hat Karl-Heinz Dejung einige Kurzbeiträge zusammengestellt, in denen theologische Erfahrungen im Kampf um die Überwindung von Armut reflektiert werden. Die hier zusammengestellten Materialien dienen in Seminaren, Praktika und Institutswochen der zurückliegenden Jahre als Arbeitsgrundlage.

Die Mitarbeiter des Mainzer Arbeitszentrums der Gossner Mission hoffen, daß dieser V. Werkstattbericht im Kreis der Freundinnen und Freunde unseres Hauses eifrig und gründlich gelesen wird. Wie immer sind wir auch hier beim Verständnis und bei der Mitarbeit an der Überwindung von Armut angewiesen auf Erfahrungen und Anregungen aus dem Kreis der Menschen, die unsere Arbeit durch Rat, Gebet und finanzielle Hilfe unterstützen.

Auch im Namen der wachsenden Zahl von Freundinnen und Freunden danken wir Sabine Bäuerle, Kristian Fechtner und Peter Lahmann für ihren wesentlichen Beitrag zu diesem V. Werkstattbericht aus der Mainzer Arbeit.

Karl-Heinz Dejung

Werner Petri

Michael Sturm

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Teil A: "Neue Armut in Mainz" (Sabine Bäuerle, Kristian Fechtner,
Peter Lahmann)

I. Einleitung

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------|------|
| 1. "Wer Armut nicht sehen will, der braucht sie auch nicht zu sehen!" | S. 1 |
| 2. Der Titel "Neue Armut in Mainz" | S. 1 |
| 3. Lesehilfe | S. 3 |
| 4. Quellenhinweise | S. 3 |

II. Arbeitslosigkeit

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 1. Vorwort | S. 4 |
| 2. Der Abstieg der Arbeitslosen in die Armut - Ein Beispiel | S. 5 |
| 3. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe | S. 8 |
| 3.1. Arbeitslosengeld | S. 8 |
| 3.2. Arbeitslosenhilfe | S. 8 |
| 4. Rigorose Sparpolitik auf Kosten der Arbeitslosen - Die Demontage
der Arbeitslosenunterstützung in den letzten Jahren | S. 9 |
| 5. Die Kürzungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe | S. 14 |
| 5.1. Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld | S. 14 |
| 5.2. Die Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe | S. 15 |
| 5.3. Die Arbeitslosenhilfe-Rutsche | S. 16 |
| 5.4. Die neuesten Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes | S. 17 |
| 6. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Mainzer Raum | S. 18 |
| 6.1. Methodische Vorbemerkungen | S. 18 |
| 6.2. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Mainzer Raum seit 1970 | S. 19 |
| 6.3. Wirtschaftliche Strukturen in Mainz | S. 22 |
| 6.4. Die Entwicklung der offenen Stellen | S. 22 |
| 6.5. Jugendarbeitslosigkeit | S. 23 |
| 6.5.1. Die Gesamtzahl jugendlicher Arbeitsloser | S. 23 |
| 6.5.2. Die Lehrstellenproblematik | S. 24 |
| 6.5.2.1. Die Lehrstellenbilanz | S. 24 |
| 6.5.2.2. Das Lehrstellenangebot | S. 26 |
| 6.5.3. Arbeitslosigkeit nach Abschluß der Ausbildung | S. 26 |

6.6. Die Dauer der Arbeitslosigkeit	S. 27
6.7. Die Verschiebung vom Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe	S. 29
6.8. Die Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	S. 30
7. Fast die Hälfte aller gemeldeten Arbeitslosen erhält überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung	S. 33
7.1. Der aktuelle Stand	S. 33
7.2. Die Ausgrenzung aus der Arbeitslosenunterstützung	S. 33
7.2.1. Fehlende Anwartschaftszeiten	S. 33
7.2.2. Bedürftigkeitsprüfung	S. 33
7.2.3. Sperrzeiten	S. 34
7.2.4. Fehlende Verfügbarkeit	S. 35
8. Stille Reserve - die vergessenen Arbeitslosen	S. 35

III. Sozialhilfe

1. Das System der Sozialhilfe	S. 38
2. Entwicklung der Sozialhilfe in Mainz	S. 39
3. Die Situation der Hilfeempfänger	S. 45
5. Kritik (das Prinzip der Bedarfsdeckung, der Status, das Ganze hat System)	S. 55
6. Der Warenkorb	S. 58

IV. Statistischer Anhang über Beschäftigungsstruktur im Mainzer Raum

1. Offene Stellen	S. 59
2. Arbeitslose	S. 60
3. Zugang offener Stellen nach Wirtschaftszweigen	S. 61
4. Zugang Arbeitsloser nach Wirtschaftszweigen	S. 62
5. Anteil an der Beschäftigung	S. 63

V. Fußnoten

S. 64

VI. Literatur/Quellen

S. 65

Teil B: Theologische Versuche der Auseinandersetzung mit Armut und Reichtum

- I. Politische und Ideologische Hintergründe der Entwicklung einer "Neuen Armut" (Karl-Heinz Dejung) S. 67
- II. Biblische Strategien zur Überwindung von Armut (Zusammenfassung einer Studie des holländischen Theologen Coen Boerma: Arme und Reiche in der Bibel, Basel 1981) S. 69
- III. Armut und Menschenwürde, Auszug aus einem gleichnamigen Beitrag von Dorothee Sölle in der Zeitschrift "Vorgänge" Februar 1985, München S. 71
- IV. Armut in der reichen Bundesrepublik Deutschland als Herausforderung an die Kirchen (Wolf-Dieter Just) S. 73

Zusammenfassung der Studie "Neue Armut in Mainz" (Umschlagblatt)

A

"NEUE ARMUT IN MAINZ"

Sabine Bäuerle

Kristian Fechtner

Peter Lahmann

**Diese Studie entstand während des
26. Halbjahresseminars
der Gossner Mission in Mainz
von Oktober 1985 bis März 1986**

I. EINLEITUNG

1. "Wer Armut nicht sehen will, der braucht sie auch nicht zu sehen!"

Alltag in einer Kirchengemeinde: Gesprächskreise, Kirchenchor, Konfirmandenunterricht. Sonntags Gottesdienst, vertraute Gesichter in den Gemeindeveranstaltungen.

Der Teufel steckt in den Details, einige davon berichtet uns eine Mainzer Pfarrerin in ihrem Dienstzimmer:

Kurz vor dem Monatsende läutet das Telefon im Pfarrhaus jetzt häufiger. Zumeist sind es Frauen, die mit zögernder Stimme um finanzielle Unterstützung nachfragen, meist ist der Mann arbeitslos und wiederum hat das Haushaltsgeld der Familie für die letzten Tage des Monats nicht hingelangt. Die wenigen Putzstellen, von der die Pfarrerin erfährt, sind sehr begehrt. Räumungsklagen sind in ihrem Bezirk längst nichts Außergewöhnliches mehr, in ihrer Sprechstunde stellen sich ratlose Familienväter vor; nachdem schon vor Monatsfrist Gas oder Strom abgestellt worden sind, sollen sie jetzt aus der Wohnung ausziehen, weil sich die Mietrückstände angesammelt haben. Von den 15 Jugendlichen, die an der Sommerfreizeit teilgenommen haben, mußten 8 um städtische Unterstützung nachsuchen, weil das Budget zuhause die Kosten nicht verkraftet hätte. Die diakonische Kleiderkammer vermeldet regen Zuspruch.

Im Spätsommer hat die Gemeinde eine Wanderfreizeit für die Jüngsten veranstaltet, das Programm verhieß Wald- und Geländespiele, und die meisten Kinder erscheinen in wetterfester Kleidung, das Allerneueste mußte es nicht gerade sein. Ein Mädchen allerdings kommt im feinen weißen Kleid und auf erstauntes Nachfragen gibt die fünfjährige preis, was die Mutter sorgsam zu verbergen trachtete: "Die anderen sollen doch nicht gleich sehen, wie ich sonst herumlaufe".

Nein, spektakulär kommt die Neue Armut in diesem Land nicht daher, und nach dem Gottesdienst bevölkern keine Bettlerscharen die Kirchenpforten. Aber neben dem Alltagsbild des Wohlstandes entsteht ein zweites, das dem flüchtigen Blick verborgen bleibt. Diesem gilt hier unsere Aufmerksamkeit, es soll im Weiteren skizziert werden.

2. Der Titel "Neue Armut in Mainz"

Die Heftigkeit, mit der in einer Debatte um die sachgerechten Begriffe gestritten wird, zeugt von ihrer gesellschaftspolitischen Brisanz. Solche Begriffe

legen die Wirklichkeit fest und bekunden Einverständnis mit dem Vorgefundenen oder sie formulieren Einsprüche gegen Erkanntes. In der öffentlichen Diskussion um die sozialen Probleme in diesem Land, in Stellungnahmen und Veröffentlichungen, sind Fachleute und Politiker uneins, ob hier von Armut zu sprechen ist und inwiefern damit ein neuer Sachverhalt beschrieben wird. Die Betroffenen selbst dagegen erleben: "Plötzlich merkste, du bist ja arm...".

Armut ist geschichtlich kein neues Phänomen; es reicht, den Blick 60 Jahre zurückzuwenden, um sich der Massenarbeitslosigkeit der zwanziger Jahre zu erinnern. Neu ist - und in diesem einschränkenden Sinne versteht sich der Titel - daß zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die Formen der sozialen Sicherung durch längeranhaltende Massenarbeitslosigkeit infrage gestellt werden. Neu ist, daß in der Bundesrepublik der gesellschaftliche Reichtum wächst, während gleichzeitig ein größer werdender Kreis von Menschen von dessen Teilhabe ausgeschlossen wird. Neu ist außerdem, daß damit der Rahmen der traditionellen Diakonie von Obdachlosen und Stadtstreichern gesprengt wird. Der Kreis der Betroffenen ist nicht mehr als eine "randständige Problemgruppe" beschreibbar, sondern wird zusehends zu einem gesellschaftlichen Normalfall.

Umstritten bleibt die Verwendung des Begriffes "Armut". Angesichts der Not in anderen Teilen der Welt - so ein häufiger Einwand - stelle es eine Verharmlosung dar, nunmehr auch Entwicklungen in den Industrienationen unter diesem Stichwort in den Blick zu nehmen. Armutsdefinitionen aber, die sich von ihrem sozialen und gesellschaftlichen Kontext ablösen, verlieren ihren kritischen Gehalt. So wie sich die Lebensumstände der städtischen Armen im Mittelalter grundlegend von denen der beginnenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert unterschieden, muß man sinnvollerweise an der Differenz von Armut in beispielsweise Indien und der Bundesrepublik festhalten. In diesem Sinne handelt es sich um eine relative Armutsdefinition, angemessen an den jeweiligen Lebensformen und -möglichkeiten der Umwelt. Statt die sozialen Probleme in unserem Land mit dem Verweis auf das Elend der anderen herunterzuspielen, scheint es uns nötiger, die Mechanismen und Strukturen zu entdecken, die zum Hunger in der Dritten Welt wie zum Abstieg in die Armut im eigenen Land führen - und sie zu verändern.

Wir haben uns bemüht, den Begriff im möglichst engen Rahmen materieller Armut zu fassen; in der Hoffnung, diese Begrenzung diene größerer Klarheit. Dennoch haben wir an mehreren Stellen die notwendige Erweiterung und Öffnung der Begriffe in den Horizont "gesellschaftlicher Armut" angedeutet. Armut ist eng verknüpft mit der Frage des sozialen Status und der gesellschaftlichen Partizipation, sie ist nicht ausschließlich als finanzielles Problem abzuhandeln. So läßt sich die Überschrift zunächst als Arbeitstitel verstehen, über dessen Legitimität der dargestellte Sachverhalt selbst zu befinden hat.

3. Lesehilfe

Wir haben im Folgenden die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Stadt Mainz für die letzten Jahre nachgezeichnet. Daran schließt sich die Darstellung des Sozialhilfereiches an. Dahinter steht unsere Arbeitsthese:

Unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit bietet die Arbeitslosenversicherung für eine zunehmende Zahl der Betroffenen keinen hinreichenden Schutz mehr vor dem Abstieg in die Armut, die wir im Bereich der Sozialhilfe ansetzen. Diese Ausgrenzung ergibt sich folgerichtig aus der inneren Logik des gegenwärtigen Sicherungssystems, gleichzeitig vergrößert sich der Kreis derjenigen, die mit Arbeitslosenunterstützung leben müssen, die nur knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus angesiedelt ist. Zusammengenommen scheint ein Bild des gegenwärtig stattfindenden Verarmungsprozesses auf.

In beiden Kapiteln wechseln sich von daher erläuternde und darstellende Passagen ab, unter der Überschrift Sozialhilfe versuchen wir die Existenzbedingungen der Betroffenen zu schildern.

Vor allem im Kapitel II "Arbeitslosigkeit" haben wir in den Unterkapiteln 1 - 4 die bundesweiten Entwicklungen dargestellt, die zu den einschneidenden Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung in den letzten Jahren führten. Wer über genauere Kenntnisse dieser Problematik verfügt, kann diese Unterkapitel überschlagen und sich gleich den folgenden Punkten zuwenden, die auf die spezifische Situation im Mainzer Raum eingehen.

4. Quellenhinweise

Die verschiedenen Zahlenangaben über den Arbeitsmarkt im Mainzer Raum haben wir den Veröffentlichungen des Mainzer Arbeitsamtes entnommen, vor allem den Jahresberichten, den Untersuchungen zu den Strukturmerkmalen des Arbeitsmarktes und den monatlich erscheinenden Arbeitsmarktberichten.

Besonderer Dank gilt dem Leiter der Statistik-Abteilung des Mainzer Arbeitsamtes, Herrn Übel, für seine freundliche Hilfe bei der Datensuche.

II. ARBEITSLOSIGKEIT

1. Vorwort

Im Jahre 1985 waren offiziell 2.304.014 Menschen in der Bundesrepublik arbeitslos gemeldet. Das sind 9,3 % aller Arbeitnehmer. In der Arbeitslosenstatistik des Arbeitsamtes Mainz sind im Jahresdurchschnitt 1985 15.030 Menschen als arbeitslos erfaßt. Die Zahlen für die ersten Wochen des Jahres 1986 zeigen eine erneute Steigerung. Zur Zeit ist in Rheinhessen jeder zwölfte Arbeitnehmer ohne Arbeit. Diese offiziell erfaßten Zahlen geben aber nur ein unvollständiges Bild vom wahren Ausmaß der Arbeitslosigkeit wider. Die Arbeitsämter können die sog. "verdeckte Arbeitslosigkeit" nicht erfassen, die mit der Verschärfung der Arbeitslosigkeit ebenfalls immer weiter wächst.

Die monatlich mitgeteilte Zahl der Arbeitslosen erfaßt immer nur die Arbeitslosen, die an einem bestimmten Stichtag arbeitslos gemeldet sind. Im Laufe eines Jahres werden aber erheblich mehr Menschen für einen kürzeren oder längeren Zeitraum arbeitslos. 1983 z. B. meldeten sich über 5.000.000 Menschen arbeitslos (der offizielle Jahresdurchschnitt beträgt aber nur 2.258.235 Arbeitslose), d. h. jeder vierte Arbeitnehmer wurde im Laufe dieses Jahres offiziell arbeitslos.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist zu einem der zentralen Probleme unserer Gesellschaft geworden. Auch im Mainzer Raum, der aufgrund seiner günstigen Wirtschaftsstruktur noch relativ besser dasteht als große Teile der Bundesrepublik, hat die Massenarbeitslosigkeit und deren Folgewirkungen zu einer drastischen Verschärfung der sozialen Probleme beigetragen. Die günstige Wirtschaftsentwicklung von Mitte der fünfziger Jahre bis weit in die siebziger Jahre hat, sieht man von dem kurzen konjunkturellen Einbruch 1966/67 einmal ab, lange Zeit den Glauben genährt, es geht ständig aufwärts mit Wirtschaft und Industrie und alle Menschen in diesem Land können, wenn sie nur wollen, teilhaben am neuen Wohlstand. Doch nach Jahren ständig steigender bzw. anhaltender Massenarbeitslosigkeit erweist sich eine solche Sichtweise als pure Illusion. Wer dennoch von einer baldigen bzw. bereits geschehenen Wende zum Besseren spricht, hat entweder keinerlei Kenntnisse über die neuere Wirtschaftsentwicklung oder aber er will bewußt verharmlosen und falsch informieren.

Bei der gegenwärtigen Krise handelt es sich nicht um einen immer wiederkehrenden "normalen konjunkturellen Einbruch", der bald überwunden ist. Diese Krise ist Ausdruck eines Strukturwandels in unserer Wirtschaft. Neben dem Andrang der geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt, sind vor allem die tiefgreifende Veränderung der industriellen Produktionsbedingungen die Hauptursache für die Massenarbeitslosigkeit. Zahlreiche Betriebsstillegungen, Konkurse und

die Verlagerung der Produktion in sog. "Billiglohnländer" haben Arbeitsplätze vernichtet. Besonders aber durch die Anwendung neuer Technologien, Fertigungsmethoden und elektronischer Datenverarbeitung werden zahllose Arbeitsplätze wegrationalisiert. Ganze Berufszweige mit Tausenden von Beschäftigten werden in zunehmendem Maße für den Arbeitsmarkt nutzlos. Viele traditionelle Industriebereiche leiden unter Absatzschwierigkeiten, denn alle relevanten Märkte sind gesättigt. Dort aber, wo noch Bedarf besteht - etwa bei den Arbeitslosen, Rentnern und Sozialhilfeempfängern - fehlt es an der nötigen Kaufkraft.

Nach Aussage der Wirtschaftswissenschaftler befindet sich die Bundesrepublik Mitte der achtziger Jahre in einer konjunkturellen Aufschwungphase. Doch das einzige, was wirklich im Aufschwung begriffen ist, sind die Gewinne der Unternehmer. Am hohen Niveau der Arbeitslosigkeit ändert sich nichts.

2. Der Abstieg der Arbeitslosen in die Armut - Ein Beispiel -

In den letzten Jahren hat eine Entwicklung eingesetzt, die wir als breiten Abstieg der Arbeitslosen in die Armut bezeichnen müssen.

Nicht nur die Leistungen der Arbeitslosenunterstützung werden durch jährliche Sparaktionen ständig gekürzt, auch der Bezug von Leistungen überhaupt unterliegt ständigen Verschärfungen. Diese Maßnahmen und die gravierend ansteigende Dauerarbeitslosigkeit haben dazu geführt, daß immer mehr Erwerbslose vollständig aus jedem Leistungsbezug ausgegrenzt werden oder der Leistungsanspruch unter das Sozialhilfeniveau abgesunken ist. Diesen Abstieg wollen wir in einem Beispiel darstellen. Wir betrachten dabei nur die finanzielle Situation. Psychologische und soziale Folgen des hier geschilderten Falles müssen wir ausblenden.

Das Beispiel zeichnet die Geschichte eines angelernten Arbeiters und seiner halbtags zuverdienenden Frau über einen Zeitraum von gut zwei Jahren nach.¹ Vor Beginn der Arbeitslosigkeit stand sich diese Familie mit einem verfügbaren Einkommen (nach Abzug von Miete und Nebenkosten) von DM 1.650,-- nicht schlecht. Wir nehmen an, der Mann ist 53 Jahre alt und bezieht monatlich DM 1.400,-- netto und daneben Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und einige Zulagen, die sich - wenn man sie auf das Jahr umlegt - zu einem jahresdurchschnittlichen Monatsnetto von DM 1.550,-- addiert haben. Die dazuverdienende Ehefrau bringt halbtags als Verkäuferin DM 700,-- zusätzlich netto nach Hause. Mit einer Miete von rund DM 500,-- und DM 100,-- Nebenkosten dürfte die Familie auch in etwa typisch belastet sein. Bei dieser finanziellen Situation fährt die Familie einen Mittelklassewagen, hat selbstverständlich Telefon, kann sich einen Sommer- und manchmal auch einen Winterurlaub leisten.

Als der kleine Betrieb Konkurs anmeldet, sind Gelder für eine Abfindung nicht mehr vorhanden. Vom Arbeitsamt bekommt der Mann nun 63 % seines letzten Nettogehaltes. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld u. a. werden jedoch nicht mehr eingerechnet. Ihm bleiben DM 882.-- Arbeitslosenunterstützung. Zusammen mit dem Gehalt seiner Frau und einer Miete, die mit Nebenkosten um DM 30.-- im Jahr gestiegen ist, ist das verfügbare Einkommen der Familie auf DM 952.-- gesunken. Der Schritt vom Arbeitseinkommen zum Arbeitslosengeld beträgt also gut ein Drittel des verfügbaren Einkommens. Das Auto und das Telefon werden selbstverständlich zunächst gehalten. Schulden zu machen ist nicht nötig, weil Rücklagen vorhanden sind, an die man zögernd herangeht.

Wegen der schlechten Arbeitsmarktlage, insbesondere für ältere Arbeitnehmer findet der Mann innerhalb eines Jahres, in dem er Arbeitslosengeld bezieht, keine neue Beschäftigung. Es kommt der Übergang zur Arbeitslosenhilfe. Ihm ist bewußt, daß von dem nach unten bereinigten Netto von DM 1.400.-- nunmehr nur noch 56 % Arbeitslosenhilfe gewährt werden. Das, hat er sich ausgerechnet, sind DM 784.--. Verwirrung macht ihm nun wie Vielen der umfangreiche Fragebogen, den ihm der Computer aus Nürnberg zugeschickt hat. Er muß das Gehalt seiner Frau von deren Lohnbüro bestätigen lassen und - das war ihm ganz unerklärlich - auch das Gehalt seines Sohnes, der in einer anderen Stadt - er lebt alleinstehend - arbeitet.

Diese sogenannte Bedürftigkeitsprüfung sieht nun folgendermaßen aus. Seine Frau hat einen Freibetrag von wöchentlich DM 75.--, auf den Monat hochgerechnet ergibt sich ein Betrag von ungefähr DM 330.--. Alles, was sie darüber verdient, werden ihm von seiner Arbeitslosenhilfe abgezogen. Da würde ein Rest von DM 442.-- Arbeitslosenhilfe bleiben.

Schließlich hat er jedoch auch den peinlichen Schritt tun müssen, seinen Sohn um die Ausfüllung der Verdienstbescheinigung zu bitten. Dieser Sohn, der mit DM 2.200.-- netto auf Montage recht gut verdient, hat einen Freibetrag von DM 1.390.--. Die Differenz von DM 810.-- wird durch das Arbeitsamt geviertelt, so daß ein Betrag von gut DM 202.-- übrigbleibt. Dieser wird dem Vater wegen der Unterhaltspflicht seines Sohnes ihm gegenüber nunmehr auch abgezogen. Seine Arbeitslosenhilfe beträgt also tatsächlich nur DM 212.--.

Es dürfte gut nachvollziehbar sein, was dies für das Selbstbewußtsein eines gestandenen Arbeiters und Familienvaters bedeutet. Nach Ablauf eines Jahres Arbeitslosigkeit ist sein Einkommen von DM 1.400.-- plus einige ansehnliche Zulagen auf DM 212.-- gefallen. Die Frau wird nunmehr zum Hauptverdiener der Familie. Wie wohl in den meisten Fällen bleibt die Unterhaltspflicht des Sohnes

fiktiv; der Vater tritt also nicht an den Sohn heran, um die vom Arbeitsamt unterstellte Unterhaltszahlung einzufordern oder gar einzuklagen. Die finanzielle Situation des Ehepaars sieht nun folgendermaßen aus:

Arbeitslosenhilfe des Mannes und Gehalt der Frau ergeben zusammen den Betrag von DM 912,--. Die Miete ist unterdessen auf DM 660,-- angestiegen. Der Familie bleiben DM 252,-- zum Leben.

Selbstverständlich sind sie längst unter die Sozialhilfegrenze gerutscht. Doch wie so viele werden sie lange zögern, diesen als entwürdigend empfundenen Schritt zu tun. Immerhin stellen sie jetzt Wohngeldantrag, der ihre Situation gelinde verbessert. Das Auto ist nicht mehr zu halten. Einige Zeit später wird auch das Telefon abbestellt.

Der beschränkte Raum dieser Ausführungen erlaubt es nicht, auf die psychischen Belastungen einzugehen, die dem Mann und seiner Frau durch diese Prozesse auferlegt werden. Die Bedürftigkeitsprüfung jedoch, beim Übergang zur Arbeitslosenhilfe, hat beiden, besonders ihm, einen Schock versetzt. Er fühlt sich nun als Kostgänger seiner Frau und des Staates. Zudem sind seine Hoffnungen, bei zurückhaltenden Lohnforderungen doch noch unterzukommen, inzwischen zu Illusionen geworden. Er sagt: "Eigentlich hätte ich noch 12 Jahre bis zur Rente. Wenigstens aber bis 60 hätte ich arbeiten wollen. Nun bin ich wie viele andere, die das Wirtschaftswunder aufgebaut haben, zum alten Eisen geworfen. Wie soll das werden mit 7 Jahren Arbeitslosigkeit vor mir. Ob eine Frührente möglich sein wird?".

Nach 11 Monaten Arbeitslosenhilfebezug, also knapp zwei Jahren Arbeitslosigkeit, bestellt ihn sein Arbeitsvermittler ein. Er eröffnet ihm, daß nach § 136, 2 AFG bei Neuantrag auf die ja prinzipiell unbegrenzt beanspruchbare Arbeitslosenhilfe überprüft werden müsse, ob er denn sein früheres Arbeitsentgelt noch erzielen könne. Dieses Arbeitsentgelt diene ja als "Bemessungsgrundlage" für die Höhe seiner Arbeitslosenhilfe. Nun habe man sich fast zwei Jahre lang bemüht und er ja auch selbst intensiv, und es sei unausweichlich den Schluß zu ziehen, daß er diesen Lohn nicht mehr würde erzielen können. Möglicherweise sei noch eine Arbeit zu finden, wenn er sich als gewerbliche Hilfskraft (Hilfsarbeiter) anbieten würde. Jedenfalls müsse davon bei der Bemessung der Arbeitslosenhilfe ausgegangen werden. Als der neue Leistungsbescheid vom Arbeitsamt kommt, ist ein fiktives Arbeitsentgelt von ca. DM 300,-- weniger brutto festgesetzt. Entsprechend verringert sich die Arbeitslosenhilfe um knapp DM 100,--. Die Kürzung der Alhi um 2 Prozentpunkte zum 1.1.1984 läßt ihn nochmals DM 24,-- einbüßen.

Immerhin werden auch bei dieser sehr geringen Arbeitslosenhilfe noch Beiträge zur Krankenversicherung abgeführt. Der Mann gehört also nicht zu denjenigen, die aus dem Leistungsbezug des Arbeitsamtes ganz hinausfallen.

Übersicht:

Die Abstiegskarriere einer Arbeiterfamilie durch Arbeitslosigkeit
des Vaters (Frau verdient halbtags dazu, Sohn außer Haus berufstätig)
(Eigene Berechnung)

1. Vor der Arbeitslosigkeit		Lohn der Frau	Miete/NK	Verfügbares Einkommen
Lohn des Mannes		700,-	600,-	1650,-
(im Jahresdurchschnitt)	1550,- mtl.			
(ohne Zulagen)	1400,- mtl.			
2. Im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit				
Arbeitslosengeld des Mannes		700,-	630,-	952,-
(63% v. 1400,-)	882,- mtl.			
3. Im zweiten Jahr der Arbeitslosigkeit				
Alhi des Mannes höchstens	784,-			
Abzüge wegen Frau				
(700 - 330 DM)	370,-			
Abzüge wegen Sohn				
(2200,- - 1.3) 0,-:4	202,-			
Arbeitslosenhilfe tatsächlich	212,-	700,-	660,-	252,-
				(+ Wohngeld)
4. Im dritten Jahr der Arbeitslosigkeit				
Alhi durch Abstufung nach		700,-	690,-	122,-
§ 136.2 AFG ca	112,-			(+ Wohngeld)

3. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

Bei der Arbeitslosenunterstützung wird zwischen dem Arbeitslosengeld (ALG) und der Arbeitslosenhilfe (ALHI) unterschieden.

3.1. Arbeitslosengeld

Jeder lohnabhängig Beschäftigte erwirbt durch die Beitragszahlungen an die Arbeitslosenversicherung einen Rechtsanspruch auf ALG. Die Höhe des ALG berechnet sich nach dem zuletzt verdienten Lohn.

ALG ist eine zeitlich begrenzte Versicherungsleistung und wird in der Regel nicht länger als ein Jahr gewährt.² Auf ALG haben alle Erwerbslosen - unabhängig vom eigenen Vermögen einen Rechtsanspruch.

3.2. Arbeitslosenhilfe

Anders sieht es bei der ALHI aus. ALHI ist eine "Fürsorgeleistung" und wird zeitlich unbegrenzt ausbezahlt, d. h. solange Erwerbslose auf deren Leistungen angewiesen sind. ALHI erhalten allerdings nur diejenigen Arbeitslosen, die als

"bedürftig" gelten. Wer z. B. einen berufstätigen Ehepartner oder gutverdienende Eltern oder Kinder hat, wer Sparguthaben über DM 8.000,-- besitzt, der gilt häufig nicht als bedürftig. Die ALHI kann dann erheblich gekürzt, bzw. ganz gestrichen werden.

Es gibt zwei Formen von ALHI:

- ANSCHLUSS - ALHI: Diese erhalten alle "bedürftigen" Arbeitslosen, deren Anspruch auf ALG abgelaufen ist.
- ORIGINÄRE - ALHI: Diese erhalten alle diejenigen "bedürftigen" Arbeitslosen, denen die notwendigen Anspruchsvoraussetzungen für das ALG fehlen³.

Die originäre ALHI bleibt aber weithin ohne Bedeutung. Nur 2% aller Arbeitslosen beziehen sie.

4. Rigorose Sparpolitik auf Kosten der Arbeitslosen -

Die Demontage der Arbeitslosenunterstützung in den letzten Jahren

Nach den Erfahrungen der ersten größeren Wirtschaftskrise der BRD 1966/67, erhoffte sich die Große Koalition mit der Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) 1969 eine zukünftige Sicherung des Arbeitsmarktes. Die damalige Regierung begründete ihre Absicht folgendermaßen: "Die Wandlungen in der Wirtschaft, technischer Fortschritt und Automation erfordern in erheblich stärkerem Maße als bisher wirkungsvolle Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit. Der Arbeitnehmer muß krisensicher werden. Hierzu dient in erster Linie eine Stärkung seiner beruflichen Mobilität. Daher erhalten besonders Umschulung, berufliche Aufstiegs- und Leistungsförderung großes Gewicht".⁴

Vorbeugende Maßnahmen sollten Arbeitslosigkeit also von vornherein ausschließen. Doch überstieg dieser Anspruch (besonders die Finanzierbarkeit von Umschulungen und Berufsbildungsmaßnahmen) schon bald die finanziellen Kapazitäten der Bundesanstalt für Arbeit (BA). Bereits 1970 bei einer Arbeitslosenquote unter 1 % geriet die Bundesanstalt ins Defizit. Mit Zunahme der Arbeitslosenquote ab Mitte der 70er Jahre wuchsen die Defizite beträchtlich an.

Der Ausgabenschwerpunkt verschob sich völlig von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie sie das AFG vorsieht, hin zur reinen Arbeitslosenunterstützung.

Die Mittel zur Förderung berufsbildender Maßnahmen wurden immer mehr zusammengestrichen. Lag ihr Ausgabenanteil 1971 noch bei 31 %, so waren es bereits 1975 nur noch 13 %. Mit dem Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz (AFKG) 1981 reagiert die sozial-liberale Koalition auf den erneuten wirtschaftlichen Einbruch

zu Beginn der 80er Jahre.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird noch weiter beschnitten und zum erstenmal werden größere Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung direkt vorgenommen:

- Überstundenzuschläge werden bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes nicht mehr miteinbezogen.
- Die Anwartschaftszeiten für den Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe werden verdoppelt.
- Die Sperrzeiten bei angeblichem Mißbrauch werden verdoppelt.

Mit dem AFKG sollten auf Kosten der Arbeitslosen und der Umschüler ca. 10 Milliarden DM bei der Bundesanstalt für Arbeit gespart werden. Doch der erhoffte Spareffekt blieb aus, da die Zahl der Arbeitslosen nochmals erheblich zunahm.

Übersicht 1

SPARMASSNAHMEN DURCH DAS ARBEITSFÖRDERUNGS-KONSOLIDIERUNGSGESETZ (AFKG) ⁵

Gesamtentlastungsvolumen 1982: 9,608 Mrd. DM,
1983: 10,723 Mrd. DM

Übersicht über die wichtigsten Maßnahmen und ihre finanziellen Größenordnungen 1982:

	<u>Mill. DM</u>
(a) Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	
1. Verlängerung der Anwartschaftszeit für den Anspruch auf Arbeitslosengeld von 6 auf 12 Monate beitragspflichtige Beschäftigung innerhalb von 3 Jahren	160
2. Nichtberücksichtigung von Mehrarbeitszuschlägen und aufgelaufener Arbeitsentgelte (z. B. zusätzliches Urlaubsgeld) bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe	130
3. Aktuelle Berechnung des Nettoarbeitsentgelts bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes	120
4. Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen	150
5. Verlängerung der Sperrzeiten wegen Aufgabe einer Arbeit ohne wichtigen Grund oder wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit von 4 auf 8 Wochen	250
6. Änderung der 59er Regelung (Erstattung des Arbeitslosengeldes – einschließlich Sozialversicherungsbeiträge – für ein Jahr durch den Arbeitgeber, wenn die ausgeschiedenen Arbeitnehmer mehr als 10 Jahre Betriebszugehörigkeit aufzuweisen haben. Befreiungsmöglichkeit bei „unzumutbarer wirtschaftlicher Belastung“)	185

	Mill. DM
7. Einschränkung der originären Arbeitslosenhilfe. (Leistung nur noch nach einer Beschäftigungszeit von 150 [bisher 70] Kalendertagen)	210
(b) Förderung der beruflichen Bildung	
8. Kürzung des Unterhaltsgeldes von 80% auf 75% (bei Teilnehmern mit Kindern) bzw. 68% des letzten Nettoeinkommens	100
9. Umstellung des Unterhaltsgeldes bei der Zweckmäßigkeitfortbildung auf Darlehen	445
10. Fortfall des Unterhaltsgeldes für Nichtbeitragszahler	150
11. Begrenzung des Umfanges der beruflichen Bildungsmaßnahmen durch Orientierung an den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit	300
12. Beschränkung des Einarbeitungszuschusses an Arbeitgeber auf Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit unmittelbar Bedrohte	60
13. Kürzung der Berufsausbildungsbeihilfe auf das Niveau der vergleichbaren Bafög-Sätze	49
(c) Berufliche Rehabilitation	
14. Kürzung des Übergangsgeldes von 100% auf 90% (Behinderte mit Kindern) bzw. 75 v. H. des früheren Nettoeinkommens	60
15. Stärkere Anbindung des Anspruchs auf Übergangsgeld an vorherige Beitragszahlung (2 Jahre beitragspflichtige Beschäftigung innerhalb von 5 Jahren)	70
16. Einschränkung des Umfangs von Rehabilitationsmaßnahmen (Orientierung an den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit)	250
(d) Förderung der Arbeitsaufnahme und Lohnkostenzuschüsse	
17. Herabsetzung der Höchstförderungsdauer für die Eingliederungsbeihilfe von 2 Jahren auf 1 Jahr	40
18. Begrenzung der Lohnkostenzuschüsse für die Einstellung älterer Arbeitnehmer (u. a. Ausschluß der öffentlichen Arbeitgeber, Heraufsetzung der Altersgrenze von 45 auf 55 Jahre, Absenkung des Höchstförderungssatzes von 80 auf 70%)	80
(e) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	
19. Einschränkung der ABM-Förderung (u. a. grundsätzlicher Ausschluß der öffentlichen Hand als Träger, regionaler Konzentration, Begrenzung auf längerfristig arbeitslose Leistungsempfänger	650
(f) Kurzarbeitergeld	
20. Innerbetriebliche Saldierung von Ausfallstunden und Arbeitsstunden (einschließlich Überstunden)	40
21. Aufrechnung von Arbeitsausfall und Mehrarbeit beim einzelnen Arbeitnehmer	30
(g) Änderung von Beitragsregelungen	
22. Erhöhung des Beitrages zur BA von 3 auf 4%	5650
23. Verminderung der Beitragszahlungen der BA an die GRV infolge der Beitragssatzsenkung (auf 18%) in diesem Versicherungsbereich	200

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 trieb die CDU/CSU/FDP Koalition die Sparpolitik auf Kosten der Arbeitslosen weiter voran. Vor allem die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld wird erheblich gekürzt.

Übersicht 2

SPARMASSNAHMEN DURCH DAS HAUSHALTSBEGLEITGESETZ 1986⁶

1. Die Herabsetzung der Beitragsbemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit führt zu Minderausgaben in Höhe von 4,9 Mrd. DM.
2. Durch die Einschränkung der Förderung der Aufstiegsfortbildung ergeben sich Minderausgaben von 60 Mio. DM.
3. Durch die Herabsetzung des Übergangsgeldes bei Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 20 Mio. DM.
4. Die Verminderung des Zuschusses der Bundesanstalt für Arbeit zu den Aufwendungen der Arbeitgeber für die Rentenversicherung der Empfänger von Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld führt zu Minderausgaben in Höhe von 117 Mio. DM.
5. Durch die Änderung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 100 Mio. DM.
6. Die Verminderung des für die Höhe der Lohnersatzleistungen nach dem AFG maßgeblichen Nettoarbeitsentgelts durch höhere Sozialversicherungsbeiträge führt zu Minderausgaben in Höhe von 112 Mio. DM.
7. Die Anhebung des Beitragssatzes zur Bundesanstalt für Arbeit führt zu Mehreinnahmen in Höhe von 3,6 Mrd. DM.
8. Durch die Änderung der Sprachförderung für Aussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge treten beim Bund Einsparungen in Höhe von 100 Mio. DM ein.

Übersicht 3

VERKÜRZUNG DER BEZUGSDAUER VON ARBEITSLOSENGELD DURCH DIE SPARGESETZE VON 1982 u. 1983

Beitragspflichtige Beschäftigung inner- halb einer Rahmen- frist von drei bzw. vier Jahren	Bezugsdauer von Arbeitslosengeld in Monaten		
	bis 1981	ab 1982	ab 1983
36 Monate	12	12	12
24 Monate	12	12	8
18 Monate	9	9	6
12 Monate	6	6	4
6 Monate	3	-	-
unter 6 Monate	-	-	-

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz von 1984 werden zum erstenmal Arbeitslosengeld und -hilfe direkt gekürzt (hierzu vgl. S. 15).

Ende 1983 zeigten die Sparaktionen Wirkung. Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit gingen erstmals seit 1977 wieder zurück, obwohl die Zahl der Arbeitslosen nochmals um 425.000 gestiegen war.

Das Haushaltsdefizit betrug am Jahresende nur noch 1,6 Milliarden DM, 3,8 Milliarden DM weniger als ursprünglich eingeplant.

Damit hätte sogar die Möglichkeit bestanden, die härtesten Einschränkungen für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung rückgängig zu machen. Doch nichts dergleichen ist geschehen.

Die Sanierung der Bundesanstalt für Arbeit wird allein auf Kosten der Arbeitslosen und ihrer Familien durchgeführt.

Welche katastrophalen Folgen diese rigorose Sparpolitik hat, wollen wir in den

folgenden Kapiteln darstellen. Dabei beschreiben wir zum einen die oben erwähnten Sparmaßnahmen und Einschränkungen nochmals genauer und untersuchen deren konkrete Auswirkungen, zum anderen die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung im Mainzer Raum.

5. Die Kürzungen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

5.1. Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld

Durch das AFKG (1982) und das Haushaltsbegleitgesetz von 1984 wurde das Alg jeweils entscheidend gekürzt. Das Alg beträgt 68 % des letzten Nettolohnes. Bei der Berechnung nicht enthalten sind Weihnachts- und Urlaubsgeld, doch bis 1982 wurden die Überstundenzuschläge berücksichtigt. Das durchschnittliche Monatseinkommen erhöht sich unter Berücksichtigung von Weihnachts- und Urlaubsgeld (7,6 %) und Überstundenzuschläge (4,7 %) ⁷ um 12,3 %. Dieser Betrag bleibt bei der Berechnung des ALG unberücksichtigt. Für die Betroffenen entstehen erhebliche Einbußen. Das ALG entspricht im Durchschnitt nur 61,4 % des letzten Nettoeinkommens.

„68 Prozent Arbeitslosengeld – das stimmt doch gar nicht“

Josef S. (52) arbeitete seit 1975 bei einer Bocholter Firma als Anstreicher. Anfang Februar 1983 wurde er entlassen. Josef S. verdiente in seinem letzten Arbeitsmonat

<i>Bruttomonatslohn (40-Stunden-Woche)</i>	<i>2 323 DM</i>
<i>Überstundenentgelt (45 Stunden)</i>	<i>604 DM</i>
<i>Überstundenzuschlag (25%)</i>	<i>151 DM</i>
<i>Monatlicher Anteil Urlaubs- und Weihnachtsgeld</i>	<i>96 DM</i>
<i>Bruttolohn Januar 1983</i>	<i>3 174 DM</i>

Et beantragte Arbeitslosengeld. Als Arbeitsentgelt im Sinne des AFG wurden jedoch nur die 2 323 DM bei der Berechnung des ALG zugrundegelegt, die Josef S. als Bruttolohn für die tarifliche Arbeitszeit von 40 Stunden bezog. Dies waren allerdings lediglich 73% seines tatsächlichen Monatslohns. Entsprechend niedrig fiel das Arbeitslosengeld aus. Das Arbeitsamt überwies dem Anstreicher als Verheiratetem nach „Leistungsgruppe C“ nur 1 131 DM im Monat. Wäre sein ganzes Einkommen zugrunde gelegt worden, hätte der Anstreicher monatlich 1 482 DM, also 351 Mark mehr bekommen. Tatsächlich bezog er damit nur 51,9% seines vorherigen Netto-Einkommens als Arbeitslosengeld!

Ironie des Schicksals: Kurz vor seiner Arbeitslosigkeit mußte Josef S. das örtliche Arbeitsamt anstreichen. Der Anstreicher erinnert sich: „Da stand so ein Ständer mit Broschüren, da hab' ich gelesen, das Arbeitslosengeld wäre 68%. Das stimmt doch gar nicht.“ ⁸

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz von 1984 wird das ALG direkt gekürzt. Erwerbslose ohne Kinder erhalten statt 68 % nur noch 63 % ihres letzten Nettolohnes. Das sind unter Berücksichtigung der oben genannten Punkte real nur noch 56,9 % des letzten Nettoverdienstes. Zwei Drittel aller ALG-Bezieher mußten Kürzungen hinnehmen.

Besonders hart sind Ex-Lehrlinge betroffen, die nach Abschluß der Ausbildung keine Anstellung finden. Wurde bis 1984 noch 75 % des zu erwartenden ersten Einkommens für die ALG-Berechnung zugrunde gelegt, so wird seit 1984 von nur noch 50 % ausgegangen. Da erwerbslose Ex-Lehrlinge meist kinderlos sind, wird bei der Berechnung des ALG von 63 % (und nicht von 68 %) des zu erwartenden Lohnes ausgegangen. Sie erhalten demnach nur noch 31,5 % (= 63 % von 50 %) des Einkommens, das sie an ihrem ersten Arbeitsplatz erhalten würden. Konkret bedeutet das meist weniger als DM 500,-- Arbeitslosenunterstützung für die Betroffenen.

Trotz jährlicher Preissteigerungen hat sich das durchschnittlich ausbezahlte ALG in den letzten Jahren nicht erhöht. 1985 war es sogar erheblich niedriger als in vorangegangenen Jahren.

Übersicht 4

DAS DURCHSCHNITTlich AUSBEZAHLTE ARBEITSLOSENGELD FÜR DEN ARBEITSAMTSBEZIRK MAINZ

1981	976.-DM
1982	973.-DM
1983	978.-DM
1984	914.-DM
1985	878.-DM

5.2. Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe

Die ALHI betrug bis 1984 58 % des Nettolohnes vor der Arbeitslosigkeit (ohne Berücksichtigung von Weihnachts- und Urlaubsgeld und von Überstundenzuschlägen). Seit 1984 erhalten kinderlose Erwerbslose nur noch 56 %. Betroffen sind 3/4 aller ALHI-Bezieher. Auch die durchschnittlich ausbezahlte ALHI ist in den letzten Jahren gefallen.

Übersicht 5

Die durchschnittlich ausbezahlte Arbeitslosenhilfe für den Arbeitsamtsbezirk Mainz:

1981	785.-DM
1982	799.-DM
1983	791.-DM
1984	765.-DM
1985	736.-DM

5.3. Die Arbeitslosenhilfe-Rutsche

Die Höhe der ALHI hängt in der Regel von der Höhe des Einkommens vor der Arbeitslosigkeit ab. In einigen Fällen kann das Arbeitsamt aber von dem zu erwartenden Einkommen nach der Arbeitslosigkeit ausgehen - z. B. bei arbeitslosen Ausbildungsabsolventen. Unterstellt das Arbeitsamt, daß ein Erwerbsloser nach seiner Arbeitslosigkeit nicht mehr soviel verdienen kann wie zuvor, dann kann es die ALHI entsprechend kürzen. Gesundheitliche Einschränkungen oder längere Dauer der Arbeitslosigkeit können zur Abstufung führen.

Durch diesen bürokratischen Trick rutschen viele Arbeitslose bei der ALHI um eine Stufe tiefer. Statistiken darüber, wie viele Arbeitslose mit Hilfe der Arbeitslosenhilfe - Rutsche in den letzten Jahren heruntergestuft wurden, existieren nicht. Doch die Berichte vieler Betroffener zeigen, daß es sich hierbei um gängige Praxis der Arbeitsämter handelt.

„Ich war Schleifer, wurde arbeitslos, dann hatte ich einen schweren Unfall. Ich bin vom dritten Stock abgestürzt und wäre fast tot gewesen. Und dann habe ich ein Schreiben bekommen, am 22. Januar, daß ich jetzt nur noch 124 Mark statt 264 Mark Arbeitslosenhilfe pro Woche bekomme. Und die haben mir gesagt, das kommt von dem Unfall. Durch den Unfall habe ich ja mit dem Rücken zu tun, und durch den Lungenriß kann ich mich nicht mehr so anstrengen. Und deshalb komme ich auch nicht mehr in meinen Beruf rein, das ist vorbei. Obwohl: Arbeit fände ich ja eh' keine. Aber jetzt haben die deshalb auch noch die Arbeitslosenhilfe runtergesetzt. Ich kann kaum noch meine Wohnung bezahlen. Wenn ich meine Eltern nicht hätte, läge ich praktisch auf der Straße. Meine Arbeitslosenhilfe, das sind ja nicht einmal mehr 40 Prozent ...!“

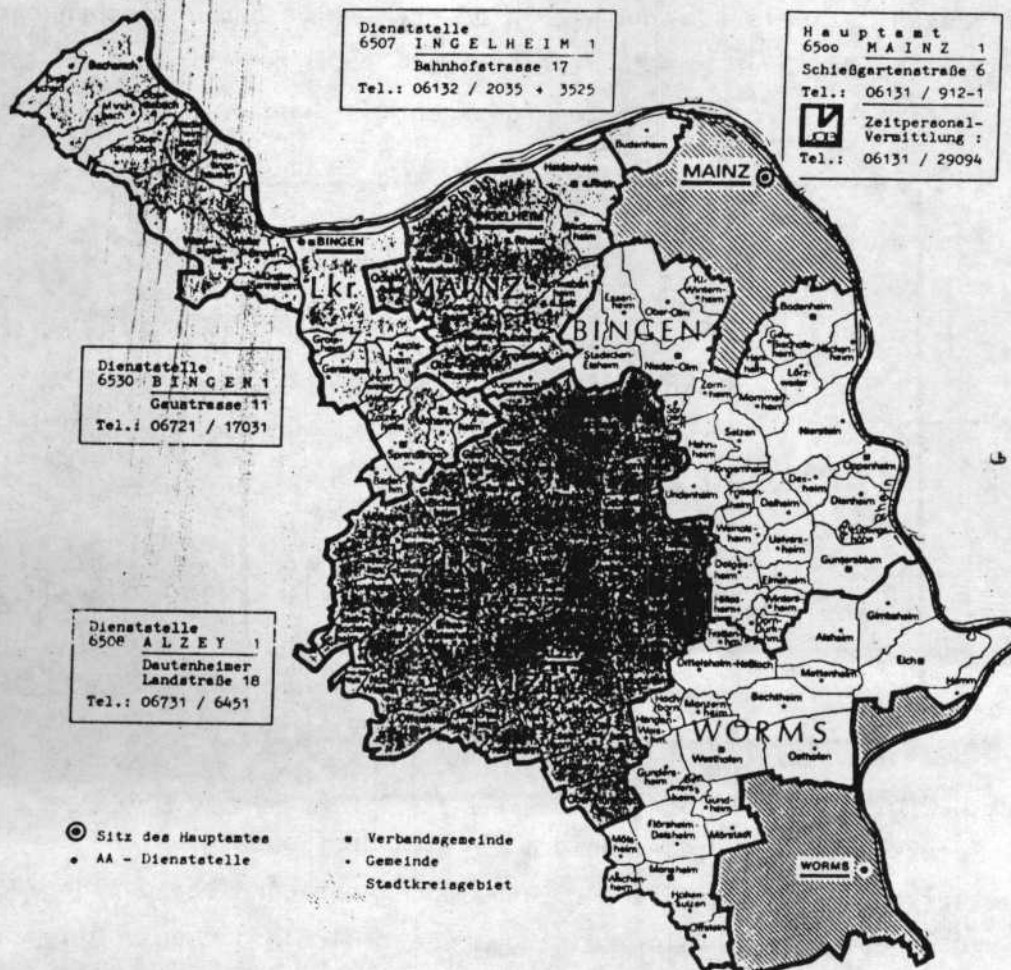
(Aus einem Gespräch mit Holger S. in der Leistungsabteilung des Kölner Arbeitsamtes im Mai 1984.) 9

5.4. Die neuesten Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes

Die neuesten Änderungen des AFG bringen zwar für ältere Arbeitslose eine Verbesserung ihrer Situation, doch bleiben ansonsten alle Verschärfungen weithin bestehen.

Die Bundesregierung hat lediglich darauf reagiert, daß immer mehr ältere Arbeitslose bei den Arbeitsämtern nicht mehr vermittelt werden können und auf Dauer ohne Arbeit bleiben. Um die finanzielle Situation dieser langfristig arbeitslosen Menschen etwas zu entschärfen ist eine Aufstaffelung der Anspruchsdauer für Arbeitslosengeld je nach Lebensalter und nachgewiesenen Beschäftigungszeiten beschlossen worden. Nach Vollendung des 44. Lebensjahres erhält die betroffene Person bis zu 16 Monaten Arbeitslosengeld, nach Vollendung des 49. Lebensjahres sind es bis zu 20 Monate und nach Vollendung des 54. Lebensjahres kann der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zu 24 Monate betragen.

DER ARBEITSMARKT IM ARBEITSAMTSBEZIRK MAINZ



Der Bezirk des Arbeitsamtes M A I N Z
umfasst die Stadtkreise Mainz und Worms sowie
die Landkreise Mainz - Ringen und Alzey - Worms

6. DIE ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT IM MAINZER RAUM

6.1. Methodische Vorbemerkungen

Die meisten uns vorliegenden Zahlenangaben über die Lage auf dem Arbeitsmarkt beziehen sich auf den Arbeitsamtsbezirk Mainz oder auf den Bereich des Hauptamtes Mainz. Der Arbeitsamtsbezirk umfaßt das gesamte Gebiet von Rheinhessen, der Bereich des Hauptamtes umfaßt die Stadt Mainz und die südlich davon gelegenen Orte. Zur genauen Ausdehnung der Bereiche sei auf die Karte verwiesen.

Für den Bereich der Stadt Mainz gibt es bisher keine eigene Zählung. Lediglich eine Untersuchung¹⁰ Ende Oktober 1984 gibt Aufschluß über Arbeitslosenzahlen im Stadtgebiet Mainz. Für Ende Oktober 1984 ergeben sich folgende Arbeitslosenzahlen:

Arbeitsamtsbezirk Mainz	14.199
Hauptamt Mainz	6.864
Stadt Mainz	5.476

79,78 % aller Arbeitslosen im Hauptamtsbezirk Mainz oder 38,57 % aller Arbeitslosen im Arbeitsamtsbezirk Mainz entfallen für Oktober 1984 auf die Stadt Mainz. Da nur diese eine Vergleichszahl existiert, sind wir in unseren folgenden Untersuchungen darauf angewiesen, mit Hilfe des oben errechneten Schlüssels die Arbeitsamtsstatistiken umzurechnen, um zu einigermaßen gesicherten Aussagen für den Bereich der Stadt Mainz zu gelangen.

VERHÄLTNIS DER WERTE DER EINZELNEN
ARBEITSBEREICHE ZUEINANDER
- SCHLÜSSEL -

STADT MAINZ ZUM ARBEITSAMTSBEREICH
= 38,57 %

STADT MAINZ ZUM HAUPTAMT MAINZ
= 79,78 %

Da sich die Strukturmerkmale zwischen dem Bereich des Hauptamtes und der Stadt Mainz in vielem entsprechen, sind wir in der Lage, auch Aussagen über den Bereich der Stadt Mainz zu machen, obwohl hier keine gesonderten Erfassungen vorliegen.

6.2. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Mainzer Raum seit 1970

Die Arbeitslosenzahlen im Mainzer Raum sind in den letzten Jahren um das 43-fache gestiegen. Waren im Jahresdurchschnitt 1970 165 Menschen arbeitslos gemeldet, so sind es 1985 7122 Menschen.

Zu Beginn der 70er Jahre können wir von Vollbeschäftigung sprechen, aber seit 1973/74 wird die Arbeitslosigkeit zu einem Dauerproblem. Seit 1975 ist die Zahl der Arbeitslosen kaum mehr unter 2.500 gesunken.

1981-1983 ließ die bis dahin schwerste Krise des Arbeitsmarktes die Zahl der Arbeitslosen auf über 7.500 emporschnellen. Die Werte von 1984 und 1985 sind zwar wieder etwas rückläufig, doch deutet alles darauf hin, daß das derzeitige hohe Niveau der Arbeitslosenzahlen kaum mehr durchbrochen werden wird. Ende Januar 1986 hat mit 7.495 wieder eine drastische Erhöhung der Arbeitslosenzahlen eingesetzt.

Nach Ansicht des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Rheinland-Pfalz-Saar würde sich 1986 bei einem Wirtschaftswachstum von 4 % die Zahl der Arbeitslosen im Bereich des Landesarbeitsamtes von 124.000 auf 120.000 stabilisieren. Legt man die realistischere Prognose von 3 % Wirtschaftswachstum zugrunde, so wird auf dem Arbeitsmarkt keine Verbesserung der Lage eintreten.

In unserem Untersuchungszeitraum (1980-1985) hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Mainzer Raum nochmals um mehr als das 2,5-fache erhöht.

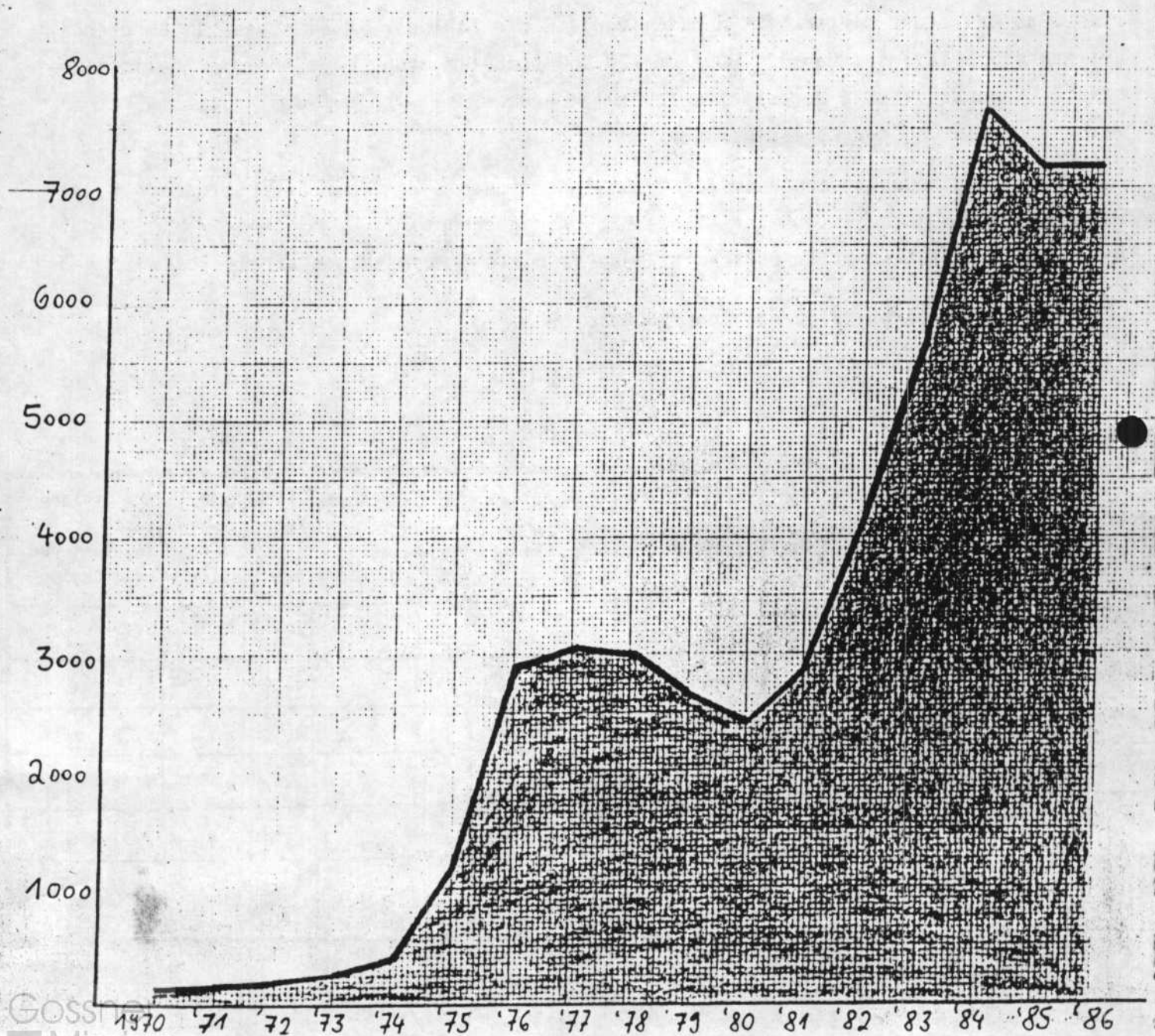
In Rheinhessen ist somit im Durchschnitt jeder zwölfte Erwerbstätige arbeitslos.

Übersicht 6: Die Arbeitslosenzahlen 1980 bis 1985

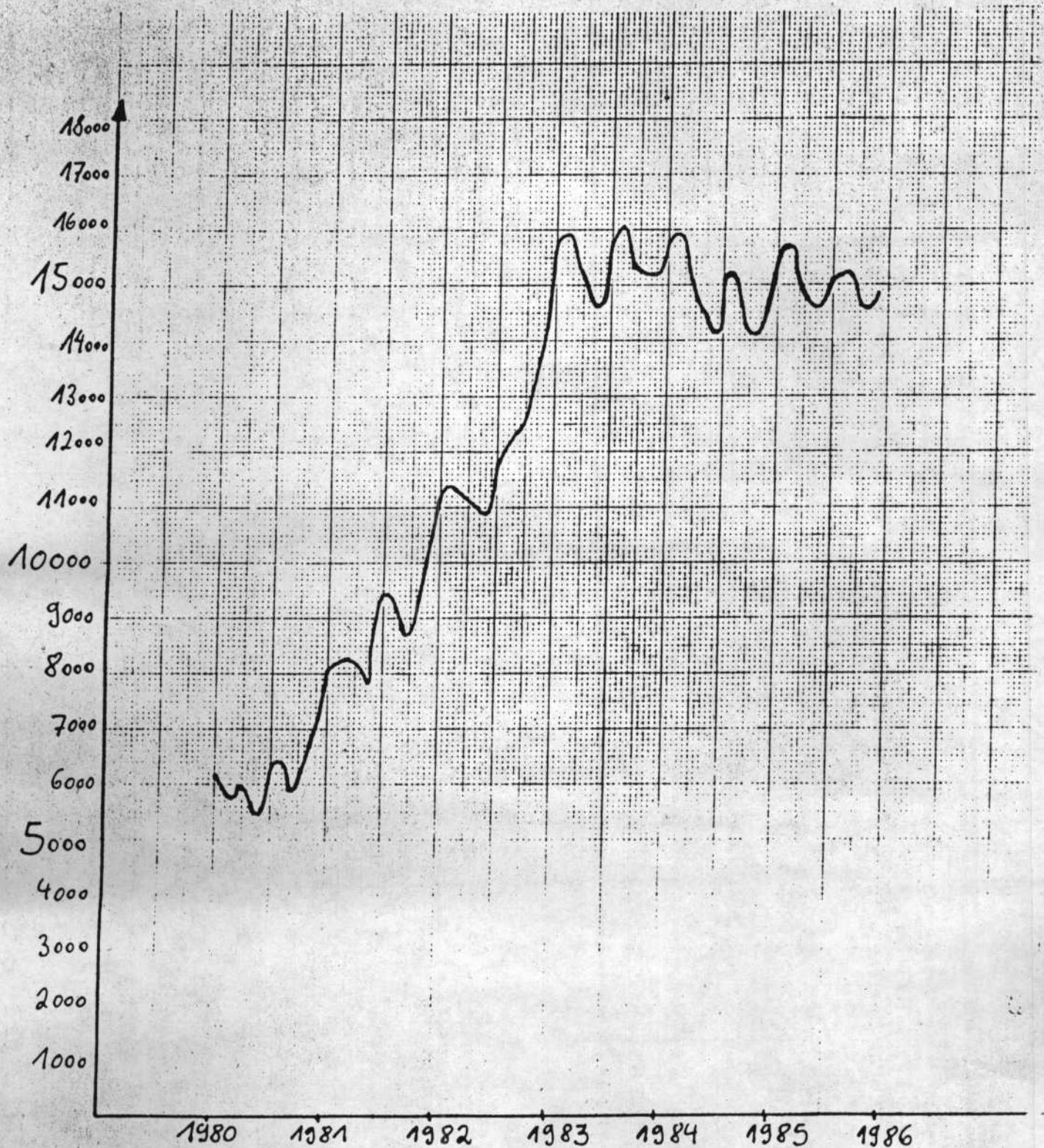
	Arbeitslosen- zahl Bundesdurch- schnitt	Arbeitslosen- quote Bundesdurch- schnitt	Arbeitslosen- zahl Arbeitsamts- bezirk	Arbeitslosen- quote Arbeitsamts- bezirk	Arbeitslosen- zahl Hauptamt Mainz	geschätzte Arbeitslosen- zahl Stadt Mainz	Arbeitslosen- quote Hauptamt und Stadt Mainz
1980	889000	3,8%	6130	3,4%	2831	2259	2,9%
1981	1271574	5,5%	10462	4,8%	4155	3315	4,2%
1982	1833244	7,5%	13705	6,5%	5653	4510	5,7%
1983	2258235	9,1%	15449	8,5%	7669	6118	7,8%
1984	2265559	9,1%	14834	8,2%	7171	5721	7,3%
1985	2304014	9,3%	15030	8,3%	7122	5682	7,3%

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Hauptamt Mainz

1970 - 1985



Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Arbeitsamts-
bezirk Mainz 1981-1985



6.3. Wirtschaftliche Strukturen in Mainz

Die Arbeitslosenquote in Mainz ist zwar durchwegs geringer als der Bundesdurchschnitt, doch sind auch in Mainz die gleichen Tendenzen und Entwicklungen wie im übrigen Bundesgebiet festzustellen.

Die geringeren Arbeitslosenquoten in Mainz sind bedingt durch die breit verzweigte Wirtschaftsstruktur der Stadt. Mainz als Sitz der Landesregierung und des Z D F bietet im Bereich von Verwaltung und Dienstleistung mehr Beschäftigung als im Produktionsbereich. Diese Arbeitsplätze sind von den Auswirkungen der Krise bisher in geringerem Maße betroffen als die in anderen Wirtschaftssektoren. Doch werden gerade im Verwaltungsbereich in den nächsten Jahren große Rationalisierungsmaßnahmen erwartet. Aber auch im Produktionsbereich weist Mainz vergleichsweise günstige Voraussetzungen auf. Typische Krisenzweige (z. B. Stahlindustrie) sind kaum anzutreffen. Auch ist es gelungen, Wachstumsindustrien im Stadtgebiet anzusiedeln, z. B. I B M und Nixdorf. Bei größeren Betriebsstillegungen ist vor allem die Schließung des Magirus-Werkes in Mainz-Mombach zu erwähnen. Doch sind viele der dort arbeitslos gewordenen Menschen bei der Erweiterung des Panzerinstandsetzungswerkes der US-Armee wieder eingestellt worden. Panzerwerk und Schott-Glaswerke sind die größten Arbeitgeber der Stadt.

Eine genauere Aufschlüsselung der Mainzer Wirtschaftsstruktur findet sich im Anhang dieser Studie (vgl. IV).

6.4. Die Entwicklung der offenen Stellen

Das uns vorliegende statistische Material enthält nur die dem Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen. Nach Untersuchungen des Arbeitsamtes sind dies im Durchschnitt nur ca. 1/3 aller offenen Stellen, die übrigen werden nicht durch Vermittlung des Arbeitsamtes besetzt.

Trotzdem spiegeln diese Daten die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung wider. Vergleicht man die Zahl der gemeldeten offenen Stellen mit der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, so läßt sich eine drastische Verschärfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt feststellen.

Übersicht 7

OFFENE STELLEN UND ARBEITSLOSE IM HAUPTAMTSBEZIRK DES ARBEITSAMTES MAINZ

	Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt	Bestand an offenen Stellen im Jahresdurchschnitt	Auf eine offene Stelle kommen wieviele Arbeitslose?
1980	2831	1576.	1,8
1981	4155	1187	3,5
1982	5653	684	8,3
1983	7669	425	18
1984	7171	440	16,3
1985	7122	570	12,7

6.5. Jugendarbeitslosigkeit

6.5.1. Die Gesamtzahl jugendlicher Arbeitsloser

Übersicht 8

JUGENDLICHE ARBEITSLOSE IM ARBEITSAMTSBEZIRK MAINZ 1982 - 1985

	unter 20 Jahre	20 - 25 Jahre	Gesamt bis 25 Jahre
September 1982	1.353	2.456	3.809
September 1983	1.888	3.132	5.020
September 1984	1.561	2.686	4.247
Jahresschnitt 1985	1.411	2.612	4.023

Nach dem Rekordstand im Jahre 1983 ist zwar ein deutlicher Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen, doch bleibt sie weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Zu vorzeitigem Optimismus geben die Arbeitsamtsstatistiken keinerlei Anlaß. Besonders, da sich die Betrachtung nicht auf die Gruppe der unter 20-jährigen beschränken darf, wie es in der Bundesrepublik im allgemeinen bei der Feststellung der Jugendarbeitslosigkeit üblich ist. In den anderen EG-Studien werden alle Arbeitslosen bis zu 25 Jahren zur Jugendarbeitslosigkeit gezählt.

Jugendarbeitslosigkeit ist vor allem ein Problem der Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt. Immer längere Schul- und Ausbildungszeiten schieben aber den Eintritt vieler Jugendlicher in das Erwerbsleben weit über das 20. Lebensjahr hinaus. So zeigt sich erst bei der Gruppe der 20 bis 24-jährigen das wahre Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit. Aber auch diese erweiterten Zahlen entsprechen noch nicht den Realitäten. Unberücksichtigt bleibt die Dunkelziffer, über deren Größenordnung wir nur mutmaßen können.

Eine 1984 in Oberhausen durchgeführte Untersuchung zur Dunkelzifferproblematik¹¹ ergab, daß den 909 registrierten arbeitslosen Jugendlichen 1.506 nicht registrierte gegenüberstanden. Das heißt, auf einen registrierten arbeitslosen Jugendlichen kommen beinahe 2 nicht registrierte (das genaue Verhältnis ist 1:1,65).

Wir wollen diese Untersuchung aus Oberhausen nicht einfach auf die Stadt Mainz beziehen, doch dürften die dortigen Ergebnisse Zustände beschreiben, die mehr oder weniger ausgeprägt in allen deutschen Städten zu finden sind.

In den Arbeitsamtsstatistiken bleibt eine weitere Tatsache ebenfalls unberücksichtigt. Immer mehr Jugendliche werden kurzfristig in Auffangmaßnahmen des Arbeitsamtes untergebracht, deren Funktionen es ist, den Arbeitsmarkt vorübergehend zu entlassen, die aber meist keine dauerhafte Beschäftigungsperspektive bieten.

6.5.2. Die Lehrstellenproblematik

6.5.2.1. Die Lehrstellenbilanz

Übersicht 9: LEHRSTELLENBILANZ IM ARBEITSAMTSBEZIRK MAINZ

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse	Unbesetzte Aus- bildungsstellen	unvermittelte Bewerber	Gesamt- angebot	Gesamt- nachfrage
1980	5.827	282	84	6.109	5.911
1981	5.120	123	85	5.243	5.205
1982	5.541	115	181	5.656	5.722
1983	5.743	174	309	5.917	6.052
1984	5.997	159	325	6.156	6.322

Die Zahl der angebotenen Lehrstellen reicht nicht mehr aus, alle Bewerber zu versorgen. Faktisch bedeuten diese Zahlen, daß die Berufswahlmöglichkeiten beschränkt sind. Denn von Berufswahl läßt sich eigentlich nur sprechen, wenn das Angebot an Ausbildungsplätzen deutlich höher ist als die Nachfrage. Im Ausbildungsförderungsgesetz von 1976 wurde eine "ausgeglichene Lehrstellenbilanz" bei einem Überhang von mindestens 12,5 % angenommen. Nur ein solcher Überhang kann überhaupt die Chance einer begrenzten Auswahl der Lehrstelle bieten.

Faktisch bedeuten die Zahlen der Mainzer Lehrstellenbilanz, daß die Berufswahlmöglichkeiten aller Jugendlichen bereits seit Mitte der 70er Jahre erheblich eingeschränkt sind.

Untersuchungen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit¹² zeigen, daß beinahe die Hälfte der Jugendlichen in anderen als den ursprünglich gewünschten Berufen ausgebildet werden. Das Problem des Lehrstellenmangels betrifft also auch eine große Zahl derjenigen Jugendlichen, die eine Lehrstelle erhalten.

Zwei Gruppen von Jugendlichen, die die Lehrstellenbilanz weiter verschlechtern würden, tauchen in den offiziellen Statistiken nicht auf: Die Dunkelziffer derjenigen,

- die sich erst gar nicht beim Arbeitsamt melden. Dazu gehören vor allem ausländische Jugendliche, Mädchen, die wegen dem schlechten Ausbildungsangebot in den Familien verbleiben und Jugendliche, die nach vergeblichen Bemühungen eine Lehrstelle zu bekommen, sich resigniert zurückziehen, ohne sich beim Arbeitsamt zu melden.
- Diejenigen, die in verschiedenen schulzeitverlängernden bzw. berufsvorbereitenden Maßnahmen untergebracht werden. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit gab es im Herbst 1984 bundesweit neben den 58.426 unvermittelten Lehrstellenbewerbern noch ca. 36.000 Jugendliche, die kurzfristig in berufsvorbereitende Maßnahmen gesteckt wurden.

Die offiziell erfaßte Zahl der unversorgten Lehrstellenbewerber ist nur bedingt aussagekräftig, da erheblich größere Dunkelziffern nicht erfaßt sind. Trotzdem können wir anhand dieser Zahlen einige Trends herausstellen.

Übersicht 10

UNVERSORGTE LEHRSTELLENBEWERBER/INNEN IM ARBEITSAMTSBEZIRK MAINZ

1981	76
1982	175
1983	285
1984	304

Eine vom Mainzer Arbeitsamt vorgenommene Aufschlüsselung zeigt, daß 1984 von den 304 unversorgten Lehrstellenbewerbern 110 (45 %) männlich und 194 (55 %) weiblich waren, d. h. für Mädchen ist es bedeutend schwieriger, einen Ausbildungsplatz zu finden.

151 dieser Jugendlichen hatten bereits eine berufsvorbereitende Maßnahme durchlaufen, d. h. sie waren bereits ein Jahr zuvor ohne Ausbildungsplatz geblieben.

6.5.2.2. Das Lehrstellenangebot

90 % aller im Jahre 1984 neu eingestellten Auszubildenden verteilen sich auf nur 20 Ausbildungsberufe. Die voraussichtlichen späteren Beschäftigungsaussichten entsprechen bei vielen Berufen weitaus nicht dem recht großen Lehrstellenangebot.

Übersicht 11.

DIE AM STÄRKSTEN BESETZTEN AUSBILDUNGSBERUFE 1984

Beruf	Neue Verträge 1984	in Prozent
1. Verkäufer/in	437	7,3
2. Bürokaufmann/frau	332	5,5
3. Bankkaufmann /frau	282	4,7
4. Elektroinstallateur/in	276	4,6
5. KFZ-Mechaniker/in	270	4,5
6. Groß- und Außenhandelskaufmann/frau	263	4,4
7. Friseur/in	239	4,0

6.5.3. Arbeitslosigkeit nach Abschluß der Ausbildung

Noch vor wenigen Jahren war Arbeitslosigkeit vor allem das Problem von nichtausgebildeten Arbeitssuchenden. Doch in den letzten 6 Jahren werden von der sprunghaften Zunahme der Arbeitslosigkeit immer mehr Jugendliche nach Abschluß ihrer Ausbildung betroffen. Eine bundesweite Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit zeigt einen Anstieg der Arbeitslosigkeit nach Abschluß der Ausbildung von 81.071 Personen im Jahre 1982 auf 144.000 Personen im Jahre 1985, das entspricht einer Steigerung um 80 %. Arbeitsmarktforscher sprechen von einer zunehmenden "Verwertungskrise" junger ausgebildeter Arbeitskräfte.

Übersicht 12

Arbeitslose, die nach Abschluß der Ausbildung in kein Arbeitsverhältnis übernommen wurden im Arbeitsamtsbezirk Mainz (Die Angaben schließen arbeitslose Lehramtsanwärter ein)

	absolut	in Prozent aller Arbeitslosen
1980	148	2,5
1981	268	3,1
1982	502	4,0
1983	914	5,9
1984	932	6,5

Nicht nur auf dem Lehrstellenmarkt besteht ein Mangel an Stellen. Auch nach Abschluß der Ausbildung verschlechtern sich die Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden, rapide, da in den letzten Jahren weit über den Bedarf der Betriebe ausgebildet wurde und wird. Vor allem durch die zunehmende Rationalisierung fallen viele Berufe weg, für die aber nach wie vor Ausbildungskapazitäten zur Verfügung stehen, die von Jugendlichen in Ermangelung anderer Möglichkeiten in Anspruch genommen werden müssen.

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit verschiebt sich immer mehr an diese sogenannte zweite Schwelle, dem Übergang von der Ausbildung zur ersten Beschäftigung.

6.6. Die Dauer der Arbeitslosigkeit

Immer mehr Menschen bleiben immer länger ohne Arbeit. Bundesweit war 1975 nur jeder zehnte gemeldete Arbeitslose länger als ein Jahr erwerbslos. 1984 hatte sich diese Zahl beinahe verdreifacht (28,5 %). Auch für den Mainzer Raum läßt sich dieser Trend feststellen. 1974 sind hier nur 2,1 % aller Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. 1980 waren es bereits 16 % und 1984 dann 28,4 %. Betrachtet man die absoluten Zahlen, so wird erst das wahre Ausmaß dieser Entwicklung deutlich. 1974 gab es im gesamten Arbeitsamtsbezirk Mainz nur 61 Erwerbslose, die länger als ein Jahr ohne Arbeit waren. Zehn Jahre später hat sich diese Zahl auf 4.062 erhöht! Von 1974 bis 1984 ist damit die Zahl derer, die länger als ein Jahr ohne Arbeit sind um 6.559 % angestiegen. Auch in unserem Untersuchungszeitraum (1980-1984) hat sich diese Zahl nochmals von 949 auf 4.062 erhöht, also um 329 %. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug Ende September 1984 für den Mainzer Raum 10,3 Monate.

Übersicht 13

DIE DAUER DER ARBEITSLOSIGKEIT IM ARBEITSAMTSBEZIRK MAINZ

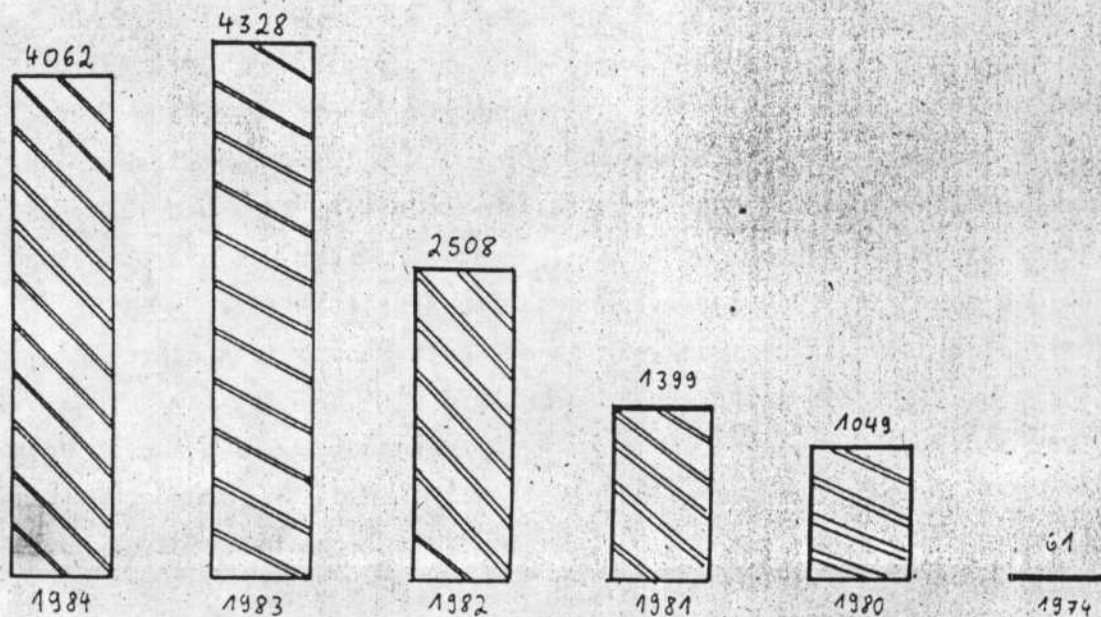
Absolute Zahlen

	alle Arbeits- lose	bis zu 6 Mon. arbeitslos	6 Mon. - 1 Jahr arbeitslos	über 1 Jahr arbeitslos
1980	5950	3951	1050	949
1981	8782	5612	1871	1299
1982	12452	7178	2766	2508
1983	15388	7182	3878	4328
1984	14318	7226	3030	4062
1985	15030	7550	3054	4232

Angaben in % aller Arbeitslosen:

	bis zu 6 Mon. arbeitslos	6 Mon.-1 Jahr arbeitslos	über 1 Jahr arbeitslos
1980	66,4 %	17,7 %	16 %
1981	63,9 %	21,3 %	14,8 %
1982	57,7 %	22,2 %	20,1 %
1983	46,7 %	25,2 %	28,1 %
1984	50,5 %	21,2 %	28,4 %
1985	50,9 %	20,6 %	28,5 %

Menschen, die länger als 1 Jahr ohne Arbeit waren -
Arbeitsamtsbezirk Mainz



6.7. Die Verschiebung vom Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe

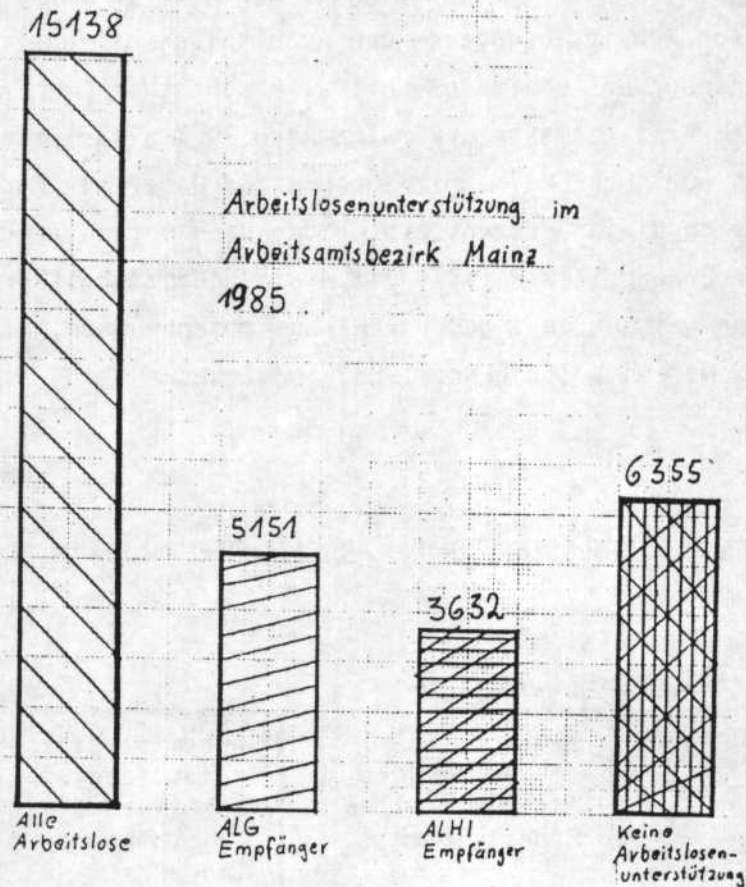
Durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahren das Verhältnis von Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfebeziehern immer mehr in die Richtung der Arbeitslosenhilfe verschoben.

Erhielten 1980 im Arbeitsamtsbezirk Mainz noch 79 % aller Erwerbslosen ALG, so waren es 1985 nur noch 58,7%. Mit zunehmender Dauer der Massenarbeitslosigkeit wird sich dieser Prozentsatz weiter nach unten verschlechtern, sodaß immer mehr Erwerbslose - falls sie die "Bedürftigkeitsprüfung" bestehen - mit der weitaus geringeren ALHI auskommen müssen. Etwa 12% aller Anträge auf ALHI werden z.Zt. (Ende 1985) abgelehnt.

Übersicht 14

DIE EMPFÄNGER VON ARBEITSLOSENGELD UND ARBEITSLOSENHILFE IM ARBEITSAMTS-BEZIRK MAINZ

	Arbeitslosen- zahl	Leistungs- empfänger- anteil an allen Arbeitslosen		Arbeitslosen- geldempfänger- anteil an allen Leistungsemp- fängern		Arbeitslosen- hilfeempfänger- anteil an allen Leistungsemp- fängern	
		%	abs.	%	abs.	%	abs.
1980	6130	60,8	3725	79	2926	21	799
1981	10462	51,8	5414	80	4330	20	1084
1982	13705	53,2	7295	75,5	5508	24,5	1787
1983	15449	62,3	9623	69,4	6680	30,6	2943
1984	14834	61	9077	60	5465	40	3612
1985	15030	58	8720	58,7	5120	41,3	3600



6.8. Die Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe

Über die Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe lassen sich nur Durchschnittswerte für den Arbeitsamtsbezirk Mainz ermitteln. Im Einzelfall können erhebliche Abweichungen von diesem Durchschnittswert auftreten. 1985 betrug die durchschnittliche Höhe des Arbeitslosengeldes DM 878,-- im Monat, die der Arbeitslosenhilfe 736,-- im Monat. Eine Untersuchung des Arbeitsamtes stellte stichprobenhaft (614 Fälle) die durchschnittliche Dauer des Empfangs von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe fest. Während sich die durchschnittliche Empfangsdauer von Arbeitslosengeld kaum verändert hat, ist die der Arbeitslosenhilfe erheblich gestiegen.

Übersicht 15

DIE BEZUGSDAUER VON ARBEITSLOSENGELD UND ARBEITSLOSENHILFE IM ARBEITSAMTS- BEZIRK MAINZ

	ARBEITSLOSENGELD	ARBEITSLOSENHILFE
1982	4,5 MONATE	8,5 MONATE
1983	5,1 "	11,9 "
1984	4,5 "	12,8 "
1985	4,5 "	14,2 "

Eine Aufschlüsselung über die Verteilung und Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ist für den Mainzer Raum nicht zu erstellen, dazu fehlt genaues Zahlenmaterial. Doch eine bundesweite Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit (Auswertungsstichtag 29.10.1984) liefert eine Reihe von Werten und Trends, die auch für den Mainzer Raum gelten dürften.

Im Oktober 1984 verteilen sich die Bezieher von Arbeitslosengeld je zur Hälfte auf Männer und Frauen. Bei den Arbeitslosenhilfeempfängern waren dagegen rund 3/4 aller Bezieher Männer. Der geringe Frauenanteil ist Folge der Bedürftigkeitsvoraussetzung (§ 134 AFG), da sonstige Einkommensquellen und das Einkommen des Ehepartners zur Kürzung oder Streichung von Arbeitslosenhilfe führen. So beträgt der Anteil von verheirateten Frauen bei Arbeitslosenhilfeempfängern nur 6 %, der der verheirateten Männer aber 31%.

Arbeitslosengeld:

Im Oktober 1984 erhielten die Empfänger von Arbeitslosengeld durchschnittlich DM 896,--. Dieser Betrag weicht jedoch bei verschiedenen Personengruppen erheblich vom Durchschnittswert ab. Die höchsten Beträge erhielten verheiratete Männer (durchschnittlich DM 1.286,--), die niedrigsten verheiratete Frauen (durchschnittlich DM 688,--).

Von den verheirateten Männern unter den Arbeitslosengeldbeziehern erhielten monatliche Beträge von:

DM 800,-- bis 1.000,--	11,4 %
" 1.00,-- bis 1.200,--	29,4 %
1.200,-- bis 1.400,--	26,5 %
1.400,-- bis 1.600,--	11,1 %

Etwas mehr als die Hälfte der verheirateten Männer erhielten Arbeitslosengeld zwischen DM 1.000,-- und 1.400,--.

Bei den verheirateten Frauen lagen die Schwerpunkte in den folgenden Betragsspalten:

DM	200,-- bis	400,--	12,5 %
"	400,-- bis	600,--	28,6 %
"	600,-- bis	800,--	30,4 %
"	800,-- bis	1.000,--	14,2 %

Bei fast 60 % der verheirateten Frauen bewegte sich das Arbeitslosengeld zwischen DM 400,-- und 800,--. Die nahe an der Höchstgrenze liegenden Beträge wurden fast ausschließlich männlichen verheirateten Beziehern bezahlt, von denen 10,5 % ein Arbeitslosengeld zwischen DM 1.800,-- und dem Höchstbetrag von DM 2.379,-- erhielten; auf diese Betragsgruppe entfielen nur 0,3 % der verheirateten Frauen. Bei den nichtverheirateten Arbeitslosengeldbeziehern war die Differenz zwar weniger stark ausgeprägt, aber auch hier erhielten die Männer mehr. (Männer durchschnittlich DM 875,--; Frauen durchschnittlich DM 719,--).

Arbeitslosenhilfe:

Auch bei der Arbeitslosenhilfe lassen sich ähnliche Abweichungen wie beim Arbeitslosengeld feststellen:

Durchschnittliche Arbeitslosenhilfe:

DM 766,--

"	818,-- (Männer)
"	901,-- (verheiratet)
"	762,-- (unverheiratet)
"	615,-- (Frauen)
"	615,-- (verheiratet)
"	615,-- (unverheiratet)

Die Altersstrukturen:

Sowohl bei Arbeitslosengeld als auch bei Arbeitslosenhilfe ist ein Ansteigen der Leistungen mit zunehmendem Alter zu erkennen. Besonders niedrig sind die an unter 20-jährige ausbezahlten Beträge, für deren Höhe meist die Ausbildungsvergütungen maßgeblich war.

Bei den Beziehern von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe erhalten große Personenkreise Beträge, die erheblich unter den (sowieso recht niedrigen Durchschnittswerten) liegen.

Die ausbezahlten Leistungen der Arbeitslosenunterstützung können oft selbst den bescheidendsten Ansprüchen nicht genügen. Immer mehr Betroffene erhalten Beträge, die unterhalb des Sozialhilfeniveaus liegen und sind so zusätzlich auf Fürsorgeleistungen der Sozialhilfe angewiesen.

7.

Fast die Hälfte aller gemeldeten Arbeitslosen erhält überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung.

7.1. Der aktuelle Stand

Im Mainzer Raum erhielten 1985 41,8 % aller gemeldeten Arbeitslosen keinerlei Arbeitslosenunterstützung. Das sind 8.763 Menschen im Arbeitsamtsbezirk und ca. 3.500 Menschen in der Stadt Mainz.

7.2. Die Ausgrenzung aus der Arbeitslosenunterstützung

7.2.1. Fehlende Anwartschaftszeiten

Die Anwartschaftszeiten, Zeiten in denen Beitragszahlungen zur Arbeitslosenversicherung nachgewiesen sind, wurden in den letzten Jahren drastisch erhöht.

Arbeitslosengeld erhält seit 1982 nur noch, wer mindestens 12 (vorher 6) Monate Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt hat, originäre Arbeitslosenhilfe nur wer 150 (vorher 70) Tage im letzten Jahr vorweist. Ersatztatbestände wurden gestrichen.

Besonders betroffen sind Jugendliche, denen der Sprung ins Berufsleben nicht gelingt, die weder eine Lehrstelle noch einen Arbeitsplatz finden. Ohne eine sozialversicherte Beschäftigung können sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erheben. Ihre Zahl erhöht sich ständig.

7.2.2. Bedürftigkeitsprüfung

Eine bundesweite Untersuchung von September 1983 zeigt, daß 73 % derjenigen, die über 1 Jahr ohne Arbeit waren, überhaupt kein Geld mehr vom Arbeitsamt erhielten. Nach dem Arbeitsförderungsgesetz gelten nur solche Arbeitslose als bedürftig, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich mit Arbeitslosenhilfe bestreiten.

Bei der Bedürftigkeitsprüfung werden untersucht:

- Einkommen des Ehepartners/bei minderjährigen, unverheirateten Arbeitslosen das Einkommen der Eltern
- Vermögen (alles über DM 8.000,--)
- Unterhaltsansprüche gegen Eltern und Kinder

Besonders betroffen von der Bedürftigkeitsprüfung sind Ehepaare. Sind beide Ehepartner arbeitslose, erhält nur einer von beiden Arbeitslosenhilfe. Aber auch Ehepaare mit noch einem Verdienenden sind schlecht gestellt, da das Einkommen fast vollständig auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet wird. Nur DM 75,-- (+ 35,-- DM pro Kind) wöchentlich darf der Ehepartner verdienen, ohne daß die Arbeitslosenhilfe gekürzt wird.

Diese Freibeträge sind seit Inkrafttreten des Arbeitsförderungsgesetzes 1969 nicht erhöht worden, obwohl sich das durchschnittliche Nettoeinkommen seit-her um 144,6 % erhöht hat. Im gleichen Zeitraum sind die Lebenshaltungskosten um rund 100 % angestiegen.

7. 2. 3. Sperrzeiten

Sperrzeiten werden gegen Arbeitslose verhängt, die nach Ansicht der Arbeitsämter ihre Arbeitslosigkeit schuldhaft herbeigeführt haben. Ab 1982 sind Sperrzeiten von 4 auf 8 Wochen erhöht worden. Während dieser Zeit erhält der Erwerbslose keinerlei Arbeitslosenunterstützung.

Das Verhängen von Sperrzeiten liegt im Ermessen des zuständigen Arbeitsamtes. Dabei kommt es häufig zu äußerst problematischen Entscheidungen, da die Arbeitsämter meist nach einer telefonischen Rücksprache mit dem Arbeitgeber die Entscheidung fällen und keine weiteren Ermittlungen anstellen.

Gründe für Sperrzeiten sind:

- selbstverschuldeter Verlust des Arbeitsplatzes, d. h. Kündigung "ohne wichtige Gründe" oder "vertragswidriges Verhalten" des Arbeitnehmers, das zur Kündigung führt.
- Ablehnung von Beschäftigungs- oder Umschulungsmaßnahmen, die nach Ansicht des Arbeitsamtes "zumutbar" sind.

Werden gegen einen Arbeitslosen zweimal Sperrzeiten ausgesprochen, verliert er seinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. 1984 wurden im Arbeitsamtsbezirk Mainz insgesamt 2054 Sperrzeiten ausgesprochen.

7. 2. 4. Fehlende Verfügbarkeit

Nur diejenigen Erwerbslosen haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, die verfügbar sind, d. h., die jederzeit eine Beschäftigung annehmen können.

Durch die Verfügbarkeitsbestimmungen werden immer mehr Erwerbslose aus der Arbeitslosenstatistik ausgestrichen. Teilarbeitslose (vor allem Frauen), die keine Kinder unter 16 Jahren haben, gelten als nicht verfügbar, wenn sie nach längerer Arbeitslosigkeit sich für Teilarbeit bewerben, eine volle Stelle aber ablehnen. Hauptbetroffene dieser Verfügbarkeitsregelung sind jedoch arbeitslose Ausländer, die zwar in der Bundesrepublik arbeiten wollen, dies aber aufgrund fehlender bzw. abgelaufener Arbeitserlaubnis nicht dürfen. Sie haben keinerlei Rechte auf Arbeitslosenunterstützung, auch wenn sie längere Zeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren.

Ausländer aus nicht-EG-Staaten, die erstmals in der Bundesrepublik eine Arbeit aufnehmen wollen, erhalten, wenn es nach Ansicht der Arbeitsämter die Arbeitsmarktsituation zuläßt eine "allgemeine Arbeitserlaubnis". Ein Rechtsanspruch auf eine solche Arbeitserlaubnis besteht jedoch nicht. Bei schlechter Arbeitsmarktsituation wird sie oft verweigert. Die allgemeine Arbeitserlaubnis gilt nur für einen bestimmten Betrieb und Beruf.

Wer länger als 5 Jahre (Türken 4 Jahre) in der Bundesrepublik ununterbrochen beschäftigt war, erhält eine (besondere) Arbeitserlaubnis; sie berechtigt zum freien Zugang auf den Arbeitsmarkt. Die besondere Arbeitserlaubnis wird zunächst auf 5 Jahre befristet ausgestellt. Wer in den letzten 8 Jahren ununterbrochen beschäftigt war, hat Anspruch auf unbefristete Gewährung.

Ausländische Arbeitnehmer erhalten aber nicht automatisch die besondere Arbeitserlaubnis, sie muß vielmehr beim Arbeitsamt beantragt werden. Viele haben aber niemals einen solchen Antrag gestellt. Zum Teil, weil sie es versäumt haben, vor allem aber, weil die zuständigen Arbeitsämter die Betroffenen nicht rechtzeitig davon unterrichtet haben. Bei eingetretener Arbeitslosigkeit kann ein solcher Antrag nicht mehr gestellt werden, auch wenn in der Vergangenheit alle Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren. Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes endet auch die allgemeine Arbeitserlaubnis. Die betroffenen Personen werden nicht in der Arbeitslosenstatistik geführt und verlieren jeglichen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

8. Stille Reserve - die vergessenen Arbeitslosen

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit läßt für viele Erwerbslose die Arbeitssuche von vornherein als aussichtslos erscheinen. Gerade diejenigen, die keine Arbeitslosenunterstützung erwarten können, melden sich nicht mehr beim Arbeitsamt und tauchen so in keiner Arbeitslosenstatistik auf. Man spricht von einem

"Entmutigungseffekt", da diese Personen "normalerweise" eine Arbeit aufnehmen würden, jedoch in der gegenwärtigen Situation chancenlos sind oder sich dafür halten.

Zur stillen Reserve gehören besonders folgende Gruppen:

- Jugendliche ohne Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Nach groben Schätzungen ist diese Zahl mindestens genauso groß, wie die der gemeldeten Jugendlichen.
- Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz aber keinen Arbeitsplatz suchen.
- Arbeitslose und Schulabgänger, die, weil ohne Chancen am Arbeitsmarkt, an Bildungsmaßnahmen oder Umschulungen bzw. an sonstigen kurzfristigen Auffangmaßnahmen teilnehmen.
- Ältere Arbeitslose, die vorzeitig in Rente gehen (d. h. die sog. 59er-Regelung in Anspruch nehmen), die aber bei einer besseren Arbeitsmarktlage sich nochmals um eine Anstellung gekümmert hätten.
- Verheiratete Frauen, die, nachdem die Kinder selbständig sind, wieder ins Erwerbsleben eintreten wollen, aber keine Chancen auf einen Arbeitsplatz haben.
- Jüngere Frauen, die, nachdem sie keinen Arbeitsplatz gefunden haben, sich in die Familie zurückziehen.
- Behinderte, die keine Arbeitsplatzchancen mehr sehen und zu Frührentnern werden.
- Ausländer ohne Arbeitserlaubnis (z., B. durch Familienzusammenführung in die Bundesrepublik gekommen).

Diese Gruppen gelten nach den Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes nicht als arbeitslos, sind daher nirgends registriert und haben keinerlei Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung.

Über die finanzielle Situation dieses Personenkreises gibt es kein ausreichendes Untersuchungsmaterial. Die meisten dürften vom Einkommen anderer Familienmitglieder leben, doch bleibt bei nur einer erwerbstätigen Person das Familieneinkommen oft recht niedrig oder unzureichend. Andere beziehen selbst Einkommen in Form von Rente und Frührente, Umschulungs- oder Ausbildungsbeihilfen oder Sozialhilfe. Doch sind diese Mittel äußerst niedrig und reichen für bescheidendste Ansprüche kaum oder gar nicht aus.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des Bundesanstalt für Arbeit (IAB) geht von folgendem Ansatz für die Feststellung der stillen Reserve aus:

"Die stille Reserve ist definiert als der Teil der Erwerbspotentials, der weder erwerbstätig noch bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet ist." ¹³

Die Arbeitsmarktforscher gehen aus von Jahren der Hochkonjunktur, in denen es keine versteckte Arbeitslosigkeit gibt, da dann alle einen Arbeitsplatz haben bzw. als arbeitslos erfaßt sind. Dieses so erfaßte Potential aller Erwerbspersonen wird unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung und anderer Trends auf Krisenjahre fortgeschrieben. Zieht man von der fortgeschriebenen Zahl des Erwerbspotentials die Zahl der Erwerbstätigen und der gemeldeten Arbeitslosen ab, so erhält man als Rest die stille Reserve.

Das Thema stille Reserve ist von äußerster politischer Brisanz. Rechnet man zu der Zahl der offiziell gemeldeten Arbeitslosen noch die Zahl der in die stille Reserve Abgedrängten hinzu, so zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit noch einen weitaus dramatischeren Verlauf. Nach bundesweiten Untersuchungen war in den vergangenen Jahren die Zahl der nichtgemeldeten Arbeitslosen annähernd halb so groß, wie die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen. Die Zahl, der durch die Verschärfung des Arbeitsförderungsgesetzes aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzten Personen hat sicherlich zu einer weiteren Zunahme der stillen Reserve geführt.

Das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist also auch im Mainzer Raum weitaus größer als die offiziell erfaßten Daten vermuten lassen. Im Arbeitsamtsbezirk Mainz dürfte nach vorsichtigen Schätzungen die Zahl der Arbeitslosen insgesamt, unter Berücksichtigung der stillen Reserve, ca. 22 bis 23.000 betragen, im Hauptamtsbezirk ca. 10.000 bis 11.000 und im Bereich der Stadt Mainz ca. 8.000 bis 9.000.

III. SOZIALHILFE

AUFGEFANGEN

nach der kündigung
fiel er
ins netz
der sozialen sicherung
und fiel durch
voll auf die schnauze.
die maschen
im netz
waren für kleine
zu groß.

1. Das System der Sozialhilfe

Die Sozialhilfe ist die unterste Stufe der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik. Jeder, der von den Säulen unseres Sozialstaates, der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung nicht getragen wird, hat das Recht, Sozialhilfe zu bekommen (§ 11 BSHG). Finanziert wird die Sozialhilfe durch die Kommunen. Bedingung für die Unterstützung durch die Sozialhilfe ist die Bedürftigkeit, d. h. man darf nicht über das Einkommen anderer Familienmitglieder oder über eigenes Einkommen oder Vermögen abgesichert sein.

Das 1961 verabschiedete Bundessozialhilfegesetz unterscheidet zwischen Hilfe zum Lebensunterhalt sowie der Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) erhält jeder, dessen Einkommen unterhalb des Sozialhilfebedarfes liegt, eine Art Ersatzeinkommen, welches den Empfängern monatlich zugestellt wird. Diese Hilfe zum Lebensunterhalt setzt sich aus folgenden Beträgen zusammen:

- den Regelsätzen, das sind die festen monatlichen Unterstützungssätze, welche sich auf der Grundlage des Warenkorb berechnen.
- den Mehrbedarfszuschlägen, welche bestimmten Personengruppen zustehen wie z.B. Menschen über sechzig Jahren, Schwangeren ab dem 6. Monat, Alleinerziehenden mit Kindern u.ä..
- den Beträgen für die Krankenversicherung.
- den Kosten für die Unterkunft (Miete plus Nebenkosten).

Daneben gibt es die einmaligen Beihilfen, die jeweils beim Sozialamt beantragt werden müssen. Dazu gehören die Bekleidungsbeihilfen, die Möbel- und Hausratsbeihilfe, Brennstoff- und Weihnachtsbeihilfe, eine Erstaussstattung für Säuglinge u.ä.

Die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HBL)

Hier gelten höhere Einkommensgrenzen als bei der HLU. Diese Hilfen gehen davon aus, daß zwar das notwendige Existenzminimum vorhanden ist, dieses aber für bestimmte Situationen nicht ausreicht. Hier handelt es sich beispielsweise um Alten- und Pflegehilfe, vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe für werdende Mütter u.a.

2. Entwicklung der Sozialhilfe in Mainz

Vorbemerkung. Im Folgenden soll nun versucht werden, die Sozialhilfeentwicklung in der Stadt Mainz nachzuzeichnen. Für die Darstellung haben wir auf Zahlen und Statistiken des Sozialamtes, des statistischen Landesamtes sowie auf die Auskunft des Sozialdezernenten vom Oktober 1985 auf eine Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zurückgegriffen. Dabei gilt ein Wort des Mainzer Sozialdezernenten W.Abts: "Bei der Stadt Mainz wurden in den letzten Jahren - wie übrigens in vielen anderen Kommunen der Bundesrepublik - Daten im Bereich der Sozialhilfe nur in völlig unzureichender Weise erfaßt". Da es (noch) keine systematische Sozial- und Armutsforschung in diesem Lande gibt, sind empirische Untersuchungen dünn gesät. Eine zweite Schwierigkeit bestand im uns vorliegenden Zahlenmaterial selbst, differieren doch die Angaben zum gleichen Sachverhalt (bspw zur Zahl der Betroffenen) teilweise erheblich, so daß unser Vertrauen in Statistiken während der Arbeit kaum gestärkt wurde.

Dennoch wollen wir anhand einiger gleichlautender Beobachtungen im Zeitraum der letzten vier bis fünf Jahre ein grobes Bild des Kreises von Menschen entwerfen, die unter dem Stichwort "Neue Armut" zu versammeln sind.

Empfänger (vgl. Schaubild 1 und 2)

"Mainz,.... ist eine heitere, eine schöne Stadt. Unschwer ließe sich viel Lobens- und Liebenswertes aus Vergangenheit und Gegenwart preisen", beginnt ein Werbeprospekt der Stadtverwaltung und fährt an anderer Stelle fort: "Sicher ist: In Mainz läßt es sich leichter leben."

Vergleichsweise.

Die Schaufensterauslagen der Geschäfte, eine Vielzahl kultureller Aktivitäten, selbst die Autoschlagen in der Innenstadt zeugen vom Wohlstand der Mainzer Bevölkerung. Die Arbeitslosenrate liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig liegt Mainz im Trend. Steigende Sozialausgaben belasten den

kommunalen Haushalt, die Anträge für soziale Unterstützungen häufen sich. Das Gespräch um die Neue Armut in der BRD muß nicht mehr die schlagzeilen-trächtigen Großstädte des Ruhrgebietes, nicht mehr den Berliner Kreuzberg bemühen, um eine deutliche Sprache zu finden:

Im Jahre 1984 waren 9740 Mainzer und Mainzerinnen Empfänger von Sozialhilfe, das sind fast 50% mehr als noch vier Jahre zuvor. Diese Zahl umfaßt alle Hilfsarten nach dem BSHG (einschließlich Landespflegegeld). Empfänger einmaliger Hilfen sind dabei nicht mitgezählt.

Anders ausgedrückt: Lebten 1980 3,2% der Mainzer Bevölkerung teilweise oder ausschließlich aus den Mitteln des Sozialamtes, so ist dieser Prozentsatz bis zum Jahre 1984 schon auf 5,1% angewachsen. Verdeutlicht man sich die im ersten Teil der Studie beschriebenen Ausgrenzungsmechanismen aus der Arbeitslosenversicherung, so ist mit einem ähnlichen Wachstum auch in den folgenden Jahren zu rechnen. Dabei verraten die Statistiken noch nichts über die tatsächliche Zahl der Anspruchsberechtigten (vgl. "verschämte Armut"), noch nichts über diejenigen, die mit einem dem Sozialhifenniveau vergleichbaren finanziellen Budget über die Runden kommen müssen, indem sie zum wachsenden Kreis der Bevölkerung gehören, die trotz Erwerbseinkommen nur knapp oberhalb der Berechtigungssätze des BSHG liegen.

Festzuhalten bleibt:

In Mainz lebt es sich leichter, doch schon jede/r zwanzigste Mainzer/in tritt 1984 den schweren Gang auf das Sozialamt an.

Schaubild 1

- 41 -

Sozialhilfeempfänger in Mainz (Zahlen des Sozialamtes)

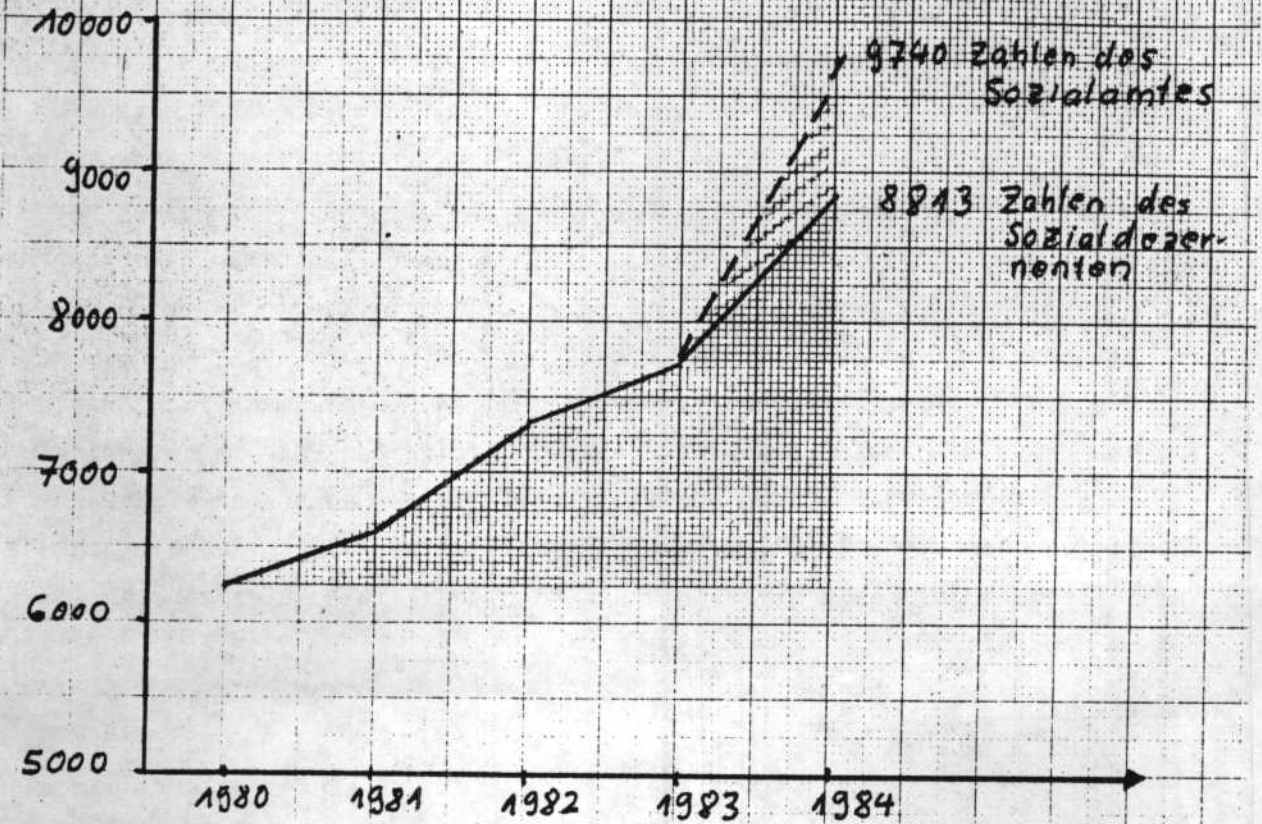
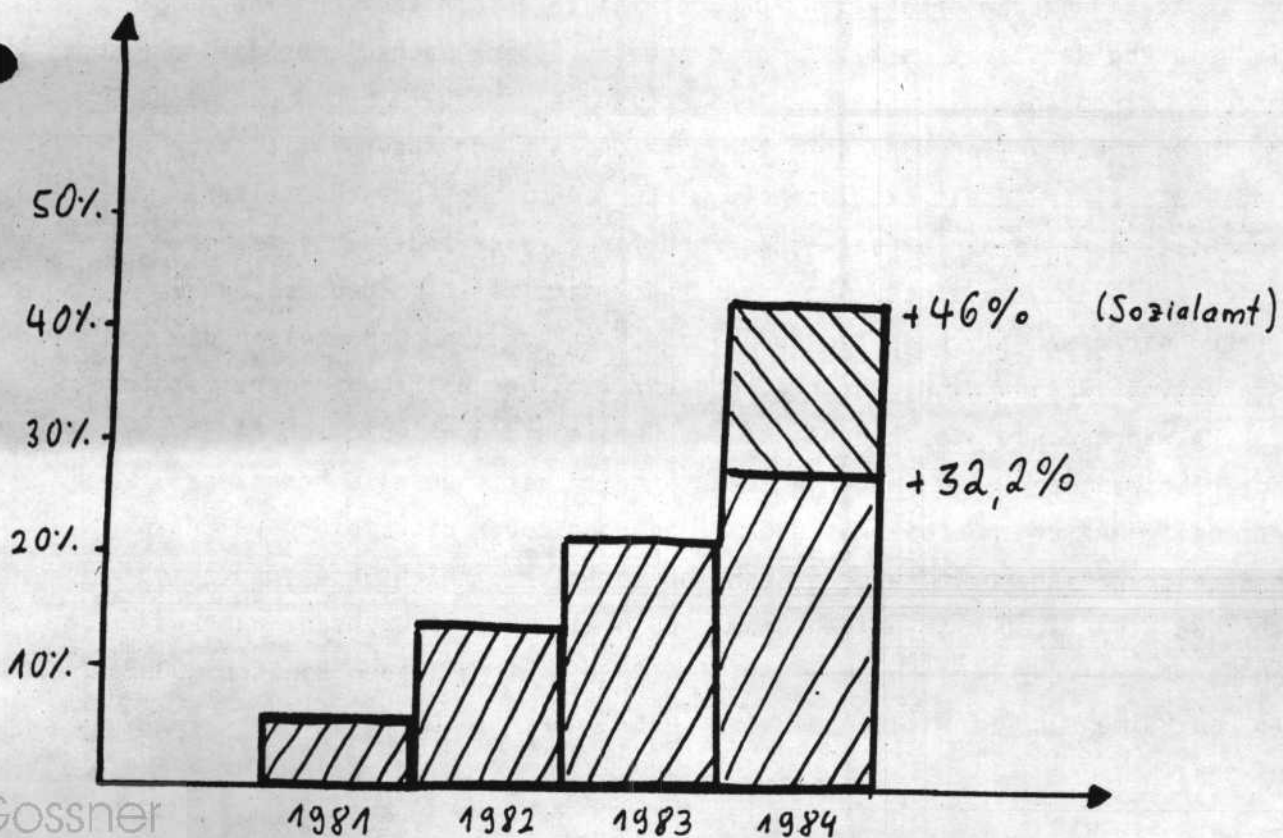


Schaubild 2

Sozialhilfeempfänger in Mainz (% Steigerung)

Index: 1980 = 100%



Die zwei Bereiche der Sozialhilfe

Unter der Überschrift Sozialhilfe versammeln sich sehr unterschiedliche Menschengruppen; der Altenheimbewohner, dessen Rente nicht die Heimkosten deckt wie der arbeitslose Jugendliche, dessen Anwartschaftszeiten für die Arbeitslosenunterstützung nicht hinreichen. Nun interessiert uns zunächst unter dem Stichwort neue Armut der Bereich "außerhalb von Heimen und Einrichtungen", die Zahl derer also, die aus ihren Einkünften ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können und nicht durch Ehepartner oder Verwandte mitversorgt werden können.

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Heimen bleibt im Beobachtungszeitraum nahezu konstant, während der Kreis derjenigen, die in selbständigen Haushalten von den Sätzen der Sozialhilfe leben, noch stärker anwächst, als uns der erste Blick auf die Statistik verriet. So stieg die Zahl der Hilfeempfänger "außerhalb von Einrichtungen" allein in einem Jahr (83-84) um mehr als 35%.

Ausgaben

In jeder Debatte um die sozialen Probleme dieses Landes taucht über kurz oder lang das Stichwort "Kosten" auf. Das Wort von der "Unfinanzierbarkeit des Sozialstaates" macht die Runde. Dabei ist es sinnvoll sich zu vergegenwärtigen, daß die Sozialhilfe gesamtstaatlich weniger als 4% des Sozialbudgets ausmacht.

Viele Kommunen der Bundesrepublik klagen anhand steigender Sozial Etats über akute Finanzschwierigkeiten. Da Sozialhilfe ausschließlich eine kommunale Leistung darstellt, erklärt der obenbeschriebene Mechanismus der Ausgrenzung, warum an dieser Stelle die städtischen Haushalte zunehmend an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten geraten, während andererseits die Bundesanstalt für Arbeit mittlerweile wieder deutliche Überschüsse verzeichnet. Innerhalb der öffentlichen Hand findet eine föderale Verschiebung der Krisenlasten statt. Auch die Stadt Mainz weist im Beobachtungszeitraum einen erheblich gestiegenen Sozial Etat aus. Dennoch steigen die Ausgaben von 1981-84 nicht entsprechend der Zahl der Hilfeempfänger, letztere um 32,2% während die Steigerungsrate der Geldleistungen lediglich 24,5% beträgt. Ein weiterer Blick auf die Ausgabenseite ist ebenfalls bemerkenswert: differenziert man die Ausgaben - wie eben zuvor die Empfänger - nach den Bereichen "innerhalb" und "außerhalb" sozialer Einrichtungen, so zeigt sich, daß die Ausgaben in beiden Bereichen gleichmäßig anwachsen, während sich der Anteil der Bezieher von Sozialhilfe einseitig in den Bereich außerhalb von Heimen und Einrichtungen verlagert. Anders ausgedrückt:

In Heimen und Anstalten steigen die finanziellen Leistungen pro Hilfebedürftigen überproportional an, während sich die sozialen Probleme im anderen Bereich konzentrieren.

Wird in der Öffentlichkeit das Kostenargument vornehmlich als Erweis der "sozialen Hängematte" (H.D. Genscher) bemüht, so stellen tatsächlich die sprunghaft gestiegenen Kosten im Pflegebereich einen Hauptverursacher der steigenden Sozialausgaben dar.

Auflgliederung der Empfänger

Indem man nun noch einen Schritt dichter an die Statistiken herantritt, die verschiedenen Gruppen der Hilfeempfänger deutlicher vor Augen nimmt, lassen sich drei auffällige Beobachtungen machen:

- der Anteil der Sozialhilfeempfänger, der "laufende Hilfe zum Lebensunterhalt" benötigt, nimmt erheblich zu. Konnte 1979 noch davon gesprochen werden, daß ein relevanter Teil der Hilfen in besonderen Lebenslagen gewährt wurden (immerhin fast 25%), so sind es 1983 schon kaum mehr als 10%. In immer geringerem Maße wird Sozialhilfe für den Kreis der Betroffenen zu einer besonderen, durch eine spezifische Notlage hervorgebrachten Situation; vielmehr gewinnt sie zunehmend den Status des "Normalfalles", ein Entkommen wird schwieriger und Lebensperspektiven jenseits des Existenzminimums rücken in weite Ferne.
- Der Männeranteil an den Sozialhilfeempfängern wächst, zumal der "in den besten Jahren". Männliche Empfänger haben in den vier Jahren um über 80% zugenommen und das Geschlechterverhältnis gestaltete sich 1983 fast schon ausgeglichen. Angesichts der herrschenden ungerechten Lohnverteilung der Erwerbseinkommen und der damit verbundenen Tatsache, daß Männer noch immer die Haupternährer der meisten Familien darstellen, verschärft sich damit die finanzielle Lage der betroffenen Familien beträchtlich, der Kreis der mittelbar Betroffenen nimmt zu.
- Deutliche Akzente setzt auch die graphische Darstellung der Altersstruktur; Junge Menschen unter 25 Jahren sind die Hauptlastträger der Verschlechterung, in der Altersstufe der 15-25jährigen hat sich innerhalb von vier Jahren die Zahl der Empfänger mehr als verdoppelt, wobei zusätzlich etliche in dieser Statistik nicht erscheinen, weil sie unter dem Titel Jugendhilfe geführt werden, sodaß der tatsächliche Anstieg in diesem Bereich noch höher liegen dürfte.

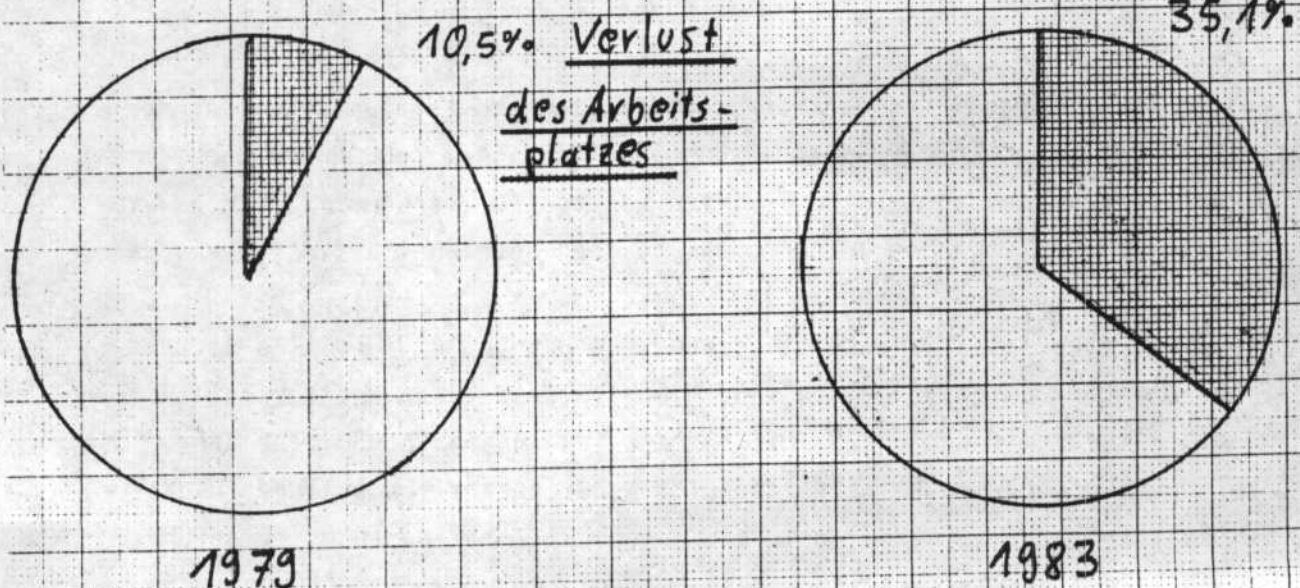
Nahezu 20% der Sozialhilfeempfänger in Mainz sind jünger als 25. Ihnen wird der Eintritt ins "normale Leben", in die berufliche Existenz schon an der Pforte verweigert, die Wegzeichen führen häufig von Schul- und Werkbank direkt auf das Sozialamt.

Ursachen (vgl. Schaubild 3)

Es gibt heute verschiedene Wege, die auf das Sozialamt führen: Krankheiten, unzureichende Versicherungsansprüche, zu geringe Renteneinkünfte u.ä. Sowenig es ein allgemeingültiges Schema gibt, das zwangsläufig und unabweisbar in die Sozialhilfe führt, sowenig treffen individuelle Schuldzuweisungen zu, noch erhellen vage Begriffe wie "Schicksal" oder "Unglück" das Problem.

Schaubild 3

Hauptursache der Hilfegewährung bei den Empfängerhaushalten von "Hilfe zum Lebensunterhalt" in Mainz
(Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz)



Unter den charakteristischen Ursachen für die Bedürftigkeit gewinnt eines in Mainz - wie in anderen vergleichbaren Städten - zentrale Bedeutung: Verlust des Arbeitsplatzes, Arbeitslosigkeit. Der Statistik des rheinland-pfälzischen Landesamtes ist zu entnehmen, daß 1983 bei 35,1% der Haushalte der Verlust des Arbeitsplatzes zur Hauptursache der Hilfestellung von HLU geworden ist. Im Jahre 1979 war dieser Grund mit 10,5% lediglich einer unter anderen.

Was vorher schon anhand der Arbeitslosenstatistiken dargestellt wurde, erhärtet sich auch in der Untersuchung des Sozialhilfebereichs: Für zunehmende Teile der erwerbslosen Bevölkerung stellt das System der Arbeitslosenversicherung keinen oder nur ungenügenden Schutz vor materieller Armut, vor dem Fall in die Sozialhilfe dar. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe stehen in starkem Maß nicht mehr nur nebeneinander, sondern weisen einen breiter werdenden Überschneidungsbereich aus.

"Sicher ist: In Mainz lebt es sich leichter". Dem wäre hinzuzufügen: Doch sicher ist auch: Für einige wird es immer schwerer. Wie man sich das genauer vorstellen mag, wollen die nächsten Kapitel zeigen.

3. Die Situation der Hilfeempfänger

Der Warenkorb

Laut BSHG (Bundessozialhilfegesetz) soll die Hilfe zum Lebensunterhalt den Sozialhilfeempfängern ein "Leben in Würde" ermöglichen. Was dafür nötig ist, wurde vom deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge 1970 in den sog. Warenkörben festgesetzt. Diese enthalten die Waren, mit denen ein Sozialhilfeempfänger pro Monat auskommen muß. Auf der Grundlage dieser Warenkörbe werden die Regelsätze, d.h. die Höhe der monatlichen Unterstützung berechnet. In Mainz liegt der Betrag seit dem 1. Juli '85 bei 385 DM für Haushaltsvorstände und Alleinstehende. Dazu kommen für Haushaltsangehörige

bis 7 Jahre	173 DM
von 8-11 Jahren	250 DM
von 12-15 "	289 DM
von 16-21 "	347 DM
ab 22 Jahren	308 DM

Da der Warenkorb seit 1970 nicht mehr aktualisiert worden war, lag die Sozialhilfe weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Deshalb schlug eine Arbeitsgemeinschaft des deutschen Vereins 1981 vor, den Warenkorb an den veränderten Verbrauchergewohnheiten zu orientieren: Um immerhin den Mindestbedarf zu decken,

entspräche das, bereits '81, einer Anhebung der Regelsätze um 31,3 %. Nach der Ablehnung dieses Vorschlages wurden die Regelsätze zwar ab dem 1.2.1982 erhöht, doch diese Steigerung stand in keinem Verhältnis zur realen Preisentwicklung der Lebenshaltungskosten. Mit dem 1. Juli '85 trat wieder die Ermittlung des Regelsatzes auf der Grundlage eines Sozialhilfewarenkorbs in Kraft. Obwohl damit der Anspruch verknüpft ist, vom Prinzip der Bedarfsdeckung auszugehen, hat der Finanzdruck doch gesiegt: Der Warenkorb wird zuungunsten der Sozialhilfeempfänger geleert.

- Maßstab sind nicht wie bisher die Durchschnittspreise, sondern die Billigpreise aus dem unteren Viertel der Preisgruppen.
- Bei der Berechnung des Lebensmittelbedarfs geht man aus vom durchschnittlichen Verbrauch einer Großfamilie, welcher natürlich günstiger ist als der eines Alleinstehenden oder einer Kleinfamilie.
- Der Zuschlag für Schwund und Verderb von Lebensmitteln bzw. für ungünstige Einkaufsbedingungen entfällt. Ebenso die Beträge für Koch- und Backzutaten sowie Gewürze.
- Warenkörbe für Kinder, Jugendliche und weitere Haushaltsmitglieder fehlen. Diese Warenkorb-Methode erfährt Kritik aus verschiedenen Lagern. Eins ist allen klar: Es reicht nicht! Denn letztendlich wird aus finanzpolitischen Gründen die Orientierung an den realen Ernährungsgewohnheiten und Erfordernissen nicht erreicht.

Die Struktur des Warenkorbs

Der Warenkorb besteht aus fünf Bedarfsgruppen:

1. Ernährung	ca. 58 %
2. Kochfeuerung und Beleuchtung	ca. 9 %
3. Instandhaltungskosten für Kleidung und Hausrat, Neukauf von Wäsche und Hausrat von geringem Anschaffungswert	ca. 5 %
4. Körperpflege und Reinigung	ca. 8 %
5. Persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens	ca. 20 %
	<hr/> 100 Prozent

Diese Bedarfsgruppen setzen sich aus vielen einzelnen Elementen zusammen, die bis aufs Gramm genau oder nach Stückzahlen angegeben werden.

Bedarfsgruppe Ernährung

Wer nicht frei wirtschaften kann, lebt teurer

Wem monatlich nur wenig Geld zur Verfügung steht, der/die ist gezwungen, sehr rationell zu wirtschaften. Die Suche nach Sonderangeboten ist mit viel Zeitauf-

wand verbunden und will man dort einkaufen, wo es jeweils am günstigsten ist, hat man viel zu tun. Dazu kommt, daß flexibles Einkaufen mit einem schmalen Geldbeutel einfach nicht möglich ist. Großeinkäufe auf Vorrat und die Großpackungen sind zwar weitaus billiger, setzen aber voraus, daß man große Geldbeträge auf einmal ausgeben kann. Die Sozialhilfe ist für solche Ausgaben nicht bemessen.

Drei Tage Bohnen

oder

Darf es etwas mehr sein?

Der Warenkorb ist in doppelter Hinsicht ein schlechter Einkaufszettel. Für Einzelpersonen sind die vorgegebenen Mengen der Nahrungsmittel zu groß. Was bleibt? Entweder gibt es mehrere Tage das gleiche zu essen oder der Rest muß verderben.

Und wer kann sich das schon leisten? Außerdem werden marktfremde Mengen angegeben. Es gibt weder 76 Gramm Puddingpulver noch 855 Gramm Eier (das sind 13,7 Stück) zu kaufen. Und wer hat kein komisches Gefühl dabei, 70 Gramm Wurst zu verlangen und bei der Frage: "Darf es auch etwas mehr sein?" selbstbewußt zu verneinen?

Einseitige Ernährung führt zu Übergewicht

Aufgabe bei der Zusammenstellung der Lebensmittel für die Bedarfsgruppe Ernährung im Warenkorb war es, eine "vollwertige Ernährung" zu sichern. Man ging aus von einem durchschnittlichen Energiebedarf und ermittelte dann die dafür erforderlichen Nahrungsmittel.

Eine Frankfurter Gruppe hat die Bedarfsgruppe Ernährung untersucht und Folgendes gezeigt:

Der Brotbelag reicht bei sparsamem Umgang für 23 Tage, das Frischobst für 24 Tage. Die Überprüfung der Zutaten für die Hauptmahlzeiten hat ergeben:

12 Mittagessen mit Fleisch
2 " mit Fisch
5 Mehlspeisen
3 Quarkspeisen
2 Gemüsegerichte

} das sind insgesamt nur
24 Mittagessen

Die Menge Kartoffeln (6 kg pro Monat) steht in keinem Verhältnis zu Reis (125g) oder Nudeln (250g). Auch Getränke sind zu wenig vorgesehen. 4,6 Liter alkoholfreie Getränke, 250g Bohnenkaffee (1,7 Tassen pro Tag). Bier gibt es im Monat einen halben Liter, Wein 250g.

Abgesehen davon, daß die Ernährung aus dem Warenkorb ab dem 24. Tag schwierig wird, ist auch dem Kriterium der Vollwertigkeit nicht Genüge getan.

Denn zwar ist der Bedarf an Kalorien, Kohlehydraten, Proteinen und Fett gedeckt, doch die Versorgung mit Mineralstoffen und Vitaminen weist erhebliche Defizite auf. Das Verhältnis der einzelnen Nahrungsmittel zueinander ist nicht so ausgewogen, wie es für eine gesunde Ernährung nötig wäre. Im Verhältnis zu den billigen Kalorien- und Proteinträgern wie Zucker, Mehl, Kartoffeln, Kondensmilch, gibt es zu wenig Obst und Gemüse.

Auch hier gilt: Ausgangspunkt ist nicht der wirkliche Bedarf, sondern eine abstrakte Ermittlung des Bedarfsmengenschemas, geleitet vom Interesse der Sparsamkeit.

Die Realität: Der tatsächliche Verbrauch an Nahrungsmitteln entspricht noch nicht einmal den im Warenkorb vorgesehenen Mengen. Denn wenn das Geld nicht reicht, kann meist nur am Essen gespart werden. "Eis und Bonbons sind für meine Kinder nicht drin".

Strom und Energie

Um 10 Uhr geht das Licht aus

Eine Sozialhilfeempfängerin berichtet: "Das Wäschewaschen wird zwangsläufig reduziert, d.h. täglicher Wäschewechsel wird unmöglich. Auf Bügeln habe ich gänzlich verzichtet. Ebenso ist tägliches Baden des Kindes oder mein tägliches Duschen ausgeschlossen und bleibt auf einmal pro Woche beschränkt, wie auch das Haarewaschen. Geschirr wird nur alle 2-3 Tage gespült. Meine Hände wasche ich ausschließlich kalt. Die Heizung darf auch im Winter nie höher als 18/19 Grad eingestellt werden. Staubsauger nur alle 2 Wochen.

Die Folgen: Wir sind sehr häufig erkältet. Wenn mein Kind sich schmutzig gemacht hat, wird das zu teuer. Ich laufe tagelang mit fetten Haaren herum."

Eine Erhebung des Elektrizitätswerkes Frankfurt 1980 hat ergeben: Der durchschnittliche Verbrauch eines Einpersonenhaushaltes an Strom beträgt 150 kWh im Monat. Dieser Wert liegt im Vergleich mit Errechnungen anderer E-Werke noch relativ niedrig.

Einem Sozialhilfeempfänger werden monatlich nur 135 kWh zugebilligt. Und das, obwohl jemand, der mehr zu Hause ist, tendenziell natürlich einen höheren Energieverbrauch hat.

Auch hier schlägt die Sparpolitik zu. Trotzdem: Wer die Stromrechnung nicht bezahlen kann, muß sich den Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit gefallen lassen.

Persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens

Diese Rubrik des Warenkorbs soll gewährleisten, daß die Sozialhilfeempfänger

und -empfängerinnen über die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse hinaus auch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dafür sind pro Monat vorgesehen:

DBP Gelddienst, Inland, Postanweisung 30 DM

10 Ortsgespräche

4 Standardbriefe

1 Bahnfahrt 2. Klasse (30km)

12 Straßenbahnfahrten

1 Abonnement einer Tageszeitung

1 Kinobesuch

2 Eintrittskarten fürs Hallenbad

Zwar wird hier zugestanden, daß zu einem Leben in Würde mehr gehört als Essen, Kleidung und eine Wohnung, doch wirkliche Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ist nicht möglich. Denn für Vieles, was zu einem durchschnittlichen Leben in der BRD eben dazugehört ist kein Geld vorgesehen. Viele Ausgaben werden in der Aufstellung des Warenkorbs nicht berücksichtigt.

St. Tropez am Baggersee

So ist z.B. eine Urlaubsfahrt für Sozialhilfeempfänger nicht drin, da es kein Urlaubsgeld gibt. Nicht nur ein Auto, sondern auch Hobbies sind zu teuer.

"Kino und Essengehen habe ich mir schon lange abgeschminkt. Schlimm ist, daß ich meiner Freundin nichts schenken kann".

Die Kontakte brechen oft ab. Der Grund: Gemeinsame Unternehmungen mit Freunden oder Bekannten kann man sich nicht leisten. Der Etat ist für einen Kneipenbummel oder eine kulturelle Veranstaltung zu klein und reicht selbst nicht, um jemanden einladen oder bewirten zu können. Telefon und Zeitung werden aus Kostengründen häufig abbestellt.

Der Maßstab

Ansprüche an Lebensstandard und Lebensqualität sind keine absolute Größe.

"Armut fällt in einer reichen Umgebung noch schwerer. Sie wird relativ zur Umwelt empfunden".

Kleidung

Die Bekleidungsbeihilfe gehört zu den "einmaligen Beihilfen" und kann bei Bedarf beantragt werden. Man wendet sich mit einem formlosen Antrag an den zuständigen Sachbearbeiter des Sozialamts.

Nun ist es allerdings nicht so, daß jede und jeder beliebig viele Anträge stellen kann und diese dann auch bewilligt werden. Es gibt, erstellt vom Deutschen Verein, eine Ermittlung über den Bedarf und die Gebrauchsdauer der Kleidungsstücke. Diese Trage- und Preisliste besteht auch für die Stadt Mainz. In der Trageliste wird festgelegt, was zur Grundausstattung des Kleiderschranks eines Sozialhilfeempfängers gehört, die Preisliste schreibt die Höhe des Betrags vor. Diese Listen stellen nur Richtwerte dar, von welchen je im Einzelfall abgewichen werden kann oder abgewichen werden muß, wirft man einen Blick auf die Trageliste.

Schlußverkauf -
Nein danke

Eine Frau aus der Neustadt beschreibt das Dilemma dieses Systems der Antragstellung:

"Für jedes Teil muß ich extra zum Sozialamt laufen. In der Stadt habe ich Winterjacken gesehen, die heruntergesetzt waren. Aber bis mein Antrag durch war, waren die Jacken weg. Und regulär sind sie viel teurer."

- unwirtschaftliches Verhalten? -

Wohnen

Eine Geschichte, die sich auch in Mainz oft genug zugetragen hat: Eine junge Familie hat viele Neuanschaffungen zu machen und muß sich dadurch in hohe Schulden stürzen. Sowohl der Mann als auch die Frau arbeiten, um die Raten, die jeden Monat fällig werden, bezahlen zu können. Man nutzt auch jede Gelegenheit, Überstunden zu machen. Das Geld reicht gerade, denn es ist alles knapp kalkuliert.

Das Wegfallen eines Verdienstes, sei es durch Krankheit, Verlust des Arbeitsplatzes oder durch Kinder in der Familie, bedeutet in diesem Fall eine Katastrophe. Das Finanzierungssystem funktioniert nicht mehr, der Schuldenberg wächst.

Häufig ist es sogar so, daß die Familien in einem solchen Fall Anspruch auf Sozialhilfe hätten, diese aber aus verschiedensten Gründen nicht beantragen. Bei der Beratungsstelle für vorbeugende Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit weiß man zu berichten: "Häufig kommen die Menschen erst zu uns, wenn es bereits zu spät ist. Sie haben so hohe Schulden, daß wir nichts mehr machen können. Oft geraten sie in solchen Situationen an zweifelhafte Kreditinstitute, deren Wucherzinsen unbezahlbar sind". *

*Es besteht bedingt die Möglichkeit der Schuldenübernahme durch die Stadt. So können z. B. Mietschulden übernommen werden, wenn es sich um "erhaltenswerten Wohnraum" handelt, d. h. wenn die Monatsmiete bzw. die Mietschulden nicht zu hoch sind.

Die Erfahrung zeigt, daß Schulden am ehesten da bezahlt werden, wo der Gläubiger den größten Druck ausübt. Deshalb wird die Miete oft hintenangestellt, um zunächst die anderen Schulden zu begleichen.

Bei einem Mietrückstand von 2 Monaten kommt es zur Räumungsklage. In einem solchen Fall ist die Stadt verpflichtet, die Betroffenen in billigere Wohnungen einzuweisen. In der BRD leben inzwischen eine halbe Million Menschen in solchen sog. Schlicht- und Einfachstwohnungen, da sie sich angesichts der hohen Mieten keine andere Wohnung leisten können bzw. nach der fristlosen Kündigung auch nicht so schnell eine neue Wohnung finden. In Mainz liegen diese Schlichtwohnungen in der Zwerchallee und im Holzhof. Anstatt Miete wird Nutzungsentschädigung erhoben. Eigentlich sind die Wohnungen nur gedacht als Übergang für die von Obdachlosigkeit Betroffenen, bis sich eine neue Wohnung gefunden hat. Doch in der Regel ist der Absprung sehr schwer und gelingt nur wenigen. Die Wohnbedingungen in der Zwerchallee sind schlecht. Eine normale Wohnung besteht aus zwei Zimmern, einer Kochnische, Toilette und Flur, das sind insgesamt ca. 42 m². Angesichts der Tatsache, daß die dort wohnenden Familien oft mehrere Kinder haben, ist es einfach zu eng. Für je vier Wohnungen gibt es eine Dusche, allerdings im Keller und nur durch das Treppenhaus zu erreichen. Insgesamt wohnen in den Häusern der Zwerchallee ungefähr 450 bis 500 Menschen, davon sind die Hälfte Kinder und Jugendliche.

Die Mainzer Zwerchallee gilt schon lange als Wohngegend für sozial schwache Familien. Doch hat sich die Entwicklung in den letzten Jahren verschärft. Die Klammer zwischen Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit wird immer fester. Auch in Mainz steht an erster Stelle als Ursache dieser Wohnungsspirale nach unten die Arbeitslosigkeit.

4. "Es geht nicht nur ums Portemonnaie"

Arbeitslosigkeit, zumal über längere Zeiträume, hat nicht allein Folgen für die finanzielle Situation der Betroffenen; Sozialhilfeempfänger zu sein, verspürt man nicht nur beim Blick in die Brieftasche. Von der Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft ausgeschlossen zu werden und auf Unterstützung angewiesen zu sein, hat weitreichende Folgen für das Selbstbewußtsein der Menschen, verändert grundlegend ihre sozialen Beziehungen und zieht die Grenzen persönlicher Lebensperspektiven und -möglichkeiten anders und enger als zuvor.

Dennoch lassen es die Arbeiten und Untersuchungen nicht zu, die Konsequenzen von Arbeitslosigkeit über einen Kamm zu scheren. Die jeweiligen Lebensumstände und -geschichten formulieren die Bedingungen, unter denen sich die Betroffenen in und zu ihrer Situation verhalten, verhalten können. Und die sind für einen Facharbeiter, der nach vierzig Jahren im Betrieb aufs Arbeitsamt geschickt

wird andere als für den arbeitslosen Lehrer, der nach Abschluß seines Studiums keine Anstellung erhält. Immerhin verweisen verschiedene sozialpsychologische und sozialmedizinische Studien der letzten Jahre auf grundlegende Aspekte, die im Folgenden vorsichtig skizziert werden sollen:

- Wir leben in der Bundesrepublik in einer Arbeitsgesellschaft, auch wenn Wirtschaftswissenschaftler zu recht über den bevorstehenden Austritt aus der Arbeitsgesellschaft nachdenken. Für das Gros der Menschen organisieren sich ihre sozialen Beziehungen noch immer vom Ort der Arbeit her, Bekanntschaften und Freundschaften entwickeln sich vornehmlich im Arbeitsalltag. Der Ausschluß von dieser "Quelle des sozialen Lebens" bedeutet für Arbeitslose häufig den ersten Schritt in die soziale Isolation. Sie fallen aus dem Kollegenkreis heraus und auch der Zutritt zu anderen Orten des Soziallebens (bspw. Kneipe) wird mangels finanzieller Möglichkeiten erschwert oder aus Scham gemieden.
- Arbeit bedeutet für den Einzelnen aber auch eine nicht zu unterschätzende Erfahrung von Identität. Das hat jeder von uns schon früh gelernt und ein gut Teil der gesellschaftlichen Rollenerwartung, zumal bei Männern, vermittelt und realisiert sich über den Platz im Arbeitsleben. Oft klagen Arbeitslose - und hier vorrangig die "Männer in den besten Jahren" - über den Verlust an Selbstwertgefühl; zum eigenen Lebensentwurf hat bis zur Arbeitslosigkeit die Arbeit konstitutiv hinzugehört. Schlimmstenfalls schlagen sich solche Identitätskrisen in Suchtkrankheiten nieder, Alkoholismus und Medikamentenabhängigkeit zeugen davon. Psychische Erkrankungen steigen in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit sprunghaft an. Gleichzeitig gerät das Familienleben ins Wanken, die Familie wird nun häufig zum "Ersatz" für die verlorene Arbeitswelt und mit dieser Funktion überlastet.
- Vielen ist die Arbeit die "Mitte ihres Lebens", die Arbeitszeit strukturiert das Zeitgefüge jedes Einzelnen, im Großen wie im Kleinen. Der Alltag teilt sich in Arbeit und Freizeit, die Woche reiht die Werktage zwischen die Wochenenden, Urlaubszeiten sind die "schönsten Wochen des Jahres". Selbst die Lebenszeit gliedert sich in Abschnitte von Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Rentenalter. Der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet die Enteignung der gültigen Zeitordnung, die Zukunft verschwindet im Nebel, und der Tag wird zu einem unstrukturierten Zeitangebot, das als ständige Überforderung erlebt wird. An erster Stelle klagen Arbeitslose über Langeweile, der sie kaum begegnen können. Häufig reagieren sie mit "Zeitdehnungen" ("Ich wasche heute eine Stunde am Tag ab, früher hab' ich das in zehn Minuten geschafft"), ihre Aktivitäten gewinnen oft nur den Charakter von Kurzweil und es wird ihnen zunehmend schwerer, sich konzentriert und kontinuierlich einer Sache zu widmen. Die insgeheime Vorstellung derer, die regelmäßig ihrer Arbeit nachgehen:

"Da hat man doch endlich einmal Zeit für seine Familie und für die schönsten Dinge des Lebens", erweist sich in der Arbeitslosenrealität schnell als hohe Belastung.

- Mehr oder minder offen werden Arbeitslose durch die öffentliche Meinung mit dem Vorurteil bedacht, eigentlich wollten sie gar nicht arbeiten, ihnen wird Arbeitsunwilligkeit unterstellt. Dabei wird auf den Sachverhalt verwiesen, daß Langzeitarbeitslose, wenn sie wieder in ein Arbeitsverhältnis eintreten, ihren Arbeitsplatz häufig schon nach kurzer Dauer wieder verlieren. Abgesehen davon, daß solche Erfahrungen des Scheiterns die drohende Resignation noch verstärken, wird den Arbeitslosen ein individuelles Versagen attestiert, das den Sozialpsychologen in der Lebenssituation begründet ist. Andauernde Arbeitslosigkeit läßt sich tatsächlich als schrittweiser Weg in die Arbeitsunfähigkeit beschreiben. In den Arbeitsprozessen einer Industriegesellschaft sind Anforderungen an den Einzelnen eingeschweißt, die alles andere als "natürliche" oder "selbstverständliche" Eigenschaften sind; ein bestimmter Rhythmus und Zeittakt, spezifische Formen von Disziplin und Belastung, die im Arbeitsalltag ständig trainiert und ausgebildet werden. Für Menschen, die lange Zeit davon ausgeschlossen waren, ist die Rückkehr in den Betrieb oder das Büro ein Weg der Wiedereingliederung, langwierige Gewöhnung an die Bedingungen von Lohnarbeit. Die neuen, alten Anforderungen sind zunächst eine außergewöhnliche Belastung, häufig eine prompte Überforderung.
- Neben der Arbeit rückt in medizinischen Untersuchungen der letzten Jahre verstärkt das Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Krankheit in den Blickpunkt. Augenfällig nehmen Krankheiten bei der Gruppe arbeitsloser Menschen zu, Schätzungen sprechen für die Bundesrepublik von 20% Arbeitsloser, die erkrankt sind. Dabei erstaunt das vorrangige Krankheitsbild: Überdurchschnittlich viele Arbeitslose weisen Symptome von Streßkrankheiten auf: Herzerkrankungen, Magengeschwüre, Nervosität, Bluthochdruck; Krankheiten mithin, die man gewöhnlich der Arbeitsüberlastung zuschreibt. Mediziner erkennen in der Arbeitslosigkeit tatsächlich eine ausgeprägte Streßsituation: Streß gilt ihnen als ein unausgewogenes Verhältnis von Entspannung und Betätigung. In der Arbeitslosigkeit greift ein Mechanismus, der "ständige Bereitschaft" (die gesellschaftliche Forderung an den "guten Arbeitslosen") mit steter Unterforderung verbindet, d.h. die aufgebaute Spannung steht einer unzureichenden Möglichkeit gegenüber, sie tätig abzubauen.

Arbeitslosigkeit ist eine tägliche Überforderung durch Unterforderung. Streß durch Arbeitsdruck wie Streß durch Arbeitslosigkeit ist ein Angriff auf die Gesundheit der Menschen.

Dabei wird im Zusammenhang von Krankheit und Arbeitslosigkeit der Bock nur allzuoft zum Gärtner gemacht, Ursache mit Wirkung verwechselt. Krankheit wird dann als persönliches Versagen gedeutet und zur Ursache von Arbeitslosigkeit erklärt. Die Rechtsnorm der Sozialgesetzgebung fixiert diese Verkehrung noch im oben erläuterten Mechanismus der finanziellen Abstufung von Arbeitslosen, die erkranken. Indem dann nicht mehr das tatsächliche, letzte Nettoeinkommen Berechnungsgrundlage der Bezüge ist, sondern ein - aufgrund der Krankheit vermindertes - fiktiv zu erwartendes Einkommen, wird die Krankheit noch finanziell bestraft.

Auch und gerade weil wir uns in dieser Studie vornehmlich darauf beschränken, die materielle Seite des Problems zu akzentuieren, gilt es in der Diskussion um die Lebensverhältnisse von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern die Dimension sozialpsychologischer Folgen mitzubedenken, gehört sie doch unverzichtbar zum Thema. Gesellschaftliche Armut ist im weiteren Sinne als Verhinderung von Lebensmöglichkeiten, Ausschluß aus den sozialen Beziehungen, nicht zuletzt als psychische und physische Schädigung zu erkennen.

Bedarfsdeckung ? - von wegen!

"Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht" - so steht es im § 1 des BSHG.

Um dies zu gewährleisten wurde vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge im Jahr 1970 ein Bedarfsmengenschema erstellt. Dem Anspruch, den wirklichen Bedarf zu decken, wird mit diesem Warenkorb nicht Genüge getan. Dies entspricht nicht allein der täglichen Erfahrung derer, die mit dem Sozialhilfesatz auskommen müssen, sondern findet sich auch in verschiedenen Stellungnahmen von Seiten der Kirche, der Wohlfahrtsverbände, der Gewerkschaften und politischen Parteien. Und trotzdem: Ungeachtet dieses breiten Konsens¹, landete der vom Deutschen Verein unterbreitete Vorschlag, die Regelsätze zu erhöhen, in der Schublade.

Wer den Warenkorb mit Verstand liest, kann nicht daran vorbeisehen, daß er vorn und hinten einfach nicht reichen kann. Nicht nur am Essen, sondern auch an Energie und den Ausgaben für Körperpflege wird gespart. "Kein Friseur, keine Kosmetik, auch Pflegepräparate nicht. Papierwindeln werden getrocknet und mehrmals verwendet."

Ist der Etat für Kleidung ohnehin schon knapp bemessen, so ist nicht einmal sicher, ob den Anträgen auf Bekleidungsbeihilfe im jeweiligen Fall auch entsprochen wird.

Bezeichnend für die beim Warenkorb angewandte Sparpolitik ist jedoch die Sparte "persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens". Zu einem Leben in Würde gehören die Möglichkeit der Partizipation am gesellschaftlichen Leben, an Kultur, Bildung sowie persönliche Kontakte. Das alles wird aber durch die Höhe der Regelsätze nicht gewährleistet. Es bleibt in keiner Hinsicht Spielraum für die persönliche Entfaltung des einzelnen Menschen.

Dem Anspruch, sich am realen Bedarf dessen zu orientieren, was ein Mensch zum Leben - und nicht nur zum Überleben - braucht, wird nicht eingelöst.

5. Kritik (das Prinzip der Bedarfsdeckung, der Status, das Ganze hat System)

Es bleibt zu fragen inwieweit die Anwendung des Prinzips der Bedarfsdeckung als solchem den Hilfeempfängern die Möglichkeit bietet, ein Leben in Würde zu führen.

Einmal ganz abgesehen davon, daß die Bindung der Sozialhilfe an die Finanzen der Kommunen den Anspruch der Bedarfsdeckung überhaupt in Frage stellt. Denn in denjenigen Kommunen, welche höhere Gewerbesteuereinnahmen haben, können auch mehr einmalige Beihilfen gezahlt werden als in solchen mit weniger Gewerbesteuer. Aber es ist nicht allein das. Vielmehr liegt ein schwacher Punkt des ganzen Systems der Bedarfsdeckung am Begriff und am Umfang dessen, was als Bedarf festgelegt wird.

Bedarf ist eine abstrakte Kategorie. Man geht aus von einem fiktiven Durchschnittsbürger und bestimmt, wessen er bedarf. - Wieviel Brot, wieviel Paar Schuhe, wieviele Glühbirnen, und vor allem wieviele und welche persönlichen Bedürfnisse er haben darf. Es ist eine verallgemeinernde, von Lebensgewohnheiten abstrahierende Vorgehensweise, die absieht von jeglicher individueller Lebensgestaltung.

Um dem einzelnen Menschen gerecht zu werden bedarf es eines anderen Wegs: Keine Untersuchung eines durchschnittlichen Bedarfs, sondern die Orientierung an Bedürfnissen. Und diese sind bei jedem Menschen verschieden.

Bedürfnis ist eine subjektive Größe, wiewohl abhängig von den Lebensgewohnheiten der Mitmenschen. Was mir erstrebenswert zu tun oder zu haben erscheint ist stets geprägt von dem, was meine Umwelt hat und tut. Doch wenn es zu den "Durchschnittsbedürfnissen" des Deutschen Bundesbürgers und der Bundesbürgerin gehört, sich abends ab und zu in eine Kneipe zu setzen oder sich jedes Jahr neue Winterstiefel zu kaufen, so muß diese Befriedigung der Bedürfnisse allen zustehen, auch den Sozialhilfeempfängern.

Jedem steht das Recht zu, über die eigenen Lebensgewohnheiten zu verfügen. Durch das System, welches die Hilfeempfänger dazu zwingt, für ihre Bedürfnisse je und je Anträge stellen zu müssen, kann das nicht garantiert werden.

Der Status der Sozialhilfeempfänger

Fühlt man sich unter diesen Umständen als Bittsteller oder Faulenzer, der auf Kosten Anderer lebt, so fällt der Gang zum Sozialamt um so schwerer oder wird erst gar nicht angetreten.

Dafür spricht auch die hohe Dunkelziffer: Von 100 Haushalten, die Anspruch hätten auf Hilfe zum Lebensunterhalt, beziehen 48 keine Sozialhilfe. Dies ermittelte das Kölner Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik in einer Untersuchung 1980.¹⁴

Ich geh doch nicht betteln.

Die Schwelle, zum Sozialamt zu gehen, ist sehr hoch. Doch liegt es nicht allein an den Befürchtungen, dort behandelt zu werden als sei man selbst schuld an seiner Situation, arbeitsscheu oder gar unfähig zu wirtschaftlichem Verhalten. Oft ist es viel eher die Unkenntnis der Anspruchsvoraussetzungen.

Der mangelnden Aufklärung von Seiten der Sachbearbeiter des Sozialamtes, welche angesichts der überfüllten Flure und des Personalmangels völlig überlastet sind, korrespondiert ein unendlicher Bürokratismus. Jeder Antragsteller muß genaue Angaben machen über seine wirtschaftlichen Verhältnisse, ebenso über die seiner Kinder und Eltern. Durch diese Prüfungen werden erfahrungsgemäß Verwandtschaftsverhältnisse oft genug überlastet oder gar zerstört.

Für erwerbslose Ausländer gestaltet sich die Situation besonders bedrohlich. Sind sie auf Sozialhilfe angewiesen, so kommt dazu die Angst, deshalb ausgewiesen zu werden.

Im Hinblick auf die fast 50 %ige Dunkelziffer sparen die Kommunen, die ohnehin über finanzielle Engpässe klagen, viel Geld. Der Staat kann gar kein Interesse haben an ausführlicher Beratung über die Ansprüche und stellt auch nicht die nötigen Mittel zur Verfügung.

Die Last dieses Sozialabbaus wird an anderer Stelle abgeladen: Auf dem Rücken der Sachbearbeiter und vor allem auf dem der Sozialhilfeempfänger.

Das Ganze hat System

Innerhalb dieses ganzen Bereichs der Sozialhilfe wird vieles als individuelles Problem verhandelt. Die Diagnose lautet: Wer Sozialhilfe braucht, ist selber schuld! Hier regiert die Anschauung, daß Armut und sozialer Abstieg die Konsequenz persönlichen Fehlverhaltens seien. Auch wenn dahinter nicht unbedingt ein raffiniert ausgeklügelter Plan steckt, so wirkt hier doch ein gut

funktionierendes System. Es basiert darauf, an der unverrückbaren Grenze festzuhalten zwischen jenen, die mit der Sozialhilfe leben müssen und anderen, die durch eigenes Einkommen bzw. Arbeitslosengeld oder -hilfe abgesichert sind. Die Abhängigkeit von Sozialhilfe muß abschreckend genug wirken, so abschreckend, daß jeder alles daransetzen wird, nicht in diese Lage zu kommen.

Die Angst davor, in die Sozialhilfe abgedrängt zu werden ist durchaus berechtigt. Und das, obwohl es inzwischen in der BRD viele Menschen gibt, deren Einkommen nur gering oder überhaupt nicht über dem Sozialhilfeniveau liegt. Aber es ist eben etwas anderes: Selbst mit dem niedrigsten Lohn ist man immer noch besser angesehen als mit Sozialhilfe.

"Von der Sozialhilfe leben zu müssen, empfindet Ulrike W. als so erniedrigend, daß sie jede Art von Arbeit annehmen würde, nur um aus dieser Situation ausbrechen zu können: "... Hauptsache, ich kriege Arbeit. Das ist mein Wunsch. Wenn einer sagt, ich habe eine Arbeit für dich, ohne Papiere, würde ich direkt machen... Wenn ich irgendwas habe, um aus meinem Zimmer rauszukommen, Arbeit zu kriegen, dann würde ich das machen, auch ohne Bezahlung... Hauptsache, ich habe eine Arbeit". " (Neue Armut, S. 76).

Wer keine Arbeit hat, wird abgedrängt und ausgegliedert. Dieser Mechanismus wirkt sich auch auf die Arbeitenden aus. Im Hinblick auf die langen Schlangen beim Arbeitsamt werden sie nicht nur billiger, sondern sind auch einem enormen Konkurrenzdruck ausgesetzt. Die Angst vor Arbeitslosigkeit macht allzu oft leistungsfähiger und wirkt als gutes Mittel zur Disziplinierung.

Auf der anderen Seite wird dadurch die Kluft vertieft: "Ich arbeite, und die leben mit ihrer Sozialhilfe genauso gut". Wie ungerechtfertigt dieser Vorwurf ist, braucht nicht gesagt zu werden.

"Die Hilfe soll ihn (d. h. den Empfänger der Hilfe) soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muß er nach seinen Kräften mitwirken." (§ 1 BSHG).

Doch die Erfahrung zeigt, daß aus der Sozialhilfe heraus kein neuer Start möglich ist. Angesichts der schlechten Rahmenbedingungen handelt es sich hier auch nicht um eine Frage des Willens oder der Eigeninitiative.

Die vorliegenden Daten lassen keine grundlegende Wende dieser Entwicklung erwarten. Zunehmende Dauerarbeitslosigkeit und Sozialabbau lassen die Maschen des sozialen Netzes immer weiter werden. Trotz des abschreckenden Charakters werden auch in naher Zukunft immer mehr Menschen in die Sozialhilfe fallen. Dabei bleibt zu fragen, ob unser System der sozialen Sicherung dieser Krisensituation noch gerecht werden kann.

6. Der Warenkorb

Wochen-Warenkorb eines Sozialhilfeempfängers in Hamburg Stand 1.7.1985

(Für die Berechnung ist der Warenkorb für einen Monat geteilt durch 30, multipliziert mit 7 zugrundegelegt)

In dem Warenkorb sind folgende ausgewählte Produkte enthalten, d.h. einem alleinstehenden erwachsenen Menschen stehen von diesen Produkten nicht mehr als folgende Mengen pro Woche zur Verfügung:

Brot/Brötchen	753	g
Gebäck	205	g
Haferflocken	29	g
Kartoffeln	1.400	g
Tomaten	93	g
Marmelade	58	g
Schokolade	23	g
Rindfleisch	230	g
Schweinefleisch	221	g
Milch	1,4	l
Käse	115	g
Butter	93	g
Margarine	116	g
Mineralwasser	0,33	l
Bohnenkaffee	58	g
Tee	23	g
Bier	0,116	l
Wein	0,081	l
Toilettenpapier	ca. 1/4	Rolle
Glühbirne (100 W)	ca. 1/4	
Seife	23	g
DB-Bahnfahrt (hin u. zurück)	7	km
Ortsgespräche	2,3	
Briefmarken	0,93	DM
U-/S-Bahn-Fahrkarte, einfach	2,8	mal
Kino Eintrittskarte	ca. 1/4	
Schwimmbadeintrittskarte	1/2	

Aus: "Salz der Erde" ökumenische Zeitung für Nordelbien, 1/86, S. 8

IV. Statistischer Anhang über Beschäftigungsstruktur im Mainzer Raum

1. Offene Stellen

Beruf	1980	1981	1982	1983	1984
I Pflanzenbau Tierzucht:	31	33	35	25	27
II Bergbau:	1	1	2	-	-
III Fertigungsberufe:	871	494	259	211	246
Chemie	18	9	7	4	10
Metall	45	27	20	8	7
Schlosser	199	107	59	38	36
Elektriker	64	47	22	13	19
Monteure	21	10	3	3	6
Ernährung	105	77	41	§"	%%
Bau	119	58	30	45	24
Maler	32	22	11	12	10
Warenprüfer	23	13	5	4	19
Hilfsarbeiter	12	8	6	5	7
Rest	233	106	55	47	53
IV Technische B.	156	132	126	94	94
V Dienstleistungsberufe	1.303	1.028	530	299	288
Warenkäufer	267	242	118	56	41
Dienstleistungskauf.	39	35	28	15	11
Verkehr	99	40	23	20	23
Lager	60	24	23	14	20
Organisation	349	219	101	70	71
Ordnung	37	38	26	13	16
Gesundheit	137	199	63	17	19
Soziales	75	72	36	26	18
Gästebetreuung	75	48	25	26	22
Hauswirtschaft	41	23	14	10	11
Reinigungsberufe	90	61	47	18	18
Rest	34	27	27	14	18

2. ARBEITSLOSE

Beruf	1980	1981	1982	1983	1984
I Pflanzenbau Tierzucht:	118	146	205	264	259
II Bergbau:	1	2	6	6	5
III Fertigungsberufe:	2.325	3.217	5.031	6.443	5.648
Chemie	164	232	321	351	362
Metall	64	112	179	295	211
Schlosser	255	474	749	1.131	923
Elektriker	86	120	219	332	253
Monteure	368	542	554	561	415
Ernährung	281	370	490	645	609
Bau	199	397	689	821	740
Maler	55	94	198	309	198
Warenprüfer	226	309	332	404	405
Hilfsarbeiter	318	417	506	565	613
Rest	309	450	794	1.029	918
IV Techn. Berufe	153	248	365	496	510
V Dienstleistungsberufe	3.146	4.440	5.848	7.618	7.972
Warenkaufleute	622	753	954	1.224	1.326
Dienstleistungskaufl.	81	112	145	182	222
Verkehr	171	304	447	566	504
Lager	421	651	772	1.005	934
Organisation	911	1.191	1.557	1.954	2.074
Ordnung	122	177	218	291	288
Gesundheit	208	241	303	409	475
Soziales	301	403	543	804	828
Gästebetreuer	95	125	158	221	246
Hauswirtschaft	109	142	183	212	260
Reinigungsberufe	180	2259	370	470	540
Rest	125	176	198	280	275
Restl. Berufe	186	333	340	336	291

3. ZUGANG OFFENER STELLEN NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

	1980	1981	1982	1983	1984
I. Land- und Forstwirtschaft/Fischerei	1,8 % 241	2,1 % 205	6 % 509	3,9 % 327	2,9 % 239
II. Energie- u. Wasserversorgung/Bergbau	0,1 % 13	0,1 % 10	0,1 % 6	0,2 % 14	0,2 % 18
III. Verarbeitendes Gewerbe	28,7 % 3.768	26,1 % 2.568	22,9 % 1.963	27 % 2.273	27,4 % 2.232
IV. Baugewerbe	6,3 % 826	7,7 % 759	8,8 % 752	12,7 % 1.065	12,8 % 1.039
V. Handel	21,9 % 2.877	19,2 % 1.884	18 % 1.546	15,6 % 1.311	14,9 % 1.214
VI. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,7 % 360	3,2 % 319	3,7 % 321	3,9 % 324	3,7 % 305
VII. Kreditinstitute und Privatversicherungen	1,9 % 248	2,1 % 211	1,8 % 152	1,2 % 108	1,4 % 117
VIII. Sonstige Dienstleistungen	26 % 3.411	26,6 % 2.617	28,3 % 2.427	23,8 % 2.003	24 % 1.963
IX. Organisationen ohne Erwerbscharakter Privathaushalte	4,5 % 595	5,0 % 488	5,3 % 454	5,8 % 487	4,8 % 394
X. Verwaltung, Sozialversicherung	5,9 % 777	7,8 % 762	5,3 % 452	5,8 % 494	5,3 % 428
XI. Ohne Wirtschaftszugehörigkeit	-	-	-	-	-
Zusammen	13.116	9.823	8.582	8.406	8.149

4. ZUGANG ARBEITSLÖSER NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

	1980	1981	1982	1983	1984
Land- u. - Forstwirtschaft/Fischerei	2 % 434	1,9 % 446	2 % 499	1,9 % 494	1,34 % 335
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	0,1 % 25	0,1 % 25	0,1 % 32	0,1 % 25	0,06 % 16
Verarbeitendes Gewerbe	2,3 % 5.050	20,7 % 4.851	22,6 % 5.724	20,5 % 5.255	17,6 % 4.392
Baugewerbe	8,1 % 1,749	10,1 % 2.368	11,3 % 2.863	9,3 % 2.395	9,7 % 2.418
Handel	14,5 % 3.118	14,6 % 3.410	12,2 % 3.108	10,2 % 2.605	10,5 % 2.629
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,8 % 600	2,8 % 649	2,4 % 619	2,4 % 624	2,2 % 546
Kreditinstitute u. Privatversicherungen	1,3 % 269	1,3 % 301	1 % 255	1 % 269	1,3 % 316
Sonstige Dienstleistungen	15,2 % 3.259	16,7 % 3.919	16,3 % 4.130	14,8 % 3.789	14,9 % 3.699
Organisationen ohne Erwerbscharakter Privathaushalte	1,3 % 286	1,1 % 268	1,1 % 280	1 % 260	1,3 % 313
Verwaltung, Sozialversicherung	3,3 % 713	3,5 % 819	2,7 % 679	2,5 % 647	2,9 % 720
Ohne Wirtschaftszugehörigkeit	29,1 % 6.239	27,2 % 6.369	28,4 % 7.205	35,8 % 9.161	38,4 % 9.607
Zusammen	21.462	23.425	25.394	25.624	24.991

5. ANTEIL AN DER BESCHÄFTIGUNG

	1980	1981	1982	1983	1984
Land- u. Forstwirtschaft/Fischerei	1,5 % 2.544	1,6 % 2.532	1,6 % 2.552	1,6 % 2.586	1,7 % 2.712
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,3 % 2.321	1,4 % 2.310	1,5 % 2.355	1,5 % 2.383	1,5 % 2.419
Verarbeitendes Gewerbe	35,5 % 58.572	24,5 % 55.234	34,0 % 55.129	32,8 % 53.067	33,4 % 48.029
Baugewerbe	6,8 % 11.162	6,8 % 10.953	6,6 % 10.648	6,5 % 10.534	6,4 % 10.518
Handel	16,5 % 27.243	16,5 % 27.003	16,4 % 26.581	16,1 % 26.056	15,5 % 25.162
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4,1 % 6.688	4,2 % 6.663	4,0 % 6.453	3,9 % 6.317	3,9 % 6.361
Kreditinstitute und Privatversicherungen	4,6 % 7.639	4,5 % 7.773	4,9 % 7.898	5,0 % 8.166	5,1 % 8.210
Sonstige Dienstleistungen	20,0 % 33.003	20,7 % 33.181	21,0 % 34.153	22,5 % 36.344	22 % 35.669
Organisationen ohne Erwerbscharakter Privathaushalte	2,1 % 3.419	1,9 % 3.058	2,1 % 3.415	2,2 % 3.508	2,3 % 3.684
Verwaltung; Sozialversicherung	7,6 % 12.487	7,1 % 11.408	8,1 % 13.179	7,5 % 12.791	8,1 % 13.064

V. FUSSNOTEN

=====

- 1) Das Beispiel ist entnommen aus "Stimme der Arbeit" 2/84
- 2) Vgl. S. 17 Neuregelung des ALG-Bezuges für ältere Arbeitslose, denen eine längere Bezugsdauer zugestanden wird.
- 3) Seit der Verabschiedung des Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetzes (1982) gilt: Nur wer mindestens 12 (vorher 6) Monate Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt hat, erhält ALG. Originäre ALHI erhält aber auch nur, wer mindestens 150 (vorher 70) Beschäftigungstage im letzten Jahr nachweisen kann, in denen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt wurden.
Außerdem wurden sog. "Ersatzbestände" gestrichen, die zuvor einen Anspruch auf ALHI begründeten.
So konnten bis 1982 Selbständige, geschiedene Ehefrauen, die zuvor vom Unterhalt des Mannes lebten oder mithelfende Angehörige in Familienbetrieben originäre ALHI beziehen.
- 4) Bundesdrucksache V/2291, S. 53.
- 5) Übersicht₃ entnommen aus: W. Balsen u. a. "Die neue Armut", Köln 1984, S. 34
- 6) Übersicht entnommen aus "Die neue Armut", S. 39
- 7) 1983 leistete jeder Beschäftigte durchschnittlich 1,51 Überstunden in der Woche
- 8) Beispiel entnommen aus "Die neue Armut", S. 49
- 9) Beispiel entnommen aus: "Die neue Armut", S. 61
- 10) Der Arbeitsmarkt in Zahlen im Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland-Pfalz-Saarland, Sonderdruck: Arbeitslose nach Kreisen und freien Städten Ende Oktober 1984, Hg.: LAA Rheinland-Pfalz-Saarland
- 11) Vgl. Jugendarbeitslosigkeit in Oberhausen - Berechnung der Dunkelziffer, Ruhrwerkstatt Oberhausen, Oberhausen 1984.
- 12) Vgl. JAB Mat. AB 7/1982
- 13) Zitiert in "Die neue Armut", S. 130
- 14) Ebd. S. 148

VI. LITERATUR/QUELLEN

- 1) Leitfaden der Sozialhilfe, Hg. AG Tuwas
c/o Fachhochschule Ffm., FB Sozialarbeit Limescorso 5
Stand September 1985
- 2) Leitfaden f. Arbeitslose, Materialsammlung zu Sozialarbeit
und Sozialpolitik Band 3, Hg. Arbeitslosenprojekt Tuwas
c/o Fachhochschule Ffm. 1985
- 3) Ein Leben aus dem Warenkorb, Hg. Projektgruppe
Überprüfung der Bedarfsgruppe Ernährung im Sozialhilfe-
regelsatz
c/o Fachhochschule Ffm., Materialien zu Sozialarbeit und
Sozialpolitik Band 5
- 4) Wolf Wagner, Die nützliche Armut
Eine Einführung in die Sozialpolitik, Berlin 1982
- 5) Die neue Armut, Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der
Arbeitslosenunterstützung, Hg. Werner Bansen u. a., Köln 1984
- 6) Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswir-
kungen der Arbeitslosigkeit, Hg. Ali Wacker, Ffm./New York 1981
- 7) Roland Krick, Krise des Sozialstaats - Alternative Sozialpolitik:
Am Beispiel der Kommune Mainz. Wiss. Hausarbeit aus der
Gutenberg-Universität Mainz
- 8) Jahresberichte des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz
1979 - 1983
- 9) Antwort des Sozialdezernenten der Stadt Mainz vom Oktober 1985
auf eine Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur "Sozialhilfe
in Mainz"
- 10) Statistiken des Sozialamtes Mainz (unveröffentlicht)
- 11) Verschiedene Veröffentlichungen des Mainzer Arbeitsamtes
(Jahresberichte, Monatsberichte, Untersuchungen zu
Strukturmerkmalen des Mainzer Arbeitsmarktes).

B

THEOLOGISCHE VERSUCHE
DER AUSEINANDERSETZUNG
MIT
ARMUT UND REICHTUM

POLITISCHE UND IDEOLOGISCHE HINTERGRÜNDE DER ENTWICKLUNG EINER "NEUEN ARMUT"

Die in den westlichen Industriestaaten um sich greifende "Neue Armut" (= NA) ist nicht nur Folge einer strukturellen Wirtschaftskrise, sondern vor allem Signal einer Gegenreform, in der es um den Abbau des sog. Wohlfahrtsstaates und die Umorientierung der Sozialpolitik der zurückliegenden 20 - 30 Jahre industrieller Entwicklung geht. In der systematischen Abkehr von sozialstaatlichen Grundprinzipien geht es um eine Ausgrenzung und Marginalisierung derjenigen, die am härtesten von sozialen Risiken und Notlagen betroffen sind. In der Arbeitslosigkeit zeigt sich dies am deutlichsten; dort führt ein direkter Weg zur Verarmung.

Diese Ausgliederung ist die sozialpolitische Flankierung einer Wirtschaftspolitik, die Arbeitskräfte billiger und williger zu machen sucht. Sie soll die Auslese und Sanktionskriterien des Marktes wieder stärker zur Wirkung kommen lassen. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise bieten so die Gelegenheit, eine konservative Umgestaltung der Gesellschaft einzuleiten, die mit dem Stichwort "Ellenbogengesellschaft" umschrieben werden kann. Sie trägt eindeutig sozialdarwinistische Züge und mit ihr sind gegenwärtig neue politische Mehrheiten zu gewinnen.

Die Hauptargumente bei der Kritik am Wohlfahrtsstaat sind die These von der "Anspruchsinflation" und die Generalisierung von Erfahrungen eines "ungezügelter Gebrauchs von Sozialleistungen". Begehrlichkeit, Anspruchsdenken und Bequemlichkeit werden für die Sozialpolitik und ihr "Scheitern in der Krise" verantwortlich gemacht. Hinter dieser Ideologisierung von partikularen Erfahrungen steht die Zielsetzung, das vermeintliche Anspruchsdenken nicht nur zu brandmarken, sondern damit zugleich ein positives Gegenbild zu präsentieren und zu propagieren: Statt "Bequemlichkeit und Müßiggang in der sozialen Hängematte" zählen wieder die klassisch-autoritären Tugenden wie Verzichtsfähigkeit, Opferbereitschaft, Gefügigkeit, Unterordnung. Sie sollen einen billigen und willfähigen Menschen schaffen, der keine (marktkonformen) Ansprüche mehr stellt und sich mit den ihm zugewiesenen Lebenschancen bescheidet.

Diese "Wende" impliziert die Reduzierung der Wirtschafts- und sozialpolitischen Funktionen des Staates. Er soll auf seine Rolle eines starken, hohheitsstaatlichen Souveräns mit nur noch innenpolitischen Normensetzungsfunktionen zurückgeführt werden und gleichzeitig zum Ausbau von innerer und äußerer Sicherheit angetrieben werden. Diesen Zusammenhang von Sozialstaat und Verteidigungsbereitschaft dokumentiert etwa folgende These, die von amerikanischen Politikern und Wissenschaftlern immer wieder gegenüber Westeuropäern vertreten wird: "Die Westeuropäer sind heute nicht mehr bereit, Einkommens- und Wohlstandsverzichte zugunsten ihrer eigenen äußeren Sicherheit zu leisten. In diesem Fall ist die Annahme richtig, der Sozialstaat habe seine Bürger so verwöhnt, daß sie verzichtsunfähig und damit auch verteidigungsunfähig geworden sind."

Zielen Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenwärtig auf eine Beschränkung des inneren Marktes, so erkennen wir zugleich Maßnahmen, die auf eine außenwirtschaftliche Expansion zielen.

Auch diese forcierte weltmarktorientierte Expansion hat militärische und sicherheitspolitische Implikationen. Schon im Weißbuch 1983 ist nachzulesen: "Krisenhafte Entwicklungen in der Dritten Welt können deshalb unmittelbar auf uns zurückschlagen. Unser Wohlstand und unsere Sicherheit sind in zunehmendem Maße von der Stabilität in der Dritten Welt abhängig. Die Vereinigten Staaten und auch andere Verbündete, die dazu in der Lage sind, bemühen sich daher um den Schutz der lebenswichtigen Handelswege und Rohstoffquellen gegen Übergriffe Dritter (...)".

Im internationalen Rahmen haben sich in den letzten Jahren vor allem katholische Kirchen mit dieser Fragestellung intensiv und ausführlich beschäftigt. Die Hirtenbriefe der kanadischen, us-amerikanischen und französischen Bischofskonferenzen sind dafür ein Beispiel. Trotz ihrer unterschiedlichen Akzentuierungen stellen sie in zum Teil scharfer Analyse die Demaskierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates radikal in Frage und verstehen sie zum Teil als Rückfall in ein neues "Heidentum" (französische Bischofskonferenz). Es ist interessant zu sehen, daß es in der Bundesrepublik bisher an solchen Versuchen fehlt und auch meines Wissens keine Versuche unternommen werden, die allseits beklagte NA auf ihre sozialpolitischen und sozialphilosophischen Hintergründe zu befragen.

Zum Abschluß einige Zitate aus dem Neoklassiker der neuen Armutsdiskussion: George Gilder: Reichtum und Armut, München 1983

"Die moralischen Gefahren, die von den gegenwärtig überzogenen Programmen ausgehen, sind offenkundig. Die Arbeitslosenunterstützung fördert die Arbeitslosigkeit. Das Kindergeld macht immer abhängiger vom Staat und zerrüttet die Familie. Die Kranken- und Invalidenversicherung begünstigt, daß sich kleine Wehwehchen zu zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit und die Arbeitsunfähigkeit zu Frühinvalidität auswächst. Sozialrenten mindern die private Vorsorge für das Alter und zerstören die Bindungen zwischen den Generationen. Absicherungen gegen den Preisverfall in der Landwirtschaft und hohe Energiekosten schaffen überfüllte Vorratssilos und Brennstoffknappheit. Ausbildungs- und Umschulungsbeihilfen vergrößern nur das Gefühl der Abhängigkeit vom Staat, ohne eine Befriedigung durch sinnvolle Arbeit zu garantieren. Alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut verleihen dem "anerkannten Armen" einen gewissen Status und sorgen dafür, daß die Armut nie verschwindet. Deshalb sollten alle Programme, deren moralische Gefahren ihren Nutzen übertreffen, eingeschränkt werden - am besten durch Kürzung der Auszahlungen. Die Parteigänger des aufgeblähten Wohlfahrtsstaates schätzen die entstandene Lage so ein: Ohne die staatlichen Programme sind die Kranken, die Alten und die Jugendlichen sich selbst überlassen - also verbessert der Wohlfahrtsstaat die Lage der Armen erheblich, während er ihre Bereitschaft und Fähigkeit, selbst für sich zu sorgen, kaum beeinträchtigt. Das Gegenteil ist der Fall: Die staatlichen Maßnahmen bringen erstaunlich wenig Nutzen, aber sie wirken sich verheerend auf Motivation und Eigeninitiative aus."

"Not macht erfinderisch und gibt den Anstoß zum sozialen Aufstieg, die Wohlfahrt verschleiern den Ernst des Lebens und unterminiert jene Entschlossenheit, die frühere Generation armer Leute die Armut mit Hilfe der Dreieinigkeit Arbeit, Familie und Glauben überwinden ließ."

"Für alle Gleichmacher eine unangenehme Einsicht, die ihnen aber nicht erspart werden kann: um etwas für die Armen und die Mittelschicht zu tun, muß man die Stuersätze der Reichen drastisch senken."

Karl-Heinz Dejung

Biblische Strategien zur Überwindung von Armut

1. In der ältesten greifbaren biblischen Tradition, die in der Nomadenzeit Israels entstanden ist, wird von einem Gegensatz „Reichtum - Armut“ nichts berichtet. Hintergrund dieser Erkenntnis: In der nomadischen Familienstruktur bzw. dem Stammesverband profitiert jeder vom gemeinsamen Reichtum. Segen und Schalom überdecken den Stamm als Ganzen. Die Familie ist eine ökonomische Einheit. Man kann sagen, daß Israel in dieser Frühzeit so etwas wie eine theokratische Feudalstruktur besitzt, in der Gott der Gebende und Schenkende ist.
2. Mit dem Übergang von der nomadischen zur bäuerischen Struktur tritt der Grundbesitz ins Zentrum. Deshalb wird in dieser Zeit des Eindringens nach Kanaan das Gebot des Begehrens von Grund, Frau und Besitz zentral. Hier steht erstmals der Arme dem Reichen gegenüber. Arm sein heißt, kein Land (mehr) haben. Diese Entwicklung wird verstärkt durch die Entwicklung einer aristokratisch-städtischen Kultur, in der Reichtum auf der ökonomischen Macht von Händlern und Bodentransakteuren beruht.
3. Hier beginnt die Kritik der Propheten, die nichts davon wissen, daß die Ursache von Armut beim Armen selbst gesucht werden muß. „Man wird nicht arm, weil man faul ist, sondern man wird faul, weil man arm ist. Es ist nicht die asoziale Einstellung der Armen, die das Problem schafft, sondern die sozio-ökonomische Situation ändert sich so, daß Menschen in den Griff individueller und Familieninteressen kommen.“ Deshalb ist es auch nicht die Aufgabe des Armen, das Problem zu lösen, sondern Sache der Reichen. Sie werden deshalb von den Propheten zunehmend angesprochen im Blick auf ihre Verantwortlichkeit bzw. auf ihre Schuld. Der Reiche hat deshalb die Verantwortung angesichts des Widerspruchs von Reichtum und Armut. Von ihm muß eine Gegenbewegung ausgehen. „Er muß seinen gesellschaftlichen Erfolg umsetzen in Segen für seinen Volksgenossen“.
4. In der späteren Weisheitsliteratur, im Sprüchebuch und bei dem Prediger - beide Werke stammen aus der Umgebung des Hofes - wird die Ursache der Armut bei dem Armen selbst gesucht. Er ist nicht nur faul, sondern minderwertig. Diese Linie ist schon darin angelegt, daß Reichtum als Segen interpretiert wird. Denn dann muß Armut ja Fluch sein. Hiob protestiert gegen diese Auffassung der aufgeklärten Kausalzusammenhänge. Die theologische Linie der Interpretation von Armut als Folge von Schuld und als Fluch Gottes hält sich durch viele Traditionen durch. Für ihre Beurteilung ist wichtig, daß sie erstmals entstand in der „aufgeklärten Luft“ salomonischer Hofschreiber, denen Armut und Handarbeit völlig fremd ist.
5. In den Psalmen entsteht eine Annäherung von „Armsein“ und „Frommsein“. Hintergrund dieser Einsicht ist die Auffassung: Gott sorgt für den Armen. Er stellt sich mit ihnen gleich. Dadurch wird der Arme so etwas wie der eigentliche Mensch. Dadurch wird Armut zu einem spirituell geladenen Wort. Dennoch wird diese Auffassung nirgends im AT systematisiert in dem Sinne, daß gesagt wird: Jetzt kommt die Rettung, denn das Volk hat den idealen Zustand der Armut erreicht. Bei den Essenern wird Armut zum Vorhof des zukünftigen himmlischen Reichtums.
6. Unter dem Stichwort *Gerechtigkeit* kann man die erste Gegenbewegung gegen die Armut innerhalb der biblischen Überlieferung beschreiben. Schon in den Gesetzessammlungen des Bundesbuches geht es um die andauernde Erneuerung im Blick auf die Gleichheit der Mitglieder Israels. Das Sabbatjahr und das Jubeljahr mit ihren eingreifenden Bestimmungen (Rückgabe von aus Not veräußertem Grundbesitz, Sklavenbefreiung, Schuldenerlaß, Ernterecht der Armen) lassen den Widerstand erkennen gegen die Haltung, die Besitz zu vermehren sucht auf Kosten von Armen. Dies gilt unbeschadet der Frage, ob diese Gesetze je eingehalten worden sind. Man kann diese Traditionen nicht als eine Mystifizierung der Wüstenzeit interpretieren, denn Armut wird nirgends verherrlicht oder romantisiert. Auch dort, wo der Arme immer öfter gerecht genannt wird, liegt das nicht an ihm selbst, sondern an der Tatsache, daß der Unterdrücker so schrecklich ungerecht handelt. Vor allem die Propheten haben diese Haltung gegenüber den Reichen ausgezogen und theologisch als eigentliches Problem formuliert. Sie sind die Gottlosen. Dabei muß man sehen: Die Propheten sind weder Ökonomen noch Politologen. Sie argumentieren in erster Linie theologisch: Land und Guter gehören Gott und damit allen seinen Geschöpfen. Indem die Reichen diese Mittel an sich reißen, widersprechen sie dem Recht Gottes auf seine Schöpfung. Von ihnen wird deshalb Umkehr erwartet.

7. Eine zweite biblische Linie zur Überwindung von Armut ist das Verständnis der Gemeinde Gottes als Gemeinschaft, d.h. *innergemeindliche Solidarität*. Diese Linie ist schon im AT angelegt und kommt vor allem im Deuteronomium zum Ausdruck. Im NT wird diese Auffassung vor allem von Lukas thematisiert: Er versteht die christliche Gemeinde als neue Bruderschaft, die solidarisch lebt und Reichtum teilen gelernt hat. Bei Paulus (vgl. 2. Kor. 8) wird diese Auffassung von der innergemeindlichen Solidarität weiterentwickelt.

8. Gegenüber diesen beiden Entwicklungslinien zur Überwindung von Armut, bei denen die Initiative faktisch bei den Reichen bleibt, steht eine dritte, die mit dem Stichwort *Spiritualität* umschrieben werden kann. Hier wird der Arme nicht als mögliches Objekt der Veränderung des Reichen verstanden, sondern seine Fähigkeit wird beschrieben, Veränderungen bei sich selbst zu erfahren und von daher auch Schritte zur Überwindung von Armut zu tun.

Dabei ist deutlich, daß Armut hier in erster Linie verstanden wird als der Verlust von Selbstvertrauen und Kreativität. Deshalb muß der Arme in erster Linie befreit werden von seinen Gefühlen der Minderwertigkeit und der Selbstverachtung. Innerhalb der Psalmen wird diese Linie schon deutlich, wenn das Problem des Armen in der Weise radikalisiert wird, daß er von den Reichen nichts zu erwarten hat und die alleinige Hoffnung in Gott bleibt. D.h., hier wird eine Linie deutlich, die sagt: Armut hat eine spirituelle Komponente, die sich positiv auswirken kann, so wie Reichtum eine geistliche Dimension hat, die eindeutig negativ ist.

9. Diese Auffassung kann sehr leicht umschlagen in die These: Armut ist ein Geschenk Gottes, ja so etwas wie ein Heilsbesitz, eine

geistliche Qualität. Dies gilt vor allem dann, wenn solche Überzeugungen aus dem Munde der Reichen kommen. Was demgegenüber in dieser Entwicklungslinie deutlich werden soll, ist folgendes: Der Arme findet sein Selbstvertrauen zurück im Gottvertrauen. Dieses Gottvertrauen gibt ihm die Kraft, seine Klage zu formulieren. Allein schon dadurch, daß er eine „Adresse“ hat gegenüber der er klagen kann, ist ein erster Schritt zur Befreiung. Dieses Minimum an Selbstvertrauen ist notwendig, um erste Schritte zu tun, um Armut zu überwinden. „In der Bibel wird diese Fähigkeit, die den Armen gestohlen wurde, materiell und psychisch zurückgegeben“. Das heißt, es geht hier um den Übergang von Apathie und Apartheid zur Befreiung. „Diese Befreiung ist im tiefsten spirituellen Natur. Es ist die ansteckende Spiritualität Jesu oder was dasselbe ist, seines Heiligen Geistes, jenes Geistes, der wieder lebendig macht; dieser Geist ist das Feuer, der Menschen ansteckt, um sie aus ihrer Mutlosigkeit aufwecken zu lassen.“ „Auch wenn diese durch Jesus in Gang gesetzte Befreiung mehr ist als die Befreiung von materieller Armut allein, dann ist diese materielle Armut dennoch ein Teil davon. Befreiungsbewegungen sind bestimmt keine heiligen Erscheinungen noch die Erscheinung von Heiligen. Doch kann ein Christ sich nicht der Tatsache entziehen, daß auch hier die Wirksamkeit des Geistes Christi zu spüren ist...Er wird sich daran beteiligen, auch darum, um das Ziel einer umfassenden Befreiung im Auge zu behalten und sich nicht allein mit der Umkehrung der Verhältnisse zu begnügen. Denn wenn allein die Armen reich geworden wären, was wäre damit gewonnen?“

Karl-Heinz Dejung

Zusammenfassung einer Studie des holländischen
Theologen Coen Boerma: ARME UND REICHE IN DER
BIBEL, Basel 1981

(aus: Das Baugerüst 1/1985, S. 27-30)

Dorothee Sölle,
ARMUT UND MENSCHENWÜRDE
Auszug aus einem gleichnamigen
Beitrag der Zeitschrift
"Vorgänge", Febr. 1985 München

Die christliche Tradition hat in die Auseinandersetzung um Armut und Reichtum etwas einzubringen, was heute in Gefahr steht, vergessen zu werden. Sie geht nämlich nicht von der Annahme aus, alle Menschen seien Kapitalisten, manche erfolgreich (= reich), andere erfolglos, verhindert (= arm). Diese Annahme ist in unserer Kultur selbstverständlich, und die Würde der Armen, der Grund, warum Jesus sie seligpries, ist von diesem Horizont aus schlechterdings unverständlich. Es ist aber ein materialistischer Aberglaube anzunehmen, jede Form von Armut zerstöre unsere Würde und sei um jeden Preis zu vermeiden. Wer immer innerhalb der Mittelklasse lebend sich in Solidarität auf die Armen einläßt, der verfehlt ihre Wirklichkeit, solange er sie unter dem allein herrschenden Gesichtspunkt, nämlich als verhinderte Kapitalisten, betrachtet. Die Würde der Armen liegt in ihrem Sein, nicht in ihrem Haben und Nicht-haben; die Zerstörung ihrer Würde ist die Zerstörung ihrer Solidarität untereinander, ihrer Vision miteinander.

Ich habe die Kriterien, die Armut zerstörerisch und selbstdestruktiv machen, genannt: Demütigung, Scham, Isolation und Sinnlosigkeit. Aber das definiert die Armen nicht, nicht jederzeit und nicht überall. Die Bibel ist ein erklärter Gegner jeden Schicksalsglaubens, jeder Beschreibung der menschlichen Wirklichkeit als schicksalhaft ablaufend. Sie setzt gegen das "Weil du arm bist, mußt du früher sterben" ihr: "Weil du reich bist, hast du nie gelebt". Das Evangelium ist voll von Weherufen gegen die Reichen und Seligpreisungen der Armen.

Es verspricht den Hungrigen, Entrechteten und künstlich Verarmten Befreiung und Fülle des Lebens. Innerhalb der christlichen Tradition lassen sich zwei Arten von Armut unterscheiden: die erzwungene, über Menschen verhängte Verelendung, die im Extrem von den Ökonomen "absolute" Armut genannt wird, und die freiwillig gewählte, in der Menschen ihre von Natur aus unbegrenzten materiellen Bedürfnisse zurückstellen und Freiheit füreinander gerade aus Einfachheit und relativer Besitzlosigkeit gewinnen. Das Versprechen ist nicht, daß alle wie die Reichen werden sollen, das Ideal ist nicht der Millionär und seine Generale; es sind die kleinen Leute, die Frauen, die Kinder, denen das "Leben in seiner Fülle" physisch, geistig, psychisch versprochen wird in einer Kultur des Teilens, in der fünf Brote und zwei Fische unter fünftausend Menschen geteilt werden und ausreichen.

Die befremdlichen Wundergeschichten in den Evangelien können uns Distanz von uns selber (und dem Kapitalisten in uns) geben und uns ein besseres Verständnis von der Rolle der Armen geben. Ein Grundsatz der Theologie der Befreiung, die man auch eine Theologie der Armen nennen kann, ist, daß die Armen die Lehrer sind, die uns auf das Leben aufmerksam machen. Was lehren denn die Armen? Sie warten auf Wunder. Sie brauchen Wunder - während für die Reichen die Wunder nur Aberglaube, Illusion, Realitätsflucht sind. Die Armen brauchen das Wunder: die Außerkraftsetzung der Realitätsgesetze, daß wer fällt, auch noch gestoßen wird, daß der Starke über die Schwachen siegt und ihnen Gewalt antut; sie brauchen das Wunder, daß Solidarität stärker ist als die strukturelle Gewalt der Mächtigen. Die Armen brauchen nicht Reformen, Hilfsprogramme, 'Placebos', sondern das Wunder, dessen Kern die Umverteilung ist. Die neue Verteilung der Arbeitszeit, der Einkommen und der Freizeit nach dem Prinzip der Bedürfnisse - das sind Hoffnungen, ohne die die Armen nicht ihre Würde bewahren können. In diesem Sinn ist die sandinistische Revolution, die das Land, das Essen, die Gesundheit und die Bildung umverteilt hat, eine Wunder-geschichte, in der das Unmöglich-scheinende möglich wurde. "Alles ist möglich dem, der das glaubt", sagt Jesus. An Wunder "glauben" bedeutet in seiner Botschaft, sich an ihnen zu beteiligen, sie zu tun.

Das Versprechen einer solchen solida-

rischen Kultur ist eine Einladung zum Kampf, zum Eintreten für die Opfer und zum Mitleiden. Die Menschen, die sich auf die Seite der Armen ziehen lassen, kommen mit dem Grund allen Lebens in Berührung: das drückt die Bibel so aus, daß ihnen Gott in den Armen begegnet. Bei diesem Schritt von der Bewußtlosigkeit zum Bewußtsein, von der apathischen Hoffnungslosigkeit einem Verhängnis gegenüber zum Glauben an den befreienden Gott der Armen verändert sich auch die Qualität der Armut, weil sich das Verhältnis zu ihr ändert. Wenn der Arme nur ein veränderter Kapitalist ist, so kann sich sein Verhältnis zur Armut nicht ändern, und er wird weiter Lotterien spielen und auf den Zufall der Einstellung und der individuellen Lösung eines gesellschaftlichen Problems warten. Er wird sich weiterhin der Armut schämen und die Isolation für natürlich halten. Er wird die Kultur der Apartheid internalisieren und seine eigene Würde kapitalistisch, in Besitz und Leistung, definieren. Wird er sich aber seiner Lage bewußt, so verändert sich sein Verhältnis zu sich selber. Seine Armut, quantitativ gesehen, kann größer werden, weil der Kampf und das Mitleid Opfer fordert; sie kann auch geringer werden, weil der Kampf und das Mitleiden eine bessere Verteilung der Güter schon jetzt bedeutet. In beiden Fällen ist aber die erzwungene, verhängte Armut nicht mehr dieselbe; sie nimmt die Züge der freiwilligen Armut an; es leuchtet die Realität der Freiheit in der Armut auf; sie wird Gottes Armut, wie sie es für Jesus, für Franziskus, für Oscar Romero und viele andere war. Die Armen werden so in die Befreiungskämpfe verwickelt. Was sich jetzt wie ein Traum anhört - das Bewußtsein der Bewußtlosen - hat in der Dritten Welt seine Vorbilder. Die Armen haben sich dort ja schon zusammengeschlossen, die Befreiungskämpfe finden ja statt, die Kultur der Apathie und des entwürdigenden Schweigens wird überwunden, Reis, Bohnen und menschliche Würde werden geteilt. Warum sollte es nicht auch bei uns eine Gewerkschaft derer, die vom Arbeitsleben ausgeschlossen werden, geben? Eine neue Solidarität zwischen denen, die noch Arbeit haben, und denen, deren Würde durch die Verweigerung des Menschenrechts auf Arbeit bedroht ist? Eine Bewegung für den Frieden, die die Marginalisierung und Entwürdigung der Armen als Teil des erbarmungslosen Krieges begreift, den die Erste Welt gegen zwei Drittel der menschlichen Familie, gegen die Natur und gegen sich selber führt? "Warum wollt Ihr sterben?" fragt der Prophet Hesekiel (33,11). Warum eigentlich?

Armut in der reichen Bundesrepublik Deutschland als Herausforderung an die Kirchen - Wolf-Dieter Just (aus: Das Baugerüst 1/1985, 54ff.)

Die deutschen Kirchen sind traditionell in der Armenfürsorge stark engagiert. Diakonische Werke, Caritas, Gemeinden und andere Einrichtungen leisten in nicht geringem Umfang konkrete Hilfe für sozial benachteiligte, kranke, verarmte und obdachlose Menschen. Auf die gegenwärtige Situation am Arbeitsmarkt wird mit besonderen Fonds zur Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen, mit innovatorischen Projekten auf dem sogenannten „2. Arbeitsmarkt“ (Neue Arbeit GmbH's), und mit Aufrufen zu größerer Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen reagiert (EKD, 1982).

All dies ist wichtig und unverzichtbar. Trotzdem aber wird es wohl weder den Herausforderungen der oben geschilderten Situation gerecht, noch dem, was die neuere ökumenische Diskussion an theologischen Einsichten über Gestalt und Aufgabe einer mit den Armen solidarischen Kirche erbracht hat. Dieses im einzelnen aufzuarbeiten und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, steht den Kirchen in der Bundesrepublik noch bevor. Bisher fehlt von kirchenoffizieller Seite jedes deutliche Wort gegen den Abbau des sozialen Leistungssystems und dessen Folgen für die unteren Einkommensschichten. Dabei trifft dieser Abbau gerade die gesellschaftlich „Schwachen“, weniger „Wettbewerbsfähigen“, die oft in der Kirche ihre einzige potentielle Lobby haben. Untersuchungen zeigen, daß die am stärksten vom Sozialabbau betroffenen Gruppen die Langzeitarbeitslosen, Ausländer, Behinderten, Jugendlichen und Frauen sind (Balsen et.al., Kap. 5). Die Denkschrift der EKD-Sozialkammer über die „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“ bleibt in ihrer Stellung zur staatlichen Sozialpolitik im Allgemeinen und Unverbindlichen. Ihre Hauptsorge ist offenbar der mögliche Mißbrauch von sozialen Leistungen: „Das soziale Netz muß von bleiernen Hypotheken und tabuisierten Anspruchsberechtigungen befreit werden, um seiner Perversion zu entgehen.“ (Absatz 142)

Um den Herausforderungen der neuen Armut gerecht zu werden, müßten die Kirchen der Bundesrepublik mehr aus der Ökumene und auch aus ihrer eigenen Geschichte lernen. So gehört beispielsweise zu den wichtigsten Einsichten der neueren ökumenischen Diskussion über Kirche und Armut, „daß es nicht genügt, eine ‚Kirche für die Armen‘ zu sein, sondern daß Gottes Geist von uns verlangt, daß die ‚Kirche mit den Armen‘ geht.“ (Kommission, 1980). Für die Kirchen in der Bundesrepublik würde dies bedeuten, daß sie zuallererst ein neues Verhältnis zu den Armen in unserer Gesellschaft finden müßten. In ihrer gegenwärtigen Gestalt werden Kirchen vor allem durch die bürgerliche Mittelschicht

geprägt und reproduzieren und festigen deren Weltanschauung und Wertmuster. Dies wirkt sich bis in Sprache und Stil der Gottesdienste und des gemeindlichen Zusammenlebens aus und schafft fast unüberwindliche Barrieren für Menschen der unteren Einkommensschichten. Solange diese aber in der Mitgliedschaft fehlen, wird es Kirchen kaum gelingen, in ihrer Haltung zu den Armen über die traditionelle Caritas hinaus zu gelangen, die ja bekanntlich eher Distanz als Nähe schafft. Sie wird z.B. die oben geschilderte Entwicklung der Sozialpolitik nicht mit den Augen der Betroffenen sehen können und wird sich in den schärfer werdenden gesellschaftlich-sozialen Auseinandersetzungen nicht mit der nötigen Eindeutigkeit an deren Seite stellen.

Hier wird nun auch die Frage wichtig, was die deutschen Kirchen aus ihrer eigenen Geschichte zu lernen bereit sind. Es ist ja heute im Rahmen der Kirchen kaum noch umstritten, daß sie im vorigen Jahrhundert vor der „sozialen Frage“ versagt haben. Damals waren die Armen vor allem Arbeiter, die sie bei ihren gesellschaftspolitischen Forderungen im Stich ließen. Ihr Bund mit dem Bürgertum, die Verbindung von Thron und Altar im System der evangelischen Landeskirchen, die Einschätzung der Sozialdemokratie als staatsgefährdend und die dezidiert antigerichtliche Haltung schufen Gegensätze, die eine Abkehr der Arbeiterschaft von der Kirche unausweichlich machten. Wollen die Kirchen heute angesichts neuer sozialer Polarisierung diese historischen Fehler vermeiden, müßten sie sich entschließen, in ihrer politischen Stellung über das hinauszugehen, was als „volkskirchlicher Konsens“ gilt und sich auf die Seite der gesellschaftlich Schwachen stellen, die am stärksten vom gegenwärtigen Sozialabbau betroffen werden. Lateinamerikanische Bischöfe sind ihnen in Puebla mit der „bedingungslosen Entscheidung für die Armen“ vorangegangen und auch die US-amerikanischen Bischöfe zeigen mit ihrem Entwurf eines neuen Hirtenbriefes, daß sie die Zeichen der Zeit erkannt haben.

W. Balsen/H. Nakielski/K. Rössel/R. Winkel: Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung. Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 4, Köln 1983; inzwischen auch als Buch erschienen im Bund Verlag 1984.

EKD-Kirchenkanzlei (Hrsg.): Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen. Eine Studie zur Arbeitslosigkeit. Gütersloh 1982.

L. Hamilton/W. Just, Armut und Abhängigkeit in der Europäischen Gemeinschaft, Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst 31, Frankfurt 1984.

Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen (CCPD): Für eine mit den Armen solidarische Kirche, epd-Dokumentation 25a/1980.

Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Schlußbericht der Kommission an den Rat über das erste Programm von Modellstudien zur Bekämpfung der Armut, Brüssel 1981.

Axel Vorbäumen, Der sanfte Weg - Bettler in der Bundesrepublik. Motive und Methoden - Frankfurter Rundschau, 1.9.1984, Beilage Zeit und Bild, S. 1.

Und die Einen sind im Dunklen
und die Andren sind im Licht
die im Lichte kann man sehen,
die im Dunklen sieht man nicht.
Bertolt Brecht

»... die im dunkeln sieht man nicht«.

«Mainz ist eine heitere, eine schöne Stadt. Unschwer ließe sich viel Lobens- und Liebenswertes aus Vergangenheit und Gegenwart preisen», beginnt ein Werbeprospekt der Stadtverwaltung und faßt bündig zusammen: «Sicher ist: in Mainz läßt es sich leichter leben.»

Sicher ist aber auch, daß in der heiteren Stadt in den letzten Jahren die Schattenseite des Wohlstandes wächst. Wie in der gesamten Bundesrepublik läßt sich auch hier spätestens seit Ende der siebziger Jahre ein breiter Abstieg in die Armut feststellen, sichtbar an den Statistiken des Arbeitsamtes und den Zahlen des Sozialamtes. Diese Kehrseite der wirtschaftlichen Entwicklung kommt unspektakulär daher, meidet die öffentlichen Plätze und bleibt im Stadtbild meist unbemerkt. Doch die Betroffenen, zu denen der Aufschwung im Lande nicht mehr hingelangt, wissen davon zu berichten: «Plötzlich merkte, du bist ja arm.»

Die Arbeitslosenquote der Stadt Mainz liegt noch immer deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Dennoch haben in den letzten fünf Jahren mehr als 3500 Mainzer und Mainzerinnen ihren Arbeitsplatz verloren. Ihre Perspektive, wieder Arbeit zu finden, läßt sich an dem Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen überdeutlich ablesen: Kamen 1980 noch 1,8 Arbeitslose auf eine offene Stelle, so sind es 1985 mittlerweile 12,6! Diese Zukunftsaussicht schlägt

sich in den Statistiken als zunehmende Dauer der Arbeitslosigkeit nieder, inzwischen sind schon über 28 Prozent der gemeldeten Arbeitslosen beim Arbeitsamt der Stadt Mainz länger als ein Jahr arbeitslos.

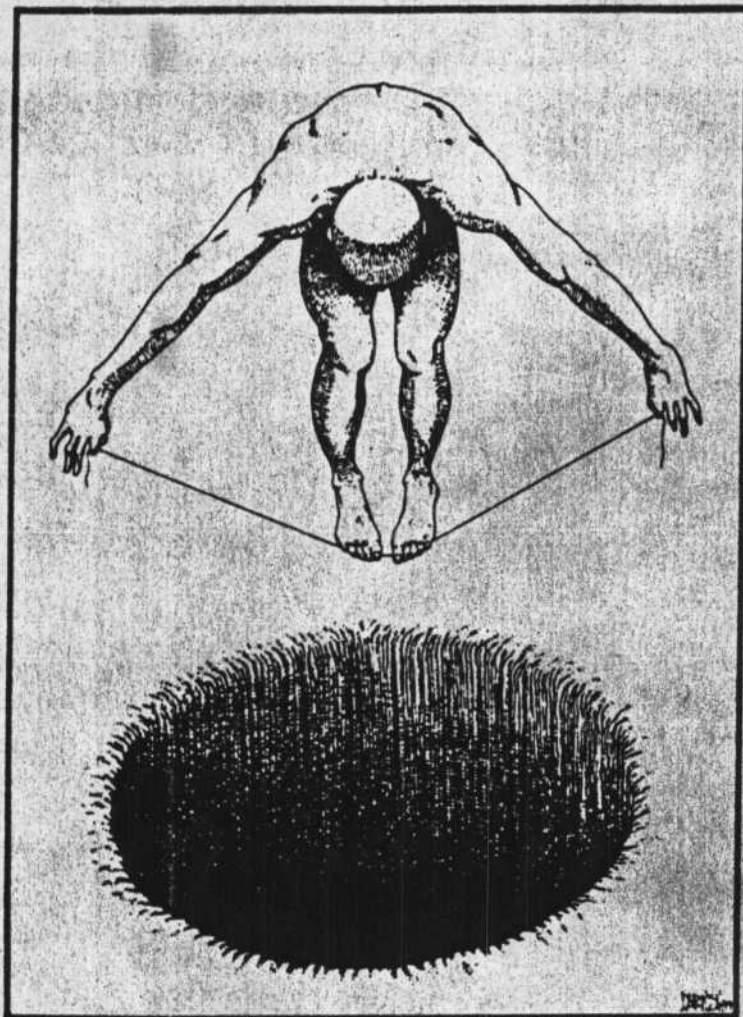
Für die finanzielle Situation der betroffenen Mainzer Familien ist die Dauer der Arbeitslosigkeit eine einschneidende Wegmarke, erlischt doch nach einem Jahr der Anspruch auf Arbeitslosengeld und es erfolgt die Abstufung in die weitaus geringere Arbeitslosenhilfe, die auch erst nach einer Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. Bezogen 1980 noch 79 Prozent Arbeitslosengeld und nur 21 Prozent Arbeitslosenhilfe in Mainz, so verschob sich das Verhältnis bis 1985 auf 59 Prozent Arbeitslosengeld und gegenwärtig 41 Prozent Arbeitslosenhilfe. Meist liegt die Arbeitslosenhilfe nur wenig über den Sozialhilfesätzen.

Gleichzeitig wohnt dem System der Arbeitslosenversicherung ein verheerender Ausgrenzungsmechanismus inne. Mehr als 40 Prozent der beim Mainzer Arbeitsamt Gemeldeten bezogen 1985 überhaupt keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung mehr, sie sind durch die weiten Maschen des sozialen Netzes hindurchgefallen — viele von ihnen müssen den Gang auf das Sozialamt antreten. Unter den Bedingungen längeranhaltender Massenarbeitslosigkeit — das zeigen exemplarisch die Mainzer Zahlen — bietet das gegen-

wärtige System der sozialen Sicherung keinen hinreichenden Schutz mehr vor der Talfahrt in die Fürsorge.

Jede/r zwanzigste Mainzer/in bestreitet ihren / seinen Lebensunterhalt von der Sozialhilfe; für 1985 erwartete der Sozialdezernent einen weiteren Anstieg der Hilfeempfänger. Darüber hinaus läßt sich für Mainz eine Konzentration im Bereich «laufender Hilfe zum Lebensunterhalt» feststellen, mithin gewinnt Sozialhilfe für diejenigen, die auf der Armenrutsche sitzen, den Charakter des Normalfalls. In verstärktem Maße sind junge Menschen von der Entwicklung betroffen, die den Einstieg in die berufliche Existenz überhaupt nicht mehr schaffen und die, aus Schule und Ausbildung kommend, direkt den Weg auf das Sozialamt antreten. Schon 1984 war jede/r fünfte Hilfeempfänger/in jünger als 25, innerhalb von nur vier Jahren hat sich in dieser Altersstufe die Zahl der Empfänger mehr als verdoppelt.

Faktisch findet mit dieser Entwicklung innerhalb der öffentlichen Hand eine föderale Verschiebung der Krisenlasten statt, die kommunalen Haushalte als Träger der Sozialhilfe geraten aufgrund der Ausgrenzung von Arbeitslosen und der sprunghaft steigenden Sozialhilfeempfängerzahlen an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten. Aufgebürdet wird die Last letztlich denen, die auf die Hilfen dringend angewiesen sind,



Krisenjahre

sind

herrenjahre

auch in Mainz hält der wachsende Sozialetat nicht mehr Schritt mit der Steigerung der Hilfebedürftigen. Sozialhilfe berechnet sich nach dem Bedarfsprinzip, umfängliche Berechnungen einen Warenkorb, der den Empfängern ein **«Leben in Würde»** (BSHG §1) garantieren soll, geben das Niveau der Regelsätze an, in Mainz liegt der Satz für Alleinstehende und Haushaltsvorstände bei 385,- DM im Monat. Doch das Bedarfsprinzip ist in den letzten Jahren mehr und mehr dem Druck der Sparpolitik gewichen, statt dringender Anhebung der monatlichen Zuwendung, — so das Anraten der Fachkommission —, wurde schlichtweg der Bedarf niedriger angesetzt. So erklärt sich der Satz eines Sozialhilfeempfängers: **«Kino und Essen gehen habe ich**

mir schon lange abgeschminkt. Schlimm ist, daß ich meiner Freundin nichts schenken kann.»

Da jede einzelne Leistung gesondert beim Sozialamt beantragt werden muß, bleibt Sozialhilfe kein ausschließlich finanzielles Problem. Wenn uns eine Betroffene erläutert: **«Für jedes Kleidungsstück muß ich extra zum Sozialamt laufen. In der Stadt habe ich Winterjacken gesehen, die heruntergesetzt waren. Aber bis mein Antrag durch war, waren die Jacken weg. Und regulär sind sie viel teurer»**, wird einsichtig, warum viele den Gang aufs Sozialamt scheuen, ihre Rechte nicht in Anspruch nehmen und nach außen ihre Misere zu verbergen trachten. Daß im Alltag der Stadt Mainz diese sich verschärfenden Probleme auf den

ersten Blick nicht erkennbar werden, faßt eine Mainzer Pfarrerin für ihre Gemeinde zusammen: **«Wer Armut nicht sehen will, der braucht sie auch nicht zu sehen.»**

Doch vermehrt beginnen sich die Betroffenen selbst zu äußern. In der Neustadt treffen sich Sozialhilfeempfänger im Neustadttreff, leisten sich gegenseitig Rechtsbeistand und treten einen Schritt aus der Vereinzelung heraus. In Frankfurt ist daraus schon eine ständige Betroffenenkonferenz geworden, verantwortliche Mitarbeiter der städtischen Ämter sind im regelmäßigen Gespräch mit Initiativen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, um gemeinsam an Handlungsperspektiven zu arbeiten. Den Betroffenen Gehör zu verschaffen und sie in Entschei-

dungen mit einzubeziehen, ist ihr erklärter Anspruch geworden.

5800 Arbeitslose, fast 10000 Sozialhilfeempfänger sind in Mainz registriert. Eine zunehmende Zahl von Familien muß mit oder gar unterhalb des Existenzminimums leben. Nicht zuletzt werden diese Menschen, die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffen sind, darüber entscheiden, ob es sich in Mainz tatsächlich **«leichter leben läßt»**.

Sabine Bäuerle
Kristian Fechtner
Peter Lahmann

Seminar
für Kirchlichen Dienst
in der
Industriegesellschaft
Gossner-Mission Mainz am Rhein

Aus der Mainzer Arbeit

" W E R K S T A T T B E R I C H T "

Nr. 4 zum Erntedankfest 1985

HERAUSFORDERUNGEN UND ERFAHRUNGEN

IM KAMPF UM GERECHTIGKEIT UND

BEFREIUNG IN SÜDAFRIKA



Albert-Schweitzer-Str. 113 – 115 · 6500 Mainz 1
Tel. 06131/232031-32

epd-ZA 1. Juli 1985

Südafrikanischer Kirchenrat ruft zum Rückzug von Investitionen auf

"Regierung gewaltlos zu fundamentalen Änderungen zwingen"

Johannesburg (epd). Der Südafrikanische Kirchenrat hat am Freitag, 28. Juni, zum Rückzug von Investitionen in Südafrika aufgerufen und damit nach Ansicht kirchlicher Beobachter eine historische Entscheidung gefällt. Die in Johannesburg tagende Jahreskonferenz des Kirchenrates befürwortete eine Resolution, in der es heißt, die Konferenz sei überzeugt, daß "Disinvestitionen und ähnlicher wirtschaftlicher Druck" erforderlich seien, um die südafrikanische Regierung mit friedlichen Mitteln zu jenen "fundamentalen Änderungen zu zwingen, die dieses Land braucht".

Der Entschließungsantrag war vom Vizepräsidenten des Kirchenrates, dem reformierten Theologen Allan Boesak, eingebracht worden. Nur zwei weiße Methodistengemeindepfarrer stimmten gegen die Resolution. Nach Ansicht südafrikanischer Juristen ist ein Aufruf zum Rückzug von Investitionen ein strafbares Verhalten.

In den letzten 15 Jahren hatte es niemals eine solche Debatte über die Frage des "Disinvestments" gegeben. Der Südafrikanische Kirchenrat und seine eine Mitgliedskirchen riefen bisher nie konkret zu wirtschaftlichen Sanktionen auf, sondern forderten nur allgemein wirtschaftlichen Druck zur Abschaffung der Apartheid. Dem früheren Generalsekretär des Kirchenrates, Bischof Desmond Tutu, war der Paß entzogen worden, nachdem er während eines Aufenthaltes in Dänemark zum "Disinvestment" aufgerufen hatte. Der Südafrikanische Kirchenrat betrachtet den Aufruf als Teil einer gewaltlosen Kampagne des zivilen Ungehorsams mit dem Ziel, die Rassentrennung abzuschaffen.

Südafrika-Kredite

Frankf. Rundschau 3.9.1985

Deutsche Lückenfüller

Deutsche Bankiers hätten sich überrascht gezeigt über den Stopp der Schuldentilgung durch Südafrika, schreibt jetzt eine Nachrichtenagentur. Überrascht sein kann man allerdings auch über die Naivität der Geldverleiher. Sowohl die politischen als auch die ökonomischen Gewitterwolken über dem Apartheid-Staat steigen schließlich schon lange auf. Anfang des Jahres beispielsweise hatten Südafrikas Unternehmer dringend vor einer Fortsetzung des bisherigen politischen Kurses Pretorias gewarnt. Im Mai mußte sich der Vorstand der Dresdner Bank auf der Hauptversammlung von einigen Aktionären anhören, mit seiner Anleihen- und Kreditpolitik gegenüber Südafrika handle er nicht nur moralisch verwerflich, sondern schade auch den Geschäftsinteressen des Hauses und damit den Aktionären. Solche Warner werden in den feinen Vorstandsetagen der Frankfurter Kapital-Hochburgen eben solange als „linke Spinner“ abgetan, bis die ersten Wertberichtigungen bei Südafrikaforderungen in der Bilanz fällig werden.

In ihrer blinden Profitjagd haben die Bankier in der letzten Zeit auch nicht davor zurückgeschreckt, die von etlichen US-Instituten auf dem Markt für Südafrika-Anleihen hinterlassenen Lücken noch

durch zusätzliche eigene Anstrengungen zu schließen. Erst in diesen Tagen verhandelte beispielsweise die Deutsche Bank über eine Euroanleihe von 150 Millionen Mark für die südafrikanische Eisenbahngesellschaft.

Neben den Frankfurter Großbanken haben sich im Südafrika-Geschäft vor allem jene bayerischen Banken hervorgetan, an denen das Land Bayern beteiligt ist oder Franz Josef Strauß im Aufsichtsrat sitzt. Sollte hier vielleicht aus politischen Gründen auf ein starkes Kreditengagement gedrängt worden sein?

Das ständig wiederholte Argument der Banken, sie wären politisch neutral und würden Kredite nur nach wirtschaftlichen Kriterien vergeben, ist schon lange nicht mehr haltbar. Angesichts der rasch anschwellenden Schulden in den letzten drei Jahren mußte jedem unvoreingenommenen Beobachter klar sein, daß Südafrika nur deshalb noch seine Zinsen stets pünktlich bedienen konnte, weil es ein immer größeres Rad mit neuem Auslandsgeld drehte. Auch müssen sich die deutschen Banken vorhalten lassen, daß sie keineswegs in anderen Ländern mit gleichem Risiko ähnlich stark engagiert sind — also doch Lückenfüller aus politischer Sympathie mit Pretoria? rb

INHALTSVERZEICHNIS

=====

Einführung

1. Wie lange kann das weiße Südafrika überleben? (1981) Seite 1
2. Die EKD im ökumenischen Abseits - Ihr Verhalten im Streit um das Antirassismusprogramm (1979) Seite 9
3. Der ökumenisch-kirchliche Stellenwert der Diskussion um den Verhaltenskodex der EG (1980) Seite 18
4. Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika (1980) Seite 27
5. Pazifismus in der Friedensbewegung und Gewalt in Befreiungsbewegungen - Ein christliches Dilemma? (1984) Seite 31
6. Die Kirchen in Südafrika - Erfahrungen im Kampf um Gerechtigkeit und Befreiung (1984) Seite 39
7. Frieden und Gerechtigkeit - Die internationale Verantwortung und die ethischen Aufgaben der Kirchen und der Christen am Beispiel militärischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika (1984) Seite 50
8. Predigt anlässlich der Ausstellung "Passion in Südafrika" (1981) Seite 62
9. Das "Programm zur Bekämpfung des Rassismus" des ÖRK - Eine kurze Übersicht (1984) Seite 66
10. Anhang 1: Beschluß des südafrikanischen Kirchenrats zur Frage "Disinvestment" (28.6.1985) Seite 68
11. Anhang 2: Erklärung des Rates der EKD zur gegenwärtigen Lage im Südlichen Afrika (13.9.1985) Seite 70

E I N F Ü H R U N G

=====

Südafrika macht in diesen Wochen und Monaten Schlagzeilen in unserer Presse. Wir erschrecken vor der brutalen Gewalt, mit der die weiße Regierung Polizei und Armee gegen den Widerstand der schwarzen Bevölkerung einsetzt. Viele befällt jedoch zugleich Angst und Lähmung angesichts der Frage, wo der sich ausweitende Bürgerkrieg hinführt. Wird es der weißen Minderheitsregierung erneut gelingen, den schwarzen Widerstand niederzuschießen, wie 1960 nach Sharpeville und 1976 nach Soweto? Ist ein langer Bürgerkrieg mit Millionen von Opfern unvermeidbar? Wird der Westen endlich seine Macht einsetzen, um durch Druck von außen die menschenverachtende und menschenzerstörende Apartheid zu Fall zu bringen? Oder wird er erneut zugunsten weißer Vorherrschaft intervenieren, um sein wirtschaftliches Potential in der Republik zu schützen und seine Einflußsphäre zu sichern. Lassen sich unsere Regierungen weiterhin bestimmen von der verzweifelten Alternative des Apartheidregimes, wonach es nur die Wahl gibt zwischen kosmetischen Reformen unter weißer Vorherrschaft und dem sogenannten Chaos schwarzer Machtübernahme unter dem Einfluß des internationalen Kommunismus?

Für diejenigen, die seit der ökumenischen Diskussion um das "Programm zur Bekämpfung des Rassismus" die Entwicklungen in Südafrika begleitet haben, kommen die heutigen Entwicklungen nicht überraschend (vgl. Nr. 2 und Nr. 9). Ihre Solidarität mit den Befreiungsbewegungen (vgl. Nr. 4) und ihre Forderungen an unsere Regierungen nach einer Beendigung wirtschaftlicher und militärischer Zusammenarbeit (vgl. Nr. 1 und Nr. 7) mit dem weißen Südafrika hatten immer nur ein Ziel: Auswege zu finden, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, wie er sich gegenwärtig vollzieht. Wenn sie heute Recht zu bekommen scheinen, dann besteht für sie dennoch kein Grund zum Triumph. Vielmehr ist Klage und Trauer angebracht über die Halbherzigkeit, mit der wir - geplagt von eigenen Problemen - den schwarzen Widerstand unterstützten. Wenn unsere Kirchen jetzt angesichts der Reformunfähigkeit des weißen Südafrika eine späte Neuorientierung signalisieren (vgl. Nr. 11) bleibt es fraglich, ob sie Geist und Kraft besitzen werden, um dem Ruf zur Teilnahme am Widerstand zu folgen, wie er von der leidenden Bevölkerung Südafrikas ergeht.

Die in diesem Werkstattbericht des Mainzer Arbeitszentrums der Gossner Mission gesammelten Beiträge sind entstanden auf dem Hintergrund einer intensiven Zusammenarbeit mit kirchlicher Industrie- und Sozialarbeit in Südafrika. Seit Beginn der 70er Jahre bestehen intensive Arbeitsbeziehungen mit der ökumenischen "Agency for Industrial Mission" bei Johannesburg, seit 1978 hat eine aktive Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Organisation "Young Christian Workers" Gestalt gewonnen. Zwischen 1972 und 1981 fanden in Mainz drei Industrieseminare mit Pfarrern und Gewerkschaftern aus der Republik statt. Das Mainzer Arbeitszentrum beteiligte sich aktiv an Gesprächen der EKD und einzelner Landeskirchen mit deutschen Firmen, die in Südafrika investieren und wirkte an der Publikation von drei Studien zum "Dilemma mit dem Kodex der EG" (vgl. Nr. 3) durch den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt mit. Seit der Gründung

der "Evangelischen Kommission für das Südliche Afrika" wurde versucht, die Herausforderungen und Erfahrungen im Kampf um Gerechtigkeit und Befreiung in Südafrika in die gesamtkirchliche Diskussion einzubringen (vgl. Nr. 4). Innerhalb der Mainzer Region wurde eine intensive Zusammenarbeit mit Gruppen und Kirchengemeinden angestrebt. In diesem Zusammenhang sind die meisten der hier vorgelegten Beiträge entstanden.

Man wird mit der Prognose nicht fehl gehen, daß der Weg zu einem befreiten und gerechteren Südafrika weit sein wird. Wir erheben mit unseren Überlegungen zu den Entwicklungen seit 1976 nicht den Anspruch, Vorschläge zur Lösung des gewaltreichen Konfliktes zu bieten. Wir hoffen aber, daß die von uns ausgewählten Arbeiten viele Menschen ermutigen werden, diesen dornenreichen Weg mitzugehen und im Streit um die Zukunft Südafrikas zu einem klareren Urteil und zu einem eindeutigeren Zeugnis zu gelangen. Auch im Blick auf Südafrika gilt, daß die Angst ein schlechter Lehrmeister ist. Angst vor unkalkulierbaren Entwicklungen kann dann konstruktiv werden, wenn sie sich nicht gegen Menschen richtet, die die Risiken des Widerstandes auf sich genommen haben, sondern wenn sie Angst für die Zukunft dieser Menschen bleibt.

Mainz, zum Erntedankfest 1985

Karl-Heinz Dejung

Werner Petri

Michael Sturm

Verantwortlich:

Karl-Heinz Dejung

WIE LANGE KANN DAS WEISSE SÜDAFRIKA ÜBERLEBEN? *

Die Überschrift über unserem heutigen Abend ist der Titel eines Buches, das im Jahre 1977 von einem angesehenen englischen Wissenschaftler publiziert wurde. Die provozierende Frage, wie lange das von 4,5 Millionen Weissen beherrschte Südafrika überleben kann, ist deshalb nicht aggressiv gemeint, wie wir dies vielleicht beim ersten Hören vermuten. Hier wird nicht - wie oft unterstellt - die Frage formuliert, wann die Weissen ins Meer getrieben werden. Gefragt wird vielmehr, wie sich die Veränderungen im Südlichen Afrika seit dem Ende der portugiesischen Politik in Mozambik und Angola, seit der Befreiung Zimbabwes auf die Entwicklungen in Südafrika auswirken. D. h. aber auch: gefragt wird nach der Stärke und dem Beharrungsvermögen der Weissen gegenüber den Forderungen von mehr als 20 Millionen Schwarzen nach Teilhabe an politischer und wirtschaftlicher Macht in einem pluralistischen und rassistisch integrierten Südafrika.

Was sind also jene Kräfte, die die weiße Alleinherrschaft unterstützen und stabilisieren trotz der einhelligen Verurteilung der Apartheid innerhalb der Völkerfamilie, trotz der Nichtanerkennung der sog. unabhängigen Heimatländer durch alle Staaten der Völkerwelt, trotz der zunehmenden Aktivitäten der Befreiungsbewegungen, die den Bürgerkrieg mit Angriffen auf politische und wirtschaftliche Zentren ins Land getragen haben?

Erinnern wir uns bitte noch einmal an einige Ereignisse der zurückliegenden 10 Jahre: Ende der 60er Jahre wurde vor allem von schwarzen Politikern im Südlichen Afrika auf die Gefahr eines Vietnam Europas in dieser Region hingewiesen. Mit dem Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialherrschaft im Jahre 1974 erschien vielen in dieser Region der Zusammenbruch der weißen Regierungen in Rhodesien, Namibia und Südafrika nur noch eine Frage der Zeit. Signal dieser optimistischen Erwartungen war der Aufstand in Soweto und anderen Trabantenstädten im Sommer 1976, wo sich ein neues schwarzes Selbstbewußtsein unüberhörbar zu Wort meldete, aber mit militärischer Gewalt niedergeschossen wurde. Hier zeigte sich erstmals in aller Deutlichkeit, daß die weiße Vorherrschaft in die Verteidigungsrolle gedrängt ist, aber daß sie wirtschaftliche, politische und militärische Potenz genug besitzt, um sich auf einen langen Verteidigungskampf einzulassen. Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes im vergangenen Jahr ist für die Unterdrückten in Südafrika die Möglichkeit der Freiheit nähergerückt, aber gleichzeitig zeigt sich erneut: die weiße Minderheit ist nicht bereit, ihre Privilegien kampflos aufzugeben.

Wir wollen also heute abend fragen, wie die jüngsten Entwicklungen in Südafrika zu beurteilen sind. Welche Möglichkeiten der Einflußnahme dem Westen gegeben wären, würde er mit der

* Vortrag vor der Evangelischen Kirchengemeinde in Wetzlar im November 1981 - Der Titel dieses Beitrages bezieht sich auf R. W. Johnson, How long will South Africa survive? London/New York/Johannesburg 1977

Verurteilung der Apartheid in Südafrika ernst machen.
In einem abschließenden Teil will ich auf die Aufgaben der Kirchen in Südafrika eingehen und sie auf die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den südafrikanischen Kirchenrat hinweisen.

Noch eine Bemerkung zum Schluß: Wir befreien nicht Südafrika. Aber wir stehen in einer Mitverantwortung und können Hindernisse auf diesem Weg der Befreiung beseitigen helfen, die von uns mitverantwortet werden. Wir maßen uns nichts an, sondern versuchen Antworten zu geben auf die Fragen schwarzer Mitchristen.

I. Die sog. "Totale Strategie": Reformen, aber keine Veränderung!

In unserer Presse ist es gegenwärtig vergleichbar still geworden im Blick auf Südafrika. Wir sind zu sehr mit unseren eigenen Problemen des inneren und äußeren Friedens beschäftigt, als daß wir uns mit dem Südlichen Afrika weiter belasten müßten. Dennoch zeigt sich dem aufmerksamen Beobachter eine intensive Propagandatätigkeit Südafrikas vor allem innerhalb der Kirchen unseres Landes. Ich erinnere hier nur an den Brief des Vorsitzenden der DTA an mehr als 10.000 Pfarrer in der BRD oder an den Versand eines Buches gegen den Weltkirchenrat seitens der südafrikanischen Botschaft. Ziel aller dieser Bemühungen ist es, die gegenwärtige Politik des weißen Südafrikas unserer Bevölkerung näher zu bringen. Unter dem Begriff der "Totalen Strategie" wird hier eine sog. Reformpolitik vorgestellt, die den Anspruch erhebt, die Rassenprobleme des Landes zu lösen. D. h., die südafrikanische Regierung versucht, westlichen Augen die Entwicklungen im Land akzeptabel zu machen, ohne an der bestehenden Macht- und Herrschaftsstruktur des Landes etwas zu ändern.

Der Begriff "Totale Strategie" wurde von dem ehemaligen General und jetzigem Verteidigungsminister Malan aus den Erfahrungen der portugiesischen Kolonialkriege entwickelt. Malan erkannte aus dem Niedergang der portugiesischen Kolonialherrschaft, daß auch die bestorganisierte Armee nicht in der Lage ist, sich gegen eine totale Opposition im Lande durchzusetzen. Er zog daraus den Schluß, daß Südafrika zumindest die Unterstützung bestimmter Gruppierungen gewinnen muß, um die weiße Vorherrschaft zu verteidigen. Ziel der Politik mußte es deshalb sein, die fortschrittenen Teile der schwarzen Bevölkerung zu beruhigen und vor allem die Unabhängigkeit der sog. schwarzen Heimatländer durch eine verstärkte Umsiedlungspolitik zum Ende zu führen. In diesen kaum lebensfähigen unabhängigen Staaten sollen 71,9 % der Gesamtbevölkerung auf 13 % des Landes untergebracht werden. Demgegenüber gelten 87 % des Landes als weißer Sektor, in dem 28 % der Bevölkerung dauernde Aufenthaltsberechtigung haben.

Die Regierung setzt in ihrer Politik der "Totalen Strategie" zweitens auf neue wirtschaftliche Trends. Dem Verlangen der Industrie nach mehr schwarzen Arbeitskräften hat sie mit einer neuen Arbeitsmarktpolitik geantwortet. Sie hat dabei erstmals dem Aufbau schwarzer Gewerkschaften zugestimmt, aber sie zugleich einer strengen Registrationspflicht unterworfen. Dies bedeutet

jedoch im Klartext, daß schwarze Gewerkschaftsarbeit allein möglich wird unter einer strikten Kontrolle des Staates. Nicht nur Satzungen sind genehmigungspflichtig, Protokolle und Mitgliedschaft anzeigepflichtig. Vor allem sind die Finanzquellen offenzulegen. Damit geraten solche ersten Versuche einer gesetzlich erlaubten Selbstorganisation von Arbeitern sofort in die Gefahr der Staatskontrolle. Zudem ist ihnen jede politische Betätigung verboten, eine Aufgabe, die sich im Rahmen eines Unrechtssystems bei jeder Einzelfrage stellt.

Diesen Sachverhalt gilt es zu bedenken, wenn wir in unserem Lande die Frage stellen, inwieweit deutsche Firmen durch ein verändertes Verhalten in ihren Betrieben einen Beitrag zur Überwindung der Apartheid leisten wollen und können. Sie wissen, daß es in diesem Zusammenhang eine heftige Debatte gibt, um den Wert des von der Europäischen Gemeinschaft empfohlenen Verhaltenskodex für Firmen, die in Südafrika investieren. Innerhalb des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt sind in den vergangenen Jahren drei wertvolle Studien verarbeitet worden, die deutlich zeigen, daß der Kodex - wird er von den Firmen beachtet oder nicht - zur politischen Veränderung der Machtverhältnisse wenig beigetragen hat.

Die totale Strategie der Regierung Botha hat in den letzten zwei Jahren die Preisgabe zweier Gesetze angekündigt, die von den Buren innerhalb der weissen Minderheit weithin als Eckpfeiler des Systems angesehen werden: das Immoralitätsgesetz und das Gesetz der Mischehen. Beide Gesetze betreffen intime Beziehungen und Ehen zwischen Menschen verschiedener Hautfarbe. Vorausgesetzt es käme zu einer solchen Veränderung innerhalb der Gesetzgebung und zum Abbau einer solchen Diskriminierung, es wäre jedoch nichts geändert an der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Struktur weißer Alleinherrschaft. Geändert wäre doch lediglich die Überzeugung, daß solche offensichtlichen menschenunwürdigen Gesetze dem politischen und wirtschaftlichen "Überleben der Weißen" eher schaden als nutzen.

Der entscheidende 4. Schwerpunkt innerhalb der "Totalen Strategie" der gegenwärtigen Regierung besteht meines Erachtens in einer sukzessiv durchgeführten Militarisierung des Landes. Südafrika hat in den letzten 10 Jahren seine Militärausgaben versiebenfacht und seine Truppenstärke verdreifacht. Es kann -einschließlich der Polizeikräfte und Bürgerwehren - in kürzester Zeit fast 1/2 Million an militärisch einsetzbaren Kräften mobilisieren. Südafrika besitzt dank westlicher Hilfe und Zusammenarbeit modernste militärische Technologie und nach dem Urteil von Experten die Atombombe. Alle diese Zahlen weisen darauf hin, daß man sich extensiv auf militärische Aufgaben vorbereitet und eine durchgehende Militarisierung des Landes im Gange ist.

Dabei ist es nicht von der Hand zu weisen, daß der Westen an einem militärisch starken und politisch stabilen Südafrika großes Interesse hat. Seitdem die Route um das Kap der guten Hoffnung zum Sicherheitsinteresse der amerikanischen Regierung erklärt worden ist, verbürgt ein weißes Südafrika mehr

denn je die Sicherheit westlicher Öllieferungen. Zwar werden die in den 70er Jahren entwickelten Pläne zur Ausdehnung des NATO-Aufgabenbereiches in den Südatlantik gegenwärtig nicht mehr diskutiert. An dessen Stelle sind jedoch konkrete Pläne einer SATO getreten, die eine direkte Zusammenarbeit der USA mit Südafrika ermöglichen würden.

An diesen vier Einzelelementen habe ich zu illustrieren versucht, daß die sog. Reformpolitik der "Totalen Strategie" Südafrikas eine Stabilisierung und Konsolidierung der gegenwärtigen Politik gleichkommt, in der weiterhin die Mehrheit der Bevölkerung von der Beteiligung an den Entscheidungsprozessen über Politik und Wirtschaft des Landes ausgeschlossen bleibt. Wahlrecht, Landbesitz und Freizügigkeit für die schwarze Bevölkerung sind in der proklamierten Reformpolitik in keiner Weise thematisiert, geschweige denn als Aufgaben und Ziele angepackt. Deshalb warnte auch der südafrikanische Kirchenrat in einer jüngsten Stellungnahme eindringlich davor, den Autoritäten Zugeständnisse zu unterstellen. Vielmehr handelt es sich um "kosmetische Veränderungen" ohne echte Veränderungen. Oder im Bild gesprochen: Innerhalb des Gefängnisses wird die Situation des Gefangenen verbessert, aber an eine Freilassung ist nicht gedacht.

II. Mitverantwortung und Handlungsmöglichkeiten des Westens

Wie Sie gewiß wissen, gibt es seit mehr als 10 Jahren eine intensive Diskussion über die Frage der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den westlichen Industrienationen und dem weißen Südafrika. Dies betrifft auch die Bundesrepublik Deutschland. Nach Großbritannien und den USA ist die BRD der größte Investor. Rund 450 Unternehmen sind in Südafrika vertreten. Die Gründe für dieses starke Engagement sind eindeutig. Im Januar 1981 warb das Manager Magazin für eine solche Politik mit guten Argumenten: "In kaum einem anderen Land der Welt verzinsen sich Investitionen so gut wie in der Republik Südafrika". Dabei steigt die deutsche Investitionsquote am stärksten. Innerhalb der Periode 1972-1976 wuchsen die deutschen Investitionen mit 113% schneller als die Großbritanniens und der USA. Die Bundesregierung bietet als Anreiz die Vermeidung der Doppelbesteuerung, Südafrika wirbt mit dem Finanz-Rand. Das heißt: Wer investiert wechselt die DM um rund 30% günstiger als der Tourist, erzielte Gewinne kann man aber nur zum vollen Preis ins Mutterland zurücktransferieren. Wer einmal investiert hat, zieht es deshalb vor, die Gewinne in Südafrika zu reinvestieren. Innerhalb der Handelsbeziehungen führt die BRD, was die Importe nach Südafrika betrifft, im Blick auf Exporte Südafrikas zu uns liegen wir an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten.

Seit Anfang der 70er Jahre haben wir innerhalb der Ökumenischen Bewegung eine sehr heftige Debatte zur Frage, inwieweit die wirtschaftlichen Verflechtungen zur Stabilisierung der Apartheidpolitik beitragen. Sie erinnern sich vielleicht, daß schon 1972 der ÖRK zu einem Investitionsstop und zum Rückzug von Investitionen aus Südafrika aufgerufen hat. Die Be-

fürwörter von solch wirtschaftlichem Druck auf Südafrika sehen in solchen Sanktionsmaßnahmen den letzten Versuch zu einem einigermaßen friedlichen Veränderungsprozeß. Die Gegner des Boykotts von Südafrika berufen sich in ihrer Verteidigung auf die These, daß wirtschaftliches Engagement langfristig zur Überwindung der Apartheid beitrage.

Der Südafrikanische Kirchenrat hat im Jahre 1977 eine sehr ausführliche Studie zur Investitionsfrage vorgelegt. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß es bisher keine Anzeichen dafür gibt, daß wirtschaftliches Engagement zur Überwindung der Apartheid beitrage. Er hat deshalb den Investoren des Westens empfohlen, keine neuen Investitionen in Südafrika vorzunehmen bis es zu einer Klärung dieser Frage kommt. Dabei muß man bei der Interpretation einer solchen Aussage folgendes wissen: Jeder, der zum Investitionsstop oder anderen Sanktionsmaßnahmen gegenüber Südafrika aufruft, muß als Bürger des Landes mit hohen Gefängnisstrafen rechnen. Kein anderer als der gegenwärtige Generalsekretär des SACC, Bischof Desmond Tutu, mußte dies vor zwei Jahren erfahren, als er in einem Interview in Dänemark zum Boykott der Kohlelieferungen nach Dänemark aufrief. Der Passenzug für zwei Jahre war ein erster Schritt, um eine solche Stimme zum Schweigen zu bringen. Im gleichen Sinne muß auch die jüngste Stellungnahme des Kirchenrates in dieser Fragestellung interpretiert werden. Im Februar 1981 erklärte dessen Exekutivausschuß: "Zunehmende ausländische Investitionen in Südafrika sind ein lebenswichtiger Teil der totalen Strategie von Premierminister Botha. Dazu gehören auch Zugeständnisse und Anpassungen in den Bereichen der Arbeitswelt (Gewerkschaften, Beschäftigung, Ausbildung), des Sports und anderer Dienstleistungen, die alle den Eindruck von Reformen vermitteln. Gleichzeitig wird jedoch das politische und wirtschaftliche System der Unterdrückung und Ausbeutung verstärkt und perfektioniert. Die Exekutive des Südafrikanischen Kirchenrates ruft alle diejenigen auf, die sich um ausländische Investitionen, Kredite und Handelsabkommen mit Apartheid Südafrika Sorgen machen,

1. eindeutig die Frage zu stellen: Trägt diese Handlung zur Erleichterung und Förderung der Durchsetzung der vollen Menschenrechte für alle Bewohner Südafrikas bei?
2. ihre wirtschaftlichen Entscheidungen auf die Verpflichtung auf dieses Ziel zu gründen".

Eine solche Stellungnahme zeigt sehr deutlich, daß innerhalb der schwarzen Gemeinschaft in Südafrika der Glaube wächst, daß nur durch eine Strategie des wirtschaftlichen Drucks im Rahmen von Sanktionen Wandel eingeleitet werden kann. Die Vertreter der unterdrückten Mehrheit der Bevölkerung fordern Sanktionen in dem vollen Wissen, daß sie sehr harte Folgen haben werden. Aber sie übernehmen solches Leiden, weil sie davon überzeugt sind, daß es ein "Leiden mit Hoffnung" ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch zwei Gesetzesmöglichkeiten erwähnen, die deutschen Unternehmern zu denken geben müßten. Einmal hat sich die südafrikanische Regierung die

Vollmacht gegeben, Waren und Dienstleistungen privater Firmen jederzeit dann enteignen zu können, wenn das Regime dies für die Staatsicherheit für notwendig erachtet. Zum anderen gibt es die gesetzliche Möglichkeit, private Unternehmen bei Ausbruch eines militärischen Konfliktes zu militärischer Produktion zu verpflichten. Wer also in Südafrika investiert, muß sich solchen Risiken stellen und wissen, was er tut, bevor es zu spät ist.

Zum Schluß dieser Überlegungen möchte ich noch auf einen Sachverhalt zu sprechen kommen, der in den letzten Wochen in der kirchlichen Presse heftig debattiert wurde. Der Weltkirchenrat hat im August dieses Jahres seine Verbindungen zu Banken abgebrochen, die in den letzten Jahren verstärkt Kredite an Regierung und halbstaatliche Unternehmen gegeben haben. Im Blick auf die Bundesrepublik handelt es sich dabei v. a. um die drei Großbanken, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank. Nach der spürbaren Zurückhaltung amerikanischer und niederländischer Banken in den letzten Jahren, haben sich neben der Schweiz vor allem diese deutschen Banken in dieser Sache verstärkt engagiert. Sie wurden zwischen 1972 und 1978 mit mehr als 5 Milliarden DM zu den wichtigsten Kreditgebern des weißen Südafrika. Ähnlich wie in der Investitionsfrage ist die EKD auch in Kreditfragen bisher den Aufrufen des Weltkirchenrates nicht gefolgt, sondern hat jede Mitarbeit an Strategien des Druckes abgelehnt.

Es steht außer Zweifel, daß Investitionen in die Apartheid nicht zu mehr Gerechtigkeit führen. Sie bringen nur in erster Linie wirtschaftlichen Nutzen. Für die Kirche stellt sich darüberhinaus die Frage, ob sie bereit ist, die Leidensbereitschaft der unterdrückten Mehrheit mitzutragen.

III. Situation und Aufgaben der Kirchen in Südafrika

Sie haben in Ihrem Einladungsprospektus mit Recht die Verfassung Südafrikas zitiert, in dem auf die christliche Grundlage des südafrikanischen Gemeinwesens hingewiesen wird. In der Tat Südafrika versteht seine Apartheid als Ausfluß biblischer Überlieferung und Lehre. Auch die Reformstrategie interpretiert Premierminister Botha als christliche Alternative zum möglichen Untergang. Zwar hat die staatstragende Niederländisch-Reformierte Kirche mittlerweile Abstand genommen von einer direkten theologischen Begründung der Apartheid, aber sie bejaht diese Politik weiterhin als vernünftigste Lösung des Rassenkonfliktes.

Für die ökumenische Christenheit ist deshalb Südafrika nicht ein Problem von Menschenrechtsverletzungen neben anderen. Südafrika spielt in der ökumenischen Bewegung seit 1948 deshalb eine so wichtige Rolle, weil es das ausdrücklichste Beispiel der Perversion christlicher Überlieferung zur Legitimation weißer Vormachtstellung bietet. Zudem haben sich innerhalb der schwarzen Christenheit Südafrikas zunehmend jene an die ökumenische Öffentlichkeit gewandt, die für eine Umwandlung der bestehenden Machtstrukturen eintreten. Im Südafrikanischen Kirchenrat sehen sie eine der wenigen verbliebenen

Institutionen innerhalb derer sie ihre Stimme erheben und zu ökumenischer Solidarität aufrufen können.

Der Kirchenrat selbst hat schon 1968 in seiner berühmten Botschaft an das Volk von Südafrika jede theologische Verteidigung der Apartheid als Irrlehre verurteilt. Er tritt gegenwärtig mit Nachdruck für folgende Forderungen ein:

- Einberufung einer Allparteienkonferenz unter Einbezug der Befreiungsbewegungen;
- Freilassung aller politischen Gefangenen;
- Beendigung der Zwangsumsiedlung in die sog. Heimatländer;
- Unterstützung von Kampagnen des zivilen Ungehorsams und Forderung des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung;
- Entwicklung einer Strategie der Nichtzusammenarbeit von Kirchen mit Organisationen des Staates. Dabei denkt man vor allem an den Bereich der Militärseelsorge und die Funktion von Pfarrern als Eheschließer.

Sie können sich gewiß vorstellen, daß der Südafrikanische Kirchenrat aufgrund dieser Haltung in eine zunehmende Auseinandersetzung mit dem südafrikanischen Staat gekommen ist. Dabei ist zu erwarten, daß bei einer Eskalation der Ereignisse mit einer Bannung dieser Organisation zu rechnen ist. Erste Anzeichen dazu sind in den jüngsten Diskussionen um die Finanzsituation zu erkennen. Dabei geht es der Regierung darum, den Kirchenrat von seinen Finanzhelfern aus dem Westen abzuschneiden. Denn diese Organisation ist weithin von westlichem Geld abhängig.

Man kann also mit guten Gründen sagen, daß der südafrikanische Kirchenrat sich mit allen Mitteln aus der traditionellen Rolle weißer Kirchen zu befreien sucht, die offizielle Regierungspolitik ideologisch zu unterstützen. Die Frage, wie diese Auseinandersetzungen ausgehen, ist noch offen. Aber es gibt deutliche Anzeichen für eine Verschärfung der Spannungen. Vor allem unter schwarzen Christen bildet sich deshalb gegenwärtig eine sog. "Schwarze militante bekennende Kirche" nach Analogie der bekennenden Kirche im Dritten Reich.

Es sollte sich von selbst verstehen, daß diese Entwicklung mehr verdient als unser Gebet, sie braucht unser aktives Mitleiden auch dann, wenn es uns Schmerzen bereitet. Ein afrikanisches Sprichwort sagt: "Du kannst niemandem Tränen abwischen, ohne daß Deine Hand naß wird". In diesem Sinne sehen viele Christen in der weiten Welt es als ihre Aufgabe an, aktiv teilzunehmen am notwendigen Prozeß zu Befreiung und Gerechtigkeit in Südafrika.

Schluß:

Lassen Sie mich noch einmal zurückkommen auf die provozierende Ausgangsfrage dieses Abends: "Wie lange wird das weiße Südafrika überleben". Ich konnte Ihnen darauf keine exakte Antwort im Blick auf bestimmte Jahre geben. Eines steht jedoch fest, der Westen kann durch eine Neuorientierung seiner

Politik wesentlich dazu beitragen, daß dieser Prozeß verkürzt wird. Er sollte dies auch tun im Interesse der weißen Bevölkerung. Sie werden in einem neuen Südafrika gebraucht und je eher sie bereit sind, sich den legitimen Forderungen der schwarzen Mehrheit zu öffnen, desto weniger Blutvergießen wird es in diesem Befreiungsprozeß geben.

Armut in Südafrika

Südafrika-Zeitung
Zwangsumsiedlung
Hg.v. EMW, Hamburg 1985

Die „Carnegie“-Untersuchung der Universität von Kapstadt über Armut in Südafrika berichtet 1984 über die Situation in den Homelands:

Die Zahl der Menschen in den Homelands, die ohne jedes Geldeinkommen überleben müssen, wuchs von 250 000 im Jahr 1960 auf 1,43 Millionen im Jahr 1980; das bedeutet, daß 13% aller Homelandhaushalte ohne Geldeinkommen leben.

Die Zahl derer, die weniger zur Verfügung hatten als das offizielle Existenzminimum, verdoppelte sich in diesem Zeitraum auf 8,9 Millionen Menschen. Das bedeutet, daß 1980 82% der Homeland-Bevölkerung unter dem Existenzminimum leben mußte.

1970 starben 50 260 schwarze Kinder an Hunger.

Eine Stichprobenerhebung der Universität der Transkei ergab: Mehr als die Hälfte der Haushalte (ein Haushalt umfaßt durchschnittlich 10 Personen) lebte von weniger als 80 Rand monatlich (knapp 200,- DM).

Etwa 90% dieses monatlichen Einkommens wurde durch „Wanderarbeit“ im „weißen“ Südafrika verdient.

Etwa 30% der Familien in der Transkei hatten 1983 ein Einkommen von weniger als 50 R (etwa 120,- DM), 95% davon durch Wanderarbeit verdient.

Die Situation in den übrigen Homelands ist ähnlich.

Jedes dritte schwarze Kind, so der Carnegie-Bericht, ist unterernährt und in der Entwicklung zurückgeblieben.

Prof. Francis Wilson, einer der verantwortlichen Autoren des Berichts, kommentierte den Forschungsbericht:

„Wir sind dabei, alle Menschlichkeit in Südafrika zu zerstören. Es gibt so viel sinnloses Leid und so viel sinnlose Zerstörung. Wir müßten vor Empörung schreien bei dem, was geschieht; aber ich finde, wir tun es nicht genug. Ich war in einem Krankenhaus, weniger als 300 Kilometer entfernt von der reichsten Stadt Afrikas und fand dort einen Pfleger mit 60 Babies in 40 Betten, hungerkranke Babies, die dort langsam starben. Wenn man einen solchen Ort betritt, schämt man sich, man fühlt sich elend, und es packt einen grenzenloser Zorn.“

DIE EKD IM ÖKUMENISCHEN ABSEITS - IHR VERHALTEN IM STREIT UM DAS ANTIRASSISMUSPROGRAMM *

Das Thema dieses Abends wird manchen verwundern und zum Widerspruch provozieren. So werden diejenigen, die um das starke finanzielle Engagement der EKD in der Ökumenischen Bewegung wissen bestreiten, daß sie ökumenisch abseits steht. Sie werden mit guten Gründen behaupten, daß im Gegenteil die EKD spätestens seit einem 1/2 Jahr eine Offensive begonnen hat, um kraft ihrer ökonomischen Potenz handfesten Druck auf die Gestaltung der Genfer Arbeit auszuüben. Auf der anderen Seite würden im Gegensatz zu unserem Thema die meisten Mitglieder des Rates der EKD davon ausgehen, daß sich der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) mit seinem Antirassismusprogramm ins kirchliche Abseits manövriert hat. So etwa, wenn in einem jüngst publizierten Memorandum über das Verhältnis der EKD zum ÖRK behauptet wird: "Uns scheint, daß die Grenzen kirchlicher Gemeinschaft im politisch relevanten Handeln für den ÖRK in Sicht gekommen sind" (Ökumenische Rundschau 79, S. 51). Dabei wird als Grund für diese politische Irrelevanz der Vorwurf erhoben, der ÖRK stütze sich in Maßnahmen mit politischer Bedeutung mehr auf engagierte Gruppen als auf die Mitgliedskirchen (ebd).

Diese Überlegungen zeigen uns, daß es sehr unterschiedliche Interpretationen im Blick auf das Verhalten der EKD im Streit um das Antirassismusprogramm gibt. Ich möchte deshalb im folgenden zeigen, in welcher Weise sich mir die EKD ins ökumenische Abseits begeben hat und gleichzeitig einige Gründe für dieses Verhalten herauszuarbeiten versuchen. In einem ersten Teil werde ich deshalb einige Stationen der fast 10jährigen Debatte analysieren. In einem zweiten Teil sollen in Frageform die Chancen für ein zukünftiges Engagement abgeschätzt werden. Diese Aufgabe ist nicht zuletzt deshalb lohnend, weil der Zentrallausschuß des ÖRK auf seiner jüngsten Sitzung in Jamaica einen weitreichenden Beschluß gefaßt hat. Dort wurde gegen den Druck der EKD nicht allein der Sonderfonds beibehalten. Es wurde auch die Empfehlung ausgesprochen, einen Beratungsprozeß einzuleiten, "der aufzeigt, wie die Kirchen in den achtziger Jahren in den Kampf gegen den Rassismus miteinbezogen werden können. In diesem Prozeß sollten die in den zehn Jahren seit der Gründung des Programms gesammelten Erfahrungen, die Fragen, die es aufgeworfen hat und die Kritik, die gegen das Programm vorgebracht wurde, berücksichtigt werden" (Epd-Dokumentation 6/79, S. 63).

I. STATIONEN IN DER 10-JÄHRIGEN DEBATTE INNERHALB DER EKD

Innerhalb der EKD wird immer wieder von leitenden Persönlichkeiten darauf hingewiesen, daß das Programm zur Bekämpfung des Rassismus - im Jahre 1969 ins Leben gerufen - bejaht werde.

* Vortrag im Rahmen einer Seminarreihe zur Südafrikaproblematik innerhalb der Evangelischen Kirchengemeinde in Dillenburg am 7.2.1979.

Die Kritik und Ablehnung beschränke sich dagegen in erster Linie auf den "Sonderfonds", aus dem seit 1970 etwas mehr als 3 Millionen US-Dollar an Organisationen verteilt wurden, "die von unterdrückten Rassengruppen errichtet oder zur Unterstützung der Opfer der Rassendiskriminierung gebildet worden sind". Dieses weitverbreitete Urteil ist nur beschränkt richtig. Sowohl in der Frage der Investitionen im Südlichen Afrika als auch in der Problematik der Darlehen westlicher Banken an das Forster-Regime hat sich die EKD von den ökumenischen Empfehlungen zu einem Rückzug distanziert. Zudem ist sie in einer Frage, die vor allem von den afrikanischen Kirchen thematisiert wurde, die militärische und nukleare Zusammenarbeit westeuropäischer Länder mit Südafrika, weit hinter den Erwartungen und Forderungen der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz zurückgeblieben. Ich versuche im folgenden diese generelle Abstinenz über den "Sonderfonds" hinaus aufzuzeigen.

1. Die Diskussion um den "Sonderfonds"

Die im Jahre 1970 begonnene Diskussion um den Sonderfonds knüpfte an bei der Vergabep Praxis: Hier wurden vorrangig humanitäre Programme von Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika unterstützt, die im Kampf für wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit standen. Die Debatte wurde dabei von drei Hauptthemen bestimmt: dem Gewaltproblem, dem Verzicht auf Kontrolle des Verwendungszweckes und der Frage nach der politischen Parteinahme. In der Frühphase dieser Auseinandersetzungen hatte ja die EKHN 100.000,- DM aus Haushaltsmitteln als einzige Kirche der EKD bereitgestellt. Andere Landeskirchen, wie z.B. die Rheinische, haben ihre Mitglieder in Spendenaufrufen zu Beiträgen ermutigt. Die Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland unterstützte in der Folgezeit diesen Fonds mehrmals durch Kirchensteuermittel. In einer eingehenderen Analyse könnte man zeigen, daß in der Frühphase dieser Debatte bundesrepublikanische Gesichtspunkte die Zurückhaltung bzw. Ablehnung des Sonderfonds dominierten. Zunächst ist hier die Diskussion um die EKD-Reform zu nennen. In der Genfer Initiative sahen vor allem die lutherischen Kirchen die Einheit der EKD gefährdet. Deshalb der harte Angriff gegenüber der EKHN, die mit ihrer Entscheidung das politische und kirchenpolitische Gleichgewicht innerhalb der EKD zu gefährden drohte. Sodann war vor allem im Bereich der kirchlichen Werke eine weit verbreitete Furcht vorhanden, daß durch den Sonderfonds das Ansehen von "Brot für die Welt" und des "Kirchlichen Entwicklungsdienstes" geschmälert werde. Diese Begründung zieht sich durch bis zu dem jüngsten Memorandum über das Verhältnis der EKD um ÖRK. Dort wird lapidar festgestellt: "Uns liegt z.B. daran, daß die sehr umfangreiche deutsche Beteiligung in der ökumenischen Diakonie (...) nicht in das Zwielicht gerät, insgeheim politisch problematische Ziele zu verfolgen" (Ökumenische Rundschau 79, S. 51).

Schließlich ist das berühmt gewordene Schreiben des damaligen Ratsvorsitzenden Dietzfelbinger vom September 1970 ein Indiz dafür, daß die EKD bei einem positiven Engagement den Kirchenaustritt potenter Kirchensteuerzahler befürchtete. ¹

Zu einer ersten Feuerpause mit dem ÖRK verhalf der berühmte Kompromiß von Addis Abeba vom Januar 1971. Hier wurden einmal Sonderprojekte und Sonderprogramme in Aussicht gestellt, die nicht dem deutschen Verdacht ausgesetzt waren, daß bewilligte Zuschüsse für militärische Zwecke mißbraucht werden könnten. Außerdem formulierte der ÖRK damals prinzipielle Überlegungen im Blick auf die angestrebte Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Er betonte grundsätzlich die Notwendigkeit, daß die Kirchen auf der Seite der Befreiung der Unterdrückten und der Opfer von Gewaltmaßnahmen stehen müssen. Er verzichtete zudem darauf, jene Opfer des Rassismus zu richten, die zwangsläufig zur Gewalt greifen als einer ultima ratio zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts. Er stellte jedoch vor allem fest, daß Unterstützung des Zieles der Befreiung nicht bedeuten kann, daß der ÖRK sich vollständig mit einer Bewegung und ihrem Programm identifiziert. Mit diesen Einschränkungen bejahte die Spandauer Synode vom Februar 1971 das Ökumenische Programm, ohne daß allerdings in der Folgezeit Beiträge zum Sonderfonds von Gliedkirchen offiziell geleistet wurden. Dies überrascht umso mehr, als die EKD in ihrer "Gewaltdenkschrift" dafür eintrat, daß es bestimmte Situationen geben kann, wo der gewaltsame Widerstand als "ultima ratio" zu verstehen ist. Dieses Verhalten läßt allein den Schluß zu, daß man im Blick auf das Südliche Afrika die vom ÖRK vorgegebene Lagebeurteilung nicht teilte. Sie stützte sich dabei vor allem auf Partner im Südlichen Afrika selbst - aus dem Bereich des Christlichen Instituts und des Südafrikanischen Kirchenrates - die jedoch spätestens seit den Ereignissen vom Oktober 1977 immer wieder auf Begrenztheit bzw. Unmöglichkeit gezielten gewaltlosen Widerstandes innerhalb Südafrikas hinwiesen.

Wenn ich es richtig beurteile, reichte die relative Feuerpause in der Debatte um den Sonderfonds bis in das Jahr 1978. Dabei kam der EKD zugute, daß sich der ÖRK innerhalb des sog. "Angolesischen Bürgerkrieges" nicht festlegte. Man begnügte sich damals vor und während der Vollversammlung von Nairobi (1975) mit einem Aufruf zur Versöhnung der rivalisierenden Befreiungsbewegungen, forderte den Rückzug der sog. Invasionsmächte und verurteilte generell die internationale Einmischung. Ich erwähne diesen Tatbestand deshalb, weil schon damals jene Frage anstand, die heute im Zusammenhang mit dem im Sommer 1978 geleisteten Beitrag an die Patriotische Front in Zimbabwe immer mehr ins Zentrum der Debatte gerückt ist: Ist mit einer Zuweisung an eine von konkurrierenden Organisationen eine einseitige Identifizierung mit der betreffenden politischen Bewegung verbunden? Es ist wichtig anzuerkennen, daß solche

1) Vgl. zu diesem Fragenkomplex Chr. Meyers-Herwartz, Die Rezeption des Antirassismusprogramm in der EKD, Stgt. 1979

Fragen nicht allein von der EKD gestellt werden, sondern auch von Kirchen - wie z.B. in den Niederlanden - die nach zum Teil sehr konfliktreichen Auseinandersetzungen, den ökumenischen Sonderfonds jahrelang bejaht und zum Teil auch finanziell getragen haben. Die Schwierigkeit der EKD-Position im Vergleich zu niederländischen Kirchen besteht jedoch darin, daß sie den zweiten Schritt glaubt verweigern zu müssen, ohne den ersten getan zu haben.

Ich möchte diesen Sachverhalt zum Abschluß dieses ersten Teiles noch kurz erläutern. Man kann m. E. davon ausgehen, daß es innerhalb eines Dekolonisationsprozesses zwei zusammenhängende, aber dennoch unterscheidbare Phasen gibt. Einmal den Widerstand gegen gewaltsame Okkupation und deren gewaltsame Verteidigung. Wenn man so will, kann man diese Phase der Überwindung von Kolonialismus die negative Periode nennen, innerhalb der die Anti-Haltung dominiert. Innerhalb der portugiesischen Kolonien war dieser Zeitpunkt mit dem Rückzug Portugals gekommen. Danach folgt in der Regel der schwierigere Kampf um die politischen Optionen zum Aufbau des ehemals okkupierten Landes. Die Vergabe der Mittel an die Patriotische Front erfolgte meines Erachtens am Knotenpunkt dieser beiden Prozesse. M.E. hat die EKD deshalb so große Schwierigkeiten ihre Einwände gegen diesen ÖRK-Beschluß glaubwürdig zu machen, weil sie sich bisher außerhalb des gesamten Prozesses gestellt hat. So fehlen ihr nicht allein die Erfahrungen mit diesen Bewegungen, wie sie z.B. innerhalb des Britischen Kirchenrates anwesend sind. Es fehlt ihr zudem auch das auf solchen Erfahrungen fußende Urteilsvermögen, um zu einer sachgemäßen Einschätzung der Interimsregelung in Zimbabwe unter Bischof Muzorewa zu kommen, wie sie etwa in der kritischen Beurteilung des Afrika-Sekretärs des Britischen Kirchenrates oder der Stellungnahme der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz zum Ausdruck kommen. So steht die EKD in der Tat im ökumenischen Abseits.

2. Die Diskussion um die wirtschaftliche Verflechtung der BRD mit Südafrika ²

Es gibt einen Bereich innerhalb des Programms zur Bekämpfung des Rassismus, den die EKD in ihrer Kritik am ÖRK immer ausschweigt: Die Frage ihrer Verantwortung gegenüber den wirtschaftlichen Beziehungen zum Südlichen Afrika. Dies ist überraschend, weil gerade hier die EKD immer wieder herausgefordert wurde und sie zugleich eigene Initiativen zu entwickeln versuchte. Wie Sie wissen, legte die deutsche Delegation 1972 in Utrecht anläßlich der Empfehlung zum Investitionsstop sofort einen alternativen Vorschlag vor, in dem sie sich "zunächst" zum Dialog mit Firmen über soziale Reformen in südafrikanischen Tochterbetrieben verpflichtete. Dieser Vorgang ist im Blick auf andere westliche Mitgliedskirchen des ÖRK einmalig. Auch schwedische,

2) Vgl. dazu "Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika", Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst 18, Frankfurt 1978 und B. Sjollema, Isolation der Apartheid, Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst 26, Frankfurt 1983

niederländische und britische Kirchen hatten ihre Schwierigkeiten mit der Utrechter Empfehlung. Aber sie entwickelten ihre eigenen befristeten Programme nicht im Gegenzug zum ÖRK, vielmehr gebrauchten sie in der Regel die Rückzugsstrategie als Druckmittel in ihren Gesprächen mit Unternehmen. Sie kamen dann, so in Schweden und in den Niederlanden spätestens im Jahre 1976 zu einer Bejahung der ÖRK-Strategie und forderten ihre Regierungen auf, Instrumente zu entwickeln, um zumindest neue Investitionen in Südafrika zu erschweren bzw. zu verhindern.

Zwar hat die EKD immer wieder betont, daß sie den Dialog mit deutschen Firmen über die Qualität ihrer Investitionen in Südafrika nicht als Alternative versteht. Sie gebrauchte dazu vor allem den in der ökumenischen Diskussion benutzten Begriff der "multiplen Strategie" um den komplementären Charakter der eigenen Initiative zu unterstreichen. Doch Verlauf und vorläufiger Abschluß der Firmengespräche zeigen, daß diese Formel den unterschiedlichen Ansatz kaum verdecken kann. Ich möchte die im folgenden näher erläutern.

Zunächst gilt es festzustellen, daß der Begriff "multiple Strategie" doppelsinnig gebraucht wurde. Angewandt auf die Investitionsfrage diente er einmal - vor allem in den Gesprächen mit den Firmen - zur Beschreibung von Strategien, die die Konfrontation vermeiden und den Dialog suchen. Zum anderen wird er in Stellungnahmen zu Empfehlungen des ÖRK gebraucht, um Wege zur Stärkung der Selbsthilfebchancen der schwarzen Bevölkerung zu suchen. Diese unterschiedliche Zielangabe der sog. "multiplen Strategie" brachte die EKD nicht nur gegenüber dem ÖRK in Zugzwang, sie war zudem mit der expliziten Abgrenzung vom ÖRK dem Druck der deutschen Industrie ausgeliefert bzw. lieferte sich dieser bewußt oder unbewußt selbst aus. Ich denke, daß die von der EKD in Auftrag gegebene Auswertungsstudie der Firmengespräche, die - ähnlich wie andere Forschungsvorhaben - nicht publiziert werden durften, dieses Dilemma deutlich machen würde.

Ein zweiter Sachverhalt ist jedoch noch einschneidender. Die EKD kalkulierte in Utrecht 1972 bewußt das Scheitern des Dialoges mit den Firmen ein, indem sie diesen befristete. Die Gespräche selbst, die zwischen Mai 1973 und Anfang 1975 liefen, wurden nach mehrmaliger Mahnung und Aufforderung seitens der Synode dann auf der berühmten Königsteiner Konsultation im Oktober 1977 für gescheitert erklärt. Dennoch beschloß der Rat am Abschluß dieses Prozesses, erneut das Gespräch mit den Firmen zu suchen. Dabei berief er sich auf zwei Prozesse: Einmal den von der Europäischen Gemeinschaft im August 1977 verkündeten "Verhaltenskodex", der als eine Bestätigung der EKD-Strategie erschien. Zum anderen auf eine von der EKD in Auftrag gegebene Studie des Südafrikanischen Kirchenrates. Diese Studie kam im Sommer 1977 zu dem Ergebnis, daß westliche Investitionen entgegen den Voten der industriellen Befürworter bisher nicht zur Überwindung der Apartheid, sondern zu ihrer Stabilisierung beigetragen haben. Diese Studie beschränkte sich sodann bewußt auf das Formulieren von Bedingungen bei Investitionen,

die in Südafrika kaum realisierbar sind. Hinter dieser Haltung des Kirchenrates stand das Dilemma, daß es in Südafrika bei Strafe verboten ist, positiv zu Fragen eines Wirtschaftsboykotts Stellung zu nehmen. Man muß deshalb wohl sagen, daß die EKD sich bei der Benutzung dieser Studie zur Legitimierung der eigenen Position bewußt über dieses Dilemma südafrikanischer Christen hinwegsetzte und die kontextuell verständliche Zurückhaltung als prinzipielle Aussage mißbrauchte.

Schließlich soll noch eine dritte Beobachtung nachgetragen werden. Die EKD beschloß zwar die Firmengespräche fortzusetzen, hat aber seitdem - und mittlwerweile ist ein Jahr vergangen - keine Schritte in diese Richtung unternommen.

Die Haltung der EKD in der Investitionsfrage ist deshalb so schwer verständlich, weil die Aufforderung zum Rückzug von Investitionen ja dem prinzipiellen Eintreten für gewaltlose Veränderungsstrategien aus der Debatte um den Sonderfonds entspricht. Bei wirtschaftlichen Sanktionen handelt es sich ja gerade um ein völkerrechtlich anerkanntes Instrument gewaltlosen Widerstandes. Dieser Widerspruch in der EKD-Haltung stellt die Glaubwürdigkeit ihrer theologisch begründeten Absage an den Rassismus als Herrschaftsideologie grundsätzlich in Frage. Er ist in erster Linie zu verstehen auf dem Hintergrund des Bekenntnisses zur Volkskirche, in der die Loyalität gegenüber den Erwartungen der Mitglieder für die ethische Urteilsbildung gewichtiger ist als die Verbundenheit gegenüber der ökumenischen Gemeinschaft. Daß dieser Tatbestand gerade im Bereich wirtschaftlicher Fragestellungen überaus deutlich wird, ist bestimmt kein Zufall.

Die Erfahrung mit der Investitionsproblematik legt zumindest den Verdacht nahe, daß die bewußte oder unbewußte Rücksichtnahme der EKD auf die Interessen der Industrie wesentlich ist für die Erhaltung des innerkirchlichen Kräftegleichgewichts. Diese Erfahrung wäre auch zu belegen an der Weigerung der EKD, sich an Boykottaktionen gegenüber Banken zu beteiligen, die Darlehen an staatliche und parastaatliche Unternehmen Südafrikas vergeben. Hier gibt es Erfahrungen westeuropäischer Kirchen, die belegen, daß solche Initiativen nicht erfolglos sein müssen. So hat z.B. die European-American-Banking Cooperation nicht zuletzt aufgrund gezielter Aktionen amerikanischer und niederländischer Kirchen im Jahre 1977 darauf verzichtet, weitere Kredite an Südafrika zu vergeben. Meine These wäre also: Nicht durch Erfolglosigkeit hat sich die EKD ins ökumenische Abseits manövriert, sondern durch die defätistische Weigerung, entsprechende Initiativen durchzustehen und aus den gemachten Erfahrungen Konsequenzen zu ziehen. Nicht die Firmengespräche waren falsch, sondern die Funktion der Abgrenzung vom ÖRK, die man den Gesprächen gab und die Entschlußlosigkeit im Blick auf notwendige Konsequenzen.

3. Die Problematik der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika ³

Sie alle wissen, daß seit dem Jahr 1975 eine kontroverse Diskussion um die Frage der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika tobt. Ich kann hier nicht auf die Einzelheiten dieser Debatte eingehen, dies selbst wäre ein abendfüllendes Thema. Nicht zuletzt die jüngsten Enthüllungen um den Bundesnachrichtendienst haben den Anklagen afrikanischer Staaten für militärische Zusammenarbeit Gewicht gegeben. Wer sich darüber genauer informieren will, sei auf die Materialien des jüngsten Kongresses der AAB zu dieser Frage vom November 1978 verwiesen, sowie auf eine Gegendarstellung des Auswärtigen Amtes, die selbst in Kreisen der SPD als polemisch eingestuft wurde.

Ich möchte in unserem Zusammenhang lediglich auf die Auseinandersetzungen zwischen der EKD und der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz verweisen, weil damit erneut ein ökumenisches Abseits deutlich wird. Nach schweren öffentlichen Kontroversen war es zu dieser Frage im Mai 1976 zu einer Konsultation in Arnolds-hain gekommen. In einem Kommuniqué hatte sich die deutsche Delegation verpflichtet, dem Rat der EKD zu empfehlen, die Bundesregierung aufzufordern, "auf private Unternehmen und Gesellschaften einzuwirken, damit diese auf jegliche nukleare Aktivität in Südafrika verzichten." In der Folgezeit wurde diese eindeutige Empfehlung mehr und mehr zurückgenommen. So beschränkte sich der Rat der EKD auf entsprechende Anfragen im Auswärtigen Amt und ließ sich - obrigkeitsgehorsam - mit der Auskunft beruhigen, daß eine solche Zusammenarbeit nicht bestehe. Noch gravierender ist der Tatbestand, daß der Ratsvorsitzende, Bischof Class, im Juli 1976 in einem vertraulichen Schreiben an den Direktor der Kernkraftunion die in Arnolds-hain formulierten Erkenntnisse und Empfehlungen wieder zurücknahm.

Auf diesem Hintergrund wird es verständlich, daß die Gesamtafrikanische-Kirchen-Konferenz in einer Stellungnahme zur Zentralausschußsitzung in Jamaica (1979) dieses Verhalten der EKD ihrem Protest gegenüber dem Sonderfonds konfrontierte und sie eindringlich an die Einlösung ihrer Versprechungen aus dem Jahre 1976 erinnerte.

II. CHANCEN UND MÖGLICHKEITEN FÜR EINEN AUSBRUCH AUS DER ÖKUMENISCHEN ISOLATION

Die allseits geforderte Auswertung der in den zurückliegenden 10 Jahren gemachten Erfahrungen mit dem ökumenischen Programm bietet meines Erachtens der EKD eine letzte Chance, aus dem ökumenischen Abseits in Sachen Rassismus auszubrechen. Allerdings sollten wir uns keine Illusionen darüber machen, daß schon die Ausgangsposi-

3) "Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland Südafrika", hg. von der AAB, Bonn Dezember 1979.

tion für den angestrebten Beratungsprozeß schwierig und schlecht ist. Während die EKD in diesem Prozeß davon ausgeht, "Richtlinien und Kriterien des Programms und des Sonderfonds" zu überprüfen, geht es dem ÖRK in erster Linie darum, die "Kluft zwischen prinzipieller Ablehnung des Rassismus und faktischer Untätigkeit zu schließen". Die EKD versucht angesichts der verschärften Problemstellung im Südlichen Afrika letzten Endes der Frage nach der politischen Option beim Aufbau befreiter Nationen auszuweichen und Solidarität mit Unterdrückten in den Bereich zwischenkirchlicher Hilfe zu kanalisieren. D.h. aber, den betroffenen Kirchen die Entscheidung selbst zu überlassen. Der ÖRK dagegen sucht nach neuen Mustern der Solidarität mit jenen Bewegungen, die im Kampfe stehen, ohne sich mit deren politischer Ideologie identifizieren zu wollen. Der Unterschied erscheint von außen gesehen nicht groß. Er setzt jedoch beim ÖRK ein Ernstnehmen der Befreiungsbewegungen voraus, das die EKD bisher verweigerte.

Ich versuche zum Abschluß einige Minimalforderungen zu formulieren, auf die sich Christen und christliche Gruppen im Blick auf eine offensivere Rolle der EKD für die Zeit des Beratungsprozesses konzentrieren sollten:

1. Innerhalb des Beratungsprozesses ist es vorgesehen, Vertreter der rassisch Unterdrückten zu beteiligen. Diese Möglichkeit sollte dazu genutzt werden, nicht allein Vertreter der Kirchen zu konsultieren, sondern auch Sprecher der Befreiungsbewegungen - soweit sie an einem Dialog noch interessiert sind - einzubeziehen.
2. Innerhalb der Investitionsdebatten sollte man darauf drängen, daß die EKD folgende Überlegungen den Firmen und der Bundesregierung vorträgt:
 - Gesetzliche Anerkennung von Gewerkschaften einschließlich der Garantie des Streikrechtes gegenüber Firmen,
 - Nichtgewährung von Ausfallbürgschaften für Investitionen in Südafrika gegenüber der Bundesregierung,
 - Die Erarbeitung einer Gesetzgebung gegen neue Investitionen in Südafrika, wie das zum Beispiel in Schweden geschehen ist.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu sehen, daß Ernst-Otto Czempel, der noch vor zwei Jahren im Rahmen eines umfangreichen Studienprogramms des "Katholischen Arbeitskreises für Entwicklung und Frieden" für verstärkte Investitionen in Südafrika eingetreten ist, in einer jüngsten Analyse zu folgendem Ergebnis gekommen ist: "Die BRD erwägt eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, um eine deutsche Firma daran zu hindern, in Zaire Raketen zu bauen. Denn diese Firma ist wegen

des Protestes der Welt eine "Belastung" für die BRD geworden. Wenn das Verhalten europäischer Firmen in der Republik Südafrika ebenfalls als eine Belastung empfunden würde, könnten die Europäer, etwas dagegen tun" (Das Parlament, 13,1.1979).

3. Im Blick auf die Frage der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika sollte die EKD die Einberufung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses fordern. Der Bingham-Ausschuß hat in GB bei der Aufdeckung der Hintergehung der Rhodesien-Sanktionen durch BP und Shell wertvolle Arbeit geleistet. Ähnliches sollte auch in der BRD möglich sein.
4. Die kirchlichen Werke sollten ein Programm zur Integration politischer Flüchtlinge aus Südafrika einrichten. Sie sollten ihren Spendern solche Projekte anbieten und damit ihre Angst vor der viel bescholtenen Spendermentalität überwinden.

Bei diesen Empfehlungen und Vorschlägen handelt es sich um meines Erachtens realistische Forderungen. Die EKD könnte sich deren Dringlichkeit umso weniger verschließen, als im Protestantismus Eigeninitiative bis in die finanziellen Bedürfnisse hinein mehr Gestalt gewinnt. Das heißt, je mehr christliche Gruppen solche Initiativen bis in die finanzielle Absicherung hinein selbst tragen, desto schwieriger wird es der EKD, sie durch finanziellen Druck abzuwürgen. Das jüngste Beispiel der Aktion von Frauenorganisationen zum Boykott südafrikanischer Waren ist dafür ein deutlicher Beleg. Ohne finanzielle Selbsthilfe wäre diese Initiative nie zustande gekommen. Ohne ihre finanzielle Unterstützung durch freie Gruppen kann sie nicht weitergehen.

DER ÖKUMENISCH-KIRCHLICHE STELLENWERT DER DISKUSSION
UM DEN VERHALTENS-KODEX DER EG *

1. Der Hintergrund der Kontroverse

Die Kontroverse zwischen dem KDA und der AEU um die Einhaltung des gegen die Apartheid gerichteten Verhaltenskodex der EG hat die Frage der Wirtschaftsbeziehungen der BRD zu Südafrika in die kirchliche Diskussion zurückgebracht.¹ Sie werden sich erinnern, daß dies kein neues Thema ist. Seit dem Aufruf des Zentralausschusses der ÖRK von Utrecht (1972), Investitionen aus dem Südlichen Afrika zurückzuziehen, gehört diese Problematik zu den kontroversesten innerhalb aller west- und nordeuropäischen Kirchen. Für den oberflächlichen Beobachter hat diese Empfehlung des Weltrates allein zu unfruchtbarer Polarisierung geführt. Für den, der diese Debatte genauer verfolgt und mitgestaltet hat, ergibt sich jedoch ein völlig anderes Bild. Für ihn ist deutlich geworden, daß die Weltratempfehlung eine Fülle von differenzierten Handlungsvorschlägen provoziert hat, denen das Ziel gemeinsam ist, relevante Beiträge zur Beseitigung der Apartheid und zur Überwindung der weißen Vorherrschaft in Südafrika zu formulieren und für ihre Durchsetzung einzutreten. Wenn damals nach Utrecht keine einzige west- und nord-europäische Kirche der Weltratempfehlung unmittelbar folgen konnte, so hat die Arbeit an dieser Fragestellung seitdem doch zu einigen Durchbrüchen innerhalb der Gesamtdebatte geführt. Ich denke hier etwa an die Empfehlung der Reformierten Kirche in den Niederlanden aus dem Jahre 1975, keine neuen Investitionen in dem Land der Apartheid zu tätigen. Ich erinnere weiterhin an die durch kirchlichen Druck beeinflusste Entscheidung der schwedischen Regierung, neue Investitionen in Namibia und Südafrika ab 1. Juli 1979 zu verbieten. Schließlich ist auch der jüngste Beschluß des Britischen Kirchenrates vom November 1979 zu nennen, der für einen selektiven Rückzug von Investitionen - vor allem aus dem Bereich militärischer Produktion - eintritt. Nicht zu vergessen die Forderung des Niederländischen Kirchenrates nach einem Ölembargo, der eigentlichen Achillesferse der Republik (Sommer 1979). Und - last not least - hat aufgrund der breiten ökumenischen Debatte eine intensive Orientierung in Südafrika selbst begonnen zu der Frage, inwieweit ausländische Investitionen weiße Vorherrschaft stabilisieren bzw. überwinden helfen. Die bekannte Studie des Südafrikanischen Kirchenrates "Ausländische Investitionen in Südafrika" ist dabei - angesichts der begrenzten Äußerungsfreiheit in dieser Sache - zu der erstaunlichen Empfehlung gekommen, die Einstellung aller weiteren Anleihen an Südafrika

* Vortrag im Rahmen einer Konsultation des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt in Hannover am 15.2.1980

1) Zum Text des Kodex vgl. "Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika", Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst, Bd.18, Frankfurt/M.1978, S.79ff -

zu erwägen, bis ein ethischer Verhaltenskodex für Investitionen in Südafrika angenommen und verpflichtend ist.²

Die EKD ist in ihren Stellungnahmen und Initiativen zur Gestaltung bundesrepublikanischer Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika solchen Schritten bisher nicht gefolgt. Aber sie hatte schon in ihrem Minderheitenvotum von Utrecht sich für die Durchsetzung einer Empfehlung ausgesprochen, die innerhalb der ökumenischen Debatte als ein relevanter Beitrag wirtschaftlichen Handelns zur Überwindung der Apartheid angesehen wird: die tarifrechtliche Anerkennung für Gewerkschaften schwarzer Arbeitnehmer. Mit einer solchen Förderung unterscheidet sich die EDK formell nicht von Aussagen etwa des Gewerkschaftsflügels der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC. So unterstützt etwa SACTU die gewerkschaftliche Organisation in Südafrika, ist aber gleichzeitig davon überzeugt, daß erst die Beseitigung der Apartheid echte und freie gewerkschaftliche Organisation möglich macht, die diesen Namen verdient.³

Kritik an dem Verhalten der EKD, die der eigenen Intention gerecht zu werden versucht, muß deshalb in erster Linie dahingehend formuliert werden, daß in den zurückliegenden Jahren der zentralen Frage zu wenig Raum gegeben wurde, ob unter den Bedingungen des Apartheidsystems gewerkschaftliche Organisation in Südafrika möglich ist, die einen Beitrag zur Befreiung von weißer Vorherrschaft einzuleiten vermag.

Ich hoffe, Sie können verstehen, warum ich diesen langen Anmarsch zum Einstieg in das mir gestellte Thema gewählt habe. Zum einen wollte ich zeigen, daß die Frage nach der Relevanz des EG-Verhaltenskodex nur im breiteren Zusammenhang der Frage nach effektiven Instrumenten zur Überwindung der Apartheid in Südafrika zu beantworten ist. Dies gilt nicht nur für die kirchliche Debatte, sondern auch für die EG selbst. Denn die Gemeinschaft der Neun versuchte mit dieser Initiative auf den zunehmenden Druck vor allem der afrikanischen Staaten zu antworten, durch gezielte Wirtschaftssanktionen das Apartheidregime zu einer Neuverteilung von Macht in Südafrika zu bewegen.⁴

Die Gemeinschaft suchte also durch den Einsatz ihrer wirtschaftlichen Potenz ein politisches Ziel zu fördern. In diesem Sinne stellte Aussenminister Genscher am 29.9.1977 - eine Woche nach Verkündung des Kodex - vor der 32. Generalversammlung der UN fest: "Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben einen Verhaltenskodex für europäische Firmen in Südafrika aufgestellt, der den Grundsatz der gleichen Behandlung von schwarzen und weißen Arbeitnehmern verwirklichen will. Dies ist ein wichtiger

Die Kontroverse zwischen dem KDA und der AEU ist dokumentiert in Epd-Dokumentation 50/79 (Ffm., 19.11.79). Dort die beiden KDA-Dokumente "Dilemma I + II" sowie die AEU-Studie.

Zur Kontroverse zwischen KDA und AEU vgl. auch Ansgar Skrivvers Analyse in Lutherische Monatshefte 2/1980, S. 86 ff.

- 2) Vg. "Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika", a.a.O. S.5ff, bes.S.36
- 3) Vgl. dazu den Aufruf des South African Congress of Trade Unions zum 24. Jahrestag seiner Gründung "Arbeiter Südafrikas vereinigt euch", in: Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 4/1979, S.7-9
- 4) So Marc Lenders in: "Western European Churches and Southern Africa" Vol. I: "A Learning Process in Communication", Rotterdam 1979, S.140f.

Schritt, um dort, wo wir Möglichkeiten haben, zur sozialen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Rassen beizutragen".⁵

Zum zweiten versuchte ich durch die historische Skizze deutlich zu machen, daß man in der Debatte um den Kodex eine Gewichtung der in ihm enthaltenen Empfehlungen im Blick auf das angestrebte Ziel vornehmen muß. Wie Sie alle wissen, fordert der Kodex u.a. die Zahlung eines Mindestlohnes, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Beseitigung der Rassendiskriminierung am Arbeitsplatz, die Überwindung des Wanderarbeitersystems und die freiwillige Verbesserung von Sozialleistungen seitens ausländischer Unternehmen bzw. deren südafrikanischer Tochterunternehmen. Was der Kodex jedoch an erster Stelle fordert - und damit geht er über die berühmten Sullivan-Prinzipien der USA hinaus - ist die Freiheit gewerkschaftlicher Organisation schwarzer Arbeitnehmer einschließlich der Anerkennung ihrer Tarifhoheit.

Diese Forderung ist in Südafrika der eigentliche Kritikpunkt, weil - wie etwa eine empirische Untersuchung des Arnold Bergsträßer Institutes gezeigt hat - die politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte des Landes in schwarzen Gewerkschaften einen nicht einschätzbaren politischen Machtfaktor erkannt haben.⁶

Diese Zurückhaltung gegenüber den unkalkulierbaren Risiken freier schwarzer Gewerkschaften gilt auch nach der Publikation des sog. Wiehahn Kommissionsberichtes im letzten Sommer. Hier werden zwar erstmals schwarze Gewerkschaften als Tarifpartner anerkannt, aber diese Anerkennung ist an eine staatliche Registrierung gebunden, eine Entwicklung, die von der Mehrzahl der Schwarzen als totale Kontrolle verstanden wird. Außerdem sollen ja lediglich jene 1,5 Millionen städtischen Schwarzen gewerkschaftliche Rechte erhalten, die ein Wohnrecht im weißen Sektor haben. D.h. ausgeschlossen bleiben die 3,8 Mio. Wanderarbeiter aus den Bantustans, die 750.000 Tagespendler aus den Reservaten und die 357.000 Kontraktarbeiter aus dem afrikanischen Ausland. Besonders dieser Tatbestand gibt dem Verdacht reichlich Nahrung, daß mit der Gewährung gewerkschaftlicher Rechte neben der Kontrolle eine erneute Spaltung der schwarzen Arbeiterschaft angestrebt wird.⁷

2. Überlegungen zu der Kontroverse zwischen dem KDA und der AEU

Auf dem Hintergrund dieser Vorüberlegungen scheint es mir möglich, zu einem Urteilsbildungsprozess über die Kontroverse zwischen dem KDA und der AEU zum Verhaltenskodex zu kommen.

2.1. Als ersten Punkt möchte ich betonen, daß die KDA-Studie 'Das Dilemma mit dem Kodex' eine Aufgabe stellvertretend für die EKD übernommen hat, die eigentlich von christlichen Unternehmern wahrgenommen hätte werden müssen. Diese These läßt sich

5) Zitiert bei A. Skriver, a.a.O., S. 86

6) Th. Hanf/ H. Weiland/ G. Vierdag: Südafrika: Friedlicher Wandel? Mainz/München 1978, S. 228

7) Zum Verständnis des Wiehan-Berichtes einschließlich der regierungs-offiziellen Reaktionen vgl. die Beiträge v. G. Wellmer, in: Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 4 und 7/8, 1979 (jeweils S. 3ff.)

wie folgt begründen. Im Laufe des Jahres 1978 hat sich der Rat der EKD mehrmals mit dem EG-Kodex identifiziert und diese Initiative als eine Konkretisierung der von ihm seit 1972 vorgelegten Strategie verstanden, durch bewußt assoziative Maßnahmen den Abbau der Apartheid zu erreichen. Sie sah zudem in dem Schritt der Neun eine Annäherung an jene ethischen Kriterien, die vom Südafrikanischen Kirchenrat als Voraussetzung für jede weitere Tätigkeit in Südafrika angesehen wurden.⁸

Wenn somit innerhalb der EKD anerkannt war, daß wirtschaftliche Unternehmen die Beweislast dafür tragen müssen, inwieweit sie zum Abbau der Apartheid beitragen, was hätte näher gelegen, als daß christliche Unternehmer die EKD im notwendigen Überprüfungsprozeß unterstützen. Die Tatsache, daß die AEU erst reagierte, nachdem der KDA seine kritische Bestandsaufnahme publizierte, läßt Zweifel darüber entstehen, inwieweit man auf unternehmerischer Seite bereit war, kirchliche und öffentliche Verantwortung in dieser Problematik zu übernehmen. Ein solches Urteil trifft jedoch auch den Rat der EKD. Es gibt gute Gründe dafür, daß es der EKD offiziell schwierig war, eine eigene Untersuchung über das Verhalten bundesdeutscher Firmen in der RSA an Hand der Kodex-Forderungen anzustellen. In einer Situation institutionalisierter Ungerechtigkeit bewegt man sich notwendig am Rande der Illegalität, wenn man den Versuch anstellt, mögliche Veränderungsprozesse zu analysieren und in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen. Problematisch erscheint mir jedoch in der gegenwärtigen Kontroverse, daß die EKD dem stellvertretenden Dienst seitens des KDA bisher keine Anerkennung und öffentliche Unterstützung hat zukommen lassen. Abgesehen von einem Anerkennungsschreiben seitens der Geschäftsführung der Südafrika-Kommission ist bisher vom Rat der EKD ein solcher Schritt nicht erfolgt. Der KDA sollte dies nicht allein fordern, er sollte zudem durch eine Fortsetzung dieser stellvertretenden Verantwortung die EKD auf diese Aufgabe nachdrücklich aufmerksam machen.

2.2. Die KDA Studien sind sich in ihrer kritischen Bewertung des Unternehmer-Verhaltens innerhalb der Republik der Schwierigkeit bewußt, zu objektiven und verbindlichen Aussagen zu kommen. Deshalb liefern sie konkrete Anschauungsmaterialien über das Verhalten deutscher Firmen und kommen aufgrund dieser Erfahrungen zu einem vorläufig negativen Ergebnis. Da sie konkrete Beispiele vorlegen, öffnen sie zugleich die Möglichkeit der Nachprüfung, sie stellen sich der Kritik. Ganz anders das Dokument der AEU. Hier wird vorwiegend mit generalisierenden Aussagen gearbeitet und eine Objektivität beansprucht, ohne daß diese mit konkreten Angaben untermauert wird. Und dies geschieht, obgleich die Autorengruppe der AEU-Studie sich vornehmlich aus betroffenen Firmenvertretern zusammensetzte, denen alle notwendigen Detailinformationen zugänglich sein mußten. Mit Recht fragen deshalb die Verfasser der KDA Studie

8) Vgl. "Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika", a.a.O. S. 82 u. 83ff.

9) Dilemma II, a.a.O, S. 8

in ihrer Replik: "Man hätte also mit Recht erwarten können, daß die Stellungnahme der Unternehmer die lückenhaften Informationen durch Fakten und Zahlen, durch schriftlich vorliegende Tarifverträge, Lohn Tabellen und Unterlagen über Sozialleistungen ergänzt, präzisiert, auch korrigiert hätte.... Wie leicht z.B. hätte man alle Vermutungen zur Gewerkschaftsfeindlichkeit der Unternehmer in Südafrika widerlegen können durch Vorlage schriftlicher Belege über Tarifverhandlungen oder doch zumindest durch den Nachweis, daß der Text des Kodex, der die unaufgeforderte Unterrichtung der Arbeiter fordert, an die Arbeiter verteilt worden wäre. Statt dessen wurde von uns kein Arbeiter angetroffen, der den Wortlaut des Kodex kannte, die meisten wußten noch nicht einmal etwas von seiner Existenz".⁹

Dieser Verzicht auf jede konkrete Beweisführung innerhalb der AEU-Studie läßt allein zwei Rückschlüsse zu. Entweder das von ihnen gezeichnete Bild über die positive Handhabung des Kodex läßt eine solche Argumentation nicht zu, oder aber sie befinden sich mit ihren eigenen Intentionen zur Unterminierung der Apartheid unter einem solchen Druck seitens des südafrikanischen Gesetzgebers, daß eine öffentliche Berichterstattung über die Widerstände gegenüber dem eigenen Handeln nicht möglich ist. Sollte Letzteres gegen alle Zweifel der Fall sein, dann ist es kaum zu verstehen, warum sie das von dem KDA konstatierte Dilemma mit dem Kodex nicht teilen, wonach ein Beitrag zur fundamentalen Veränderung der Apartheidsgesellschaft notwendig zu einschneidenden gesetzlichen Gegenmaßnahmen seitens der südafrikanischen Regierung führen muß.

2.3. Die KDA-Studie versucht in ihrer Analyse der betrieblichen Situation in deutschen Niederlassungen allen Elementen nachzugehen, die innerhalb des Verhaltenskodex formuliert sind. Dennoch sieht sie den Schwerpunkt der EG-Initiative zu Recht in der Frage der Anerkennung und Unterstützung freier Gewerkschaften, da allein dieses Element zur Teilhabe der Schwarzen an politischer und wirtschaftlicher Macht beitragen kann.¹⁰

Ihr Gesamturteil ist in erster Linie durch die Defizite innerhalb deutscher Unternehmen auf diesem Gebiet bestimmt: "Unterstützung schwarzer Gewerkschaften, Freigabe gewerkschaftlicher Arbeit auf Firmengrund wird in keiner der untersuchten Firmen gewährt - mit einer Ausnahme. Der größte Teil der untersuchten Firmen behindert sogar durch Einschüchterung die Gewerkschaftsarbeit schwarzer Arbeitnehmer.^{10a} Anders die Studie der AEU: Für sie ist die Problematik der Anerkennung schwarzer Gewerkschaften eine Frage unter anderen. Zudem setzt sie die in Südafrika vorhandenen verschiedenen Formen der Arbeitnehmerrepräsentation unkritisch nebeneinander. Die betriebsinternen Verbindungsausschüsse, die zur Hälfte vom Management ernannt und zur Hälfte von den Arbeitnehmern gewählt werden, verstehen sie als wirkungsvolle Arbeiterrepräsentation. Und sie berufen sich dabei auf den EG-Kodex, der in der Tat die Frage der Form gewerkschaftlicher Organisation offen hält. Er tritt ein für die Wahlfreiheit schwarzer Arbeitnehmer. Die AEU-Studie

9) Dilemma II, a.a.O, S. 8

10) Dilemma I, a.a.O, S. 38

10a) Ebd. S. 43

bleibt jedoch den Beweis dafür schuldig, inwieweit Arbeitgeber sie behindern. Gleichzeitig wird in der AEU-Studie unterschlagen, daß der EG-Kodex davon ausgeht, daß die "Existenz dieser Arten von Ausschüssen nicht die Entwicklung oder den Status von Gewerkschaften beeinträchtigen (sollte)".¹¹

Wenn die südafrikanische Regierung nach der Publikation des Wiehahn-Berichtes die Verhandlungsvollmachten dieser Betriebskomitees auszudehnen und damit den Einfluss nun anerkannter schwarzer Gewerkschaften auf die Arbeiterschaft in den Betrieben zu schwächen versucht, dann unterstützt die AEU-Studie genau diese Tendenz. Hier wird versucht, eine Gewerkschaftspolitik zu verhindern, die frei ist vom Einfluß des Managements, die den Forderungen der schwarzen Arbeiter entspricht und die den Streik auf nationaler Ebene effektiv einzusetzen vermag.

2.4. Mit der Publikation des "Berichtes der Bundesregierung über die Anwendung des Verhaltenskodex für Unternehmen mit Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen oder Vertretungen in Südafrika durch deutsche Unternehmen" (16.1.80) ist die Kontroverse zwischen dem KDA und der AEU in ein Stadium gekommen, wo ein begründetes Gesamturteil möglich ist.¹²

Wie Sie gewiss wissen, hatten die Regierungen der Neun in ihrer Initiative jährliche Berichte über die Anwendung des Verhaltenskodex durch die Muttergesellschaften gefordert und eine eigene Überprüfung der gemachten Fortschritte angekündigt. Der bundesdeutsche Bericht ist mit einjähriger Verspätung zustande gekommen. Nach langen Verhandlungen mit den Industrieverbänden wurde ein Verfahren gewählt, wonach die Firmen ihre Berichte nicht veröffentlichen, sondern der Bundesregierung übermitteln, die ihrerseits eine zusammenfassende Auswertung der Öffentlichkeit übergibt. Diese Vorgeschichte belegt nicht allein den Widerstand von Firmen, sie erklärt auch den generalisierenden und unpräzisen Stil des 15-Seitenpapiers der Bundesregierung, darin nicht unähnlich der Studie der AEU.

Dieser formellen Ähnlichkeit entspricht jedoch nicht die inhaltliche Substanz des Regierungsberichts, der auf den Angaben von 46 Firmen basiert, in denen ungefähr 90% aller in deutschen Unternehmen arbeitenden Schwarzen erfaßt sind. Der Regierungsbericht zeigt positive Entwicklungen im Bereich der Sozialleistungen, der Rassentrennung am Arbeitsplatz und teilweise innerhalb der Lohnpolitik. Er kommt jedoch in seinem Gesamturteil zu einem negativen Urteil, das in vorsichtig diplomatischer Sprache als "nicht alles in allem befriedigend" bezeichnet wird.¹³

Als solche nicht befriedigenden Ergebnisse werden explizit genannt:

- Die Kodexforderung nach Mindestlöhnen wird nur von 15 Unternehmen mit ca. 18.000 Arbeitnehmern erfüllt.

11) "Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika", a.a.O., S. 79

12) Vervielfältigtes Material für die Presse vom 16. Jan. 1980, veröffentlicht durch das Presse- u. Informationsamt der Bundesregierung (15 Seiten).

13) A.a.O., S. 13

- Die Regierung muß nachdrücklich unterstreichen, daß es für den Fortschritt des Kodex im Ganzen wesentlich ist, daß die Unternehmensleitungen mit bestehenden Gewerkschaften schwarzafrikanischer Arbeitnehmer zusammenarbeiten, oder die Bildung neuer freigewählter repräsentativer Organisationen schwarzafrikanischer Arbeitnehmer ermöglichen.
- Die Regierung weist weiterhin auf die lückenhafte Berichterstattung hin und erwartet, daß die Unternehmen, die bisher nicht berichtet haben, künftig den Berichtsforderungen des Kodex nachkommen. ¹⁴

Man kann m.E. mit guten Gründen sagen, daß der regierungs-offizielle Bericht trotz seiner Kargheit im Blick auf Einzelinformationen dem innerhalb der AEU-Studie gezeigten Bild vom vorbildlichen Verhalten deutscher Unternehmen in Südafrika entschieden widerspricht. Das am 16. Januar vorgelegte Gesamtergebnis unterstreicht nachträglich Methode und Inhalt der KDA-Studien. Der Regierungsbericht bestätigt zudem das innerhalb der KDA-Studie aufgezeigte Dilemma mit dem Kodex, wonach die Politik von Apartheid und Rassendiskriminierung einer umfassenden Realisierung der Verhaltensforderungen im Wege steht. ¹⁵

Der Regierungsbericht läßt in seiner Schlußauswertung offen, welche Schritte angesichts dieser Ausgangslage unternommen werden müssen. Er läßt es auch offen, eventuelle Maßnahmen gegenüber Firmen zu erörtern, die den Kodexforderungen nicht nachkommen.

3. Überlegungen zur Weiterarbeit mit dem Kodex

Vor allem der Bericht der Bundesregierung hat deutlich werden lassen, daß der EG-Kodex im Blick auf seine politische Zielsetzung, zur Überwindung der Apartheid beizutragen, nüchtern beurteilt werden muß. Deshalb sollte sich in der Zukunft die Diskussion darauf konzentrieren, inwieweit er als Instrumentarium zur Veränderung der Verhältnisse in Südafrika überhaupt brauchbar ist und welche weiterführenden Instrumentarien entwickelt werden müssen. Ich möchte dazu einige abschliessende Überlegungen anstellen.

3.1. Bei der Diskussion um den Kodex muß in der Folgezeit die Frage der Unterstützung freier schwarzer Gewerkschaften ins Zentrum treten. Wer dieser Forderung nicht nachkommt, auch wenn er Fortschritte auf dem Gebiet der Sozialleistungen und der Rassenintegration am Arbeitsplatz vorweisen kann, hat das eigentliche Anliegen der EG-Initiative nicht erfüllt. Denn allein durch die freie und anerkannte Organisation wächst schwarzen Arbeitnehmern eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht zu, die auch zur politischen Befreiung beizutragen vermag. In der Weiterarbeit mit dem Kodex wäre deshalb der Frage nachzugehen, ob und in welcher Weise

¹⁴) Ebd. S. 14 f

¹⁵) Ebd. S. 13

sich gewerkschaftliche Interessenvertretung in Südafrika unter den gegenwärtigen Bedingungen zu formieren vermag. Im Blick auf die Unternehmen wäre dabei der Frage nachzugehen, inwieweit diese durch selbsteingerichtete Betriebskomitees die Entwicklung überbetrieblicher Gewerkschaften verhindern. Im Blick auf die schwarzen Gewerkschaften selbst stellt sich die Frage, inwieweit diese sich der von der Regierung geforderten Registrationspflicht unterwerfen bzw. widersetzen. M.E. wäre es eine wesentliche Aufgabe kirchlicher Gremien, daß sie sich der ambivalenten Entwicklung innerhalb der Gewerkschaftsfrage in Südafrika bewußt werden und den voraussehbaren Konflikten um deren Unabhängigkeit und Freiheit stellen.

Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit seitens kirchlicher Gremien über gegenwärtige und zukünftige Arbeitskämpfe sollte zu einer Urteilsbildung in dieser zentralen Frage beitragen. Außerdem sollten kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen in Südafrika von unserer Seite unterstützt werden in ihren Initiativen, den EG-Kodex als ein Instrument zur Erkämpfung eigener Interessen und Rechte zu gebrauchen.

3.2. Kirchliche Gremien und Gruppen sollten den Bericht der Bundesregierung zum Anlass nehmen, um zu einer Verbesserung der Berichtspflicht deutscher Unternehmen aufzurufen. Die Bundesregierung sollte in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung von Einzelberichten drängen, oder sollte, wie in Grossbritannien, die Einzelberichte zur Einsicht freigeben. Weiterhin sollte die Frage der Kontrolle von Firmangaben in Südafrika selbst - wie es etwa in der KDA-Studie begonnen wurde - angegangen werden. Der innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutierte Vorschlag auf Sammlung und Aufarbeitung entsprechender Informationen im Rahmen der deutschen Botschaft in Pretoria sollte verwirklicht werden. Schließlich müßte die Bundesregierung die Frage der Sanktionsmöglichkeit gegenüber jenen Firmen in Angriff nehmen, die die Forderungen des Kodex verletzen. Zu denken wäre hier etwa an den Entzug von Hermesbürgschaften von solchen Unternehmen, auch wenn alle rechtlichen Probleme dieser Fragestellung noch nicht geklärt sind. Alle diese Forderungen zielen darauf ab, die Diskussion um den Kodex transparenter zu machen und über die Frage nach der ethischen Kontrolle von Investitionen mehr Deutlichkeit zu gewinnen. In einer diesbezüglichen Stellungnahme des Rates der EKD sollten solche Vorschläge zum Zuge kommen.

3.3. Das bisher unbefriedigende Verhalten deutscher Unternehmen im Blick auf die Realisierung des Verhaltenskodex sollte die EKD zum Anlass nehmen, in der Öffentlichkeit dafür einzutreten, daß Firmen von einer Ausweitung ihrer Aktivitäten absehen. Eine solche Stellungnahme entspräche der Empfehlung des SACC, keine neuen Anlagen in Südafrika zu unternehmen, solange ethische Kriterien nicht verpflichtend realisiert sind. Durch solches Vorgehen gewänne die EKD Anschluß an die ökumenische Diskussion um ein wirtschaftliches Disengagement und würde zugleich ihr assoziatives Verhalten gegenüber schwarzen Arbeitnehmern glaubwürdig qualifizieren.

Lassen Sie mich schließen mit einigen Überlegungen zur allgemeinen Lage. In einer weltpolitischen Lage, in der die Kaproute zum Sicherheitsinteresse der USA erklärt worden ist, wird vielen unter uns das durch den EG-Kodex formulierte Ziel der Überwindung der weißen Gewalt-herrschaft in Südafrika als "illusionär" erscheinen. Zu-dem hat die wirtschaftliche Potenz Südafrikas durch den Goldboom der letzten Monate neue Möglichkeiten geschaffen, die Militarisierung des Landes auszubauen. Sind dann noch Überlegungen zur Organisation des Widerstandes gegen die Apartheid sinnvoll, wenn die Träger dieser Politik sich verstärkter westlicher Unterstützung erfreuen können? Solche Fragen zu unterdrücken ist nicht möglich. Sich aber von ihnen in der Solidarität mit der unterdrückten schwarzen Mehrheit lähmen zu lassen, wäre verhängnisvoll. Eine Abkopplung unsererseits vom Widerstand in Südafrika würde das schon vorhandene Vorurteil bestätigen, wonach der Westen in erster Linie an der Wahrung eigener Inter-essen orientiert ist. Die Diskussion um den EG-Kodex kommt deshalb zur rechten Zeit, um uns die Augen offen zu halten für die Auswirkungen der Befreiung in Südafrika. Es ist deshalb zu erwarten, daß sich der Widerstand auch in un-serem eigenen Land und in unserer Kirche gegenüber ein-schneidenden Maßnahmen zur Überwindung der Apartheid ver-stärken wird. In Ihren Überlegungen über die eigenen Prio-ritäten der Arbeit sollten Sie diese Entwicklung berücksich-tigen.



BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IM SÜDLICHEN AFRIKA*

Einführung

Das Thema Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika ist für die EKD in unerwarteter Weise zum Tagesordnungspunkt geworden. Nicht aus der ökumenischen Gemeinschaft, wie seit beinahe 10 Jahren gefordert, sondern von den politischen Akteuren im eigenen Land ist die Frage nach einer Neubesinnung gestellt:

- Der ANC wird zu Beginn 1981 in Bonn offiziell ein Büro einrichten (zumindest mit Unterstützung der SPD),
- vor einigen Wochen empfing Außenminister Genscher offiziell Sam Nujoma, den Präsidenten der SWAPO.

Neubewertung der Befreiungsbewegungen

Die Frage nach dem Beitrag der EKD zu dieser Entwicklung zu stellen bedeutet zugleich das Eingeständnis, daß in der Frage der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika die Kirchen in unserem Lande nicht jene Aufgabe erfüllt haben, die ihnen im Verhältnis zu gesellschaftlichen Kräften sonst gern zugesprochen wird - Vorreiter- bzw. Pionierfunktion (prophetischer Auftrag).

Was immer auch die Gründe für diese Entwicklung auf politischer Ebene gewesen sind - Zimbabwe-Erfahrungen/geringere Aufmerksamkeit für diese Thematik - die Einstellung der EKD auf diese Situation bedarf einer Neubesinnung, will sie nicht in der Öffentlichkeit als opportunistisch erscheinen.

These 1: Erkennt die EKD diesen neuen Tatbestand auch als Herausforderung für die eigene Standortbestimmung im Schwarzweißkonflikt an, dann bedarf es der Revision bisheriger Positionen.

These 2: Man sollte die Frage stellen, ob die Neubewertung der Befreiungsbewegungen von der EKD überhaupt erwartet werden kann. Angesichts der bisherigen Geschichte der Verweigerung sollte man deshalb warten, bis seitens ANC und SWAPO der Wunsch nach Kontakt und Unterstützung vorgetragen wird!

- * Die Evangelische Kommission für das Südliche Afrika - in der die Gossner Mission offiziell vertreten ist - hat auf ihrer Sitzung am 4.12.1980 beschlossen, den Rat der EKD und den Vorstand des EMW zu bitten, das Gespräch mit dem ANC aufzunehmen. Der Arbeitsausschuß sollte die zuständigen Dienststellen im Blick auf die zu erstellenden Vorlagen beraten, damit es zu einem koordinierten Handeln kommt. Die folgenden Gesichtspunkte wurden zur Sitzung am 8. Januar 1981 vorgelegt.

Im folgenden einige Überlegungen zur Neuorientierung und zu einem verantwortlichen, praktischen Verhalten. Ausgegangen wird von der Prämisse:

- Es ist Verlangen nach offiziellem Kontakt/Unterstützung vorhanden;
- die Bewußtseinslage im eigenen Land macht - gerade angesichts der bisherigen Verweigerung - eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Befreiungsbewegungen nötig und geboten.

1. Elemente einer Neubesinnung im Blick auf Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika

These: Was in der gegenwärtigen Lage notwendig erscheint, ist weniger eine Neubeurteilung (theologisch und politisch) der Befreiungsbewegungen als eine aktive Verwirklichung eines bisher nur verbalen Konsensus. Zwei Elemente aus der bisherigen Diskussion sind wesentlich:

- Der berühmte Kompromiß der Zentralauschusssitzung von Addis Abeba (1971): Bejahung der Ziele der Bewegungen bedeutet nicht notwendig totale Identifizierung mit Bewegungen selbst bzw. mit einzelnen Elementen ihres Kampfes.
- In der Thesenreihe der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD "Gewalt und Gewaltanwendung in der Gesellschaft" wird anerkannt, daß dort, wo staatliche Gewalt zur Aufrechterhaltung ungerechter gesellschaftlicher Verhältnisse mißbraucht wird und gewaltfreie politische Lösungen verhindert werden, gewaltsamer Widerstand nicht verurteilt werden kann, d. h. die Anerkennung einer "ultimo ratio" wird ausgesprochen.

Auf dem Hintergrund eines solchen Konsensus wäre nicht nur der Dialog, sondern auch die Unterstützung von Zielen und bestimmten Aufgaben möglich. Dabei ist jedoch eine Einsicht von der EKD gefordert, die sie bisher nicht nachzuvollziehen bereit war: nämlich die Anerkennung des Tatbestandes, daß diese "ultimo ratio" gekommen ist und gewaltsamer Widerstand aufgrund der Gewalt weißer Vorherrschaft unvermeidbar erscheint. (vgl. D. Tutus These: "Relative violence").

2. Praktische realisierbare Schritte:

- Vorbedingung von Dialog bzw. Unterstützung ist das Eintreten für eine korrekte Darstellung der legitimen Ziele der Befreiungsbewegungen innerhalb der Öffentlichkeit und der Medien. Wenn

die EKD den Dialog suchen will, dann kann das suggerierte Bild der "Terroristen" und "Kommunisten" nicht unwidersprochen hingenommen werden: Dies ist nicht allein eine defensive Aufgabe, sondern verlangt offensive Schritte gegen Propagandatätigkeit der südafrikanischen Botschaft und Unterstützung jener Medien, die eine positive Darstellung der Befreiungsbewegungen zu geben versuchen. Konkret: Die EKD kann nicht den Dialog suchen und gleichzeitig ISSA sterben lassen!

- Unterstützung politischer Flüchtlinge, Exilanten, Wehrdienstverweigerer aus dem Südlichen Afrika im Rahmen der Tätigkeit der Werke! Dabei soll Nachdruck gelegt werden auf Unterstützung der Selbsthilfebewegungen (z.B. Stipendienfonds!)

3. Revision bisheriger Positionen

Wer den Dialog mit Befreiungsbewegungen sucht, wird sich einer erneuten Diskussion der Gesamtstrategie zu einer weltweiten Isolierung der weißen Gewaltherrschaft und einzelner Handlungselemente nicht entziehen können.

Vorschlag: Die Boykott- bzw. Investitionsdebatte sollte nicht noch einmal generell und prinzipiell geführt werden, sondern konkrete Felder der Verletzbarkeit der Republik sollten gesucht und gemeinsam mit anderen europäischen Kirchen angegangen werden.

- Im Blick auf eine Unterbrechung der Ölversorgung der Republik (Kontakt wäre hier nötig zu dem Niederländischen Kirchenrat, der eine entsprechende Initiative getroffen hat) entsteht für die EKD eine besondere Herausforderung. Wie steht es mit der technologischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und dem weißen Südafrika angesichts der Versuche, die durch einen Ölboykott hervorgerufenen Schwierigkeiten zu überwinden?
- Kredite deutscher Banken an staatliche Unternehmen! (vgl. den Brief des Nationalen Kirchenrates der USA als Indikator für die führende Rolle deutscher und schweizer Banken in dieser Angelegenheit!) Eine öffentliche Stellungnahme der EKD wäre gefordert.

Ziel: Anschluß finden an die außerdeutschen Diskussionen und Praxis in dieser Fragestellung (vgl. "Progressive Disengagement!", Britischer Kirchenrat) durch konkrete Wiederaufnahme einer eingeschlafenen Debatte.

4. Bedeutet engerer und offizieller Kontakt zu den Befreiungsbewegungen notwendig eine Revision der Haltung der EKD zum Sonderfonds?

Nach den offiziellen Verlautbarungen der EKD standen bisher

die Vergabebedingungen des Sonderfonds einer Unterstützung der Befreiungsbewegungen hinderlich gegenüber! Es wird deshalb entscheidend von den Befreiungsbewegungen selbst abhängen, in welcher Weise sie Unterstützung von der EKD erwarten und fordern! Meine These wäre jedoch, daß sie die ökumenischen Auseinandersetzungen der zurückliegenden Jahre genau kennen und jedes bilaterale Sonderprogramm mit der EKD zurückweisen werden!

Deshalb ist jeder Versuch, seitens der EKD mit den Befreiungsbewegungen zu einer, wie auch immer gearteten, Zusammenarbeit zu gelangen, mit der Aufgabe verbunden, die Haltung zum Sonderfonds zu revidieren.

5. Offizieller Kontakt zu den Befreiungsbewegungen - bedeutet dies, daß die EKD wählen muß zwischen dem ANC, PAC und der BCM?

Diese Frage stellt sich im gegenwärtigen Stand der Entwicklung nur theoretisch. Keine dieser Bewegungen vertritt z.Z. gegenüber der EKD einen Ausschließlichkeitsanspruch. Deshalb sollte der Kontakt zu allen gesucht werden und eine Fixierung auf den ANC vermieden werden.

Dies bedeutet aber auch, der Versuchung zu widerstehen, diese Bewegungen versöhnen zu wollen. So naheliegend Initiativen zu einer "Patriotic Front" für Namibia und Südafrika sind, solche Versuche müssen von den Bewegungen selbst unternommen werden, und wenn die Kirche dafür um Hilfe von allen Seiten angegangen wird, dann sollten solche Schritte - wie im Beispiel Zimbabwe auch am Schluß geschehen - unterstützt werden.



Alan Boesak verhaftet:

Einen Tag vor den von ihm initiierten und organisierten Demonstrationen für die Freilassung Nelson Mandelas ist Pfarrer Alan Boesak, Präsident des Weltbundes Reformierter Kirchen, verhaftet worden.

Der stellvertretende südafrikanische Außenminister Louis Nel erklärte, Boesak sei aufgrund von Sicherheitsgesetzen verhaftet worden, die eine Inhaftierung auf unbegrenzte Zeit erlauben. Er ergänzte, Pfarrer Boesak könne ohne Kontakt zur Außenwelt für jeweils verlängerbare Perioden von sechs Monaten festgehalten werden.

PAZIFISMUS IN DER FRIEDENSBEWEGUNG UND GEWALT IN BEFREIUNGSBEWEGUNGEN - EIN CHRISTLICHES DILEMMA ? *

1. Gegenwärtige Problemstellung

Viele unter uns machen in den letzten Jahren eine beunruhigende doppelte Erfahrung, die von manchen unserer Zeitgenossen als Widerspruch verstanden wird:

Angesichts des nicht mehr zu bestreitenden Rüstungswahnsinns, von dem gerade die beiden deutschen Staaten betroffen und bedroht sind, bringen wir die biblischen Überlieferungen der Feindesliebe, des Gewaltverzichts und der Gewaltlosigkeit in die politische Diskussion. Wir sprechen unsere Bereitschaft aus, "ohne Rüstung zu leben" und Initiativen zu einseitiger Abrüstung zu unterstützen. Auch wenn wir wissen, daß die Abschreckung mit ihrer Bedrohungsphilosophie nur sukzessive überwunden werden kann, streben wir dennoch mit allen Kräften eine Sicherheitspartnerschaft an, die nicht mehr von der Androhung von Gewalt lebt, sondern sehen im Verzicht auf die gewaltsame Austragung von Konflikten mehr Vernunft und auch mehr politische Chancen. Der Pazifismus hat unter den Christen wieder größere Attraktivität bekommen, zumindest in der Gestalt des sog. Atom pazifismus.

Auf der anderen Seite stehen Erfahrungen von Menschen in der Dritten Welt, die sie uns zu vermitteln suchen:

Angesichts zunehmender Unterdrückung von armen Mehrheiten durch reiche Minderheiten laufen sich gewaltlose Strategien zur Veränderung von Unrecht und Ausbeutung immer mehr tot. Als letzter Ausweg gegen die zunehmende Militarisierung erscheinen gewaltsamer Aufstand in Form der strategisch geplanten Guerilla einschließlich effektiver Sabotageakte, die Gewalt auch gegenüber Zivilbevölkerungen nicht ausschließen. Wo die Ideologie der nationalen Sicherheit die Privilegien einer reichen Minderheit zementiert und alle offizielle Hilfe des Westens sich an der Stabilisierung des status quo orientiert, ergehen an uns Aufrufe zur Solidarität, die von uns auch die Identifizierung mit gewaltsamen Aktionen abverlangen.

Zunächst sollten wir einmal erkennen und anerkennen, daß wir in diesem offensichtlichen Dilemma nicht allein sind. Der Weltrat der Kirchen hat sich wie kaum ein anderes kirchliches Gremium in den letzten Jahren für ein Ernst-

* Vortrag in der Ev. Kirchengemeinde Mainz-Finthen im Rahmen der Friedenswoche 1984 am 27. November 1984

nehmen der Bergpredigt bei der Neuorientierung unserer Sicherheitspolitik ausgesprochen. Er hat sich jedoch zugleich mit seinem Programm zur Bekämpfung des Rassismus eindeutig an die Seite von Befreiungsbewegungen gestellt, die im Kampf gegen rassische Unterdrückung stehen und als letzten Ausweg auch die Anwendung von Gewalt nicht ausschließen.

Diese von vielen als Widerspruch empfundene Erfahrung durchzieht die gesamte Christenheit. Sie wird als eine Grundstruktur der gegenwärtigen internationalen Politik verstanden. Einsatz und Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit wird als ambivalent erfahren, wobei Gewalt und Gewaltlosigkeit als nicht sich ausschließende Verhaltensweisen begriffen werden können. Nun kann sich Realpolitik mit einem solchen Ergebnis gewiß schnell abfinden, aber bleibt auch die christliche Gemeinde dieser unüberwindbaren Spannung ausgesetzt? Verlangt unsere Weltsituation mit der Kreuzung des Ost-Westkonfliktes durch den Nord-Südkonflikt eine doppelte Moral? Müssen wir gleichzeitig mit dem Abschied von der "Lehre vom gerechten Krieg" zumindest für Ausnahmefälle wie das Südliche Afrika und bestimmte Länder in Lateinamerika eine Lehre von der "gerechten Revolution" anerkennen?

In diese Ecke der Widersprüchlichkeit drängen uns ja immer wieder unsere Realpolitiker und deren christliche Verteidiger. Nun wissen wir, daß sie mit dieser Argumentationsweise uns als Träumer und dazu noch unglaubwürdige Revolutionäre entlarven wollen. Weil sie ihre Blöße - die offensichtliche Nähe zur Gewalt - verdecken wollen, zielen sie auf unsere Schwäche, Gewaltlosigkeit in allen Situationen durchhalten zu können. Diejenigen, die für Gewaltlosigkeit eintreten, werden dabei zu Gewalttätern erklärt und diejenigen, die die Realität von Gewalt bejahen, erscheinen plötzlich als Befürworter der Gewaltlosigkeit. Dennoch möchte ich mich mit diesem Ergebnis, sich gegenseitig den "schwarzen Peter" zuzuspielen, nicht begnügen. Ich möchte vielmehr fragen, ob es für die christliche Gemeinde am Ende des 2. Jahrtausends eine Möglichkeit gibt, dieses offensichtliche Dilemma zu überwinden. Ich nehme also die Anfragen der Realpolitiker ernst, vielleicht ernster als diese selbst bereit sind, ihre Überzeugungen zu nehmen.

2. Die zunehmende Prävalenz von Gewaltverzicht und Gewaltfreiheit innerhalb der biblischen Traditionen

Wer nach theologischer Begründung des Handelns der christlichen Gemeinde fragt, der kommt an einer Rückfrage an die biblischen Überlieferungen nicht vorbei. Er tut dies nicht, um sich dort nachträglich seine politische Auffassung abzusegnen, sondern er stellt sich in den Zusammenhang je-

ner, die durch die Geschichte ihren Versuch bezeugen, Gottes Ruf zur Nachfolge Gestalt zu geben. Wir fragen also nach einer biblisch orientierten Begründung nicht allein, um in mehr Übereinstimmung mit Gottes Willen zu gelangen; wir suchen vielmehr auch nach dem, was unseren Einsichten Kraft und Ausdauer verleiht, so daß wir diese als wahr erkennen.

Im Streit um Gewalt und Gewaltlosigkeit ist dieser Versuch biblischer Orientierung mit großen Schwierigkeiten behaftet. Denn ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Die in der Geschichte der christlichen Kirchen immer wieder dominant werdenden Gewalt- und Kriegstraditionen reichen bis in die Bibel hinein.¹ In der Frühzeit Israels finden wir nicht nur "Heilige Kriege", sondern eine enge Verknüpfung von Gott und Krieg, ja fast eine Identifizierung, so daß in der Entstehungsphase bzw. Befreiungsphase dieses Volkes von sog. "Jahwekriegen" gesprochen wird. Man kann mit guten Gründen zeigen, daß diese Kriege in erster Linie als bewaffnete Aufstände einer von Not und Unterdrückung betroffenen Bevölkerung zu verstehen sind. Denken Sie etwa an den Aufbruch aus Ägypten, wo Jahwe als Befreier von tyrannischer Sklaverei gepriesen wird oder an das Auftreten der Richter, die spontan und für kurze Zeit den begrenzten Widerstand organisieren. Die theologische Legitimation von Befreiungsbewegungen, die in ihrem Widerstand Gewalt nicht ausschließen, kann z.B. von der Grundlage dieser nicht wegzudenkenden Kriegstradition ausgehen. Doch wir geraten ins Stocken bei allzu schneller Bewunderung einer solchen Gewaltlegitimation der Befreiungsbewegungen, wenn wir uns klar machen, daß gerade die Jahwekriegstexte bis in den 1. und 2. Weltkrieg hinein als theologische Grundlage zur Aktivierung der Bevölkerung mißbraucht wurden. Das war gewiß schon deshalb falsch, weil sich die israelitischen Befreiungskriege nicht mit modernen Kriegen vergleichen lassen. Aber es bleibt die Frage, ob diese Tradition angesichts der weiteren Geschichte Gottes mit seinem Volk theologischen Beistand haben kann.

Mit der Ausbildung des israelitischen Staates unter dem Königtum Davids änderten sich Kriegsführung und deren theologische Begründung grundlegend. Mit der Aufstellung einer allzeit mobilisierbaren Söldnergruppe auf der Grundlage einer festen Besteuerung des Volkes beginnt die Phase brutaler Eroberungskriege. Sie können nicht mehr als Rettungshandeln Gottes aus der Not dargestellt werden. Deshalb entsteht hier nun - analog zu orientalischen Vorbildern - eine Jerusalemer Hof- und Tempeltheologie, wie wir sie etwa im Psalm 2 antreffen. Hier wird durch den Gedanken der Erwählung des Königs eine fast völlige Identifizierung Jahwes mit der politischen Macht des Königs vorgelegt: Mit Hilfe des davidischen Königs bündigt und regiert Jahwe die Völkerwelt und setzt damit zugleich die Anerkennung Gottes durch. Dieser Anspruch auf Völkerherrschaft gehört zum festen Repertoire der Jerusalemer Königstheologie und auch

1) Ich folge hier im Ganzen dem Referat von R. Albertz vor der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz vom 23.-27.1.1981. Dessen erweiterte Fassung ist unter dem Titel "Schalom und Versöhnung" in Theologia Practica 1983, S. 16-29, publiziert worden.

wenn diese Jerusalemer Weltreichvorstellungen als Friedensreich interpretiert werden, eines bleibt unbestreitbar: Es bleibt eine pax israelitica, erzwungen unter israelitischer Vorherrschaft. Der Krieg hört deshalb auf, weil durch die eigene Übermacht alle Gegenwehr der unterworfenen Völker zerbrechen muß. Ich möchte Ihrer Phantasie vollen Raum lassen, sich die Übertragung dieses Friedensmodells auf heutige Ansprüche auszumalen.

Für uns ist es nun wichtig zu erkennen, daß schon sehr früh die Propheten gegen diese machtpolitische Vereinbarung Jahwes durch die Jerusalemer Könige protestieren. D.h., in Israel wird zunehmend strittig, auf welcher Seite der eigene Gott steht, wenn der König zu Krieg und offener Gewalt ruft. So wandert schon im 9. Jh. Micha ben Jimla dafür ins Gefängnis, daß er ein ungünstiges Kriegsorakel verkündet (1.Ko 22). Die Gerichtspropheten erklären, daß Jahwe selbst gegen Israel im Kriegszustand liegt und Jeremia kann im babylonischen König Nebukadnezar den "Knecht Jahwes" sehen (Jer. 27,6), eine Einsicht, die ihn als Nestbeschmutzer und Wehrkraftzersetzer in die Zisterne bringt (Jer. 38, 4ff). Sie können sich dies beispielhaft an dem Text Jesaja 30, 15-17 verdeutlichen, wo jede militärische Gegenwehr gegen die assyrische Übermacht ohne Überlebensperspektive ist und allein in der Unterwerfung unter die Fremdherrschaft die Möglichkeit zur Befreiung von Seiten Gottes gesehen wird. Hier wird erstmals die Macht Gottes in grundsätzlicher Distanz zu jeder Art militärischer Macht verstanden. Denn auch Assur als Strafwerkzeug Gottes fällt als Folge maßloser Eroberungspolitik unter Gottes Zorn (Jes.10, 5-16).

Seinen alttestamentlichen Höhepunkt erfährt solche Distanzierung Jahwes vom Krieg in der Friedensvision von Jesaja 2, 2-4. Hier hat Jahwe mit Krieg nichts mehr zu tun, sondern er wird zum aktiven Friedensstifter zwischen den Völkern. Man muß dies so verstehen, daß hier die traditionelle Zionstheologie ihre imperialistische Spitze verliert. Denn die Völker kommen nicht nur freiwillig zum Zion und nicht der König, sondern Gott selbst tritt als Schlichter auf. Das Friedensreich steht deshalb nicht unter der Vorherrschaft Israels, so daß alle Parteien auf ihre Waffen verzichten können und nach erfolgter Rechtsprechung "Schwerter zu Pflugscharen und Spieße zu Sicheln umschmieden". D.h. aber, das Friedensreich entsteht nicht durch politisch-militärische Macht, sondern durch das ohnmächtige Zeugnis Gottes bzw. derer, die keine politische Macht besitzen. Gott und der Friede sind völlig getrennt von dem eigenen politischen Nutzen Israels. D.h. aber auch, die Konfliktregelung, die von Jerusalem in dieser Vision ausgeht, erhält dadurch ihre Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit, daß die gewaltsame Durchsetzung eigener Interessen im Dienst an der Völkerwelt zurückgenommen wird.

Was in dieser Friedensvision angedeutet ist, das kommt meines Erachtens in Verhalten, Geschick und Verkündigung Jesu voll zur Wirkung. Der Zusammenhang von Gottesherrschaft, Frieden und dem Verzicht auf Gewalt kommt dabei in der Bergpredigt am besten zum Ausdruck. Hier werden nicht allein die Friedensstifter als Söhne Gottes bezeichnet, sondern im Gebot der Feindesliebe wird zudem die Zerstörung des Gegners als Lösung des Konflikts ausgeschlossen. Gewaltverzicht erscheint als eine produktive Möglichkeit um Feindschaft zu überwinden und den Gegner zur Umkehr von Unterdrückung und Ausbeutung zu rufen. In dieser Einsicht Jesu scheint auch sein Widerspruch gegen die gewaltsamen Versuche der Zeloten seiner Zeit gegen die römische Okkupation und Ausbeutung begründet. Diese hatten sich explizit für ihr Verhalten auf die Jahwekriegstraditionen des AT berufen und sie für ihre eigene Situation aktualisiert. In der sog. "Goldenen Regel" wird zudem eine vernünftige Konfliktlösung angesprochen, die davon lebt, daß einer den ersten Schritt tun muß, um die Eskalation von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen. Der theologisch begründete Verzicht auf die Durchsetzung eigener Macht erscheint hier als Voraussetzung für ein vernünftiges Gleichgewicht unter den Menschen, das Leben ermöglicht und nicht zerstört. "Alles was ihr wollt, daß die Menschen euch tun, das tut ihnen auch" (Mt. 7,12). Zugespitzt müßte man sagen: "Das tut ihnen zuerst und lockt sie damit zur Nachahmung".

Wenn diese biblische Linie der Distanzierung Gottes von Krieg und Gewalt auch nur einiges für sich hat, dann kann man vielleicht folgende Überlegungen formulieren: In der Partnerschaft der Gläubigen mit ihrem Gott gewinnt die Einsicht immer mehr an Gewicht und Raum, daß mit Drohung, Bestrafung und kriegerischer Befriedigung kein dauerhafter und dem Willen Gottes entsprechender Friede zu gewinnen ist. Diese Einsicht erscheint in der biblischen Überlieferung nicht nur als Erkenntnis des Gottesvolkes, sondern - ich möchte dies einmal so gewagt "mythologisch" sagen - Gott selbst scheint einen solchen Prozeß durchzumachen. Ein durch Frieden qualifizierter Bund mit seinen Menschen scheint für Gott zunehmend nur so realisierbar, daß er selbst auf die Möglichkeit verzichtet, durch Drohung, Strafe, Krieg und Gewalt diese zum Frieden zu zwingen. In Jesus dokumentiert er selbst seinen Entschluß und seine Überzeugung, daß nur durch sein ohnmächtiges Werben um den Menschen der Weg geebnet werden kann, Menschen zu einem Frieden zu bewegen, der frei ist von Kreuzzugsgeist und imperialem Anspruch. Das heißt aber, indem Gott umkehrt vom Kriegsgott, der auf sein Recht pocht, zum Gott des Friedens, der auf Rache verzichtet, stiftet er eine Partnerschaft, die Leben ermöglicht und nicht in den Tod führt. Einen ähnlichen Zusammenhang hat der russische Theologe Berdjajew in den 20er Jahren schon einmal angedeutet, indem er davon sprach, daß in der biblischen Tradition der

Messianismus des erobernden Königs ersetzt wird durch den Messianismus des leidenden Knechtes. Das Ernstnehmen dieser Umkehr und Bewegung Gottes gibt uns deshalb auch das Recht, bei unserer theologischen Orientierung gleichzeitig qualifizierte Theologiekritik zu treiben.

3. Gewaltverzicht, Feindesliebe und Widerstand

"Nur sanft sein, heißt noch nicht gut sein!" Mit dieser Entdeckung hat Ernst Bloch in seiner Friedenspreisrede 1967 seinen christlichen Zuhörern die Mahnung in Erinnerung gerufen, daß Gewaltverzicht und Feindesliebe nicht identisch sind mit einem milden Philanthropismus. Daß Jesu Praxis trotz ihrer Absage an den Zelotismus und gerade wegen ihrer Gewaltlosigkeit als bedrohlich empfunden wurde, zeigt sein Tod, der die Auffassung der Besatzungsmacht dokumentiert, daß hier politischer Aufruhr ans Ende kommt. Jesu Verkündigung und Praxis ist ihrer Struktur nach gewaltlos, aber ihrer politischen Wirkung nach beurteilt ist sie auf keinen Fall quietistisch, sondern äußerst militant. Wer sich z.B. die radikalen Worte von der Nachfolge vergegenwärtigt, der erkennt sehr schnell, daß hier Lebenswege vorgezeichnet werden, die voll von aktivem Leiden und einer Risikobereitschaft sind, die um den Tod im Widerstand wissen. Martin Luther King hat diesen Sachverhalt treffend umschrieben, wenn er seinen Feinden entgegenruft: "Wir werden eure Fähigkeit, uns Leid zuzufügen, durch unsere Fähigkeit, Leid zu ertragen, wettmachen. Tut uns an, was ihr wollt, wir wollen euch trotzdem lieben". Der bessere Weg der Gerechtigkeit, wie er von Jesus seinen Nachfolgern vorgezeichnet wurde, ist meines Erachtens von Gandhi treffend beschrieben worden als er feststellte: "Der Unterdrückung keinen Widerstand zu leisten, ist unmenschlich. Der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, ist menschlich. Der Gewalt mit Gewaltlosigkeit zu begegnen, ist göttlich".

Ob es uns lieb ist oder nicht, für diejenigen, die sich theologisch am Vater Jesu Christi orientieren, sind Feindesliebe, Gewaltverzicht und aktive Gewaltlosigkeit der Weg zu einer besseren Gerechtigkeit. Die Gründe für diese Haltung sind klar zu benennen: Es kann niemals um die Zerstörung von Gegner oder Feind gehen und außerdem ist es den Nachfolgenden verboten, Gottes Urteil über Mächtige und Gewalttätige vorwegzunehmen. Dennoch stellen sich in bestimmten Konstellationen Herausforderungen auch für Christen, die durch diese eindeutige Prävalenz der Gewaltlosigkeit nicht ausreichend erfaßt zu sein scheinen. Welcher Weg ist z. B. in Südafrika geboten, wo ausgewiesenermaßen mit Hilfe einer christlichen Häresie bestehende Gewalt legitimiert wird. Hier haben sich seit mehr als siebzig Jahren alle Versuche einer gewaltlosen Veränderung einer international anerkannten Unrechtssituation als aus-

sichtlos erwiesen. Wäre hier nicht ein Ja zum Befreiungskampf, der gewaltsame Aktionen nicht ausschließt, ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit? Sind die Christen dieses Landes, die sich offen oder versteckt an Aktionen der Befreiungsbewegungen beteiligen, zu verurteilen, wenn sie sich aus Verzweiflung für diesen letzten Schritt entscheiden? Spielen sie mit der göttlichen Gnade, wenn sie sich in bewußter Schuldübernahme zu einem solchen Akt der Solidarität mit ihrem Volk entschließen? Haben wir ein Recht, ihnen gewaltlosen Widerstand vorzuschreiben, die wir uns seit der konstantinischen Wende gerade nicht für den Weg des prinzipiellen Pazifismus entschieden haben? Muß in einer Situation wie in Südafrika und Namibia nicht von einem kollektiven Notwehrrecht ausgegangen werden, das wir immer wieder in individuellen Bedrohungssituationen in Anspruch nehmen? ²

Mit diesen gewichtigen Fragen möchte ich die Schwere der theologischen Entscheidung an dieser Stelle betonen und sie gerade nicht bagatellisieren. Dennoch muß es uns nachdenklich stimmen, daß Christen, die in ihrer Grundhaltung pazifistisch orientiert sind, angesichts solcher Herausforderungen sich zu einer positiven Antwort hinsichtlich der Frage der Gewaltanwendung im Widerstand durchgerungen haben. Dabei ging es ihnen nicht um eine theologische Legitimation ihres Handelns, sondern sie waren der Überzeugung, daß es Situationen gibt, wo sie in bewußter Stellvertretung Schuld zur Rettung anderer übernehmen müssen. Eindeutigeres Beispiel in der protestantischen Tradition ist für viele in diesem Zusammenhang Dietrich Bonhoeffer, dessen Weg vom Pazifismus zum aktiven Widerstand gerade für Christen in der Dritten Welt zum Beispiel für eine Orientierung in der eigenen Situation geworden.

Gerade an Bonhoeffer läßt sich jedoch zeigen, daß ein solcher Schritt jeglicher Gewaltromantik entbehrt. Für ihn war der Eintritt in die Szene des Widerstandes verbunden mit der Klärung essentieller Fragen im Blick auf das sog. Gewaltmonopol des Staates. Zwar hatte er schon frühzeitig ausgesprochen, daß ein Verrückter, der über den Kurfürstendamm fährt, vom Steuer gerissen werden muß. Die Kirche darf sich also nicht damit begnügen, die Opfer politischen Wahnsinns nur zu verbinden oder zu begraben. Der entscheidende Wendepunkt, der ihn zum Mitverschwörer gegen Hitler machte, war jedoch die Einsicht, daß der totale Staat Hitlers kein legitimes Gewaltmonopol mehr beanspruchen konnte. Denn die nationalsozialistischen Machthaber waren ja gerade nicht mehr in der Lage für das zu sorgen, was die V. Barmer These als die Grundlage von Gewaltandrohung und Gewaltausübung vorsah: die Herstellung von Recht und Frieden. Bonhoeffer zog damit Konsequenzen aus dem Barmer Bekenntnis, die die Bekenkende Kirche damals in ihrer Dringlichkeit und ihrer Reichweite weder erkannte

- 2) Zu den folgenden Ausführungen diente an mehreren Stellen das Memorandum "Südafrika: Bekenntnis und Widerstand" einer Gruppe christlicher Wissenschaftler vom Oktober 1982 als Grundlage (Epd-Dokumentation 46a/82)

noch befolgte. Er wurde - auf langen Um- und Fluchtwegen - bereit zur Mitverantwortung an der Tötung Hitlers. Dieser Schritt war für ihn nicht schuldfrei, er war aber von der Überzeugung geleitet, daß die Zusage der Sündenvergebung durch Christus auch diesem Handeln gilt.

In der ökumenischen Diskussion hat sich noch eine zusätzliche Erfordernis für die Beteiligung von Christen an Befreiungskämpfen herauskristallisiert, auf deren Einlösung sie drängen sollen. Man geht davon aus, daß ein realisierbares Konzept einer neuen, funktionsfähigen Ordnung vorhanden sein muß, die die bekämpfte ungerechte Ordnung ersetzen kann. Diese Ordnung muß an dem Gedanken der Menschenrechte orientiert sein und auch den bisherigen Unterdrückern Lebensraum ermöglichen. Die Gewaltanwendung muß deshalb als ein erfolgversprechendes Mittel erscheinen, um die bestehende gewaltsame Unterdrückung in absehbarer Zeit zu beseitigen.

4. Schlußbemerkungen

Ich könnte nun diese von mir formulierten Kriterien noch einmal überprüfen an der Situation in Südafrika, um die Frage zu beantworten, ob die Frage nach einer Beteiligung von Christen am dortigen Befreiungskampf zu verwerfen ist oder ob sie in christlicher Solidarität der Schuldübernahme nur bejaht werden kann. Ich selbst neige aus eigenen Erfahrungen zum Letzteren! Wenn nötig, kann dies auch noch in der Diskussion entfaltet werden!

Was ich jedoch noch einmal zum Schluß unterstreichen möchte ist folgender Tatbestand. Für den Nachfolgenden ist Gewalt oder Gewaltlosigkeit nicht die erste Frage, wie er zu Friedensbewegungen oder zu Befreiungsbewegungen steht. Erste Herausforderung ist vielmehr die von Christus eröffnete Möglichkeit, sich an den Prozessen zu beteiligen, die sich für mehr Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Inwieweit wir Angst vor Gewalt und Gewaltlosigkeit, zu Recht oder Unrecht, haben müssen, läßt sich nicht außerhalb solcher Bewegungen abklären. Wer Gewalt oder Gewaltlosigkeit von außen aburteilt, steht nicht selten in der Gefahr, mit sogenannten abstrakten Prinzipien eigene Interessen zu verdecken.

Dabei verheißt uns die biblische Überlieferung eindeutig, daß Gewaltfreiheit nicht nur die bessere Gerechtigkeit ist, sondern auch bessere Gerechtigkeit bringt. Für Christen und Kirchen kann es jedoch Situationen geben - und sie sind meines Erachtens heute gegeben - wo die Teilnahme an Bewegungen, die Gewalt nicht ausschließen, nicht zu vermeiden ist. Gewaltsamer Widerstand erfährt damit keine theologische Legitimation, er steht aber unter dem Kreuz der Vergebung!

DIE KIRCHEN IN SÜDAFRIKA - ERFAHRUNGEN IM KAMPF
UM GERECHTIGKEIT UND BEFREIUNG

=====

- I. Der Kampf der schwarzen Mehrheit Südafrikas um Gerechtigkeit und Befreiung ist alt, er durchzieht zumindest das gesamte 20. Jahrhundert. Wie Ihnen vielleicht bekannt ist wurde die führende Befreiungsbewegung des Landes, der Afrikanisch Nationale Kongress (ANC), schon im Jahre 1912 gegründet. Die Zementierung Südafrikas zum Apartheidstaat geht auf die Machtergreifung der Nationalen Partei im Jahre 1948 zurück, Selbstverständnis und Ziele des ANC sind in der 1955 verabschiedeten "Freedom Charta" niedergelegt. Nach den schweren Massakern von Sharpville (1960) wurden die Befreiungsbewegungen verboten, sie gingen in den Untergrund und formulierten eine Strategie offener Gewaltanwendung. Trotz zunehmender internationaler Proteste, vor allem in den 60-er Jahren, setzte die weiße Minderheit ihre Politik der "getrennten Entwicklung" konsequent fort und entließ ab Mitte der 70er Jahre die sogenannten Heimatländer in die Unabhängigkeit, ohne daß diese jedoch international anerkannt worden wären.

Aufgrund der Dekolonisierung Angolas und Mozambiques nach 1974 schwoll auch in Südafrika die Protestbewegung gegen rassistische Unterdrückung deutlich an. Sie erreichte ihren Höhepunkt in den Aufständen von Soweto und anderen Städten im Sommer 1976, die die Regierung zu rigorosem militärischem Eingreifen "zwangen". Seitdem befindet sich Südafrika offiziell auf Reformkurs, wobei nicht mehr Apartheid, sondern Zivilisation, Freiheit und wirtschaftliche Sicherheit des Westens verteidigt werden. Unter dem Titel "Totale Strategie" wird dieser Reformkurs seit Ende der 70er Jahre im Westen mit zunehmendem Erfolg verkauft.

Der Begriff "Totale Strategie" wurde von dem ehemaligen General und jetzigem Verteidigungsminister Malan aus den Erfahrungen der portugiesischen Kolonialkriege entwickelt. Malan erkannte aus dem Niedergang der portugiesischen Kolonialherrschaft, daß auch die bestorganisierte Armee nicht in der Lage ist, sich gegen eine totale Opposition im Lande durchzusetzen. Er zog daraus den Schluß, daß Südafrika zumindest die Unterstützung bestimmter Gruppierungen gewinnen muß, um die weiße Vorherrschaft zu verteidigen. Ziel der Politik mußte es deshalb sein, die fortgeschrittenen Teile der schwarzen Bevölkerung zu beruhigen und vor allem die Unabhängigkeit der sog. schwarzen Heimatländer durch eine verstärkte Umsiedlungspolitik zum Ende zu führen. In diesen kaum lebensfähigen unabhängigen Staaten sollen 71,9 % der Gesamtbevölkerung auf 13 % des Landes untergebracht werden. Demgegenüber gelten 87 % des Landes als weißer Sektor, in dem 28 % der Bevölkerung dauernde Aufenthaltsberechtigung haben.

Die neue Regierung setzt in ihrer Politik der "Totalen Strategie" zweitens auf neue wirtschaftliche Trends. Dem Verlangen der Industrie nach mehr schwarzen Arbeitskräften hat sie mit einer neuen Arbeitsmarktpolitik geantwortet. Sie hat dabei erstmals dem Aufbau schwarzer Gewerkschaften zugestimmt, aber sie zugleich einer strengen Registrationspflicht unterworfen. Dies bedeutet jedoch im Klartext, daß schwarze Gewerkschaftsarbeit allein möglich wird unter einer strikten Kontrolle des Staates. Nicht nur Satzungen sind genehmigungspflichtig, Protokolle und Mitgliedschaft anzeigepflichtig. Vor allem sind die Finanzquellen offenzulegen. Damit geraten solche ersten Versuche einer gesetzlich erlaubten Selbstorganisation von Arbeitern sofort in die Gefahr der Staatskontrolle. Zudem ist ihnen jede politische Betätigung verboten, eine Aufgabe, die sich im Rahmen eines Unrechtssystems bei jeder Einzelfrage stellt.

Der entscheidende 3. Schwerpunkt innerhalb der "Totalen Strategie" der gegenwärtigen Regierung besteht m. E. in einer sukzessiv durchgeführten Militarisierung des Landes. Südafrika hat zwischen 1970 und 1980 seine Militärausgaben versiebenfacht und seine Truppenstärke verdreifacht. Es kann - einschließlich der Polizeikräfte und Bürgerwehren - in kürzester Zeit fast 1/2 Million an militärisch einsetzbaren Kräften mobilisieren. Südafrika besitzt dank westlicher Hilfe und Zusammenarbeit modernste militärische Technologie und nach dem Urteil von Experten die Atombombe. Alle diesen Zahlen weisen darauf hin, daß man sich intensiv auf militärische Aufgaben vorbereitet und eine durchgehende Militarisierung des Landes im Gange ist.

Dabei ist es nicht von der Hand zu weisen, daß der Westen an einem militärisch starken und politisch stabilen Südafrika großes Interesse hat. Seitdem die Route um das Kap der guten Hoffnung zum Sicherheitsinteresse der amerikanischen Regierung erklärt worden ist, verbürgt ein weises Südafrika mehr denn je die Sicherheit westlicher Öllieferungen. Zwar werden die in den 70er Jahren entwickelten Pläne zur Ausdehnung des NATO-Aufgabenbereiches in den Südatlantik gegenwärtig nicht mehr diskutiert. An dessen Stelle sind jedoch konkrete Pläne einer SATO getreten, die eine direkte Zusammenarbeit der USA mit Südafrika ermöglichen würden.

An diesen drei Einzelementen habe ich zu illustrieren versucht, daß die sog. Reformpolitik der "Totalen Strategie" Südafrikas einer Stabilisierung und Konsolidierung der gegenwärtigen Politik gleichkommt, in der weiterhin die Mehrheit der Bevölkerung von der Beteiligung an den Entscheidungsprozessen über Politik und Wirtschaft des Landes ausgeschlossen bleibt. Wahlrecht, Landbesitz und Freizügigkeit für die schwarze Bevölkerung sind in der proklamierten Reformpolitik in keiner Weise thematisiert, geschweige denn als Aufgaben und Ziele angepackt.

Auch das jüngste Referendum vom Oktober 1983, das Indern und Mischlingen bestimmte Funktionen in einem Dreikammernparlament zuerkannte, hat an der grundsätzlichen Weigerung der weißen Minderheit nichts geändert, der nichtweißen Bevölkerung jede politische Beteiligung zu verweigern. Am klarsten hat dies Harry Oppenheimer zum Ausdruck gebracht, als er erklärte: "Ich befürchte, daß bei Annahme des Referendums der Widerstand unter der schwarzen Bevölkerung zunehmen wird, außenpolitisch aber bei den Partnern Erwartungen in eine Systemveränderung gesetzt werden, die die neue Verfassung nicht einlösen kann. Nicht Stabilität und internationales Vertrauen dürften die Folge sein. Deshalb stimme ich schweren Herzens, aber klaren Verstandes mit ein".

Der gebannte ehemalige Direktor des christlichen Instituts, Dr. Beyers Naudé, hat die Situation Südafrikas im Sommer 1983 wie folgt charakterisiert:

"Südafrika ist in einem kriegsähnlichen Zustand - wenn auch noch in keinem erklärten Krieg - aber trotzdem Krieg.

Im täglichen Ablauf merkt man wenig davon, außer wenn man den Militärdienst von Tausenden weißer junger Männer an der Grenze wahrnimmt, nicht an der des eigenen Landes (Südafrika), sondern eines fremden Landes (Namibia), oder wenn Berichte von Sabotageakten innerhalb von Südafrika erscheinen, die in Abständen gegen bestimmte Ziele gerichtet werden.

Dagegen sind sich die Schwarzen in Südafrika dieses Konfliktes schon viel länger bewußt, allein dadurch, daß Tausende ihrer Kinder das Land verlassen haben, Hunderte starben, viele sich in Gefängnissen befinden - ohne Verhör inhaftiert oder in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Die auseinanderlaufenden Meinungen bezüglich der Art und Weise dieses Krieges machen die Lage noch viel komplizierter. Die große Mehrheit der Weißen sieht diesen Krieg als totalen Angriff der bösen kommunistischen Mächte gegen die weiße, christliche Gemeinschaft, während die Schwarzen ihn (den Krieg) als einen Kampf um nationale Befreiung betrachten.

Die Schwarzen, die aus Südafrika geflohen sind und als ausgebildete Guerillas zurückkommen, um hier im Untergrund zu kämpfen, werden von der weißen Regierung als Terroristen angesehen und behandelt, während die politisch bewußte schwarze Gemeinschaft sie für Freiheitskämpfer hält. Bei Gefangennahme werden sie als kriminelle Verbrecher wegen Hochverrat und Terrorismus angeklagt, während sie von jenen,

wenn sie in diesem Kampf sterben, als Helden verehrt und begraben werden."

- II. Wer nach Rolle und Erfahrungen der Kirchen innerhalb dieser revolutionären Entwicklung fragt, muß von folgendem Faktum ausgehen: Entwicklung und Konsolidierung der gegenwärtigen Apartheidgesellschaft wurde von der Niederländisch-Reformierten Kirche (gegenwärtig ca. 2 Millionen weiße Mitglieder) theologisch legitimiert. Auch wenn diese Kirche seit Mitte der 70er Jahre Aprtheid nicht mehr theologisch begründet, sondern getrennte Entwicklung als praktikabelste und vernünftigste Lösung der Rassenbeziehungen anreißt, bleibt sie die tragende Säule weißer Vorherrschaft.

Widerstand gegenüber dieser theologischen Zementierung gesellschaftlicher Entwicklungen entwickelte sich vor allem im Rahmen des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC), der Anfang der 60er Jahre gegründet wurde und gegenwärtig knapp 15 Millionen Mitglieder vertritt. Im SACC hat auch die Römisch-Katholische Kirche offiziellen Beobachterstatus und arbeitet in einzelnen Abteilungen aktiv mit (ca. 2,5 Millionen Mitglieder). Als Stationen dieser "Widerstandsentwicklung" können genannt werden:

- die Botschaft an das Volk von Südafrika vom Jahre 1968, die theologischen Widerspruch gegen die Begründung der Apartheid einlegte;
- das im Anschluß daran entwickelte umfangreiche Studienprogramm über "Christenheit und die Apartheidsgesellschaft" (SPROCAS);
- die aktive Mitarbeit schwarzer und farbiger Kirchen, vor allem nach den Unruhen von Soweto;
- die offenen Erklärungen zur Praxis zivilen Ungehorsams seit Ende der 70er Jahre.

Der Südafrikanische Kirchenrat hat gegenwärtig einen schwarzen Präsidenten (Bischof Buthelezi), einen schwarzen Generalsekretär (Bischof Tutu). Sie sind neben Allan Boesak als die führenden schwarzen Theologen Südafrikas anzusehen.

Innerhalb des Kirchenrates hat sich folgende Position gegenüber der Entwicklung des Landes herauskristallisiert, die als Minimalkonsens verstanden werden kann:

- Ablehnung der Politik der Heimatländer;
- Beendigung der Zwangsumsiedlungen;
- Einberufung einer sog. "Nationalen Konvention" unter Einschluß von Opposition und Exilbewegungen;
- Entlassung aller politischen Gefangenen;
- Entwicklung eines Konzepts des zivilen Ungehorsams gegenüber der Minderheitenregierung.

Seit 1981 wird der Südafrikanische Kirchenrat durch eine staatliche Organisation untersucht, um die Verfassungsgemäßheit seines Handelns festzustellen.

Eines kam der Regierung bei ihrem Kampf gegen den Kirchenrat außerordentlich zur Hilfe: 1981 geriet der SACC, der durch die politischen Angriffe aus Pretoria in den Augen seiner Mitgliedskirchen keineswegs diskreditiert werden konnte, tatsächlich ins Zwielicht, als Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung seiner Finanzen festgestellt wurden, auf die aber der Rat selbst aufmerksam machte. Durch die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses und durch einen Prozeß gegen die verantwortlichen Mitarbeiter versuchte der Rat diese Vorwürfe zu klären. Nur zu gern hätte die südafrikanische Regierung die politische Ausschaltung des Kirchenrats getarnt als notwendige Kontrollmaßnahme gegenüber einer Organisation, die mit öffentlichen Geldern unverantwortlich umgeht.

Die bisherigen Untersuchungen der Eloff-Kommission haben jedoch nicht den vom Staat gewünschten Erfolg gehabt. Daß die Verwendung bestimmter Gelder aus einem vertraulichen Fonds nicht schriftlich in den Büchern des SACC nachgewiesen ist, versteht sich von selbst, handelt es sich doch bei diesem Fonds um Hilfsaktionen für politisch Verfolgte.

Inzwischen wurde deutlich, daß die Einsetzung der Eloff-Kommission gegen den Kirchenrat ausschließlich aus politischen Motiven geschah. Die "Erkenntnisse", die die Sicherheitspolizei in monatelanger, mühsamer Untersuchungsarbeit gewonnen hat, haben ergeben, was seit Jahren offen zutage liegt und Bischof Tutu pausenlos öffentlich wiederholt: daß der Südafrikanische Kirchenrat die Apartheid ablehnt, daß er zum Widerstand gegen diese Politik aufruft, daß er eine fundamentale Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung Südafrikas anstrebt. Dies Anliegen jedoch teilt der SACC mit anderen Kirchen und Organisationen im Ausland. Der Kirchenrat handle also - so die Schlußfolgerung der Sicherheitspolizei - als "Agent ausländischer Interessen" und fördere sogar die Ziele der Befreiungsbewegungen, des ANC. Dehn auch der ANC habe sich die Beendigung der Apartheid zum Ziel gesetzt.

Dieser letzte Vorwurf allerdings ist alarmierend, bringt er den SACC doch in gefährliche Nähe des Verdachts des politischen Hochverrats: Der ANC in Südafrika ist verboten und gilt als terroristische Organisation. Auch das stets wiederholte Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit bewahrt den Kirchenrat deshalb nicht vor der Verfolgung durch die Polizei. Selbst mit gewaltfreiem Widerstand - so steht es ausdrücklich in dem Bericht - schaffe der SACC ein Klima der Unruhe, des Konflikts und der Konfrontation und sei daher verantwortlich für die Gegengewalt des Staates.

Das Ziel dieser absurden Argumentation ist nur allzu klar. Der SACC soll in seiner praktischen Arbeit lahmgelegt und in seinem theologischen Zeugnis zum Schweigen gebracht werden, vor allem im Ausland.

Nimmt man diese Entwicklung ernst, so muß man davon ausgehen, daß dem Kirchenrat im Jahre 1984 auf jeden Fall ein Verbot der Annahme ausländischer Mittel droht, von denen er gegenwärtig zu mehr als 80 % abhängig ist. Weitere Möglichkeiten sind die Bannung bestimmter Abteilungen, des Generalsekretärs bzw. der gesamten Institution. Es droht ihm also ein ähnliches Schicksal wie dem "Christlichen Institut" und dessen Leiter, Dr. Naudé, Mitte der 70er Jahre.

III. Erfahrungen der Kirchen

Unter Erfahrungen verstehe ich nicht in erster Linie den Tatbestand von Anpassung bzw. Widerstand und Verfolgung, den ich mit kurzen Strichen im bisherigen Verlauf meines Referates zu skizzieren versuchte. Vielmehr frage ich nach der Selbsterfahrung von Christen, christlichen Gruppen und Kirchen angesichts dieses sich immer mehr manifestierenden Konfliktes. Ich suche zu erkennen, welche Orientierung und Perspektiven christliches Verhalten bestimmen, welche Traditionen von Bedeutung werden und was dies alles für die Menschen in dieser Situation bedeutet bzw. bedeuten kann. Dabei gehe ich von einem Interesse aus, das über die notwendige Solidarität mit den Armen und Unterdrückten Südafrikas hinausreicht. Denn: Südafrika ist nicht ohne Grund als Hohlspiegel der Weltsituation beschrieben worden. In exemplarischer Weise ereignet sich dort der seit der Entkolonialisierung schwelende und sich zunehmend potenzierende "Nord-Süd-Konflikt" vorweg. Während im Weltmaßstab die Rassentrennung noch auf Zeit durch die Ozeane aufrechterhalten wird, stehen sich in Südafrika die Konfliktpartner innerhalb des gleichen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Rahmens gegenüber, ohne einander noch ausweichen zu können. Eine Theologie, die in einem solchen Kontext erwächst, kann exemplarisch ankündigen, welchen Herausforderungen sich eine Weltchristenheit wird stellen müssen; denn diesem Konflikt kann und darf sie sich nicht entziehen.

Ich suche also nach einem Orientierungsschema für christliches Verhalten in einem Konflikt globalen Ausmaßes. Und ich hoffe, daß ich damit einen Beitrag leisten kann zu ihrem Gesamtthema "Entwicklungsziele - Konzepte und Politik". Wer sich in der ökumenischen Sozialdebatte etwas auskennt, weiß, daß ich mich damit in jenem Aufgabenbereich bewege, der gern überschrieben wird: "Auf dem Weg zu einer mit den Armen solidarischen Kirche".

1. Theologie als Möglichkeit zur Überwindung von kolonialer Mentalität und schwarzem Inferioritätsbewußtsein

Beim Lesen theologischer Literatur der unterdrückten Gemeinschaft in Südafrika macht man eine überraschende Entdeckung: Biblische Tradition wirkt als wesentliches Ferment im Befreiungsprozeß. Das afrikanische Sprichwort

"Als ihr Weißen kamt, hatten wir
das Land und ihr die Bibel,
jetzt habt ihr das Land
und wir die Bibel"

wird also positiv gewendet: Für weite Teile der schwarzen Christenheit und zunehmende Segmente der weißen Christenheit dokumentieren das Alte und das Neue Testament eine Befreiungsgeschichte: Vom Auszug aus Ägypten zur Ankündigung des Erlaßjahres Jesu in seiner Predigt von Nazareth wird Gottes Eintreten für die Unterdrückten als Parteinahme für die Schwarzen verstanden. Aber auch die Schöpfungsverheißung von der Gottebenbildlichkeit und der verlassene Schrei nach Gott in den Psalmen werden in ihrer Aktualität entdeckt. Denn Gottebenbildlichkeit gibt es für den Menschen allein in der Teilhabe an der Schöpfung und ihren Göttern, ist also für den Sklaven nicht möglich; die Armen in den Psalmen lassen erkennen, daß von den Reichen nichts an Veränderung zu erwarten ist, sondern daß der Arme allein auf Gott zurückgeworfen - authentische Kreativität zurückgewinnt. Solch theologisch begründetes schwarzes Selbstbewußtsein versteht unter dem zentralen biblischen Begriff der Versöhnung nicht mehr neutrale Vermittlung als Aufgabe der Kirche. Vielmehr wird die Kirche allein an der Seite der Unterdrückten stehen können um die reichen, weißen Unterdrücker zur Umkehr zu rufen. In zugespitzter Form hat A. Boesak dies wie folgt formuliert: Im Kontext Südafrikas bedeutet das Evangelium "Good News to the Poor and Bad News to the Rich"!

Wir entdecken also innerhalb der widerstehenden Christenheit in Südafrika eine Befreiungstheologie, die dem Menschen die Möglichkeit verheißt, vom Objekt kolonialer Unterdrückung zum Subjekt im Befreiungsprozeß Gottes zu werden. Die Frage, inwieweit diese theologische Vision repräsentativ ist für den Kirchenrat ist schwer zu beantworten. Sie taucht jedoch in Einzelelementen bei den führenden Theologen auf.

2. Die Frage nach der Kirchengemeinschaft zwischen Schwarzen / Weißen, Unterdrückten und Unterdrückern

Um das Ausmaß und die Dringlichkeit dieser Frage er-messen zu können muß man sich die kirchliche Realität noch zu Beginn der 70er Jahre vor Augen führen, wie sie vor allem in der SPROCAS -Studie über die Kirchen

dokumentiert wurde: Die Kirchen erscheinen weithin als Spiegelbild der Apartheidgesellschaft und das gilt über den reformierten Bereich hinaus. Auch die englisch-sprachigen Kirchen wurden in der Leitung dominiert von weißen Kirchen. Die Schulen der rk-Kirche waren bis Mitte der 70er Jahre getrennt aufgebaut, ähnlich die Ausbildung der Theologen. Innerhalb der lutherischen Kirchen lag ein Lohngefälle in der Schwarz-Weiß-Linie von 1:7 vor, was der Lohnkluft im industriellen Bereich voll und ganz entsprach. Auch wenn in den zurückliegenden Jahren hier Veränderungen stattgefunden haben, werden diese von vielen schwarzen Christen als "too little and too late" interpretiert.

Es ist deshalb kaum veränderlich, daß sich vor allem ausgehend vom reformierten Bereich seit Ende der 70er Jahre die Umrisse einer sog. "Black militant confessing Church" abzeichnen, die in der Apartheidfrage den sog. "status confessionis" gekommen sehen, dh, die ein Nein zur Politik der weißen Minderheit als Voraussetzung und Konsequenz des Christenbekenntnisses verstehen. Diese Bewegung ist transkonfessionell und multirassisch und versteht sich innerhalb des Kirchenrates als Pionier des aktiven Widerstandes in der Form zivilen Ungehorsams. Sollte es zu einer Bannung bzw. einem Verbot des Kirchenrates in den bevorstehenden Monaten kommen, wird die Bekenntnisfrage von äußerster Dringlichkeit werden. Von besonderer Bedeutung sind hier die zunehmenden Übertritte weißer Christen zu schwarzen Kirchen, denn sie dokumentieren, daß die neu entstehenden bekennenden Gemeinschaften nicht - wie oft behauptet rassistisch sind, sondern sich an einem lebendigen und befreienden Christuszeugnis orientieren.

3. Die Suche nach einer gerechten und menschlichen Struktur des befreiten Südafrika

Die sich gegen die weiße Minderheitenherrschaft organisierende Christenheit in Südafrika ist eindeutig in ihrem Nein zur Apartheidgesellschaft. Sie vermag auch weitreichende Orientierungshilfen zu geben im Blick auf konkrete Auseinandersetzungen. Sie hat jedoch erhebliche Schwierigkeiten ihr Ja zu einem befreiten Südafrika gesellschaftspolitisch zu formulieren. Innerhalb des Südafrikanischen Kirchenrates identifiziert man sich zwar weitgehend mit den Zielen der Befreiungsbewegungen, aber man ist spürbar zurückhaltend mit einer einseitigen Festlegung und Identifizierung mit den Bewegungen selbst.

Ähnliches gilt im Blick auf die schwierige Frage der Gewaltanwendung. Man betont durchgehend, daß Gewaltanwendung der Befreiungsbewegungen durch die strukturelle Gewalt der weißen Vorherrschaft provoziert wird, hält jedoch gleichzeitig aus prinzipiellen und nicht nur politisch-taktischen Überlegungen an dem Protulats einer möglichst gewaltfreien Veränderung fest.

Schließlich zeigt sich derselbe Sachverhalt im Blick auf die Beurteilung des Kapitalismus. Man unterstreicht durchgehend, daß das kapitalistische Entwicklungsmodell Südafrikas bisher die Emanzipationsversuche der schwarzen Bevölkerung behindert hat. Die liberale These, wonach durch die fortschreitende Industrialisierung quasi automatisch die Apartheid ad absurdum geführt werde, wird schon 1977 in einer wichtigen Studie zu der Frage von wirtschaftlichen Investitionen in Südafrika zurückgewiesen. Man bejaht also implizit einen Investitionsstop westlichen Kapitals ohne dies allerdings angesichts der Gesetzgebung dieses Landes explizieren zu können. Sie wissen vielleicht, daß Tutu auf Grund entsprechender Äußerungen den Paß entzogen bekam. Trotz so weitreichender Stellungnahmen ist der Kirchenrat bisher weithin sprachlos und zurückhaltend geblieben im Blick auf die Gestaltung einer Wirtschaftsordnung in einem befreiten Südafrika. Man beschränkt sich hier weitgehend auf politische Postulate zur Konfliktlösung: "One man - one vote", Ablehnung einer Teilung des Landes, Eintreten für ein gemischtrassiges Südafrika mit Schutz der weißen Minderheit. Was die internationale Gemeinschaft betrifft fordert man eine Dissoziation vor allem des Westens von der weißen Minderheitsregierung und eine Assoziation des Westens mit dem organisierten Widerstand der unterdrückten Mehrheit ("Leiden ohne Hoffnung"/"Leiden mit Hoffnung")

4. Erfahrungen der südafrikanischen Christenheit mit Solidaritätsversuchen der ökumenischen Gemeinschaft

Die Bedeutung der Initiativen des Weltkirchenrates für das Selbstbewußtsein christlichen Widerstandes in Südafrika ist meines Erachtens kaum zu überschätzen. Als der ÖRK im Jahre 1970 sein sog. "Programm zur Bekämpfung des Rassismus" verkündete, wurde diese Entscheidung mit spürbarer Erleichterung und versteckter Begeisterung aufgenommen. Endlich hatte die weltweite Christenheit ihrem Bekenntnis von der "Sünde der Apartheid" Taten folgen lassen. Daß die weiße reformierte Kirche, die schon 1962 den Weltrat verlassen hatte, nun zu einem großen Propagandafeldzug gegen die ökumenische Bewegung ausholte, wurde als Bestätigung der eigenen Hoffnung und als Stärkung des eigenen Bewußtseins erfahren. Diese hochgeschraubten Erwartungen auf internationale ökumenische Solidarität sind jedoch mehr als 10 Jahre danach angesichts des Zögerns der offiziellen Kirchen einer Desillusionierung gewichen. M. Buthelezi hat diesen Sachverhalt einmal mit einem afrikanischen Sprichwort umschrieben: "Man kann niemandem Tränen abwischen, ohne daß die Hände naß werden". Er kritisierte mit diesem Bild das Verhalten der westlichen Kirchen, die zwar bereit sind, mit viel Geld den Opfern der Apartheid beizustehen, aber gleichzeitig die Konsequenzen für den eigenen kirchlichen Bestand fürchten, wenn es darum geht, Schritte aktiven Widerstandes mitzugehen. So kommen erst Ende der 70er Jahre zaghafte Gespräche seitens westlicher Kirchen mit den Befreiungsbewegungen zustande. Die Einflußmöglichkeiten westlicher Kirchen auf Wirtschaftsunternehmen und Banken werden abgesehen von den Nieder-

landen und Schweden und teilweise den USA kaum genutzt.

Dies gilt seitens des SACC in besonderer Weise für die offizielle Haltung der EKD. In einem Schreiben von Generalsekretär Tutu aus dem Jahre 1981 wird an die Adresse der EKD folgendes formuliert: "Kann ich wissen, ob ich mich auf Sie und die deutschen Kirchen verlassen kann, als Menschen auf unserer Seite, in Solidarität mit uns, dem Kampf um eine gerechtere Gesellschaft verpflichtet"?

Hier kommt die Enttäuschung gegenüber einer Kirche zum Ausdruck, die angesichts ihres großen finanziellen Engagements nicht bereit ist, Streit und Auseinandersetzung mit der deutschen Wirtschaft zu riskieren und die aus Angst um den volkskirchlichen Bestand die Loyalität mit den nationalen Interessen höher veranschlagt als ökumenische Solidarität. Und dies obgleich die BRD mittlerweile zum größten Kreditgeber südafrikanischer Staatsunternehmen und zum zweitgrößten Importeur südafrikanischer Güter geworden ist.

Dieser weitgehenden Desillusionierung im Blick auf die Haltung der offiziellen Kirchen des Westens steht die zunehmende Verbindung ökumenischer Gruppen in der ganzen Welt mit Christen in Südafrika gegenüber. In unserem Lande sind die Evangelischen Frauen mit ihrem "Früchteboykott" ein herausragendes Beispiel für solche ökumenische Solidarität und Verbindlichkeit. In den 70er Jahren hat sich wie in keiner anderen Frage ein ökumenisches Netz von Solidaritätsgruppen gebildet, die für eine Isolierung der Apartheidsgesellschaft eintreten und kooperative Studien- und Aktionsprojekte mit Widerstandgruppen in Südafrika aufgebaut haben. Dennoch ist auch hier von Illusionen zu warnen.

"Bezüglich der westlichen Mächte besteht innerhalb der schwarzen Gesellschaft ein fast zynischer Unglaube gegenüber den Beteuerungen der Reagan-Administration, daß sie durch ihr sogenanntes 'constructive engagement' Erfolg haben wird, das weiße Südafrika zu einer bedeutungsvollen politischen Veränderung zu bewegen: Die Schwarzen weisen darauf hin, daß die Sache mit der Unabhängigkeit Namibias schon jahrelang stagniert und, wenn es die Vereinigten Staaten von Amerika ernstgenommen hätten mit dem Unabhängigwerden, die Regierung der USA viel mehr hätte tun können, um dieses zu bewerkstelligen. Was West-Deutschland, England, die Schweiz und in mindestens MaÙe Frankreich betrifft, so sind deren Finanz- und Handelsbeziehungen mit Südafrika so wichtig (gerade im Blick auf die augenblickliche ökonomische Rezession in West-Europa), daß man sehr wenig von diesen Ländern erwarten kann. Wenn dieser Prozeß anhält, wird es unvermeidlich dazu führen, daß die schwarze Bevölkerung ihre zukünftige ideologische und militärische Unterstützung mehr und mehr im Ostblock suchen wird".

Mit dieser Charakterisierung der internationalen Großwetterlage hat Beyers Naudé im Sommer 1983 den Appell an die ökumenischen Initiativen verbunden, nicht der allgemeinen "Wende" zur Wahrung von Eigeninteressen zu verfallen und damit dem politischen Trend nachzulaufen.

Lassen sie mich deshalb schließen mit diesem Appell:

"Wir wissen sehr wohl, daß unsere Befreiung nicht durch die Großmächte der Welt erreicht werden kann, etwa durch Handelsinteressen und Investitionen, durch die multinationalen Firmen oder militärische Bündnisse. Wir suchen unsere Kraft in diesem Kampf um Befreiung in der engsten Verbindung mit allen, die glauben, daß sie schwach und ohnmächtig sind, die sich aber durch die Überzeugung gestärkt fühlen, daß durch den Einsatz aller ihrer Kräfte, trotz ihrer Schwachheit und Ohnmacht, der Tag kommen wird, an dem Recht und Gerechtigkeit über Unrecht und Ungerechtigkeit siegen werden, wo Wahrheit die Lüge vernichten wird, wo Befreiung den Platz von Unterdrückung einnehmen wird.

Es sind diese Millionen, die Ihnen zurufen: Um des wahren Friedens willen: Hört auf die Stimme unseres Rufens. Reicht uns die Hand. Denn genauso wie ihr wollen wir leben und nicht sterben!"



FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT - DIE INTERNATIONALE VERANTWORTUNG.
UND DIE ETHISCHEN AUFGABEN DER KIRCHEN UND DER CHRISTEN AM
BEISPIEL MILITÄRISCHER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND UND SÜDAFRIKA *

1. Wie nahe sind uns die Folgen militärischer Zusammenarbeit
mit Südafrika auf den Leib gerückt?

Die Abteilung für Gerechtigkeit und Versöhnung im Südafrikanischen Kirchenrat hat für den bevorstehenden Internationalen Menschenrechtstag am 10. Dezember einen Gottesdienstentwurf erarbeitet. Darin bittet die gottesdienstliche Gemeinde:

"Gott der Gerechtigkeit, wir rufen Dich an:
Mache stumpf alle Waffen des Krieges und der
Unterdrückung, die gegen die Opfer des Rassismus
gerichtet sind.
Stärke alle jene, die um Deines Namens willen
allen Formen der Apartheid widerstehen und
die teuflischen Strukturen vor aller Welt
offenlegen wollen. Gemeinsam bitten wir:
HERR, ERBARME DICH".

Und an anderer Stelle heißt es:

"Gott der Freiheit, wir rufen Dich an:
Stehe den Fahrzeugen der Apartheid im Weg:
den fahrbaren Gefängnissen der Zuzugskontrolle,
den Tränengaskanonen der Polizeieinheiten,
den gepanzerten Patrouillenfahrzeugen in den
schwarzen Wohngebieten, den Hubschraubern und
Kampfflugzeugen der südafrikanischen Armee.
Rüste alle Menschen zu, die kreative und neue
Ideen für echte Verständigung über die künstlichen
Rassengrenzen hinweg haben, daß menschliche
Kommunikation in Häusern, Dörfern und auf Straßen
einen Vorgeschmack auf Freiheit im südlichen Afrika
gibt. Gemeinsam bitten wir:
HERR, ERBARME DICH".

Es gibt m. E. kein Dokument¹⁾, das die Widersprüchlichkeit unserer Situation in so elementarer Weise formuliert, wie dieser Aufruf an Christen und Kirchen in der BRD, an der Fürbitte zum Eingreifen Gottes gegen die Waffen und Werkzeuge der Apartheid teilzunehmen. Denn es steht ja außer Zweifel, daß auf jedem einzelnen dieser Tötungsinstrumente

* Vortrag auf einer gleichnamigen Tagung der Evangelischen Akademien Arnoldshainu. Bad Boll, des Plädoyer für eine ökumenische Zukunft in Verbindung mit der Allafrikanischen Kirchenkonferenz (28. - 30.11.1984)

1) Erarbeitet von der Abteilung für Gerechtigkeit und Versöhnung im Südafrikanischen Kirchenrat, Johannesburg, im November 1984 (vervielfältigt).

als Qualitätsmerkmal "Made in Germany" stehen könnte oder sogar steht. Die gottesdienstliche Gemeinde bei uns ist also eingeladen, ja aufgefordert, dafür zu beten, daß Gott sich gegen die Tötungswerkzeuge stellt, die auch aus unserem Land kommen, mit deren Herstellung viele unserer Mitbürger ihr Brot direkt verdienen müssen, die unsere krisengeschüttelte Wirtschaft einigermaßen in Gang halten und von deren Export wir zumindest indirekt alle profitieren.

So nahe ist uns mittlerweile die Frage der militärischen Zusammenarbeit zwischen dem weißen Südafrika und der BRD gerückt, so direkt sind wir selten als Glied am Leibe Christi angesprochen worden. Werden wir diesmal uns als hörfähiger erweisen als in den zurückliegenden zehn Jahren, in denen unsere Mitverantwortung für die Militarisierung des Apartheidstaates sowohl von der AACC als auch von Christen in Südafrika wiederholt und unüberhörbar thematisiert wurde. Oder werden wir - wie schon einmal im Jahre 1976 - eine Diskussion darüber beginnen, wie konkret eine Fürbitte für das Südliche Afrika sein darf. Damals schrieb ja Vizepräsident Wilkens von der Kirchenkanzlei in Hannover: "Eine Kirchenleitung kann nie zuviel tun, die Fürbitte vor einer (....) blasphemischen Verfälschung zu bewahren". Eine solche ist seiner Meinung nach gegeben, wenn Fürbitte in die Nähe zur Demonstration gerückt wird, wenn sie zur Parteinahme gerät und damit politische Aktion oder gar Agitation mit fremden Mitteln getrieben wird. Nach Vizepräsident Wilkens kann eine Kirche vor solchem Mißbrauch der Fürbitte durch gerechte Information bewahrt werden²⁾.

Heute haben wir m. E. gerechtere Informationen über die uns gestellte Frage. Nicht von der EKD, die seit 1976 der Ökumene versicherte, sie werde sich an die Bundesregierung wenden, damit diese auf Privatfirmen einwirke, um von allen nuklearen Aktivitäten in Südafrika Abstand zu nehmen, so das Kommuniqué der damaligen Arnoldshainer Konsultation³⁾ Wie immer auch in dem bisherigen Verlauf der Tagung die "Fakten" dieser Kooperation gewichtet wurden, folgende Erkenntnisse scheinen mir unbestreitbar: Südafrika verfügt über die Atombombe und selbst von amerikanischer Seite wird davon ausgegangen, daß die Entwicklung in Südafrika nicht ohne Hilfe aus der Bundesrepublik möglich war⁴⁾. Außerdem ist das Faktum militärischer Kooperation unterhalb der atomaren Schwelle unbestreitbar, wie weit auch immer im Einzelfall die Intensität der Unterstützung aus der BRD gegangen ist. Die Folgen dieser Entwicklung hat Beyers Naudé in seiner berühmten Amsterdamer Rede vom 1. Juni 1983 wie folgt beschrieben: "Unterdessen schreitet Südafrika in kurzsichtiger Hast fort, seine gewaltige militärische Macht mit einem hochqualifizierten Waffenarsenal

-
- 2) Vgl. E. Wilkens, Überlegungen zur Fürbitte für das Südliche Afrika, in pro-ökumene Dokumentation, Dez. 1976, S. 16-18 (vervielfältigt). In dieser Dokumentation ist unter dem Titel "Die EKD und Südafrika - Wo stehen wir?" der Konflikt zwischen EKD und AACC der Jahre 1975/76 dokumentiert.
 - 3) Abgedruckt in pro-ökumene Dokumentation, Dez. 1976, S. 6-8.
 - 4) Vgl. die entsprechenden Zitate bei Wolff Geisler, Die militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika im nuklearen und konventionellen Bereich, Referat zur gleichen Tagung, Nov. 1984

weiter auszubauen - einschließlich der starken Andeutung einer möglichen Anwendung von Kernwaffen".⁵⁾ Die Militarisierung des Landes ist nach dem Urteil aller Sachverständigen zügig fortgeschritten. Sie ist elementarer Bestandteil der "Totalen Strategie", die von General Malan aus den Erfahrungen der portugiesischen Kolonialkriege entwickelt wurde. Die wertvolle Studie des Londoner "Katholischen Instituts für Internationale Beziehungen" hat diese Entwicklung unter dem Titel "Südafrika in den achtziger Jahren" in großer Klarheit dokumentiert.⁶⁾ Schließlich sind auch für die Zwangsumsiedlungen der letzten Jahre z. T. militärstrategische Planungen maßgebend. Auch das ist in der ausführlichen Analyse der katholischen Bischofskonferenz und des Südafrikanischen Kirchenrats nachzulesen.⁷⁾

Wir stehen also nach zehn Jahren bewußter und unbewußter Verdrängung vor den Fakten, die damals als mögliche Konsequenz unseres Schweigens prognostiziert wurden. Um noch einmal Beyers Naudé zu zitieren: "Auerßdem ist Südafrika militärisch so stark geworden, daß jeder Versuch einer militärischen Auseinandersetzung das Leben von Millionen unschuldiger Menschen fordern würde".⁸⁾ Und er folgert als Konsequenz dieser Entwicklung: "Praktisch bedeutet das alles für uns, daß wir uns in absehbarer Zeit auf einen langen, ausgedehnten Guerillakrieg, der sich vor allem auf die städtischen Gebiete konzentrieren wird, mit zunehmend intensiven Formen von Sabotage und städtischem Terror vorbereiten müssen, es sei denn, daß neue Faktoren und nicht vorauszusehende Entwicklungen in den Vordergrund treten".⁹⁾

Als einen dieser möglichen Faktoren siehe Naudé das Wachsen der Friedensdiskussion in den westlichen Ländern. Angesichts des fast zynischen Unglaubens der schwarzen Gesellschaft gegenüber den Beteuerungen des Westens zu einem "constructive engagement" erhofft er sich von dieser neuen Sensibilisierung gegenüber dem möglichen atomaren Holocaust Solidarität für die Millionen Menschen in Südafrika, die auch unter dem Schatten der einen oder anderen Form von Tod leben und die der übrigen Welt zurufen: "Hört auf die Stimme unseres Rufens. Reicht uns die Hand. Denn genauso wie ihr wollen wir leben und nicht sterben!"¹⁰⁾

5) C. F. Beyers Naudé, Um des wahren Friedens willen, Epd-Dokumentation Nr. 32a/1983, S. 3.

6) Südafrika in den achtziger Jahren, 2. Aufl. 1984, Hg. v. EMW, Hamb., S.10ff.

7) Zwangsumsiedlungen in Südafrika. Ein Bericht der Kirchen, hg. vom Südafrikanischen Kirchenrat und von der Katholischen Bischofskonferenz des Südlichen Afrika, Hamburg, März 1984, S. 24.

8) C. F. Beyers Naudé, a. a. O. S. 5.

9) Ebd.

10) Ebd. S. 5 und 7.

Naudé hat uns damit jene Frage gestellt, die den Kirchen von der Vancouver-Vollversammlung im Sommer 1983 vorgelegt wurde: Die Fixierung ihrer Friedensdiskussion auf den Ost-Westkonflikt zu durchbrechen und eine Sicherheitspartnerschaft mit jenen Menschen des Südens zu fördern, die wie in Südafrika unter Gewalt, Unfreiheit, Not und Angst leiden und sterben. Ich frage also im Folgenden, ob und unter welchen Voraussetzungen trotz der erschwerten Bedingungen es gelingen könnte, daß Kirchen und Christen in der BRD ihr Schweigen brechen und hier endlich zu Partnern der schwarzen Gesellschaft in Südafrika werden können. Sie haben richtig gehört, es geht dabei nicht allein um unsere Kirchen, sondern auch um die Gruppen und Individuen. Denn auch wir haben es ja im Zuge der Krisenentwicklung im eigenen Lande weitgehend unterlassen, das Verdrängen dieser unseligen Zusammenarbeit unseres Landes mit der Apartheidgesellschaft bewußt zu machen und einzuklagen. Auch der Kreis "Plädoyer für eine ökumenische Zukunft", der sich ja aus der Betroffenheit über Lernunfähigkeit unserer Kirchen angesichts des Rassismus konstituiert hat¹¹⁾, hat sich dieser andauernden Herausforderung nicht in der Dringlichkeit angenommen, wie er es hätte tun können und müssen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Natürlich war auch innerhalb der EKD in dieser Frage nicht alles grau in grau. Nicht alle meinten, sich nach der Arnoldshainer Konsultation zwischen AACC und EKD für die Christen in Afrika schämen und entschuldigen zu müssen wie der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Claß. Nicht alle erklärten wie er gegenüber der Großindustrie: Wir konnten diese Vorwürfe den jungen Afrikanern nicht ausreden. Es gab auch hohe kirchliche Amtsträger, die sich damals in den Riß zwischen EKD und AACC stellten, so etwa Präsident Held und Kirchenpräsident Hild. Wenn wir der Versuchung erliegen, über denen zu Gericht zu sitzen, die damals den Widerspruch wagten, dann trifft dieses uns alle, die wir uns vom Problemdruck im eigenen Land diese lästige Frage nach der militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika wegnehmen ließen. Und dennoch, trotz dieser Unterschiede, stehen wir - abgesehen von den wenigen Treuen im Lande, die meist außerhalb der Kirche zu finden sind - von außen gesehen alle im gleichen Verdrängungsprozeß. Wir haben alle vor dem Baal geopfert, der da heißt Vergessen!

11) Vgl. das Memorandum "Ökumenische Freiheit und Verantwortung - Plädoyer für eine ökumenische Zukunft", in: Epd-Dokumentation 36a/1979, S. 1-7.

2. Südafrika als Beispiel und Prüfstein der internationalen Verantwortung von Kirchen und Christen

Es gibt drei Gründe, warum Südafrika beispielhaft für die Frage der internationalen Verantwortung von Kirchen und Christen in der BRD angesehen werden kann und muß. Einmal können wir hier - rückblickend - wie an keinem anderen Beispiel erkennen, welche Chancen uns gegeben und welche Grenzen kirchlicher Verantwortung gesetzt sind. An keinem Beispiel ist zudem - zumindest für den protestantischen Teil der Christenheit - die historische und gegenwärtige Verstrickung von Kirchen in internationaler Ungerechtigkeit so evident. Zum dritten müssen wir - vorausblickend - konstatieren, daß die Beziehungen zu Südafrika exemplarisch stehen für unser Verhältnis zur sog. "Dritten Welt". Klaus Nürnberger hat dies im Anschluß an Diskussionen im Lutherischen Weltbund schon Mitte der siebziger Jahre wie folgt zusammengefaßt: Südafrika ist als Hohlspiegel der Weltsituation zu verstehen. In exemplarischer Weise ereignet sich dort der seit der Entkolonialisierung schwelende und sich potenzierende Nord-Südkonflikt. Während im Weltmaßstab die Rassentrennung noch auf Zeit durch die Ozeane aufrechterhalten wird, stehen sich in Südafrika die Konfliktpartner innerhalb des gleichen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Rahmens gegenüber, ohne einander noch ausweichen zu können.¹²⁾ Es läßt sich deshalb m. E. an diesem Beispiel exemplarisch fragen, was unter den von Vancouver geprägten Stichworten "Frieden und Gerechtigkeit" verheißen und geboten ist.

Wenn ich es recht sehe, ist die friedenspolitische Perspektive unserer Kirchen offiziell bestimmt von Erfahrung und Willen zur Entspannung, die in den 60er Jahren durch die berühmt gewordene Ostdenkschrift der EKD eingeleitet und dann auch politisch durch die sozial-liberale Koalition realisiert wurde. Die Entwicklung von verbindlichen Kooperationsstrukturen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet wurde als friedenspolitische Alternative erfahren gegenüber der Politik des kalten Krieges. In diesem Rahmen wurde eine schrittweise Minimierung von Gewalt, Unfreiheit, Not und Angst Wirklichkeit für die Menschen in beiden Blöcken. Die Friedensdenkschrift der EKD aus dem Jahre 1981 war in erster Linie daran orientiert, die Gefährdung dieses Prozesses durch die Zwänge der militärisch-technologischen Entwicklungen und die Risiken der Abschreckung abzuwehren. Das seit 1981 immer mehr in den Vordergrund tretende Konzept einer Sicherheitspartnerschaft versucht m. E. dieses Interesse zum Ausdruck zu bringen. Mit ihm soll das kooperative Element der Entspannung auch für den Bereich der militärischen Beziehungen sichergestellt werden. Es ist m. E. auch deutlich, daß hinter diesem generellen Konsensus auch theologische Überlegungen mitschwingen, wie dies unschwer an der Friedensdenkschrift zu erkennen ist. Die Nähe der Begriffe Entspannung, Partnerschaft und Kooperation zu dem zentralen Theologumenon der Versöhnung ist offensichtlich.

- 12) Vgl. u. a. Ilse Tödt (Hg.), Theologie im Konfliktfeld Südafrika. Dialog mit Manas Buthelezi, Studien zur Friedensforschung Nr. 15, Stuttgart/München 1976, S. 32.

Daß dieses Konzept nicht nur als ein Einfrieren des Status Quo zwischen Ost und West verstanden wurde, sondern als eine Möglichkeit zu mehr Freiheit und Gerechtigkeit, wird in der Friedensdenkschrift explizit ausgesprochen. Es heißt dort: "Die auf Entspannung gerichtete Politik hat nicht nur das Netz gemeinsamer Interessen von Ost und West enger geknüpft. Sie hat zugleich die gesellschaftliche Ordnung von Staaten des Ostblocks aufgelockert. Bürger vertreten mit neuem Selbstbewußtsein ihre Interessen gegenüber der politischen Führung, fordern mehr Freiheit und klagen - unter Berufung auf die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 in Helsinki - Verstöße gegen Menschenrechte an."¹³⁾ Mir kommt es in diesem Zusammenhang nun nicht darauf an, die Brisanz dieser Überzeugung im Blick auf die Entwicklung des Ost-Westkonfliktes zu diskutieren. Diskutieren möchte ich vielmehr die in dieser Überlegung zum Ausdruck kommende Prämisse, durch verstärkte Kooperation Veränderungen im Blick auf mehr Freiheit und Gerechtigkeit bei einem "Partner" wie Südafrika induzieren zu können. Denn mit dieser Überzeugung lassen sich ja alle Versuche der EKD qualifizieren, in der Vergangenheit auf den Konflikt in Südafrika friedenspolitisch einzuwirken. Die Stellungnahmen der EKD zu den Wirtschaftsbeziehungen der BRD zur Republik sind dafür ein Beispiel¹⁴⁾, aber auch die Haltung bei der Frage der zwischenkirchlichen Beziehungen ist von dieser Überzeugung geprägt^{14a)}. An der Frage militärischer Kooperation mit Südafrika überprüfte die EKD diese Überzeugung nicht. Sie negierte den faktischen Bestand.

Meine These wäre nun, daß die Übertragung der friedenspolitischen Perspektive der EKD aus ihrem Kontext des Ost-Westkonfliktes auf den Bereich der Beziehungen zu Südafrika den dortigen Konflikt nicht in Richtung auf mehr Gerechtigkeit und Frieden zu beeinflussen vermochte. Die Asymmetrie der dortigen Machtverhältnisse führte dazu, daß die bestehenden und ja vom Konzept her noch zu verstärkenden Kooperationen eindeutig zugunsten jenes Konfliktpartners beitragen mußten, der über die politische und wirtschaftliche Macht verfügt. Was vielleicht im Bereich der zwischenkirchlichen Beziehungen gerade noch möglich ist, aber gegenwärtig zunehmend schwieriger wird, zumindest partiell mit dem schwächeren Konfliktpartner zu kooperieren, wird im Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen - wenn es von der BRD angestrebt würde - vom weißen Südafrika mit allen möglichen Mitteln unterbunden. War die EKD von dem Erfolg dieses Konzeptes im Ost-Westkonflikt so geblendet, daß sie sein Scheitern im Blick auf Südafrika nicht wahrnehmen konnte? Aber man muß ja noch weitergehen. Südafrika ist es ja nach der Unabhängigkeit von

13) Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evang. Kirche in Deutschland, Gütersloh 1981, S. 16.

14) Vgl. zu diesem Komplex den Band 18 der Texte zum Kirchlichen Entwicklungsdienst "Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika", Frankfurt 1978, bes. den Aufsatz von G. Linnenbrink, Eine Bilanz der EKD-Firmen- und Gewerkschaftsgespräche, S. 57-66. Die von Gottfried Wellmer erstellte wissenschaftliche Auswertung dieser Gespräche wartet immer noch - mittlerweile seit 10 Jahren - ihrer öffentlichen Diskussion!

14a) Vgl. dazu Markus Braun, Die EKD und der Beschluß von Budapest, in: Neue Stimme 10/1984, S. 8-13.

Mosambik, Angola und Zimbabwe gelungen, einen ideologischen Etikettenwechsel zu vollziehen. In einem "Etikettenschwindel" wird ja nicht mehr die Verteidigung der Apartheid als das Ziel der eigenen Politik proklamiert. Diese soll durch eine angebliche Reformpolitik sukzessive überwunden werden. Vielmehr versteht die Republik sich jetzt selbst als Verteidigerin der vitalen Lebensinteressen des Westens mit dem Ziel der Sicherung von dessen wirtschaftlicher, militärischer und ideologischer Vorherrschaft. Mit dieser ideologischen Umorientierung konnte Südafrika sich das ideologische Potential der verschreckten Partner im Westen nutzbar machen für die Stabilisierung seiner Position.

Die EKD befindet sich m. E. gegenwärtig mit ihrer friedenspolitischen Perspektive der "Rettung der Entspannungspolitik" im Blick auf das Konfliktfeld Südafrika in einem doppelten Dilemma, ja in einer echten Sackgasse. Zunächst muß sie erkennen, daß die Überzeugung "Veränderung durch Kooperation" im Blick auf das Beziehungsfeld BRD-SA nicht greift, weil diese den allmächtigen Konfliktpartner dort prinzipiell begünstigen und die ohnmächtige schwarze Gesellschaft benachteiligen muß. Sodann muß sie sich dem Faktum stellen, daß es Südafrika weithin gelungen ist, die konservativen Regierungen des Westens der 80er Jahre von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Ost-Westgegensatz für seinen eigenen Machtbereich aggressiv auszunutzen. So steht die EKD nicht nur vor den Scherben einer überschätzten Kooperationspolitik, sondern auch unter dem zunehmenden Einfluß, die Forderung nach strukturellen Veränderungen in Südafrika preiszugeben. Die Folge ist m. E. eine kaum zu bestreitende Orientierungslosigkeit der EKD im Blick auf Südafrika zu einem Zeitpunkt, wo dort die Unterdrückung der schwarzen Mehrheit durch eine neue Verfassung juristisch abgesichert und durch die Militarisierung des Landes zementiert wird.

Oder müssen wir sogar noch weitergehen und die These von der Orientierungslosigkeit hinterfragen? Ist es nicht sogar so, daß wir gegenwärtig eine Internationalisierung der gesellschaftspolitischen Wende seitens der neuen Koalition erleben? Die gesellschaftspolitisch beobachtbare Umverteilung von unten nach oben wird seitens der gegenwärtigen Regierung im Blick auf die Dritte Welt komplettiert mit einer offensiven Wirtschaftspolitik zur Befriedigung des einheimischen Arbeitsmarktes. Die Diskussionen und Entscheidungen im Rahmen des Entwicklungshilfeministeriums sind dafür ein eindeutiger Beleg. Innerhalb der EKD wird es parallel dazu immer schwieriger, die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Verflechtung der BRD mit der Dritten Welt zu thematisieren. Es verbreitet sich z. B. auch hier zunehmend die Auffassung, daß die von den ökumenischen Partnern geforderte kritische Auseinandersetzung mit den Multinationalen Konzernen angesichts der weltwirtschaftlichen Krise gestoppt und die Multis in ihrer Durchdringung der Dritten Welt gefordert werden müssen.¹⁵⁾

- 15) Die Schwierigkeiten der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst, eine Stellungnahme zu der von dem ÖRK vorgegebenen Studie über Multinationale Konzerne zu verabschieden, spiegelt diese Auseinandersetzung deutlich wider.

Ich prognostiziere deshalb die Gefahr einer zunehmenden Offenheit der offiziellen Kirchen für die Argumente derer, die in der Wahrung der Sicherheitsinteressen des Westens am Kap die vorrangige Aufgabe sehen und deshalb bereit sind, die andauernde Unterdrückung der schwarzen Gesellschaft in Südafrika als das kleinere Übel zu wählen. Aus der friedenspolitischen Orientierungslosigkeit der EKD im Blick auf Südafrika wäre dann eine Umorientierung im Sinne der Verfestigung des status quo geworden. Die von den ökumenischen Gruppen dieses Landes in der Vergangenheit immer wieder mit guten Argumenten vertretene These, daß sich die theologische Einsicht in die Sünde des Rassismus tot läuft an der realen Interessenverflechtung unserer Kirche wäre dann grausamst bestätigt. Der begründete Verdacht, daß im Konfliktfall die ökumenische Solidarität den nationalen Interessen geopfert wird, ginge am Beispiel Südafrika in Erfüllung.

Es ist m. E. unbestreitbar, daß eine so qualifizierte Sicherheitspartnerschaft von der schwarzen Gesellschaft in Südafrika als Sicherheitskomplizenschaft verstanden werden müßte. Eine "Sicherheitskomplizenschaft", die die schwarze Gesellschaft in eine Abhängigkeit von jener Macht zu treiben droht, die der Westen in seiner Strategie auf alle Fälle verhindern möchte: Den sog. internationalen Kommunismus. D. h., wir erkennen im Westen heute deutlicher denn je die Mechanismen einer self-full-filling-prophecy. Anhaltspunkte bei der schwarzen Gesellschaft selbst sind wiederum in Erfahrungen mit dem Kapitalismus als Gesellschaftssystem gegeben. Auch hier kann uns die Beobachtung von Beyers Naudé aus unserer Verblendung vielleicht herausreißen: "Eine weitere Überzeugung, die immer häufiger unter den Schwarzen zu hören ist, betrifft ihre Abkehr vom kapitalistischen System, wie sie es am eigenen Leib erfahren haben - und noch täglich erfahren -, als eines unterdrückenden und ausbeutenden Systems, das zunehmend Wohlstand und Reichtum der kleinen Minderheit (hauptsächlich weiß) garantiert und zunehmend Verarmung und Elend der großen Mehrheit (hauptsächlich schwarz) verursacht. Sie sind sich voll bewußt, daß die Regierung und private Unternehmen seit etwa zwei bis drei Jahren versuchen, einen kleinen, verhältnismäßig wohlhabenden schwarzen städtischen Mittelstand aufzubauen; sie sind sich auch bewußt, daß ein bestimmter Prozentsatz der Schwarzen zum eigenen Vorteil mit dem System kollaboriert. Sie sagen aber deutlich: Wir suchen ein anderes ökonomisches System, mehr sozialistisch orientiert, mit der Möglichkeit größerer materieller Gerechtigkeit, ein System, das die historischen, gemeinschaftlichen Werte Schwarzafrikas umfaßt, widerspiegelt und einverleibt. Wie auch immer die endgültige Form aussehen mag - eins ist sicher: Der Kapitalismus bietet uns keine Antwort auf unsere Probleme".¹⁶⁾

Wenn unsere Kirchen diesen Weg gehen sollten, dann rächt sich hier spätestens die Isolierung, in die sie sich mit ihrer Ablehnung aller dissoziativen Forderungen seitens der ökumenischen Gemeinschaft manövriert haben. Die halbherzig und defensiv geführten Firmengespräche haben ja Erfahrungen nicht wachsen lassen, mit denen man sich heute gegen den

16) C. F. Beyers Naudé, a. a. O. S. 4.

offiziellen Trend einer einseitigen Unternehmenspolitik auf internationaler Ebene stemmen könnte. Das Verdrängen der militärischen Kooperation zwischen Regierung bzw. Unternehmen der BRD und der Republik haben uns hilflos gemacht angesichts der unbestreitbaren Ausweitung dieses Transfers. Wie soll man heute mit den Folgen der eigenen Halbherzigkeit und des Aufschiebens umgehen können, wo die Rüstungsexportbeschränkungen eher gelockert als angezogen werden¹⁷⁾. Für unsere Kirchen wird also wahr, wovor sie rückblickend auf die Phase des Nationalsozialismus im Jahre 1983 gewarnt haben: "Die Geschichte läßt sich nicht einfach abschütteln und vergessen. Was verdrängt wird, kehrt wieder mit Macht"¹⁸⁾.

3. Perspektiven für eine Neuorientierung in der Zukunft

Das Unbehagen mit einer solchen dunklen Perspektive, das bei Ihnen entstanden ist, kann ich voll verstehen. Vor allem dann, wenn wir uns klar machen, daß von unseren Kirchen dies als Bestätigung ihrer eigenen Ohnmacht verwertet werden wird. Dennoch möchte ich, bevor ich den Versuch mache, einige Perspektiven für die Zukunft aufzeigen, noch einmal Beyers Naudé zitieren: "Bedeutet das also, daß wir - und ich verweise hier vor allem auf diejenigen, die sich selbst als Christen bezeichnen - die Hoffnung auf eine bedeutungsvolle Veränderung und die Hoffnung auf Befreiung ohne weiteres Blutvergießen preisgeben müssen? Als Christ ist es meine Überzeugung, daß man die Hoffnung niemals preisgeben darf, daß Gott in seiner Allmacht und Gnade es bewirken kann, daß das scheinbar Unvermeidliche doch noch vermieden werden kann. Auf der anderen Seite muß man aufgrund historischer Kenntnis und Analyse von Mächten, die Menschen zur Gewalt trieben, ständig mit solchen Fakten rechnen"¹⁹⁾.

Das Ernstnehmen dieses Glaubens bedeutet für mich, daß es uns aus theologischen Gründen verboten ist, gequält oder sogar erleichtert zu resignieren. Wenn in Südafrika darum gebetet wird, Stärkung zur Offenlegung der teuflischen Strukturen der Apartheid zu erfahren, darf die Hoffnung bei uns nicht defätistisch preisgegeben werden, die wir über größere politische Spielräume verfügen als die unterdrückte schwarze Gesellschaft. Voraussetzung für eine solche lebendige und verpflichtende Hoffnung ist jedoch eine sichtbare und vernehmbare Umkehr aus theologischem Verbalismus und politischer Halbherzigkeit. Voraussetzung ist auch, daß unsere Kirchen es lernen, den Verdrängungsprozeß angesichts der unheilvollen militärischen Zusammenarbeit unseres Landes mit Südafrika öffentlich als Versagen zu bekennen. Dazu müßte man aus

17) Vgl. den Diskussionsbeitrag der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst zur Rüstungsexportproblematik "Rüstung und Entwicklung" vom September 1981, Hannover Juni 1984.

18) Siehe epd-Zentralausgabe Nr. 16 v. 24.1.1983 S. 5f.

19) C. F. Beyers Naudé, a. a. O. S. 6.

zurückliegenden Erfahrungen zumindest zwei Lehren ziehen. Das oft gehörte Argument: "Wir brauchen Zeit, um in dieser Frage zu lernen" wendet sich gegen uns, wenn wir von vorneherein vorgeben, was gelernt werden kann und was nicht gelernt werden darf. In keiner Frage, wie der der militärischen Zusammenarbeit, ist so sehr von unseren Kirchen nach dem Prinzip verfahren worden, "daß nicht sein kann, was nicht sein darf". Auch Außenminister und ihre Beamten können irren und die Wahrheit verschweigen. Sie besitzen nicht die Immunität einer vermeintlich sakrosankten Obrigkeit Gottes. Zum zweiten muß aus theologischen Gründen der These widersprochen werden, daß wir als Kirche nur das anfragen und einklagen dürfen, was auch Erfolg verspricht. Es mag gute Gründe dafür geben zu glauben, daß ein öffentlicher Protest der Kirchen gegen die militärische Zusammenarbeit mit Südafrika die Militarisierung dieses Landes nicht wesentlich verhindert hätte. Aber solange wir mit diesem Argument arbeiten, sind wir endlos erpressbar und haben zudem eine schlechte Theologie. Denn es ist gute biblische Tradition, sich von dem Bösen zu trennen, das einen in den Abgrund zu ziehen droht²⁰⁾. Es gehört zur theologischen Hygiene, sich von der Verschmutzung - ein oft gebrauchtes Afrikanerwort übrigens - zu reinigen. Kirchen dürfen sich m. E. nicht endlos mit dem Argument "Wir erreichen ja doch nichts" schmutzige Hände machen.

Doch nun zu einigen Handlungsperspektiven für unsere Zukunft:

1. Die von Vancouver formulierten Anfragen an das Friedenskonzept der EKD erfahren am Beispiel Südafrika ihre volle Berechtigung. Es gibt - um Exaußenminister Haig zu zitieren - in der Tat wichtigeres als einen Frieden, der nur an den Sicherheitsinteressen der Partner im Ost-Westkonflikt orientiert ist. Ohne Gerechtigkeit bleibt unser eigenes Friedensinteresse egoistisch und langfristig auch politisch gefährlich. Machen wir dies uns noch einmal klar an den von allen geforderten Einsparungen im Bereich der Rüstung zugunsten der Dritten Welt. Wem sollen diese Transfers zugute kommen? Den Eliten oder den Armen? Das Beispiel Südafrika belegt, daß einerseits nur durch assoziative Beziehungen zu Organisationen des Widerstandes reale Befreiungsprozesse eingeleitet werden können, und es zeigt andererseits, daß zumindest der befristete Entzug von Unterstützung an die herrschenden Unrechtsregime unumgänglich erscheint. Generell könnte dies für die EKD bedeuten: Die von ihr in der Friedensdenkschrift zugesagten Friedensgutachten²¹⁾ müssen aus einer Perspektive von mehr Gerechtigkeit für die verelendeten Massen der Dritten Welt entwickelt werden. Südafrika müßte aus ökumenischer Solidarität als exemplarischer Ausgangspunkt gewählt werden.

20) Vgl. dazu W. Lienemann, Gewalt und Gewaltlosigkeit. Studien zur abendländischen Vorgeschichte der gegenwärtigen Wahrnehmung von Gewalt, München 1982, S. 75.

21) Vgl. die Friedensdenkschrift a. a. O. S. 72.

Entsprechende Ergebnisse müßten mit Partnern aus der All-afrikanischen Kirchenkonferenz und wenn möglich dem Süd-afrikanischen Kirchenrat daraufhin diskutiert werden, ob sie als bedrohend oder solidarisch erfahren werden. Wenn diese Perspektive offiziell nicht realisierbar erscheint, dann muß der Versuch unternommen werden, mit alternativer Finanzierung solche Arbeiten zu erstellen. Hier wäre unsere finanzielle Solidarität gefordert. Dazu müßte die Frage diskutiert werden: Welche Institute wären für diese Arbeiten zu gewinnen?

2. Innerhalb der EKD hat sich in der Friedensdiskussion eine erstaunliche Sachkompetenz im Blick auf Fragen der militärischen Friedenssicherung gezeigt. Tabus wurden gelüftet, Geheiminformationen wurden zugänglich gemacht, in vielen Gruppen und Gemeinden werden strategische Konzepte in großer Sachkenntnis diskutiert und beurteilt. Kann dann noch das Argument gelten, daß für eine Kirche die Probleme militärischer Zusammenarbeit mit dem weißen Südafrika zu komplex, ja zu geheimnistreich sind, so daß sie nicht mit der notwendigen Absicherung und Seriosität dokumentierbar werden? Will die EKD ihren alternativen Vorstellungen zu einer Sicherheitspolitik, die Geist, Logik und Praxis der Abschreckung überwindet, treu bleiben, kommt sie um den Konflikt mit dem Bundesverteidigungsministerium und der Mehrheit der Parteien nicht herum. Maß dann nicht aus ökumenischer Verantwortung auch der Konflikt um die militärische Zusammenarbeit mit Südafrika gewagt werden? In unserem Land haben sich unter anderen die christlichen Jugendgruppen und Pax Christi zu einer Kampagne gegen verstärkte Rüstungsexporte in die Dritte Welt entschlossen²²⁾. Wäre es nicht sinnvoll, daß sich z. B. die protestantischen Gruppen auf den Fall "Südafrika" konzentrieren und mit lokalen Initiativen die offiziellen Kirchen in diese Richtung drängen und ermutigen?

3. Es stimmt: Militärische Zusammenarbeit mit Südafrika ist nicht nur ein deutsches Problem. Warum suchen wir dann aber nicht die ökumenische Zusammenarbeit in Westeuropa in dieser Frage? Wenn sich die EKD mit dieser Herausforderung überfordert fühlt, warum gibt es keine Initiative zur Kooperation mit Kirchen der NATO-Mitgliedsländer? Wenn ich es recht sehe, dann macht die militärstrategische Entwicklung in den USA eine solche Zusammenarbeit mehr als notwendig. Wenn die "Air-Landbattle-2000-Pläne" realisiert werden sollten und auch für die Nato verbindlich würden, werden die wirtschaftlichen Interessen des Westens offen in die militärischen Strategien einbezogen werden. Wird dann nicht auch das weiße Südafrika offiziell in die Verteidigungskonzepte der NATO integriert werden? In dem entsprechenden Auftragsdokument, das auch von dem Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Glanz im Vorwort unterzeichnet ist, heißt es in dieser Frage:

22) Kampagne gegen Rüstungsexport, vervielf. Faltblatt, 8 Seiten, Dezember 1983 (zu beziehen u. a. über aej, Stuttgart, Porschestraße 3).

"Die Industrieländer der Allianz sind von strategischen mineralischen Rohstoffen abhängig, insbesondere von solchen, die aus dem subsaharischen Afrika eingeführt werden. Das Bündnis importiert 90 % dieser unverzichtbaren mineralischen Rohstoffe aus Gebieten, die außerhalb seiner geographischen Grenzen liegen"²³⁾. Die zu Beginn der 70er Jahre schon einmal offiziell geführte Diskussion über die Ausdehnung des NATO-Bereiches über den Wendekreis des Krebses steht ja dann in anderer Version neu zur Debatte. Übrigens hat uns auch damals der AACC auf diese mögliche Entwicklung als erste kirchliche Organisation im Jahre 1973 aufmerksam gemacht. Wäre es nicht notwendig, daß bei uns in der Friedensbewegung diese globale Perspektive in der gegenwärtigen Strategiedebatte aufgreifen wird? Müßten sich die Kirchen an dieser Stelle nicht schon heute vorbereiten, um der Gefahr zu entgehen, dann erneut bekennen zu müssen "too little and too late"⁴.

Ich breche hiermit ab. Vielleicht ist für viele von Ihnen die Spannung zwischen entmutigender Vergangenheitsbewältigung und ermutigenden Hoffnungselementen zu groß. Gewiß fragen einige, läßt das Nadelöhr der Umkehr nach einem solchen Prozeß der Verdrängung noch Raum für eine echte Neuorientierung? Ich weiß selbst hier keine eindeutige Antwort. Aber um im Bild zu bleiben: um umzukehren bedarf es nur eines Schrittes, um plötzlich ein Bild wahrzunehmen, von dem man sich bisher ständig abgewendet und entfernt hatte. Ich hoffe, daß wir mit dieser Tagung einen solchen Schritt tun können.

23) Air Land Battle 2000. Bundesdeutsch-Amerikanische Fassung, in: Antiimperialistisches Informationsbulletin Sonderheft 2/1984, S. 42.

PREDIGT ANLÄSSLICH DER AUSSTELLUNG "PASSION IN SÜDAFRIKA"
IN DER THOMASKIRCHE (MAINZ) AM 18. JANUAR 1981

"Und wenn ein Glied leidet, dann leiden alle Glieder mit; wenn einem Glied Herrliches zuteil wird, so freuen sich alle Glieder mit. Ihr aber seid Christi Leib und, als Teil betrachtet, seine Glieder". (1. Kor. 12, 26-27)

Liebe Gemeinde!

Was ist in dieser zurückliegenden Woche bei der Begegnung mit der "Passion in Südafrika" auf uns überggesprungen? Zunächst gilt sicherlich, daß die meisten unter uns beeindruckt waren von der künstlerischen Kraft dieser Bilder. Wie hier einfache Menschen, ohne große Ausbildung, mit oft primitivsten Mitteln uns ein Bild ihres alltäglichen Lebens vermitteln, das hat uns bewegt. Was Worte nicht mehr vermocht haben, uns zu öffnen für das Leiden der schwarzen Bevölkerung, das ist von diesen Graphiken ausgegangen. Ob wir es zeigen konnten oder nicht, diese Leidensgeschichte afrikanischer Menschen hat uns betroffen gemacht. Und Gott sei Dank sind wir noch nicht so abgestumpft, daß wir nicht etwas verspüren von der Unruhe und auch der Ohnmacht, die eine solche Begegnung bei uns hinterläßt.

Aber, liebe Gemeinde, wir sollten auch nicht verschweigen, daß uns einige dieser Bilder ~~ge~~ürgert haben. Einige der Besucher haben daran Anstoß genommen, daß auf mehreren dieser Graphiken Christus mit einem schwarzen Antlitz gezeichnet wurde, während seine Peiniger und die Schächer am Kreuz ein weißes Gesicht tragen. Der schwarze Christus als Gefährte der Leidenden, das können wir vielleicht noch ertragen. Aber der weiße Mensch als Folterknecht, Despot und Verbrecher, das hat viele wie eine Anklage getroffen. Gewiß, wir können uns von solcher Anklage distanzieren, denn wir sind ja nicht die Weißen in Südafrika. Aber bei einigen unter uns ist doch der Eindruck zurückgeblieben, als wären auch wir damit gemeint. Denn stellen nicht die Schwarzen in Südafrika stellvertretend für die Verdammten dieser Erde die Frage nach dem Gesicht des weißen Mannes? Und steht nicht der schwarze Christus in Südafrika als Symbol für den Anspruch, daß das Leben der reichen weißen Minderheit dieser Erde gottlos geworden ist und Gottes befreiende Nähe nur selten bei uns, sondern in erster Linie unter den Armen, Unterdrückten und Entrechteten zu erfahren ist.

Liebe Gemeinde, unsere Begegnung mit der Passion in Südafrika kann uns deutlich machen, daß unser heutiger Predigttext keine Binsenweisheit ist. Zu leiden mit den Leidenden und sich zu freuen mit den Fröhlichen, das ist mehr Wunsch als Wirklichkeit, mehr Bedürfnis als Erfahrung. Erleben wir es nicht auch unter uns, daß es eher gilt, den Leidenden und Bedrängten auszugrenzen, aus Angst die Gesunden und Starken könnten sich beflecken? Und entdecken wir es nicht auch unter uns, daß es leichter ist, Freude für sich selbst zu genießen, als andere damit anzustecken? Die Alltagsweisheit,

daß geteiltes Leid halbes Leid ist, daß geteilte Freude doppelte Freude ist, wird uns zwar immer wieder eingehämmert. Aber im Konkurrenzkampf der Menschen und Völker bleibt sie auf der Strecke. Im Alltag unseres Lebens ist des einen Leid des anderen Freud und wer dies nicht anzuerkennen vermag, für den bleibt nichts zum Lachen.

Den Künstlern, deren Werke wir für eine Woche beherbergt haben, ist diese Wahrheit nicht fremd. Die Leidensgeschichte ihres Volkes ist der Kreuzweg der Erfahrung, daß sich Menschen weigern, ihren Besitz, ihr Wissen und ihre Macht zu teilen und damit die Spaltung am Leibe Christi zu überwinden. Aber, liebe Gemeinde, das wollen sie uns nicht allein sagen. Wenn ich es recht verstehe, dann wollen sie uns eine andere Entdeckung mitteilen. Sie wollen nicht nur den Zorn und die Wut herausschreien über die Grausamkeit ihrer Lebensbedingungen, sie klagen nicht nur über die Sinnlosigkeit ihres Lebens. Ihre Leidenverarbeitung ist auch nicht der Alkohol oder die Droge, nicht die Lethargie und auch nicht der Rausch. Wenn ich es recht begriffen habe, dann haben sie in ihrer Ausweglosigkeit und Isolation eine befreiende Entdeckung gemacht. Sie haben im leidenden Christus einen Gefährten gefunden. In der Geschichte des Gottesvolkes und im Lebensgeschick Jesu haben sie jene Anerkennung gespürt, die ihnen von der Geburt bis zum Tode vorenthalten bleibt. In Christi Leiden sehen sie sich der Sinnlosigkeit entrissen. Und in dieser Begegnung haben sie wieder Macht über sich selbst gewonnen, so daß sie sich nicht mehr bedauern und für sich selbst schämen müssen, sondern sich über sich selbst auch wieder freuen können. In dieser Begegnung sind sie aus passiven Opfern zu aktiven Gliedern ihres Volkes geworden. Zu Menschen, die in sich selbst wieder die Kraft verspüren, ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen, gegen alle Spaltung durch mörderische Gesetze zusammenzustehen und Widerstand zu leisten gegen innere Ohnmacht und äußere Gewalt. Sie haben sich als Leib Christi erfahren, der nicht im Tode zerfällt, sondern erlösende Kraft ausstrahlt. Sie haben untereinander Menschlichkeit entdeckt und sich als Verbündete im gemeinsamen Streit gefunden.

Die Botschaft der "Passion in Südafrika" ist deshalb recht verstanden nicht in erster Linie Information über die Grausamkeiten der weißen Rasse. Solche Informationen reißen uns nicht aus der Sprachlosigkeit und Lethargie heraus. Die Botschaft der "Passion in Südafrika" sind die Hoffnungszeichen, die in diesen Bildern anklingen, so verborgen sie auch sein mögen. Die Botschaft der "Passion in Südafrika" sind die Geschichten, die wir während dieser Woche in den Vortragsabenden gehört haben, von schwarzen Menschen, die sich offen oder im Untergrund gegen die Gewalt stemmen, sind die Versuche von Schwarzen und Weißen, Erniedrigung zerschütteln und Zonen der Freiheit zu erobern. Die Botschaft der "Passion in Südafrika" ist das Zeugnis von der Nähe Gottes bei denen, die am Unrecht leiden. Das, was wir immer wieder gehört haben und was uns in Empörung versetzt hat, Südafrika sei ein christliches Land, das hat sich in der "Passion in Südafrika" auf unerwartete Weise bewahrheitet. Ja, Südafrika kann uns etwas erzählen von der Präsenz Gottes in der Welt. Gott ist zwar nicht gegenwärtig in jenem System der Apartheid, das nach dem Glauben der Weißen die gottgemäße Antwort auf das Rassenproblem darstellen soll.

Aber Gott ist nahe bei jenen, Schwarzen und Weißen, die im Alltag ihres Lebens Mut und Kraft haben, Gewalt abzubauen und Recht aufzurichten. Die Botschaft der "Passion in Südafrika" will uns ein Bild der Menschlichkeit vermitteln, das in unserem heutigen Predigttext gezeichnet wird: die Wirklichkeit einer solidarischen Menschheit, in der Leid und Freude geteilt werden und nicht auf bestimmte Menschengruppen verteilt bleiben. Sie will uns, recht verstanden, zurückführen zur Wahrheit Christi.

Liebe Gemeinde, wenn diese Botschaft gilt, wie wird es dann möglich, daß wir die "Passion in Südafrika" nicht mehr nur bewundern oder in betroffenem Schweigen erleben? Wie gelingt es uns, teilzunehmen an ihrem Leiden, aber auch an ihrer Freude über die Entfernung von 10.000 km hinweg? Ich denke, der erste Schritt müßte darin bestehen, daß wir die Leidenden nicht länger als hilflose Opfer verstehen. Wenn wir ihre Passion ernst nehmen, dann sollten sie uns zu allererst anstecken können mit der Hoffnung, die sie selbst in ihrem Leben zum Ausdruck bringen. Leidende Menschen als hoffende Menschen aufzunehmen, weil ja nur der leidet, der in seinen Lebenserwartungen eingeschränkt wird, das wäre der erste Schritt auf dem Wege der Teilnahme. Und dann müßten wir ja auch einige jener Vorurteile über Bord werfen, die in den Gesprächsabenden dieser Woche wieder bei uns hochgekommen sind. Wir haben uns zwar nicht mehr darüber gestritten, ob die Schwarzen Südafrikas den Weißen rassistisch unterlegen seien. Aber ist nicht doch wieder die Frage unter uns laut geworden, ob nicht allein die Weißen in der Lage seien, die Gesellschaft Südafrikas so zu gestalten, daß alle Brot und Arbeit haben. Wer die Leidenden als die Hoffenden erkennt, der kann sie nicht mehr nur betreuen und bevormunden wollen, sondern der versteht sie zuallererst als Partner, die Wille, Mut und Kraft haben, jene Gesellschaftsordnung durchzusetzen, die den Notwendigkeiten und Bedürfnissen ihrer Situation entspricht. Haben wir nicht in unseren Kirchen und Gemeinden ein Stück jener Betreuungsmentalität, an denen sich die Schwarzen Südafrikas wundreiben? Und hat unser Bevormundungsdrang - bei aller Freigebigkeit in puncto Geld und Spenden - uns nicht immer wieder daran gehindert, zu deren Partner zu werden? Zehn Jahre Antirassismusprogramm haben gewiß eine Menge Geld für die Schwarzen Südafrikas erbracht, aber haben wir an ihrem Leiden wirklich teilgenommen? In unseren Gebeten, in unserer Korrespondenz, haben wir jene in unsere Häuser aufgenommen, die als Flüchtlinge und Exilanten unter uns leben, oft mit einem Minimum an Auskommen und meist ohne Hoffnung auf Rückkehr? Wir können uns nicht auf einer mehr oder weniger gesicherten Wohlstandsinsel abschotten, auch wenn wir nicht wissen, wie wir das Flüchtlingsproblem lösen sollen. Wenn es wieder Anlaß gibt, und "Mut zur Zukunft" zu predigen, dann kann es doch nur darum gehen, Mut aufzubringen, um allen und gerade den schwächsten Gliedern Zukunft zu ermöglichen.

Und noch ein zweiter Schritt wäre unsererseits möglich, um an der "Passion in Südafrika" teilzunehmen. Mit dem weißen Südafrika unterhält die Bundesrepublik blühende Wirtschaftsbeziehungen. Wir sind in den letzten Jahren zum Haupthandelspartner der Republik geworden. Deutsche Banken sind neben der Schweiz

zu Hauptkreditgebern geworden. Neben Frankreich und anderen westlichen Ländern ist auch die Bundesrepublik in Waffengeschäfte mit Südafrika verwickelt. Seit Jahren gibt es eine heftige Debatte über eine atomare Zusammenarbeit. Haben wir uns einmal überlegt, wie wir von den Schwarzen Südafrikas erfahren werden? Sie erkennen unsere Gesellschaft als eine Stütze der Apartheid, obwohl wir mit Worten - quer durch alle Parteien - dieses System verurteilen. Wäre es nicht notwendig, daß wir in unserem Lande mehr Mut haben um Schritte zu wagen, die es der weißen Herrschaft in Südafrika schwerer machen, um sich länger gegen das Teilen von Besitz, Wissen und Macht zu wehren? Seit fast 10 Jahren wird in der Ökumenischen Bewegung auf die Notwendigkeit des Boykottes hingewiesen als letzten Ausweg aus einer Situation, die gewaltsame Explosion zu verhindern. Wäre es nicht notwendig, sich politisch mit solchen letzten friedlichen Alternativen zu befassen, um das Schlimmste zu verhindern? Morgen abend werden wir in der Johanniskirche im Rahmen dieser Ausstellung mit Politikern diskutieren und sie können sich ein Bild über die Möglichkeiten unseres Landes in dieser Frage machen.

Teilnehmen an der "Passion in Südafrika" kostet uns sicherlich einiges. Es kostet uns unsere Vorurteile und das Aussprechen von Ängsten. Es kostet uns die Bereitschaft, auf Bevormundung zu verzichten. Es kostet uns auch Stabilität, weil jede Öffnung für den Leidenden verbunden ist mit der Preisgabe von eigener Macht und auch von Geld. Aber wir sollten uns von den Bildern unserer Ausstellung sagen lassen, daß uns solche Teilnahme nicht arm macht. Teilnahme am Leben und der Hoffnung der Leidenden bringt uns die Lebenskraft derer zurück, die sich nicht abfinden mit ihrem Geschick und die den Widerstand wagen gegenüber jeder Form unrechtmäßiger Gewalt. Und deshalb bringt uns diese Teilnahme ein Stück jener Selbsterhaltungskraft zurück, die wir alte Abendländer in unserer europäischen Geschichte verspielt haben. Teilnahme am Leben der Leidenden macht uns schließlich deshalb reicher, weil sie uns den Glauben daran zurückbringen kann, daß die Menschheitsgeschichte nicht nur ein Mischmasch von Irrtum und Gewalt ist, sondern unter Gottes Willen steht, der mündige Menschen will und keine Knechte.

Das ist - wenn ich es richtig verstehe - die Botschaft der "Passion in Südafrika" an uns. Gebe Gott, daß uns diese Botschaft vereint als Glieder an dem einen Leib Christi.

Amen

DAS "PROGRAMM ZUR BEKÄMPFUNG DES RASSISMUS" DES ÖRK -
EINE KURZE ÜBERSICHT
=====

1. Ausgehend vom Mandat der IV. Vollversammlung in Uppsala entwickelte der ÖRK bis 1970 ein "Programm zur Bekämpfung des Rassismus" (PCR), das durch den Exekutivausschuß im September 1970 den Kirchen empfohlen wurde. Hintergrund dieses Programms waren: Die theologische Einsicht in die Sünde des Rassismus, das Interesse, Widerstandsorganisationen und Selbsthilfebewegungen in diesem Bereich aktive Unterstützung zukommen zu lassen (Gedanke der Wiedergutmachung ?!), ein Bewußtsein zu schaffen für das Involviertsein vor allem der reichen Industrienationen und Kirchen im weltweiten Rassismus. Im Mittelpunkt standen von Anfang an Befreiungsbewegungen gegen noch bestehenden Kolonialismus (Portugiesische Kolonien) und Apartheid im Südlichen Afrika.
2. Im Mittelpunkt des Interesses des PCR stand der sogenannte Sonderfonds, der Organisationen zugedacht war, "die von unterdrückten Rassengruppen errichtet oder zur Unterstützung der Opfer der Rassendiskriminierung gebildet worden sind und deren Zielsetzung mit den allgemeinen Zielen des ÖRK ... vereinbar sind. Durch diese Maßnahmen sollen die Gruppen in ihrem Kampf um wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit unterstützt werden." Als solche Organisationen wurden seitdem unterstützt: ANC (Südafrika), SWAPO (Namibia), bis 1978 die sogenannte PATRIOTISCHE FRONT (Zimbabwe) und bis 1975 die FRELIMO (Mozambique) und die rivalisierenden Befreiungsbewegungen in Angola (MPLA, UNITA, FLNA). Diese Bewegungen versprachen, die Gelder für humanitäre Zwecke einzusetzen (Schulen, Gesundheitsdienst etc.), eine Kontrolle der Verwendung wurde nicht ausgeübt.
3. Neben dieser Unterstützungsfunktion wurden im Rahmen des PCR darüberhinaus Aktionen formuliert, mit denen der weißen Minderheitenherrschaft im Südlichen Afrika die Unterstützung entzogen werden sollte. So im Jahre 1972 der Aufruf an Kirchen und Wirtschaftsunternehmen, ihre Investitionen aus dem Südlichen Afrika zurückzuziehen bzw. keine Gelder in solchen Unternehmen anzulegen, die in Südafrika investieren. Dazu der Aufruf aus dem Jahre 1974, Banken dahingehend zu bedrängen, an Südafrika keine weiteren Darlehen mehr zu geben. Schließlich trat ab 1975 die Frage der militärischen Zusammenarbeit seitens westlicher Industrienationen mit Südafrika in den Vordergrund, vor allem auch auf nuklearem Gebiet. Seit 1978 wird gefordert, Südafrika mit einem Ölembargo zu versehen, um die weiße Minderheitenherrschaft an einer ihrer Achillesfersen (Energieversorgung!) zu treffen.
4. Die von dem PCR ausgehende Diskussion innerhalb der Kirchen kann als eines der brisantesten Lernfelder im Blick auf das Selbstverständnis der Weltchristenheit innerhalb der 70er Jahre verstanden werden. Unterstützung fand dieses Programm vor allem in Afrika, einschließlich der Kirchen im Südlichen Afrika. Dort stärkte es einmal die Glaubwürdigkeit von Kirchen angesichts der historischen Verflechtung von Mission und Kolonialismus. Zum anderen wirkte es auf vor allem die schwarze Christenheit im Südlichen Afrika motivierend und befreiend. Denn endlich hatte eine weltweite christliche

Organisation Interessen und Sorgen der Unterdrückten in diesem geographischen Bereich ernstgenommen, ausgesprochen und durch aktive Solidarität als eigene Verantwortung angenommen. Widerspruch erhob sich vor allem innerhalb der Kirchen Europas, voran in der Schweiz, in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Dabei standen folgende Fragestellungen im Vordergrund:

- 4.1. Die Problematik der Anwendung von Gewalt von Befreiungsbewegungen: In einem Kompromiss aus dem Jahre 1971 (CC Addis Abeba) wurde formuliert, daß es Aufgabe der Kirchen sei, sich mit den Zielen solcher Bewegungen zu identifizieren, ohne sich mit den Bewegungen selbst identifizieren zu müssen.
- 4.2. Die Frage der Verwendung von Kirchensteuermitteln blockierte vor allen Dingen innerhalb der Bundesrepublik aktives und offizielles Engagement seitens der EKD und Landeskirchen. Nur die EKHN (1970) und die Reformierte Kirche in Nordwestdeutschland (1971 und öfter) haben sich zur Bereitstellung von Kirchensteuermitteln für Befreiungsbewegungen bereitgefunden. Daß diese Thematik immer noch ein Dauerbrenner ist, zeigt die jüngste Synode der Rheinischen Kirche.
- 4.3. Die Problematik von Investitionen im Südlichen Afrika offenbarte vor allem die wirtschaftliche Verflechtung des Westens als Stütze der Apartheid und die Schwierigkeiten von Kirchen, sich in dieser Frage positiv zu engagieren. Allein aus Schweden und den Niederlanden sind hier positive Erfahrungen zu vermelden. Ähnliches gilt für die Frage der Darlehen von Banken an das Apartheidregime, die bisher von Kirchen im deutschen Bereich kaum aufgenommen wurde. Positive Ergebnisse sind hier zu vermelden aus den Niederlanden, den USA und zum Teil auch aus Großbritannien. Gegenwärtig sind schweizerische und deutsche Banken die Hauptkreditgeber für südafrikanische Staatsprojekte, vor allem im Militärbereich und im Energiebereich.
- 4.4. Die Frage der theologischen Begründung des "Parteilichen Engagements", wie sie vor allem innerhalb einer "Schwarzen Theologie" bzw. Theologie der Armen formuliert wurde.
- 4.5. Die Frage der militärischen Zusammenarbeit, vor allem auf nuklearem Sektor, hat vor allem in der Bundesrepublik die politische Unfähigkeit der Kirche dokumentiert, Informationen, die über das Gewicht von offiziellen Regierungsdokumenten hinausgehen, positiv aufzunehmen. Darüber ist es zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen zwischen der EKD und der Allafrikanischen Kirchenkonferenz gekommen.
5. Der ÖRK gab Ende der 70er Jahre eine Überprüfung dieses Programmes in Auftrag mit dem Ergebnis, daß es 1980 voll und ganz bestätigt wurde. In einem "Programm zur Bekämpfung des Rassismus für die 80er Jahre" treten zu den bisherigen Themen vor allem die Erfahrungen neuer Rassismen in den Industrienationen selbst.

Literatur: Baldwin Sjollema "Isolation der Apartheid" texte 26 Ffm. 1983; Memorandum zum Verhältnis der EKD zum ÖRK Ökumenische Rundschau 1979, Seite 43-51; Plädoyer für eine ökumenische Zukunft, Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche 1979 (epd Dok. 36a/79) (Reaktion auf das Memorandum der EKD)

SÜDAFRIKANISCHER RAT DER KIRCHEN, NATIONALKONFERENZ 1985:

"BESCHLUSS NR. 5: DISINVESTMENT"

28.6.1985. Aus: "EMW-Informationen", Nr. 62, 31.7.1985 (Thema des Hefts: Ausländ. Investitionen in Südafrika)

An: Exekutivkomitee des Südafrikanischen Rates der Kirchen,
Mitgliedskirchen, Regionalräte, angeschlossene
Organisationen und die internationale Gemeinschaft

Die Nationalkonferenz des Südafrikanischen Kirchenrates ist von dem gewaltsamen Konflikt, in den die Menschen Südafrikas jetzt verwickelt sind, tief betroffen.

1. Sie wiederholt die frühere Erklärung des Rates, daß ausländische Investitionen und Kredite benutzt wurden, um die in Südafrika herrschenden Machtstrukturen und Privilegien zu stützen.
2. Sie erkennt an, daß viele Kirchenführer und Christen in Südafrika (selektives) Disinvestment und wirtschaftliche Sanktionen gutheißen, weil sie davon überzeugt sind, daß der Ernst der Lage wirtschaftliche Maßnahmen erfordert, um den politischen und diplomatischen Druck zu verstärken und die südafrikanische Regierung zu zwingen, den grundsätzlichen Wandel als notwendig zu erkennen.
3. Sie ist sich darüber einig, daß ein grundsätzlicher Wandel die Beseitigung der Apartheid und die demokratische Beteiligung aller Südafrikaner bei der Planung neuer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen einschließt, um allen Menschen Gerechtigkeit, Entwicklung, Freiheit und Frieden zu garantieren.
4. Sie begrüßt die Betroffenheit und Unterstützung der Mitchristen in anderen Ländern, die sich bemühen, mit ihr gewaltfreie Wege zum grundsätzlichen Wandel in Südafrika zu finden.
5. Sie glaubt, daß der Druck westlicher Länder durch Disinvestment und Divestment sehr geholfen hat, die weißen Südafrikaner zu ernsthafter Überlegung der Gründe des politischen Konflikts dieses Landes zu bewegen.
6. Sie schließt aus dem ihr vorgelegten Beweismaterial, daß ausländische Investitionen nicht notwendigerweise neue Arbeitsplätze schaffen, sondern daß oft das Gegenteil der Fall ist, weil neues Investieren häufig in Form hochentwickelter technologischer Ausrüstung geschieht.
7. Sie macht darauf aufmerksam, daß die Kirchen seit vielen Jahren auf das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit in den schwarzen Gemeinschaften hingewiesen haben und nie irgendeine ernsthafte Besorgnis der Geschäftswelt bemerkten – weder der südafrikanischen noch der ausländischen oder der Regierung. Erst in den letzten Monaten, als Wirtschaftssanktionen in den Vereinigten Staaten gesetzliche Wahrscheinlichkeit wurden, änderte sich dies.
8. Sie bekennt, daß es in den Kirchen keine angemessene Debatte und Erörterung der Disinvestment-Frage gab, weil wir uns aufgrund strenger Gesetze, die eine offene Diskussion über Sanktionen verhindern sollen, selbst Zurückhaltung auferlegen. Das bedeutete, daß die einzigen Argumente, die in Südafrika gehört wurden, die gegen Disinvestment waren.

Deshalb beschließt diese Konferenz:

- a. Wir glauben, daß Disinvestment und ähnlicher wirtschaftlicher Druck als friedliche und wirksame Mittel jetzt angebracht sind, um auf Südafrikas Regierung Druck auszuüben, die grundsätzlichen Veränderungen, die das Land braucht, jetzt durchzusetzen.
- b. Wir fordern unsere Partner-Kirchen in anderen Ländern auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen, um Möglichkeiten wirksamen und wirtschaftlichen Drucks zu finden und zu fördern, um die Situation in Südafrika dahingehend zu beeinflussen, daß Gerechtigkeit und Frieden erlangt werden und die Gewalttätigkeiten in diesem Konflikt vermindert werden.
- c. Wir wollen die Erörterung der Sachverhalte dadurch vertiefen, daß die Frage von Wirtschaftssanktionen und Disinvestment dem Exekutivkomitee des Südafrikanischen Kirchenrates, den Regionalräten und den Leitungen unserer Mitgliedskirchen und -organisationen mit der Aufforderung vorgelegt wird, die Gemeinden zu ermutigen, sie zu studieren und zu debattieren.
- d. Wir fordern unser Exekutivkomitee auf, in Beratung mit dem Direktor der Abteilung für Gerechtigkeit und Versöhnung eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die die ganze Frage wirtschaftlicher Gerechtigkeit ebenso prüft wie die Fragen von Disinvestment und wirtschaftlichen Sanktionen, und die Antworten der Kirchen erörtert und koordiniert und die Kirchenführer dadurch unterstützt, daß sie ihnen Informationen und Analysen zugänglich macht.
- e. Wir rufen die Mitgliedskirchen und einzelne Christen auf, sich aus der Beteiligung an dem Wirtschaftssystem, das die Armen unterdrückt, zurückzuziehen, indem sie Geld und Energie in alternative Wirtschaftssysteme, die in unserer Region bestehen, einsetzen.

RAT DER EKD:

ERKLÄRUNG ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE IM SÜDLICHEN AFRIKA

Bonn, 13. September 1985

Mit großer Sorge verfolgen wir die erschütternden Nachrichten aus dem südlichen Afrika. Der Versuch der südafrikanischen Regierung, die wachsende Opposition gegen die Apartheidspolitik durch Anwendung von Ausnahmegesetzen und mit militärischen und polizeilichen Gewaltmitteln einzudämmen, hat einen umso entschlosseneren Widerstand gegen jegliche Form staatlicher Autorität hervorgerufen. Das Land ist in eine tiefe Krise gestürzt, viele hundert Menschen hat es das Leben gekostet.

Im Nachbarland Namibia herrscht nach wie vor Krieg, immer noch ist dieses Land von Südafrika abhängig, immer noch erreichen uns Nachrichten von Menschen, die verfolgt, mißhandelt oder getötet werden.

In dieser bedrängenden Situation haben sich unsere kirchlichen Partner in Südafrika und Namibia erneut an uns gewandt und uns um ein öffentliches Zeugnis und um Zeichen des Beistandes gebeten.

Der Rat der EKD möchte dieser Bitte mit der folgenden Erklärung entsprechen.

I.

In seiner Erklärung vom 8. September 1978 hatte der Rat der EKD seine Einschätzung der damaligen Lage mit folgenden Worten ausgedrückt: "Die Zeit verrinnt, und die politische Entwicklung eilt einem Punkt entgegen, von dem aus es kein Zurück zu Möglichkeiten eines friedlichen Wandels mehr gibt." Viele unserer Partner in Südafrika sagen uns, daß dieser Punkt fast erreicht oder sogar schon überschritten ist. Die Ereignisse der letzten Zeit machen deutlich, daß sich die schwarze Bevölkerungsmehrheit Südafrikas, einschließlich der Mehrheit der Farbigen und der Indianer, durch die politischen Zugeständnisse der letzten Jahre nicht hat befriedigen lassen. Sie empfindet die von der Regierung eingeleitete Reformpolitik als Täuschung. Denn keiner der bisher durchgeführten oder auch angekündigten Schritte zur "Reform" stellt eine überzeugende Maßnahme zur Abschaffung der Politik der getrennten Entwicklung (Apartheid) dar, deren entscheidender Eckpfeiler die Homeland-Politik und deren unmenschlichster Ausdruck die Politik der Zwangsumsiedlungen und das System der Wanderarbeit sind. Der Widerstand dagegen ist entschlossener und verzweifelter als je zuvor. Die Regierung greift zu immer härteren Mitteln bei der Eindämmung der Unruhen, wobei schlimme Übergriffe der Sicherheitskräfte zugelassen oder sogar legalisiert werden. Immer wieder werden auch friedliche Demonstrationen als gewaltsamer Aufruhr behandelt. Die Führer der gewaltfreien Protestbewegung (insbesondere der United Democratic Front und der schwarzen Gewerkschaften) werden mittels fragwürdiger Sondergesetze verhaftet und des Hochverrats angeklagt. Dadurch werden sie daran gehindert, ihre Stimme für die Stimmlosen zu erheben und so den Zorn und die Empörung in realisierbare politische Forderungen zu fassen. Zugleich nimmt sich die Regierung damit die Möglichkeit, mit ihnen als den Vertretern des politischen Widerstandes den längst überfälligen Dialog zu führen.

Bestürzend ist, daß die südafrikanische Regierung auch auf international bekannte Christen im eigenen Land nicht hört, sondern viele gefangen setzt und hält.

II.

Was durch die Politik der Apartheid den Menschen an Leid und Erniedrigung zugefügt wird, steht im Gegensatz zu allem, was das Evangelium von Jesus Christus von der Würde aller Menschen sagt. Daher müssen wir dieser Politik widersprechen. Wir erinnern dazu an die Kriterien für kirchliches und individuelles Handeln im Hören auf das Zeugnis der Bibel und auf die Bekenntnisse der Kirche, wie sie der Rat der EKD in seiner Südafrika-Erklärung vom 8.9.1978* vor Augen hatte:

*epd-Dokumentation Nr.38a/78; Anm.d.Red.

- "a) Die Achtung vor der Gottebenbildlichkeit eines jeden Menschen und das Eintreten für seine Menschenwürde und seine Menschenrechte, ganz gleich, zu welcher Rasse, Klasse, Nation, Religion oder Konfession er gehört;
- b) das Eintreten für die Leidenden, denen der Anteil an den Gaben der Schöpfung nicht in vollem Umfang zuerkannt oder sogar kraft des Gesetzes vorenthalten wird;
- c) das Eintreten für Einzelpersonen und Gruppen, die sich für eine menschenwürdige Ordnung des Gemeinwesens einsetzen, aber von der Regierung daran gehindert und als Rechtsbrecher behandelt, verhaftet, verboten oder gebannt und dadurch schließlich in den Widerstand gedrängt werden;
- d) das Eintreten für Gemeinschaft, Gerechtigkeit und Versöhnung, gerade unter den Bedingungen der Trennung, der Diskriminierung und Entfremdung;
- e) das Eintreten im Gebet für alle Betroffenen im Südafrika-Konflikt, ob Handelnde oder Leidende, Diskriminierte oder Diskriminierende."

Der Rat der EKD stellt sich nachdrücklich hinter den Südafrikanischen Kirchenrat, seinen Generalsekretär Dr. Beyers Naudé und seine Mitarbeiter, und unterstützt sie in ihrem Bemühen, bei ständiger Betonung und Übung der Prinzipien der Gewaltfreiheit auf friedliche und gerechte politische Lösungen hinzuarbeiten, die Versöhnung ermöglichen.

III.

Der Rat der EKD wendet sich erneut an alle Verantwortlichen in unserem Land und in der Europäischen Gemeinschaft mit der dringenden Bitte, einen grundlegenden Wandel der Politik in Südafrika herbeiführen zu helfen. Das erklärte Ziel einer solchen neuen Politik muß das Ende der Apartheid und der Beginn einer Politik der politischen Partizipation für die Menschen aller Bevölkerungsgruppen sein.

Wir übersehen nicht, daß in den letzten Jahren konkrete Schritte zur Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen getan wurden, für die auch weiterhin eine große Dringlichkeit besteht. Deutlicher als zuvor zeigt die Entwicklung des letzten Jahres — mit den eskalierenden Unruhen seit der Inkraftsetzung der neuen Verfassung —, daß das Land ohne grundlegenden politischen Wandel nicht den inneren Frieden finden wird. Er wird nur dann gewonnen werden, wenn es in Südafrika zu einer gesellschaftlichen Ordnung kommt, die nicht mehr auf dem Unterschied von Rasse und Hautfarbe beruht. Wie eine solche Gesellschaft im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich im einzelnen zu gestalten ist, muß von Vertretern aller Einwohner Südafrikas in freier Verhandlung geklärt werden und bedarf der grundlegenden Zustimmung aller.

Damit dieser Wandel zustande kommt, bedarf es neuer politischer Initiativen, von innen und von außen. In diesem Zusammenhang gehört es zur politischen Verantwortung der Kirchen in der Bundesrepublik, die Gewissen zu schärfen und alle Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft aufzufordern, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, damit die Regierung Südafrikas zur grundlegenden Kursänderung veranlaßt wird.

Die Nationalkonferenz des Südafrikanischen Kirchenrats hat sich am 28. Juni dieses Jahres in tiefer Besorgnis über das Ausmaß des Konflikts erstmals die Forderung nach Investitionsrückzug* und ähnlichen wirtschaftlichen Maßnahmen zur Verstärkung des politischen und diplomatischen Drucks zueigen gemacht, die bisher bereits trotz Strafandrohung von einzelnen Kirchenführern und —mitgliedern vertreten wurde. Dabei hat sie unterstrichen, daß ausländische Investitionen und Kredite zur Stützung der gegenwärtigen Machtverhältnisse und Privilegien eingesetzt wurden und daß die Forderungen und Beschlüsse zu ihrer Beschränkung sich als wirksames gewaltloses Mittel erwiesen haben, um die weiße Bevölkerung in Südafrika bereiter

* s. epd-Dokumentation Nr. 37/85; Anm.d.Red.

zu machen, sich den politischen Grundfragen zu stellen. Die Nationalkonferenz greift auch das Argument auf, daß ausländische Investitionen in vielen Fällen nicht Arbeitsplätze schaffen, sondern durch Einführung neuer Technologien Arbeitsplätze abbauen. Sie stellt weiter fest, daß trotz jahrelanger Hinweise der Kirchen auf die strukturelle Arbeitslosigkeit im Umkreis der schwarzen Kommunen die in- und ausländische Unternehmerschaft und die Regierung erst durch die gegenwärtige Gesetzgebungsdiskussion in den USA veranlaßt worden seien, sich diesem Problem zu stellen. Angesichts der gesetzlichen Beschränkung einer offenen Diskussion wirtschaftlicher Sanktionen sei die angemessene Diskussion der Fragestellung in den Kirchen Südafrikas bisher zu kurz gekommen; sie soll jetzt nachgeholt werden mit dem Ziel, "daß sich die Kirchen und ihre Mitglieder aus einem Wirtschaftssystem zurückziehen, das die Armen unterdrückt, um ihre Mittel und Kräfte in vorhandene alternative Wirtschaftsmodelle zu investieren."

Die Nationalkonferenz bittet ihre überseeischen Partnerkirchen, nach Formen wirksamen wirtschaftlichen Drucks zu suchen, die auf das Ziel von Gerechtigkeit und Frieden in Südafrika bei geringstmöglicher Gewaltanwendung hinzuwirken vermögen.

Auch der Zentralausschuß des ökumenischen Rates der Kirchen* und das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes haben im August dieses Jahres ihre Mitgliedskirchen aufgefordert, die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft ihres jeweiligen Landes und in der Europäischen Gemeinschaft zu stärkerer Einflußnahme auf die Politik Südafrikas auch mit den Mitteln von Sanktionen, Investitionsrückzug und ähnlichen wirtschaftlichen Maßnahmen zu bewegen.

Es ist inzwischen deutlich geworden, daß ausländische Investoren nicht nur mit Neuinvestitionen zurückhalten, sondern teilweise ihr Kapital aus Südafrika zurückziehen, weil sie zu der Einschätzung gelangt sind, daß das System der Apartheid keine Zukunft hat.

Der Rat der EKD versteht die Beschlüsse des Südafrikanischen Kirchenrates, des ökumenischen Rates der Kirchen und des Lutherischen Weltbundes als dringenden Appell, die letzten verbleibenden gewaltfreien Möglichkeiten und Wege zu nutzen, um doch noch eine politische Lösung zu finden.

Er weist die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften darauf hin, daß der südafrikanischen Regierung der Umfang der Investitionen und Handelsverbindungen als Maßstab für das Vertrauen der überseeischen Partner in ihre Politik zur Gestaltung der Zukunft des Landes gilt. Damit kommt der Bundesregierung, Handel, Banken und Industrie eine hohe Verantwortung zu. Dies gilt insbesondere angesichts der dramatisch zugespitzten Wirtschaftskrise Südafrikas. Die Fortführung wirtschaftlichen Engagements sollte davon abhängig gemacht werden, ob die südafrikanische Regierung sich zu eindeutigen politischen Zielvorstellungen bekennt, wie sie wiederholt von Vertretern des Südafrikanischen Kirchenrats – und in ähnlicher Weise auch von den südafrikanischen Wirtschaftsverbänden – als politische Forderungen erhoben wurden:

1. Beendigung der Umsiedlungspolitik, insbesondere der Zwangsumsiedlungen, von denen bisher bereits 3,5 Millionen Menschen betroffen wurden;
2. vollständige Anerkennung einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft mit gleichen Rechten aller Bewohner Südafrikas; dementsprechend Beendigung der Ausbürgerung aller Schwarzen, die zu Bürgern von "Homelands" erklärt werden;
3. Aufhebung der Ausweis-Gesetze und Beseitigung des Wanderarbeit-Systems;
4. Schaffung eines gemeinsamen (integrierten) Erziehungs- und Ausbildungssystems für alle Südafrikaner.

* s. epd-Dokumentation Nr.37/85,

Investitionen in militärisch relevante Industrieunternehmen sollten unter allen Umständen strikt ausgeschlossen werden. Der Rat der EKD bittet die Bundesregierung, die Einhaltung des UN-Waffenembargos streng zu überwachen und es auch auf den Polizeibereich auszudehnen.

IV.

In der Erkenntnis gemeinsamer Versäumnisse möchte der Rat der EKD den Dialog mit den weißen Christen im südlichen Afrika intensivieren. Unsere direkten Dialogpartner sind dabei zunächst die deutschstämmigen und deutschsprachigen evangelisch-lutherischen Kirchen im südlichen Afrika*, mit denen die EKD durch eine vertragliche Partnerschaft verbunden ist.

Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Budapest 1984 hat beschlossen, die Mitgliedschaft dieser Kirchen ruhen zu lassen, um ihnen durch "diese Maßnahme zu helfen, zu einem klaren Zeugnis hinsichtlich der Politik der Apartheid (getrennte Entwicklung) zu gelangen und sich auf sichtbare Gemeinschaft der lutherischen Kirchen im südlichen Afrika zuzubewegen." Dieser Beschluß des Lutherischen Weltbundes betrifft auch uns und hat uns an unsere Verantwortung erinnert. Die EKD nimmt die Suspendierung zum Anlaß, zusammen mit ihren Partnerkirchen im südlichen Afrika die Konsequenzen für ein deutliches christliches Zeugnis gegen die Apartheid zu bedenken, wozu insbesondere die Verwirklichung verbindlicher Formen der Kirchengemeinschaft unter den bisher getrennten lutherischen Kirchen gehört. Damit könnte eine Hoffnungszeichen für eine gemeinsame Zukunft aller Menschen in Südafrika und Namibia gesetzt werden.

Den auch von der EKD bejahten kritischen Dialog mit den weißen reformierten Kirchen führt schon seit Jahrzehnten die reformierte Weltfamilie, besonders der Reformierte Weltbund. Seine Generalversammlung von Ottawa (1982) hat diese Kirchen von der Mitgliedschaft suspendiert**, bis sie eindeutig die Apartheid im kirchlichen Bereich beseitigen und im politischen Bereich verurteilen. An diesem Dialog war und ist der Reformierte Bund in der Bundesrepublik Deutschland auch im Auftrage der EKD beteiligt.

Leider lassen sich noch keine klaren Anzeichen dafür erkennen, daß die Leitung der Nederduitse Gereformeerde Kerk (NGK) zu einem weiterführenden Gespräch über die theologischen Wurzeln der Apartheid bereit ist. Zwar tritt die theologische Rechtfertigung der Apartheidspolitik in ihren öffentlichen Aussagen in den Hintergrund, aber die ethische Zulässigkeit dieser Politik wird nach wie vor behauptet.

Es ist wünschenswert und hilfreich, Gespräche mit einzelnen Vertretern der NGK zu führen und Verbindung mit ihnen zu suchen. Dabei sollte freilich darauf geachtet werden, daß bei diesen Kontakten kein Anlaß gegeben wird, daß sie als eine Bestätigung der Haltung der NGK in der Frage der Apartheid mißverstanden werden. Es darf keinen Zweifel daran geben, daß es um die Solidarität mit den Leidenden und um das Eintreten für ihr Recht geht. Darum wird begrüßt, daß der Reformierte Bund in einem intensiven Gespräch mit apartheidkritischen Kreisen innerhalb der "weißen" und "schwarzen" reformierten Kirchen in Südafrika steht.

Auf der Generalsynode der NGK wird 1986 ein neues Grundsatzpapier zu den Fragen der Apartheidpolitik zur Verhandlung kommen. Der Reformierte Bund wird gebeten, in Fühlungnahme mit dem Reformierten Weltbund die weitere Entwicklung in der NGK zu beobachten.

V.

Mit besonderer Sorge beobachtet der Rat der EKD die Verschärfung der Lage in Namibia, wie sie sich seit der Rückverlagerung der bewaffneten Auseinandersetzungen aus dem Süden Angolas in den vergleichsweise dichtbesiedelten Norden Namibias ab-

* zu diesem Thema vgl. epd-Dokumentation Nr.12/85, ** Nr.44/82; Anm.d.Red.

zeichnet. Viele Mitarbeiter und Angehörige der uns eng verbundenen Evangelisch-Lutherischen Owambo-Kavango-Kirche sind umgekommen, grausam mißhandelt oder inhaftiert worden. Die Lage der außer Landes Geflüchteten ist bedrückend und verlangt ebenfalls nach einer unverzüglichen Beendigung des gegenwärtigen Zustandes.

Angesichts der deutschen Beteiligung an der Kolonialgeschichte Namibias und der besonderen Beziehungen zu den Kirchen dieses Landes hält es der Rat der EKD für seine Aufgabe, in Gemeinschaft mit dem Rat der Kirchen in Namibia (CCN) und mit unserer Regierung erneut dafür einzutreten, daß die illegale Besetzung Namibias beendet und der Bevölkerung des Landes die Unabhängigkeit endlich zugestanden wird. Voraussetzungen dafür sind, daß entsprechend der Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ein Waffenstillstand unverzüglich in Kraft gesetzt und freie Wahlen unter der Aufsicht der Vereinten Nationen abgehalten werden.

VI.

Unsere besondere Sorge und Fürbitte gilt allen, die im südlichen Afrika aus nur politischen Gründen angeklagt, in Haft gehalten werden oder gebannt sind. Ihre bedingungslose Freilassung und die Beendigung einer Strafverfolgung aus politischen Motiven könnten allen Menschen im südlichen Afrika und für die Weltöffentlichkeit ein Zeichen der Hoffnung und des guten Willens zur Verständigung sein. Ohne das freie politische Gespräch mit den jetzt noch verhafteten, gebannten oder verfolgten Führern der politischen Opposition ist das Zustandekommen einer neuen politischen Ordnung auf friedlichem Wege nicht vorstellbar.

VII.

Der Rat der EKD bittet alle Verantwortlichen zu bedenken, daß der Weg eines radikalen Umdenkens im Sinne von Frieden und Versöhnung trotz aller Unwägbarkeiten und Risiken eine größere Verheißung hat als das Festhalten an einer Politik, deren Widersprüche immer offenkundiger geworden sind. Wir beten und hoffen, daß nicht Gewalt und Gegengewalt Südafrika zerstören, sondern daß eine politische Ordnung gefunden wird, in der alle Menschen am Entscheidungsprozeß verantwortlich teilnehmen können. Christen dürfen auch im Bereich schwieriger politischer Konflikte und Entscheidungen mit der Hilfe und den Zusagen Gottes rechnen, wenn sie im Vertrauen auf ihn neue Wege gehen.

<>

Die Republik Südafrika (RSA) umfaßt einschließlich der sogenannten *Homelands* 1,2 Mio. qkm und 32 Mio. Einwohner (1984). Das entspricht der Gesamtfläche beider deutscher Staaten, der Niederlande, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens mit zusammen 212 Mio. Einwohnern. Südafrikas 4,7 Mio. Weiße beanspruchen 87% dieses Gebietes. Ca. 13%, d. h. 160.000 qkm ließen sie den 23 Mio. Schwarz-Südafrikanern. Dieses Gebiet besteht aus zehn nach Sprachgruppen getrennten und vielfach zerstückelten sogenannten »Heimatländern« (siehe Rückseite). Jeder Schwarz-Südafrikaner ist gesetzlich »Bürger« eines *Homelands*, auch wenn er im »weißen« Gebiet geboren ist und lebt.

Knapp die Hälfte lebt im »weißen« Gebiet, gettoisiert. Schwarze dürfen dort keinen Grundbesitz erwerben. Sie haben am ungeheueren Reichtum ihres Landes keinen Teil (vgl. umseitige Rohstoff-Tabelle). Südafrikas wichtigstes Exportgut ist Gold; der Verkauf finanziert einen wesentlichen Teil seines Staats- und Rüstungshaushalts. An zweiter Stelle steht Kohle. Chrom, Mangan, Vanadium und andere Rohstoffe sind für die Industrie und Rüstung des Westens angeblich unentbehrlich. Wasser und Energie sind empfindsame Engpässe. Jeder dritte Schwarze ist arbeitslos. Die schwarze Bevölkerung wächst um 2,5% jährlich.

Die Verfassung seit 1984

Buren (niederländischer Abstammung, knapp 60% der Weißen) und Briten bildeten 1910 die Südafrikanische Union. Allen sogenannten »Nicht-Weißen« verweigern sie bis heute staatsbürgerliche Gleichberechtigung und wirtschaftliche Chancengleichheit. 1961 lösten sie sich vom Britischen Commonwealth. 1983 stimmten 1,3 Mio. Weiße der neuen Verfassung zu, die im September 1984 in Kraft trat. 0,7 Mio. stimmten dagegen, 0,3 Mio. enthielten sich. Die Bevölkerungsmehrheit — Schwarze, »Farbige« und Inder — lehnt diese Verfassung ab, wird aber nicht gefragt. 1984 sollten die »Farbigen« (Nachkommen weißer und schwarzer Vorfahren) und Inder erstmals eigene Abgeordnete in getrennte Parlamentskammern wählen. Trotz massiven Drucks der Regierung boykottierten über 82% der Wahlberechtigten die Wahl.

Das 1984 gebildete *Drei-Kammer-Parlament* hat nun 45 Sitze für Inder und 85 für »Farbige«. Die 178 weißen Abgeordneten verlängerten ihr Mandat bis 1989. Unter ihnen verfügt die seit 1948 regierende burische *Nationale Partei (NP)* über eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Diese sowie der parlamentarische Proporz von je 1 indischen und 2 »farbigen« Abgeordneten auf 4 weiße, sichern ihr die weitere Herrschaft. Alle Kammern müssen stetes getrennt beraten und abstimmen.

P. W. Botha, von 1978 - 1984 Ministerpräsident, ließ sich von 50 weißen, 25 »farbigen« und 13 indischen Abgeordneten zum Staatspräsident wählen. Die neue Verfassung gibt ihm diktatorische Macht. Er kann strittige Gesetzesvorlagen seinem Präsidenten-Rat zur Entscheidung zuweisen (20 weiße, 10 »farbige« und 5 indische Abgeordnete sowie 25 von ihm selbst Berufene). Er leitet das Kabinett, in das er die Führer der »farbigen« und indischen »Mehrheitsparteien« als Minister ohne Geschäftsbereich berief. Er entscheidet über Krieg und Frieden. Kein Gericht kann ihn während seiner Amtszeit zur Rechenschaft ziehen.

»Farbige« und Inder müssen nach wie vor in untereinander wie von Weißen und Schwarzen getrennten Gettos leben. Sie sind auf getrennte Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsmittel usw. angewiesen. — Die UN-Vollversammlung erklärte diese Verfassung im Oktober 1984 für »null und nichtig«. Der Weltsicherheitsrat forderte »die sofortige Abschaffung der Apartheid«.

Ausbürgerung der Schwarzen

Vier *Homelands* wurden seit 1976 wider den Willen der Bevölkerungsmehrheit zu »Republiken« erklärt (siehe umseitige Tabelle und Karte). Die anderen sechs heißen zu Unrecht »Selbstregierende Nationalstaaten«. Das nördlich Pretoria gelegene *KwaNdebele* soll demnächst »Republik« werden. *KaNgwane* soll *Swaziland* überlassen werden, das selbst eine Art *Homeland* geworden ist. Die »Republiken« zugezählten Schwarzen verlieren ihre südafrikanische Staatsangehörigkeit. Sie dürfen die RSA nur gegen Kautions- und Nachweis von Arbeit und Wohnung betreten. Übertretungen werden hart bestraft. Kein Staat erkennt diese »Republiken« völkerrechtlich an.

Homelands sind von den Weißen erzwungene Reservate für heranwachsende Arbeitskräfte und »Müllhalden« für wegen Alter, Krankheit, aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen »Nicht-Brauchbare«. 1983 lebten dort 11,6 Mio. Menschen, davon 9 Mio. unter der absoluten Armutsgrenze.¹⁾ Im »weißen« Gebiet zugelassene Vertragsarbeiter werden zu einjährigen Verträgen gezwungen und müssen ohne Familie in Lagern hausen. Sie erbrachten 1980, obwohl meist unter Existenzminimum bezahlt, 72% des Nationaleinkommens der *Homelands*.²⁾ Diese *Homelands* sind nicht existenzfähig. Die südafrikanische Regierung finanziert 70% - 90% ihrer Staatshaushalte — letztlich zugunsten schwarzer Kollaborateure. Ihr Ziel ist die »weiße« Republik Südafrika mit einem Kranz schwarzer Satelliten-»Republiken«.

Ca. 1,7 Mio. Schwarze sind im »weißen« Gebiet »daueraufenthaltsberechtigt«. Sie dürfen ihre Familien bei sich haben, müssen aber in einem der Tausenden von Gettos leben, die keine Karte verzeichnet. Einige größere sind umseitig eingetragen, bei Johannesburg: Soweto und Lenasia (letzteres nur für Inder), bei Durban: *KwaMashu* und *Umlazi*, bei Kapstadt: *Kayelitsha* und *Mitchels Plain* (letzteres für »Farbige«).

Destabilisierung der Nachbarländer

1975 versuchten südafrikanische Truppen die Befreiung *Angolas* von portugiesischer Kolonialherrschaft zu verhindern. Sie wurden mit Hilfe der rasch eingeflogenen Kubaner zurückgeschlagen. Seit 1980 zerstörten sie in ununterbrochenen Einfällen Wohnorte, Arbeitsplätze und Infrastruktur in Südafrika. Südafrika fördert die Terrororganisation *UNITA*, will die sozialistische *MPLA*-Regierung stürzen und Angola südafrikanischer Kontrolle unterwerfen.

Rund 100.000 südafrikanische Soldaten halten *Namibia* besetzt, je einer für fünf erwachsene Schwarze. Weiße, besonders Deutschsprachige und Buren, beuten die Menschen und Rohstoffe aus. Südafrika verweigert *Namibia* die von der Weltöffentlichkeit, den UN-Mitgliedstaaten und dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag seit langem verlangte Unabhängigkeit. Eine Wahl unter UN-Aufsicht (gemäß UN-Resolution 435) würde die namibische Befreiungsbewegung *SWAPO* überwältigend gewinnen und Selbstbestimmung ermöglichen. Südafrikas Weigerung zwingt *SWAPO* zu Anwendung militärischer Gegengewalt.

Im März 1984 stimmte *Mosambik* der »Übereinkunft« von Nkomati zu. Die Folgen 500jähriger Kolonialherrschaft, des Befreiungskrieges, mangelnder Wirtschafts- und Verwaltungserfahrung, mehrjähriger Dürrekatastrophen, die Überfälle südafrikanischen Militärs und der von diesem geförderten Terrororganisation *RNM* ließen der sozialistischen *FRELIMO*-Regierung keine Wahl. Südafrika versucht *Mosambik* seinem Ausbeutungssystem einzugliedern. *Botswana*, *Lesotho* und *Swaziland* hängen wirtschaftlich ganz von Südafrika ab, *Simbabwe* und *Sambia* zu hohen Teilen. Alle genannten Länder (außer *Swaziland* und *Lesotho*) zählen zu den Frontstaaten. Sie wollen mit *ANC* und *SWAPO* zusammen das Apartheidsystem beseitigen.

Der Befreiungskampf

Der 1912 gegründete *Afrikanische Nationalkongress (ANC)* bekämpfte das Regime gewaltfrei, bis zu seinem Verbot 1960. Seither wendet *ANC* auch Gegengewalt an. Kleine Kommandogruppen zerstören Einrichtungen des Systems, zunehmend seit Ende der 70er Jahre. Menschen werden möglichst geschont. Die 1955 von Delegierten der Organisationen aller Bevölkerungsgruppen proklamierte Südafrikanische Freiheitscharta ist die Grundlage des *ANC*-Programms. Sie beginnt: »Südafrika gehört allen, die darin leben, Schwarzen und Weißen.«

Anfangs der 70er Jahre erstarkte die gewaltfreie *Schwarze Bewußtseinsbewegung (BCM)*. Sie führte 1976 zu massenhaften Protesten der schwarzen Jugend in Soweto wie im ganzen Land. Die Polizei tötete viele Hunderte. 1977 wurden alle *BCM*-Organisationen verboten. 1983 entstand die gewaltfreie *United Democratic Front (UDF)*. Sie zählt landesweit über 600 Mitgliederorganisationen und zahlreiche kooperierende Verbände, auch kirchliche und weiße. Zusammen mit anderen Organisationen bekämpft *UDF* durch Aufklärung, Streiks, Boykotts und zivilen Ungehorsam dieses System, seine Verfassung, die Zwangsumsiedlung (bisher 3 Mio., überwiegend Schwarze; weitere 2 Mio. sind vorgemerkt) und die Wehrpflicht. Das *UDF*-Programm steht der Freiheitscharta nahe. Ziel ist das »einheitliche, nicht-rassistische, demokratische Südafrika«.

Schwarze setzten seit 1979 die Zulassung eigener Gewerkschaften, auch gemischtrassiger durch. Streiks sind für Schwarze verboten und oft mit Entlassung verbunden. Sie nehmen aber zu, 1984 mehr als je zuvor. Schwarze, »farbige« und indische Jugendliche boykottieren seit 1976, oft zu Hunderttausenden, das sie diskriminierende Bildungssystem, seit August 1984 erneut. Seit der gleichen Zeit häufen sich Unruhen. Die Regierung setzt zunehmend Militär ein. »Es ist eben Krieg«, erklärte der Minister für »Gesetz und Ordnung«, le Grange.³⁾ Im November 1984 riefen Jugendorganisationen, Bürgerschaftskomitees, Gewerkschaften und *UDF* erstmals gemeinsam zu einem zweitägigen Generalstreik in der industriestarken Provinz *Transvaal* auf. Rund 90% der Arbeitnehmer folgten. Streiks dieser Art sind zunehmend zu erwarten.

Südafrikas Wirtschaftsverflechtungen mit westlichen Ländern und deren Militärlieferungen ermöglichen den Fortbestand des Systems. Die Bundesrepublik zum Beispiel, lieferte 1978, 79 und 82 mehr Waren als jedes andere Land. Westdeutsche Firmen, Wissenschaftler und andere halfen bei der Entwicklung der südafrikanischen Rüstung, vor allem der Atomare. Die südafrikanischen Friedensnobelpreisträger, der *ANC*-Präsident *A. Luthuli* (1961) und Bischof *Tutu* (1984), riefen die Welt zum Boykott dieses Systems auf. Das wäre unser wichtigster Beitrag zu seiner Beseitigung. Die schwarze Jugend, stellt der burische Theologe *Beyers Naudé* fest, »ist zunehmend bereit, Schießen und Sterben zu riskieren, nicht um ein Martyrium zu erleiden, sondern weil sie folgert, dies ist der unvermeidbare Preis, den sie für sich und die Menschen Südafrikas zahlen muß.«

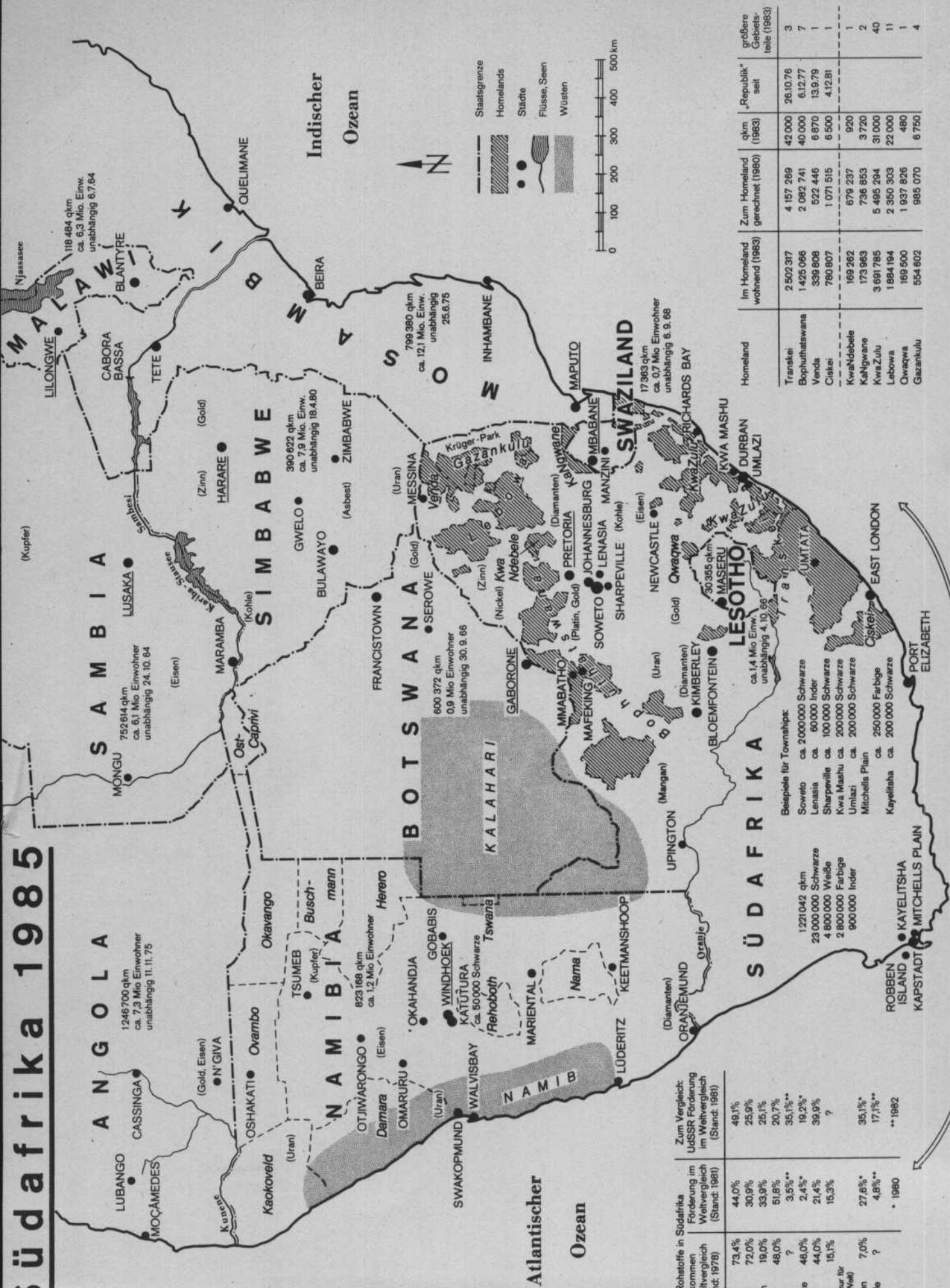
Anmerkungen: ¹⁾ südafrikanische Tageszeitung *Rand Daily Mail* 27. 6. 84

²⁾ ebenda 6. 6. 84 ³⁾ ebenda 30. 10. 84 ⁴⁾ *STAR* 8. 10. 84

Informationsstellen:

Informationsdienst Südliches Afrika und Anti-Apartheid-Bewegung, beide: 5300 Bonn, Blücherstraße 14 — Ev. Frauenarbeit, Unterlindau 80, 6000 Frankfurt — Ev. Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13 — Misereor E. V., Mozart-Str. 9, 5100 Aachen und andere

Reinhard Brückner, Frankfurter Straße 19, D-6290 Weilburg, Tel. 06471/26 08





Kommunikations- und Informationszentrum
für Entwicklung, Frieden und Menschenrechte e.V.

Nernstweg 32-34 · 2000 Hamburg 50 · Tel. 040/39 21 91
Ev. Darlehnsngenossenschaft Kiel · Kto. 54 96 (BLZ 210 602 37)
Psch. Hamburg 57 72 · 205 (BLZ 200 100 20)

Protokoll der Beiratssitzung vom 29.3.85

Anwesend: Rolf Behnke (BUKO)

Otto-Michael Dülge (Werkstatt 3)

Walter Hättig (ASW Berlin)

Dieter Harte (HASCH/ABP)

Wolf Heymann (Diak. Werk Rendsburg)

Ingrid Spiller (Kulturbüro)

Adelheid Wiedenmann (Gepa/DEAE)

1) Ingrid Spiller wird demnächst im Kulturbüro aufhören (demnächst heißt, wenn die Nachfolgefrage geregelt ist).

2) Die freiwerdende Stelle soll öffentlich ausgeschrieben werden, die Besetzung aber vom Bewilligungsbescheid unseres Antrags in Brüssel abhängig gemacht werden. Damit ist Ende April zu rechnen. Für den Fall, daß die EG ablehnt, soll keine neue Person eingestellt werden, sondern die bis Dezember 85 vom ABP bewilligten Gelder sollen zur Erfüllung auslaufender Verpflichtungen genutzt und der Rest zurückgegeben werden.

Bei positivem Bescheid aus Brüssel sind aller Voraussicht nach 2 Stellen zu besetzen.

3) Es wurde nochmals darüber diskutiert, ob die gegenwärtig bestehende Anbindung des Kulturbüros an die Werkstatt 3 sinnvoll oder eine Anbindung an eine kirchliche Institution anzustreben ist. Die Mehrheit der anwesenden Beiratsmitglieder sprach sich aus folgenden Gründen für eine Beibehaltung der gegenwärtigen Situation aus:

- Die Werkstatt 3 ist ein Ort, an dem sowohl Aktionsgruppen aus dem kirchlichen als auch aus dem außerkirchlichen Spektrum und die "Kulturszene" zusammenkommen, so daß keiner der (potentiellen) Ansprechpartner des Kulturbüros aus Gründen der Trägerschaft von einer Zusammenarbeit abgehalten wird. (Bei der Anbindung an einen kirchlichen Träger wurde diese Gefahr sehr wohl gesehen.)

- Kontakte und Bekanntheitsgrad der Werkstatt 3 sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unverzichtbar für das Kulturbüro. Dies bezieht sich vor allem auf die Zusammenarbeit mit den Künstlern aus der "3.Welt".

- Das Kulturbüro muß, was die Arbeitszeiten angeht, flexibel sein. Da die meisten Ansprechpartner auf ehrenamtlicher Basis arbeiten, muß das Kulturbüro häufig dann aktiv sein und zur Verfügung stehen, wenn die normalen Bürozeiten, die i.d.Regel auch für die kirchlichen Institutionen gelten, schon vorbei sind.

4) Um dennoch den unterschiedlichen Ansprechpartnern des Kulturbüros stärker Rechnung zu tragen, sollte eine(r) der zukünftigen Stelleninhaber(innen) über Erfahrungen im kirchlichen Bereich verfügen, während der/ die andere eher aus dem kulturellen Spektrum kommen sollte.

Weitere Anforderungen:

- grundlegende entwicklungspolitische Kenntnisse, möglichst Aktionsgruppen-erfahrung

- Interesse an und möglichst auch Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit der Kultur der "3.Welt"

- Organisationstalent und Durchsetzungsfähigkeit

- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit kirchlichen Gruppen

- Bereitschaft zur Mitarbeit in einem selbstverwalteten Projekt

5) Bewerbungsschluß soll Mitte Mai sein. Der Bewerberauswahlausschuß wird sich aus dem Beirat (incl. Werkstatt 3-Vertreter) und dem für das Kulturbüro zuständige ABP-Unterausschuß zusammensetzen. Die Vorauswahl der Bewerber/innen findet am 23.Mai 14.00h in der Werkstatt 3 statt. (Hieran müssen nicht unbedingt alle Mitglieder des Auswahlausschusses teilnehmen.) Die persönlichen Gespräche mit den Bewerber(inne)n werden Anfang Juni zu einem noch festzulegenden Termin stattfinden. Eingestellt werden sollte zu Mitte Juni/spätestens zum 1.Juli.

Bis dahin wird das Kulturbüro von Ingrid Spiller u.U. unter Heranziehung von Honorarkräften für einzelne Aufgaben weitergeführt.

-is-



Kommunikations- und Informationszentrum
für Entwicklung, Frieden und Menschenrechte e.V.

Nernstweg 32-34 · 2000 Hamburg 50 · Tel. 040/39 21 91
Ev. Darlehns Genossenschaft Kiel · Kto. 54 06 (BLZ 210 602 07)
Psch. Hamburg 57 72 - 205 (BLZ 200 100 20)
EDG Kiel · Kto. 54 968 (BLZ 210 602 37)
Psch. Hamburg 57 72 - 205 (BLZ 200 100 20)

Antrag

an die

Non-governmental-organisations
Directorate - General for Development
Commission of the European Communities
200 Rue de la Loi
1049 Brussels

vorgelegt von

Werkstatt 3
Kommunikations- und Informationszentrum
für Entwicklung, Frieden und Menschenrechte e.V.
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

vertreten durch

Ingrid Spiller

zur anteiligen Finanzierung des Projektes "Kulturbüro in der Werkstatt 3"
für eine dreijährige Laufzeit

Antragssumme:

DM 175.695,- (bei 50% Kostenübernahme bzw.
DM 261.750,- bei 75% Kostenübernahme)

Hamburg, den 17.7.1984

Ingrid Spiller

(Ingrid Spiller)

I. Informationen über den Antragsteller

Das "Kommunikations- und Informationszentrum für Entwicklung, Frieden und Menschenrechte e.V. - Werkstatt 3" wurde im November 1978 gegründet. Es handelt sich hierbei um einen Zusammenschluß von zunächst 7, jetzt 17 Gruppen, die inhaltlich zu den Bereichen "Dritte Welt", Menschenrechte, Ökologie und Frieden arbeiten. Seit 1979 ist die Werkstatt 3 vom Finanzamt für Körperschaften in Hamburg als gemeinnützig anerkannt. (Letzter Körperschaftsfreistellungsbescheid 13.6.84, St.Nr. 23/734/01707)

Als Ort der gemeinsamen Arbeit wurden drei Etagen des ehemaligen Haupthauses einer Fabrik in Hamburg-Altona angemietet. Durch entsprechende Umbauten stehen nun Büros und Lagerräume für die Gruppen, ein multifunktionaler Saal, zwei Tagungsräume und eine Cafeteria zur Verfügung.

Die Ziele der Werkstatt 3 wurden in der Satzung wie folgt festgelegt:

- sich für die fundamentalen Menschenrechte einzusetzen;
- entwicklungspolitische Initiativen zu fördern;
- praktische Vermittlungsmöglichkeiten der Problembereiche der Unterentwicklung der Dritten Welt und der Menschenrechte in unserem Lebensbereich anzustreben;
- für mehr Partnerschaft auch im kulturellen Austausch zwischen den Völkern der Dritten Welt und dem deutschen Volk einzutreten.

(§ 3 der Satzung)

Die Arbeit der Werkstatt 3 beruht auf einem zweiseitigen Konzeptansatz:

- auf der einen Seite wird ein monatliches Veranstaltungsprogramm mit Informations- und Kulturveranstaltungen erstellt;
- auf der anderen Seite bietet die Werkstatt 3 den im Rahmen der Satzungszwecke tätigen Gruppen Möglichkeiten (Büroräume, Veranstaltungsräume, technische Einrichtungen usw.), ihre Ziele zu verwirklichen.

Aus der Zielsetzung des Vereins Werkstatt 3 und der ihn tragenden Arbeitsgruppen entwickelten sich folgende Arbeitsschwerpunkte:

a) ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ARBEIT

Zielsetzung:

Information der deutschen Öffentlichkeit über die ökonomischen, sozialen und politischen Probleme der Dritten Welt:

- im Rahmen der allgemeinen Nord-Süd-Problematik: Ursachen von Armut und Hunger; Rolle von internationalen Institutionen (z.B. Weltbank, UNESCO) und multinationalen Konzernen; Rohstoffausbeutung, Monokulturen und andere Abhängigkeitsstrukturen

- Situation und Entwicklung in einzelnen Regionen und Ländern
- Diskussion über entwicklungspolitische Lösungsansätze und konkrete Unterstützungsmöglichkeiten
- Unterstützung entwicklungspolitisch sinnvoller Projekte in der "Dritten Welt"
- Teilnahme an übergreifenden Aktionen zur Herstellung einer Öffentlichkeit für aktuelle Probleme

Träger:

Aktionszentrum Dritte Welt (AZ3W)

Terre des Hommes (TdH)

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW)

Karibik Informationszentrum

Gruppe Multinationale Konzerne und Dritte Welt

Entwicklungspolitische Korrespondenz

Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Dritte Welt (AGL3W)

b) ARBEIT ZU THEMEN DER AUSLÄNDERPOLITIK

Ziele:

Aufklärung über die Probleme der hier lebenden Ausländer in ihren Heimatländern sowie über ihre Situation in der Bundesrepublik.

Abbau von Diskriminierungen durch Information über soziale Bedingungen und kulturelle Traditionen.

Unterstützung von Aktivitäten, die das Ziel verfolgen, Verschlechterungen im Ausländerrecht zu verhindern.

Träger:

Verein Ausländer in Altona (AIA)

Deutsch-Ausländisches Aktionsbündnis

c) FRIEDENSPOLITISCHE ARBEIT

Ziele:

Information über Aktionen gegen die Überrüstung in der Welt. Aufklärung über die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen von Rüstung. Aufzeigen der Ursachen von Gewalt und Rüstung, Diskussion über Wege der Veränderung. Information über Zusammenhänge von Rüstung und Unterentwicklung:

- Armut und Hunger und Rüstungsausgaben;
- Militärdiktaturen in der Dritten Welt;
- Gewaltfreie Wege der Veränderung der Lebensverhältnisse in der Dritten Welt.

Träger:

Hamburger Gruppe Gewaltfreie Aktion

Friedenkoordination (Friko)

Graswurzelrevolution

d) UMWELTPOLITISCHE ARBEIT

Ziele:

Information über und Aktionen gegen die Bedrohung unserer Umwelt durch Zerstörung ökologischer Gleichgewichte, Verschmutzung und Vergiftung.

Aufklärung über die Ursachen der Umweltzerstörung und Diskussion alternativer Wege.

Ökologische Probleme der Dritten Welt sind lange Zeit - und in weiten Teilen gilt das heute noch - in unzureichendem Maße wahrgenommen worden. Obwohl hier die Chance bestünde, aus den Erfahrungen der Industrieländer Lehren zu ziehen, werden diese häufig vernachlässigt. Hier gibt es vielfältige Probleme und Zusammenhänge, die zunehmend auch in der entwicklungspolitischen Arbeit an Bedeutung gewinnen:

- Zerstörung von Lebensgrundlagen durch Rohstoffabbau und Monokulturen in der Landwirtschaft, durch unsachgemäße Anwendung von Industrieprodukten (Düngemittel, Gifte) usw.
- Veränderungen von weltweiten ökologischen Gleichgewichten durch Eingriffe in die Vegetation (Abholzung von Wäldern).

Träger:

Öko-Gruppe (hervorgegangen aus den Stromzahlungsboykotteuren)

Robin Wood

e) MENSCHENRECHTE

Ziele:

In allen bisher beschriebenen Bereichen der Arbeit der Werkstatt 3 und ihrer Gruppen spielt die Wahrung von Menschenrechten eine zentrale Rolle. Es wird deutlich, daß immer neue Gefährdungen für die Menschenrechte entstehen, die in den Mittelpunkt der Arbeit der Werkstatt 3 gestellt werden müssen. Insofern bedeutet der Anspruch der Werkstatt 3, für die fundamentalen Menschenrechte einzutreten, die Existenz eines Sensors, der die Gruppen der Werkstatt 3 dazu veranlaßt, sich auf neue, dringende Probleme einzustellen und in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen und ihres Veranstaltungsprogramms zu stellen. Hier seien noch einige Gruppen erwähnt, die sich besonderen Aspekten des Themas menschenrechte angenommen haben.

Träger:

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Roma und Sinti Union (RSE)

Amnesty International (ai)

f) KULTURARBEIT

Im Bewußtsein der Gründungsmitglieder der Werkstatt 3 war von Anfang an die Tatsache präsent, daß die Information über Probleme der Dritten Welt zu einem gegenseitigen Verständnis nicht ausreichen würde, sondern daß dazu konkrete interkulturelle Begegnungen notwendig sein würden. Diese Auffassung bewegt sich am Horizont der Vorstellung, daß wir zwar in vielfältiger Hinsicht auf dem Weg zu einer Weltgesellschaft sind (bezüglich der ökonomischen und politischen Verflechtungen), daß aber das Ziel des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Bereicherung noch längst nicht erreicht ist, weil soziale Probleme und kulturelle Traditionen nicht hinreichend bekannt sind.

Daraus und aus dem Bedürfnis der Menschen in den Industriegesellschaften, eigene, 'natürliche' Ausdrucksformen zu finden (z.B. die Rolle der 'schwarzen Musik' in der Popmusik), erwuchs für die Werkstatt 3 ein spezieller Arbeitsbereich, den sie in Hamburg in einmaliger Weise ausgefüllt haben dürfte.

Ziele:

Darstellung von traditionellen und aktuellen kulturellen Formen und Inhalten durch Personen und Gruppen aus der Dritten Welt.

Interkulturelle Begegnung durch Zusammentreffen von Ausländern und Deutschen anläßlich kultureller Veranstaltungen.

Information über spezifische kulturelle Traditionen und deren ökonomische und soziale Bedingungen.

Träger:

Eine Reihe der in der Werkstatt 3 tätigen Gruppen besitzen Kontakte zu ausländischen Künstlern und organisieren Veranstaltungen, die über spezielle kulturelle Traditionen informieren.

Darüberhinaus organisiert das Büro der Werkstatt 3 im Rahmen des regelmäßigen Veranstaltungsprogramm ausländische Kulturveranstaltungen.

Einen besonderen Platz innerhalb der Kulturarbeit der Werkstatt 3 nimmt das überregional arbeitende KULTURBÜRO ein, das unter Punkt II Projektbeschreibung näher erläutert wird.

II. Projektbeschreibung

Projekttitel: KULTURBÜRO IN DER WERKSTATT 3

Unser gesellschaftliches Leben ist hüben wie drüben so organisiert, daß den arbeitenden Menschen das zweite Auto näher ist als die einzige Mahlzeit des Slumbewohners und des Bauern auf der Südhalbkugel der Erde, und näher auch als die Sorge um die Erweiterung ihres Bewußtseins, um ihre Selbstverwirklichung als Menschen.

Rudolf Bahro

Dieses Zitat macht das Dilemma unseres Verhältnisses zur "Dritten Welt" deutlich: auch nach jahrelanger entwicklungspolitischer Bildungsarbeit ist es nicht ausreichend gelungen, der Mehrheit der Bevölkerung hier den Zusammenhang zwischen unserem Reichtum und der Armut in den Entwicklungsländern deutlich zu machen. Die abstrakte Darstellung von Problemen, die noch bis vor kurzem die entwicklungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit dominiert hat, reicht offensichtlich nicht aus, daß konkreter Wohlstand in Frage gestellt wird. Der kulturelle Bereich, der einen anderen, sinnlichen Zugang zu anderen Gesellschaften ermöglicht, wurde bislang weitgehend vernachlässigt bzw. unkommentiert konsumiert, so daß er nicht mehr als ein "exotisches Erlebnis" vermitteln konnte.

In Anbetracht der zunehmenden Verarmung der Länder der "Dritten Welt" bei gleichzeitiger Zunahme des Rassismus in den Industrieländern muß die Bewußtseinsänderung der Bevölkerung hier jedoch höchste Priorität besitzen. Es ist notwendig, unsere bestehende Öffentlichkeitsarbeit einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Dabei kristallisiert sich heraus, daß so wichtige Begriffe wie "Partnerschaft" und "Dialog" allerhöchstens verbale Lippenbekenntnisse darstellen, jedoch kaum in das Bewußtsein des Einzelnen vordringen.

Dies ist nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß der "Durchschnittsbürger" in den Industrieländern die "Dritte Welt" entweder als einen abstrakten Zusammenhang von Zahlen (Bevölkerungswachstum, Verschuldung, niedriges Pro-Kopf-Einkommen, Militärausgaben etc.) wahrnimmt, oder aber als "arme Opfer" von Hungerkatastrophen, Kriegen, Putschen, selbstherrlichen Autokraten u.v.a.m.. Wir erfahren nur selten, daß in der "Dritten